# Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode



# Plenarprotokoll 14/100

18.09.2008

# 100. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 18. September 2008

Mitteilungen der Präsidentin11835			Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW
	ssismus und Fremdenfeind- Für Vielfalt und Toleranz		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/745011857
Antrag der Fraktion der Fraktion			Norbert Römer (SPD)11857 11865 Christian Weisbrich (CDU)11858
der Fraktion	n BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN e 14/746411835		Dietmar Brockes (FDP)11860 Johannes Remmel (GRÜNE)11861
Martin Christ	el Solf (CDU)		11867 Ministerin Christa Thoben
	a Asch (GRÜNE)11837 er Dr. Ingo Wolf11838		Ergebnis11867
Ergebnis  2 Aktuelle S	11839	4	Erwerbstätige Familien unterstützen – Betriebe informieren: Initiative für be- trieblich unterstützte Kinderbetreuung
fall im Sch Antrag der Fraktio	mt voran – Unterrichtsaus- ulbereich mehr als halbiert		Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/7457
der Fraktion Drucksach	n der FDP e 14/750011839		In Verbindung mit:
	Kaiser (CDU)11839 11856		Nordrhein-Westfalen braucht mehr Kinderbetreuung in Betriebskinder- gärten
	Pieper-von Heiden (FDP)11841 chäfer (SPD)11843 11854		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/745511868
-	Beer (GRÜNE)11844 erin Barbara Sommer11846 11853 11856		Ursula Doppmeier (CDU)
Bernh Barba	ang Große Brömer (SPD)11848 ard Recker (CDU)11849 ra Steffens (GRÜNE)11851		Wolfgang Jörg (SPD)11871 Minister Armin Laschet11872
Ralf W	/itzel (FDP)11852		Ergebnis11873

Landtag Nordrhein-Westfalen

5	Gesamtschulen brauchen Perspektive: Klares Ja zur gymnasialen Oberstufe an Gesamtschulen	8	Den Ankündigungen von Verkehrsminister Oliver Wittke müssen Taten folgen: Die NRW-Landesregierung darf	
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/745311873		die zum 01.01.2009 geplante Erhöhung der LKW-Maut im Bundesrat nicht blockieren!	
	Sigrid Beer (GRÜNE)11873 Dr. Gerd Hachen (CDU)11874		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7454	11896
	Ute Schäfer (SPD)11877 Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)11878		Horst Becker (GRÜNE)	11896
	Ministerin Barbara Sommer11881		Bernd Schulte (CDU)	
	Wolfgang Große Brömer (SPD)11883		Bodo Wißen (SPD)	
	Jürgen Hollstein (CDU)11884		Christof Rasche (FDP)	
	Ralf Witzel (FDP)11885		Minister Oliver Wittke	
	Sylvia Löhrmann (GRÜNE)11886		Williador Oliver Witthe	1 1000
			Ergebnis	11902
	Namentliche Abstimmung siehe Anlage			
	Ergebnis11887			
6	Umweltzonen in Nordrhein-Westfalen:	9	Programm zur Sicherung der Förderung im Nachwuchsleistungs- und Spitzensport auflegen	
·	"Initiative Fuhrparkverjüngung" star- ten		Antrag der Fraktion der SPD	
	Antrag der Fraktion der SPD		Drucksache 14/7448	
	Drucksache 14/744511887		Hans-Theodor Peschkes (SPD) Hans-Dieter Clauser (CDU)	11904
	Thomas Eiskirch (SPD)11887		Christof Rasche (FDP)	
	Dr. Jens Petersen (CDU)11888		Andrea Asch (GRÜNE)	11905
	Dietmar Brockes (FDP)11889		Minister Dr. Ingo Wolf	11906
	Johannes Remmel (GRÜNE)11890			
	Ministerin Christa Thoben11890		Ergebnis	11907
	Freehole 44004			
	Ergebnis11891	10	Kinder vor gefährlichem Spielzeug schützen!	
7	Regionale Bildungsnetzwerke stärken  – Lokale Bündnisse für Schule ausbauen		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5783	
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Natursc Landwirtschaft und Verbraucherschutz	,
	Drucksache 14/745811891		Drucksache 14/7335	11907
	Klaus Kaiser (CDU)11891		Johannes Remmel (GRÜNE)	11907
	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)11892		Peter Kaiser (CDU)	11908
	Sören Link (SPD)11893		Stefanie Wiegand (SPD)	11909
	Sigrid Beer (GRÜNE)11894		Holger Ellerbrock (FDP)	11910
	Ministerin Barbara Sommer11895		Minister Armin Laschet	11911
	Ergebnis11896		Ergebnis	11912

11	Gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung stärken – "Bildungsgipfel" darf kein Kaffeekränzchen werden	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)11927 Minister Armin Laschet11928 Ergebnis11929			
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7456	14 Entschlossen gegen K.OTropfen handeln!			
	Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5019 Beschlussempfehlung und Bericht			
	Ministerin Barbara Sommer	des Ausschusses für Frauenpolitik Drucksache 14/690511929			
12	Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung: Volksinitiative mit der Kurzbezeich- nung "Mehr Demokratie beim Wäh-	Barbara Steffens (GRÜNE)			
	len" Unterrichtung	Ergebnis11934			
	durch die Präsidentin des Landtags zur Beschlussfassung Drucksache 14/6845	Anlage11935  Niederschrift über die namentliche			
	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	Abstimmung zu Punkt 5 der Tages- ordnung			
	Drucksache 14/7466	Entschuldigt waren:			
	Rainer Lux (CDU)11919 Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)11920	Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (ab 14:30 Uhr)			
	Horst Engel (FDP)	Minister Dr. Helmut Linssen (ab 13:00 Uhr)			
	Minister Dr. Ingo Wolf11923	Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter			
	Ergebnis	Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (ab 16:30 Uhr)			
13 Rahmenbedingungen zur Umsetzung		Minister Eckhard Uhlenberg			
	des Prostitutionsgesetzes in NRW	Dr. Michael Brinkmeier (CDU)			
	schaffen!	Oskar Burkert (CDU)			
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Marie-Theres Kastner (CDU)			
	Drucksache 14/5220	Franz-Josef Knieps (CDU)			
	Beschlussempfehlung und Bericht	Ursula Monheim (CDU)			
	des Ausschusses für Frauenpolitik	Ulrike Apel-Haefs (SPD)			
	Drucksache 14/712911924	Martin Börschel (SPD)			
	Barbara Steffens (GRÜNE)11924	Reinhard Jung (SPD)			
	Maria Westerhorstmann (CDU)11925	Norbert Killewald (SPD)			
	Ursula Meurer (SPD)11926	Annegret Krauskopf (SPD)			

Cornelia Ruhkemper (SPD) (ab 16:00 Uhr)

Harald Schartau (SPD) (bis 14:00 Uhr)

Helga Schwarz-Schumann (SPD)

Christian Lindner (FDP) (ab 12:30 Uhr)

Ewald Groth (GRÜNE)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Rüdiger Sagel (fraktionslos)

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu der heutigen, 100. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **23 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

# 1 Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – Für Vielfalt und Toleranz

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7464

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Debatte und gebe Herrn Solf von der CDU-Fraktion das Wort.

**Michael Solf** (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Demokratie ist die humanste und damit die den Menschen gemäßeste Staatsform. Jeder in diesem Saal wird sich zu dieser Aussage bekennen. Die Demokratie hat aber auch Nachteile.

Dafür, dass wir in ihr leben dürfen, bezahlen wir so manchen Preis. Einer der höchsten besteht darin, dass wir diejenigen, die die Demokratie zerstören wollen, bis zu einem gewissen Punkt ertragen müssen. Es dauert eine ganze Weile, bis die Demokratie, wie es so schön heißt, wehrhaft wird. Darüber mögen wir uns ärgern, aber wir wissen, dass wir diesen Preis bezahlen müssen. Um einen solchen Fall geht es heute.

In Köln soll eine neue große Moschee gebaut werden. Darüber, dass es im Grundsatz nicht nur erlaubt, sondern eine gute und eine wirklich berechtigte Sache ist, sind sich alle Demokraten einig.

# (Allgemeiner Beifall)

Allerdings streitet man über das Wie. Es geht um Fragen des Städtebaus, auch um Fragen wie der Einzelhandelsrelevanz des Geländes. Und, wir brauchen gar nicht darum herumzureden, es geht auch um Symbole. Das ist an sich nichts Schlimmes.

Eine solche Diskussion darf, ja muss in einer Kommune geführt werden. Die allermeisten, die sie in Köln führen, tun das gradlinig, fair und ohne ungute Untertöne. Aber hier nun beginnt das Problem. Wie sich Bakterien einer ungeschützten Wunde nähern, so kriechen jetzt die Feinde der Demokratie aus ihren Löchern. Sie sind wenige, aber sie sind giftig, und sie versuchen, die vermeintliche Wunde zu infizieren, die Diskussion zu vergiften.

Aus sich heraus haben sie keine Bedeutung. Aber wenn sie auf die vermeintliche Wunde kriechen, dann, so glauben sie, würden sie bedeutend werden. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist die Strategie, die hinter diesem widerwärtigen Kongress steht, den Rechtsextreme in Köln ausrichten wollen. Was die vorhaben, ist leicht zu durchschauen, aber zu verhindern ist es schwerlich.

Tun können wir aber dennoch etwas. Wir müssen klarmachen, dass wir diese Strategie durchschauen. Wir müssen sie entlarven. Wir müssen deutlich machen, dass nicht die vermeintliche Wunde das Problem ist, sondern die Bakterien. Und wir müssen diesen Menschen deutlich demonstrieren, wie unwichtig sie wirklich sind. Genau das tun wir heute.

#### (Allgemeiner Beifall)

Mit einer gemeinsamen Resolution zeigen wir, dass alle Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag erkannt haben, was da gespielt wird. Auch wenn wir in vielen Dingen verschiedener Meinung sind: An dieser Stelle stehen wir zusammen. Über Einzelfragen der Integration mag man trefflich streiten. Aber wir lassen uns dieses wichtige Politikfeld nicht von einigen wenigen verseuchen.

Nicht umsonst finden wir in Integrationsfragen immer wieder die Einstimmigkeit. Wir tun das auch gerade deshalb, damit die Feinde unserer Demokratie möglichst wenige Angriffsflächen haben. Denn da, wo ein großer Konsens ist, gibt es Angriffspunkte nur an den äußersten Rändern. Das soll und wird so bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Manchmal muss man einen Preis für die Demokratie bezahlen. An einem Tag wie heute kann man aber auch Gewinne machen. Wenn die Feinde herankriechen, dann stehen wir zusammen.

#### (Allgemeiner Beifall)

Wir sollten das gewiss nicht zu oft machen; denn meistens kommt man nur voran, wenn man vorher fruchtbar – nicht furchtbar, sondern fruchtbar – streitet. Aber wenn es um Grundsatzfragen geht, dann gibt es keine Alternativen zum gemeinsamen Schulterschluss. – Ich danke Ihnen.

#### (Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Solf. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn am Freitag und Samstag in Köln ein Häufchen Rechtsextremer, die im demokratischen Deckmäntelchen auf Stimmenfang gehen, zu ihrem sogenannten Anti-Islamisierungskongress einladen, ist das nicht einer der üblichen Veranstaltungen von "pro Köln" gegen dieses oder jenes – wie zuletzt gegen den Bau einer Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld. Wenn "pro Köln" zu dieser Hetzveranstaltung einlädt, haben sich die vermeintlichen Biedermänner endgültig selbst demaskiert.

"Pro Köln" hat zum ersten Mal einen offenen und verurteilten Holocaust-Leugner zu dieser Veranstaltung eingeladen. Auch wenn dieser sich öffentlich bekennende und verurteilte Holocaust-Leugner mittlerweile nicht mehr als Redner auf der Homepage angekündigt wird, so bleibt dieser Umstand doch eine Tatsache und verwerflich. Diese Veranstaltung hetzt dieses Mal auch ganz offen gegen eine ganze Glaubensgemeinschaft. Hierzu möchte ich ein Zitat vortragen:

Dieser Anti-Islamisierungskongress soll in die Geschichte eingehen, als der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten.

Dies erklärte Henry Nietzsche auf der Internetseite von "pro Köln". An dieser Wortwahl wird deutlich: Eine Glaubensgemeinschaft soll nicht nur pauschal diffamiert, sondern frontal attackiert werden. Das ist das Skandalöse, was an diesem Wochenende in Köln passieren soll.

#### (Allgemeiner Beifall)

Auch im parlamentarischen Tun wird die rechtsextreme Einstellung von "pro Köln" und damit auch von "pro NRW", die sich ja landesweit organisiert haben oder organisieren wollen, zunehmend deutlicher. Wer bei jeder Gelegenheit gegen interkulturelle Zentren und das friedliche Zusammenleben aller Ethnien und Religionen zu Felde zieht, wer bei jeder Gelegenheit über Schwule und Lesben herzieht, der offenbart, wes Geistes Kind er ist. Und wer allen Ernstes im Rat der Stadt Köln fordert, die Mittel für das NS-Dokumentationszentrum zu streichen und damit eine sehr eindrucksvolle und bedrückende Gedenkstätte gegen den Nationalsozialismus in Köln kaputtzumachen, der offenbart sein wahres Gesicht.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die Kölnerinnen und Kölner gemerkt. Deswegen sind für das kommende Wochenende zahlreiche Protestaktionen geplant. Die Kirchen laden ein zum Friedensgebet, Schülerinnen und Schüler organisieren sich gegen Rechts, viele Kneipen in Köln führen Aktionen durch nach dem Motto "Kein Kölsch für Nazis".

Am Samstag werden Zehntausende aufstehen und einem Aufruf eines breiten Bündnisses aus Kirchen, Gewerkschaften, politischen Parteien und sonstigen Institutionen Folge leisten und unter dem Motto "Wir stellen uns quer" demonstrieren. Viele Tausende von diesen Demonstranten, die am Samstag am Roncalliplatz – im Schatten des Kölner Doms – aufstehen werden, werden Westen wie diese tragen

#### (Der Redner hält eine Weste hoch.)

und damit eindeutig dokumentieren: Wir wollen ein Zeichen setzen. Wir wollen einstehen für ein Leben in Freiheit und größtmöglicher Gerechtigkeit für alle. – Das gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Errungenschaften unserer Nachkriegsdemokratie. Deshalb werden wir uns alle gemeinsam mit den Demokraten Kölns und des Landtags Nordrhein-Westfalen gegen diese Bewegung einsetzen und dafür eintreten, dass Köln eben nicht zum Tummelplatz von europäischen Rassisten und Faschisten wird.

Ich freue mich ganz besonders, dass dies auch heute alle Fraktionen im Landtag gemeinsam mit ihrem Antrag kundtun und deutlich machen. Darauf bin ich stolz und sehr zufrieden. Ich bitte Sie ganz dringend, in Köln mitzuhelfen, dass diese Stadt weltoffen und tolerant bleibt und eben nicht Rassisten zum Opfer fällt. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Börschel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird in diesen Tagen angegriffen. Sie wird von links angegriffen, wenn Oskar Lafontaine die Enteignung von Familienunternehmen fordert, und sie wird von rechts angegriffen, wenn beispielsweise in Köln zu diesem infamen Anti-Islamisierungskongress eingeladen wird.

# (Beifall von FDP und CDU)

Wir stellen uns als Demokraten gegen diese Angriffe. Beiden ist gemeinsam, dass mit plumpen Parolen Ängste geschürt werden sollen und es nicht darum geht, den Menschen Befürchtungen zu nehmen, sondern darum, sie in ihrer Verunsicherung zu bestärken und für politisch extreme Positionen zu gewinnen.

Mit dem vorliegenden Antrag haben alle vier Fraktionen diese Herausforderung angenommen. Wir widersprechen, wenn es nur darum geht, Ressentiments zu schüren, aber nicht darum, mit Argumenten Ängste zu nehmen. Gruppierungen wie "pro Köln" kaschieren Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz mit dem Deckmantel einer Bürgerbewegung.

Mit unserem gemeinsamen Signal zeigen wir hier und heute, dass diese Kräfte nur für eine kleine – zum Glück sehr kleine – Minderheit in unserem Land sprechen. Ziel unserer gemeinsamen Arbeit im Landtag, in Köln und überall in Nordrhein-Westfalen muss es sein, dafür Sorge zu tragen, dass solche Extremisten keine Chance haben, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

(Beifall von FDP, CDU und Carina Gödecke [SPD])

Wir dürfen im Übrigen die Menschen – zum Beispiel in Köln –, die angesichts einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft verunsichert sind, nicht alleine lassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass nur "pro NRW", "pro Köln" und andere Fragen stellen, sondern wir müssen in diesem Diskurs genauso präsent sein, aber mit anderen Antworten. Wir müssen zeigen, dass Pluralität ein Gewinn für eine Gesellschaft ist. Wir müssen zeigen, dass zu unseren Werten auch die freie Ausübung von Religion gehört. Wir müssen so die Menschen in ihrer Haltung und in ihrem positiven Bekenntnis zu unserer Demokratie bestärken.

Wenn von der heutigen Entschließung ein derartiges Signal in das Land Nordrhein-Westfalen ausgehen kann, ist das ein guter Tag, der hoffentlich am kommenden Wochenende in Köln dazu führt, dass viele auf die Straße gehen, um sich querzustellen. Köln darf nicht einigen wenigen versprengten, aus ganz Europa angereisten Extremisten überlassen werden, sondern Köln muss die weltoffene Stadt bleiben, die sie heute ist. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nirgendwo in der Welt zu akzeptieren. In Deutschland sind sie einfach unerträglich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Zitat stammt von Bundestagspräsident Norbert Lammert. Er hat es in der vergangenen Woche gesagt, als wir in Köln den 50. Geburtstag der Christlich-Jüdischen Gesellschaft gefeiert haben. Das waren genau der richtige Ort und die richtige Zeit, um diese Wahrheit auszusprechen. "Köln stellt sich quer" ist ein ungemein breites Bündnis von – wir haben es eben gehört – Kirchen bis hin zu Ge-

werkschaften, vom Oberbürgermeister bis zum Motorradclub "Kuhle Wampe", von Ordensbrüdern bis zu Frauenverbänden. Sie stellen sich quer gegen diesen Aufmarsch der europäischen Rassisten und Neonazis in Köln, quer zu diesem Kongress mit dem untrügerischen Titel "Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee!".

Dieser Ablehnung und Ignoranz stellen wir uns heute gemeinsam im Landtag entgegen. Wir sagen ja zur Vielfalt, ja zur Toleranz, ja zur Integration, ja zum interreligiösen Dialog, ja zum friedvollen und respektvollen Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichster Religionszugehörigkeit.

## (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich darüber, dass alle vier Fraktionen dieses Hauses das sagen. Es freut uns insbesondere, dass Sie eine Initiative so positiv aufgenommen haben, die von unserer Fraktion ausging. Eine solche Gemeinsamkeit ist wichtig, um das richtige und entscheidende Nein in Richtung Köln zu rufen und für das gesamte Land zu formulieren. Es ist ein Nein voller Abscheu gegen diese braune Pest, die Hass und Gewalt sät. Wir sagen mit aller Klarheit, dass Rassisten und Neonazis in unserem Land keine Chance haben.

Wir wollen eine demokratische Gesellschaft der Vielfalt. Wir wertschätzen und achten die Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Wir wissen: Sie bereichern unser Zusammenleben. Wir brauchen sie.

Zu dieser Akzeptanz und Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört auch, dass wir die verschiedenen Lebensentwürfe achten, die verschiedenen Weltanschauungen, die religiösen Überzeugungen aller Menschen, die hier leben. Wir wünschen mit ihnen einen offenen Dialog.

Genauso wie katholische und evangelische Christen haben selbstverständlich Juden und Muslime ihren Platz in unserer Gesellschaft, nicht nur wegen unserer gemeinsamen religiösen Wurzeln. Gerade die Unterschiede fordern unseren gegenseitigen Respekt als unabdingbar notwendige Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

Wir wissen es und dürfen es nicht verschweigen: Es gibt in unserer Gesellschaft Angst vor islamistischen Tendenzen in Europa. Diese Ängste müssen wir selbstverständlich ernst nehmen. Der Ausruf "Gewalt hat bei uns keinen Platz!" gilt natürlich auch für islamistische Extremisten, nicht nur für Neonazis.

### (Allgemeiner Beifall)

Doch gerade wenn wir die Menschen mit ihren Ängsten ernst nehmen, ist es umso wichtiger, immer wieder zu betonen: Die überwältigende Mehrheit der Muslime in Deutschland, die hier mit uns

leben, hat nichts gemein mit einem intoleranten, einem islamistischen Islam, der Gewalt predigt.

Die Muslime in Köln, in Nordrhein-Westfalen und überall in Deutschland wollen einen würdigen Ort zum Ausüben ihrer Religion, zum Beten und für ihr Gemeindeleben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich denke, das muss eine Selbstverständlichkeit in einem freien Land sein, das sich der freien Religionsausübung verschrieben hat.

Wir wissen nämlich, dass wir, wenn wir die Muslime ausgrenzen, ihnen mit Misstrauen begegnen und sie – auch aus Angst – isolieren, schüren wir Unterlegenheitsgefühle, Hass und Desintegration. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute hier gemeinsam klarmachen: Rassistische Botschaften der Intoleranz, der Ausgrenzung und des Hasses haben bei uns keinen Platz.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. – Diese Mahnung von Richard von Weizsäcker ist heute leider immer noch sehr aktuell. Sie gilt gerade heute. Gerade angesichts unserer Vergangenheit, gerade angesichts der Geschichte des Rassenwahns, der Verfolgung und Vernichtung des jüdischen Volkes und anderer Minderheiten dürfen wir diesem neuerlichen Erstarken des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus nicht tatenlos zuschauen.

Die heutige gemeinsame Erklärung, die Unterstützung des Protests gegen die Rassisten und Neonazis in unserem Land ist nicht nur in Köln ein wichtiges Zeichen, das von unserem Land und von diesem Hause ausgeht. Es ist ein Zeichen, das zu diesem Haus passt – ein Antrag aller Fraktionen.

So, wie es zu den Kölner Kneipiers passt, wenn sie kein Kölsch für Nazis ausschütten, und wie es zu der Karnevalshochburg Köln passt, wenn Tausende von Bauchtänzern mit "Salamalaaf"-Rufen zum Heumarkt ziehen, lassen Sie uns heute dieses gemeinsame Zeichen ins Land senden: In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für Rechtsextreme und Rassisten. – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Asch. – Für die Landesregierung spricht nun Innenminister Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße es sehr, dass sich alle Fraktionen so deutlich gegen diesen sogenannten Anti-Islamisierungskongress stellen, der am Wochenende in Köln stattfinden soll. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen setzt ein deutliches und notwendiges Signal gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen den Versuch einer rechtsextremistischen Gruppierung, durch die Be-

setzung eines in Köln diskutierten Themas, nämlich des geplanten Moscheebaus, möglichst medienwirksam zu provozieren.

Die Veranstalter dieses Kongresses, "pro Köln" bzw. "pro NRW", werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet, da hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vorliegen.

Diese Veranstaltung steht in krassem Gegensatz zu allen Bemühungen, den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern und Menschen muslimischen Glaubens zu integrieren. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema wollen die Veranstalter aber gerade nicht.

Mit der Unterstützung ausländischer Redner, die zumindest dem rechtspopulistischen, teilweise auch dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, sollen hier Menschen einer bestimmten Volks- und Religionszugehörigkeit ausgegrenzt und Ängste vor Überfremdung geschürt werden. Es geht den Veranstaltern nur darum, eine ablehnende Haltung gegenüber dem Islam zu demonstrieren. Dabei versucht er, den Islam als Religion insgesamt zu diffamieren, indem er ihn mit dem Islamismus gleichsetzt.

Ein Verbot des Kongresses zum jetzigen Zeitpunkt ist rechtlich nicht möglich. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ist ein hohes Rechtsgut, das nach dem Bundesverfassungsgericht nur unter engen Voraussetzungen eingeschränkt werden darf. Herr Solf hat zu Recht ausgeführt, dass eine freiheitliche Gesellschaft so etwas am Ende eben aushalten muss.

Die Polizei wird aber sehr genau hinschauen, ob sich aus dem Fortgang der Veranstaltung Verbotsgründe ergeben. Ein Verbot kann aber nicht die alleinige Antwort der Gesellschaft sein. Es mag kurzfristig ein Problem lösen, beseitigt aber nicht die Wurzel des Übels. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert, sich auf politischer wie auch auf gesellschaftlicher Ebene mit den Extremisten auseinanderzusetzen.

Der Antrag der Fraktionen unterstützt die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung, gegen jede Art von Extremismus konsequent vorzugehen. Die Polizei tut dies, indem sie konsequent gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Straftaten vorgeht. Der Verfassungsschutz seinerseits klärt über rechtsextremistische Strategien und Methoden auf.

Diese Aufklärungsmaßnahmen umfassen nicht nur Informationen in Unternehmen, sondern auch die von uns aufgelegten und mittlerweile bundesweit nachgefragten Bildungscomics "Andi 1" zum Thema Rechtsextremismus und "Andi 2" zum Islamismus. Hier kommen im Jahr weit über 100 Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, Multiplikatoren und Jugendliche hinzu.

Aufklärung und Information gehen aber noch weiter. Gerade im Hinblick auf den Kongress in Köln mit seiner menschenverachtenden und integrationsfeindlichen Ausrichtung ist es wichtig, die Kommunen zeitnah und umfassend zum Themenfeld "Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" zu informieren. Der Verfassungsschutz arbeitet hier ganz eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen. Dabei geht es um Informationen, die in den Kommunen besonders hilfreich sind. Die einzelnen Schritte und Projekte hat das Innenministerium nach dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vom 17.12.2007 zuletzt im Hauptausschuss am 21.08.2008 vorgestellt.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gelingt nur dann, wenn unterschiedliche Stellen möglichst eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dass ein breites Bündnis gegen den Kongress entstanden ist, ist ein deutliches Zeichen unserer wehrhaften Demokratie. Parteien, Gewerkschaften, christliche Kirchen, jüdische Gemeinden und andere haben zu Gegenveranstaltungen aufgerufen.

Mit der Teilnahme von mehreren tausend Gegendemonstranten ist zu rechnen. Diese breite Gegenbewegung aus der Mitte der Gesellschaft zeigt, dass es "pro Köln" und "pro NRW" nicht so leicht gelingen wird, durch das Anknüpfen an unterschwellig vorhandene Vorurteile auf Stimmenfang zu gehen. Ich rechne damit, dass am Samstag in Köln mehrere tausend Menschen in der Innenstadt demonstrieren werden. Polizei und Verfassungsschutz bereiten sich seit Wochen professionell auf die Veranstaltung vor.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hoffentlich besser als in Dortmund!)

Zur Bewältigung dieses schwierigen Einsatzes steht der Polizei Köln ein Großaufgebot an Einsatzkräften zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen wird hierbei dankenswerterweise auch durch Polizeikräfte anderer Länder und die Bundespolizei unterstützt. Sie werden alles dafür tun, damit es friedlich und gewaltfrei bleibt.

Mit Sorge sehe ich allerdings, dass Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums angekündigt haben, mit nichtdemokratischen Mitteln gegen den Kongress vorgehen zu wollen. Dabei sind Gewalttätigkeiten durch diese Gruppierungen, um den Kongress zu verhindern, nicht auszuschließen. Die Polizei wird ihre Arbeit tun und möglichst alles verhindern, was an Gewalt ausgeübt werden soll.

Öffentliche Veranstaltungen wie diese, meine Damen und Herren, bei denen es darum geht, ausländische Mitbürger auszugrenzen und Ängste gegenüber Fremden zu schüren, sind für die Bürgerinnen und Bürger, vor allem für die hier lebenden Muslime unerträglich. Aufgabe aller demokratischen Kräfte ist es daher, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

keinen Platz in unserer Gesellschaft zu geben. Ich bin überzeugt davon, dass dieses Signal am kommenden Wochenende auch von Köln ausgehen wird. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratung.

Die vier antragstellenden Fraktionen des Landtags haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 14/7464. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

#### 2 Aktuelle Stunde

NRW kommt voran – Unterrichtsausfall im Schulbereich mehr als halbiert

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/7500

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 15. September 2008 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Ich eröffne die Aussprache und gebe Klaus Kaiser von der CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich fragt, warum die ehemalige Schulministerin Ute Schäfer mit ihrer Schulpolitik gescheitert ist, dann gibt es zuallererst eine Antwort: Sie hat den Unterrichtsausfall nicht in den Griff bekommen.

(Beifall von der CDU)

Umso erstaunlicher ist es, dass sie nach ihrer Abwahl im Mai 2005 das Thema Unterrichtsausfall offensichtlich zu einem ihrer Lieblingsthemen gemacht hat. Auch die neueren Zitate belegen, dass Frau Schäfer den Unterrichtsausfall immer nur für ihre politischen Zwecke einspannen will, bis heute aber keine Strategie zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls vorgelegt hat.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

- Ich komme ja dazu. Herr Eumann, keine Panik!

Zwei Beispiele! Mit dem neuen Schulgesetz warnte Frau Schäfer vor einer halben Million Stunden Un-

terrichtsausfall. Durch die Einführung der Kopfnoten behauptete sie einen Unterrichtsausfall von gar einer Million Stunden, ganz zu schweigen von dem nach ihrer Meinung unermesslichen Unterrichtsausfall durch die Sprachstandsfeststellungen in den Grundschulen. – Propaganda, die den Fakten nicht standhält, wie die neueste Unterrichtsausfallstatistik des Schulministeriums belegt! Der nähere Blick und die Klärung der Sachverhalte machen deutlich: Die SPD hatte keine Rezept gegen Unterrichtsausfall. Sie liegt mit ihren Prognosen vollkommen falsch. So einfach ist die Wahrheit.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Diese Aktuelle Stunde hat den Namen wirklich verdient, weil sie eindeutig belegt: Die Maßnahmen der neuen Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen greifen. – Damit herzlichen Dank an die Schulministerin, Frau Sommer, für das engagierte Angehen des Problems des Unterrichtsausfalls seit dem Jahr 2005.

# (Beifall von CDU und FDP)

Frau Schäfer hat sich nach Bekanntwerden der Studie öffentlich geäußert und kritisiert, es sei keine Kompletterhebung angegeben. Dazu macht es Sinn, einmal zu zitieren, was Frau Schäfer als Ministerin gesagt hat. Mit Genehmigung der Präsidentin möchte ich aus dem entsprechenden Protokoll zitieren:

Aber, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wenn Sie es heute gern zum dritten Mal hören wollen, erklären wir Ihnen noch einmal die Position der SPD zur landesweiten Statistik zum Unterrichtsausfall. Zur Verdeutlichung hören Sie die Zahlen, die ich bereits am 17. Mai zu demselben Thema hier vorgetragen habe. Auch an den Zahlen hat sich bis jetzt nichts geändert. Ich habe Ihnen vorgerechnet, dass es bei ca. 7.000 Schulen im Land jährlich 30 Millionen DM kostet, wenn man für die Datenerhebung wöchentlich pro Schule eine Stunde bis eineinhalb Stunden aufwendet. Rechnerisch sind das 300 Lehrerstellen und auf die Legislaturperiode bezogen 150 Millionen DM.

Frau Schäfer, lesen Sie gelegentlich mal nach, was Sie gesagt haben. Das hilft, sich nicht so abgrundtief zu blamieren.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Zur Statistik! Selbst größte Optimisten hatten es kaum für möglich gehalten, dass es in dieser kurzen Zeit gelingen könnte, den Unterrichtsausfall mehr als zu halbieren. Das ist eine ganz außerordentliche Leistung. Dafür ganz herzlichen Dank!

# (Beifall von CDU und FDP)

Das geht nur darauf zurück, dass die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls wesentlicher Bestandteil der Qualitäts- und Innovationsstrategie für das nordrhein-westfälische Bildungssystem ist. Die wesentlichen Faktoren sind:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt wird es lustig!)

Diese Landesregierung hält Wort und tut, was sie vorher angekündigt hat.

### (Beifall von CDU und FDP)

Ein wesentlicher Punkt für die Verringerung des Unterrichtsausfalls ist die Einstellung von 4.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern. Das haben wir zur Wahl 2005 zugesagt; zum Erhebungszeitpunkt waren davon bereits 3.000 eingestellt. Zur Erinnerung möchte ich auch hier die ehemalige Schulministerin Schäfer zitieren. Sie reagierte damals auf den damaligen Oppositionsführer und heutigen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, der diese Stellen bereits 2005 angekündigt hatte. Frau Schäfer sagte damals wörtlich – ich zitiere –:

In den kommenden Jahren wird die Schülerzahl allmählich sinken – wie Rüttgers dann 4.000 zusätzliche Stellen finanzieren ... will, bleibt völlig unklar. Seriös ist eine solche Ankündigung in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte jedenfalls nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie keine eigenen Inhalte für Ihre Rede, dass Sie immer auf uns zurückgreifen müssen?)

Auch hier, lernen wir, lag Frau Schäfer völlig neben der Wirklichkeit.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, wie es diese Regierung tut, dann gibt es eben trotz Schülerrückgang zusätzliche Lehrer. 4.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer gegen Unterrichtsausfall – versprochen und Wort gehalten gilt für diese Koalition auch in der Bildungspolitik.

# (Beifall von CDU und FDP)

Eine zweite wesentliche Strategie zur Verminderung des Unterrichtsausfalls besteht darin, dass die neue Schulpolitik dieses Thema wirklich in den Fokus genommen hat. Natürlich war es nicht ganz einfach, durchzusetzen, dass die Unterrichtserteilung an jeder Schule höchste Priorität hat. Heute zeigt sich allerdings, dass Eltern und Schüler mehr Verlässlichkeit haben.

Besonders erfreulich ist der starke Rückgang von ersatzlos ausgefallenem Unterricht an den Grundschulen. Hier wird deutlich, dass das Instrument der Sprachstandsfeststellung bereits im zweiten Jahr ohne Komplikationen läuft und eben nicht, wie Frau Schäfer mit ihrer Propaganda behauptet, zu massenhaftem Unterrichtsausfall führt. Die neue Bildungspolitik wirkt, und die neuen wesentlichen gesellschaftlichen Aufgaben werden zu wichtigen Angelegenheiten, aber eben auch zu Routineangele-

genheiten werden. Wie falsch die SPD mit ihrer Schulpropaganda liegt, wird am Beispiel des Unterrichtsausfalls mehr als deutlich.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Kaiser, wann waren Sie das letzte Mal in der Schule? Wissen Sie eigentlich, was dort los ist?)

Während die SPD millionenfachen zusätzlichen Unterrichtsausfall beklagt, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Niemals vorher hat es weniger Unterrichtsausfall gegeben als heute. Das macht deutlich: Die SPD hat in der Bildungspolitik keinen Kompass. Diese Landesregierung setzt ihren Kurs der Priorität für Schule konsequent weiter fort. Mehr Unterricht heißt mehr Qualität; denn das ist die Voraussetzung für guten Unterricht. Nur die Stunde, die erteilt wird, kann guter Unterricht sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Stunden werden aber doch nicht erteilt! Sie haben ja Unterrichtsausfall ohne Lehrer!)

Das gilt übrigens auch für den in der Sek. II häufig durchgeführten eigenverantwortlichen Unterricht; denn dieser ist gut, wenn er entsprechend vorbereitet und angeleitet wird. Die Untersuchung zeigt: Die Schulen haben ihre Aufgabe angenommen.

Bei aller Freude über die positive Entwicklung dürfen wir nicht vergessen, dass es an einzelnen Schulen trotzdem anders aussehen kann. Auch heute gibt es noch – wenn auch sehr viel weniger – Klagen über Unterrichtsausfall. Hierzu wird in der Studie der Hinweis gegeben, dass dies sehr häufig mit der großen Streuung der Stellenbesetzungswerte zu tun hat und es vornehmlich Aufgabe der Schulaufsicht ist, unter Einsatz aller geeigneten Mittel der Stellenbewirtschaftung die teilweise noch große Streuung der Stellenbesetzungswerte weiter zu verringern.

Mit anderen Worten: Wir wissen sehr wohl, dass es hier und da noch zu Problemen kommt. Da sind wir sehr wachsam, beobachten das und handeln im Einzelfall sehr wohl. Über den Riesenerfolg aber, den Frau Sommer durch ihr konsequentes Handeln gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen erreicht hat, freuen wir uns mit dieser Landesregierung; denn dies kommt allen Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen zugute. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Kaiser. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eines unserer wichtigsten bildungspolitischen Wahlversprechen war die Minimierung des Unterrichtsausfalls. Nun haben wir

es schwarz auf weiß: FDP und CDU haben Wort gehalten.

Wir haben von der SPD und den Grünen im Jahre 2005 einen Unterrichtsausfall von 4,4 % übernommen. Bereits im letzten Jahr ist uns eine Absenkung auf 2,6 % gelungen.

(Ralf Jäger [SPD]: Halleluja!)

Das sparen Sie sich einmal für jetzt auf – in diesem Jahr haben wir den Unterrichtsausfall nämlich auf glatte 2,0 % heruntergefahren. Damit haben wir den Wert im Vergleich zu Ihrem letzten Regierungsjahr nicht nur mehr als halbiert, sondern sogar den niedrigsten Wert erzielt, der je gemessen worden ist

(Beifall von FDP und CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, eigentlich müssten diese Daten Ihnen die Schamesröte ins Gesicht treiben;

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

denn Sie haben den Schülern, Eltern und Lehrkräften jahrelang massiven Unterrichtsausfall zugemutet. In Ihrer Bilanz fielen 5 Millionen Stunden jährlich aus.

Gute Politik kann hieran aber etwas ändern. Man muss es nur wollen, und man muss massiv investieren. Wir geben den Eltern die Sicherheit zurück, dass das Mögliche getan wird, damit der angesetzte Unterricht den Kindern auch erteilt wird. Außerdem geben wir den Schülern die Sicherheit, dass sie ihre Unterrichtszeit nicht durch ständige Freistunden abbummeln müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, jetzt sitzen sie ohne Lehrer in der Klasse!)

Wir reden viel über Chancengerechtigkeit und die Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten. Das tun wir völlig zu Recht. Damit Kindern durch den bestmöglichen Unterricht auch tatsächlich Chancen eröffnet werden, muss der Unterricht aber auch erst einmal stattfinden.

Dass SPD und Grüne 2004 den Abbau von 16.000 Lehrerstellen angekündigt hatten, unterstreicht die dramatisch positive Entwicklung unter schwarzgelber Verantwortung noch einmal. Man muss sich bewusst machen, dass FDP und CDU Tausende Lehrerstellen geschaffen haben, um so auch den Unterrichtsausfall abzusenken.

Wir haben in den vergangenen Jahren 5.084 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Weitere 1.831 Stellen werden hinzukommen. Hiervon sind alleine 500 Stellen gegen den Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung eingeplant. Durch die sogenannten Demografiegewinne, die wir nicht abbauen, verbessert sich der Saldo nochmals. Zusammen stehen dann 14.445 zusätzliche Stellen zur Verfügung.

### (Zurufe von der SPD)

Diese gewaltige Gesamtzahl hilft selbstverständlich auch gegen den Unterrichtsausfall. Man kann nur sagen: Würden die ach so sozialen Sozialdemokraten und die angeblich so bildungsgerechten Grünen reagieren, dann gute Nacht! Dann müsste das Komma beim Unterrichtsausfall heute wohl eher eine Stelle nach hinten rücken.

#### (Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Meine Damen und Herren, besonders erfreulich ist es, dass tatsächlich über alle Schulformen hinweg eine weitere deutliche Verbesserung zu beobachten ist. Keine einzige Schulform überschreitet die Dreiprozentmarke beim Unterrichtsausfall. Damit können wir allen Eltern und Schülern glaubhaft zeigen, dass es keine ideologischen Lieblingskinder oder bevorzugten Schulformen gibt, sondern dass wir uns in allen Schulformen für die bestmögliche individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers starkmachen.

Ein anderer herausragender Erfolg ist das Ergebnis an den Grundschulen. Ein Wert von 99,1 % beim erteilten Unterricht ist großartig. Er bedeutet eine Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr, also nur innerhalb eines einzigen Jahres, um 78 %. Gerade an den Grundschulen ist die Erteilung des Unterrichts besonders wichtig, weil dort viele der Grundlagen gelegt werden, die den Schülern eine erfolgreiche weitere Schullaufbahn ermöglichen.

Die Opposition bemängelt, dass bei Erkrankung eines Fachlehrers nicht jeder Unterricht durch einen entsprechenden anderen Fachlehrer erteilt wird. Dort müssen und werden wir noch Verbesserungen durchführen. Ich frage Sie aber: Ist denn die rotgrüne Pseudolösung des Problems, nämlich blanker Unterrichtsausfall, die bessere Variante für Schüler und Eltern? Doch wohl kaum!

Ich möchte auch auf eine zusätzliche wichtige Möglichkeit hinweisen, mit der wir den Unterrichtsausfall zukünftig noch weiter absenken können. An den Schulen vor Ort kann durch eine verstärkte Kooperation untereinander eine Optimierung des Fachunterrichtes gelingen. Lehrer unterrichten in der Regel zwei Fächer. Die Schulen sind im Bereich einzelner Fachlehrer unterschiedlich ausgestattet. Einige Schulen haben eine großzügige Ausstattung, sogar mit Physiklehrern, andere hingegen verfügen gerade in diesem Bereich über begrenzte Kapazitäten. Den Schulen ist es erlaubt, vor Ort zu kooperieren, sich also in der jeweiligen Unterbesetzung auszuhelfen. Diese Möglichkeiten sollten die Schulen verstärkt nutzen. Die regionalen Bildungsnetzwerke können solchen Kooperationen in Zukunft noch einen ganz kräftigen Schub geben.

Die SPD kritisiert, dass in der vorliegenden Statistik die von Ihnen übrigens bewusst falsch verbreiteten hohen Zahlen zum Ausfall von Stunden durch die Kopfnotenvergabe nicht auftauchen. Wie Sie jedoch

dem Untersuchungszeitraum entnehmen können, fanden zu dieser Zeit zum Beispiel Sprachstandsfeststellungen und schriftliche Abiturprüfungen statt, also ein Zeitraum, in dem ein potenziell hoher Unterrichtsausfall drohen kann. Von bewusstem Beschönigen kann also beileibe nicht die Rede sein.

Auch zeigt sich, dass die Sprachstandsfeststellungen inzwischen ohne nennenswerten Ausfall durchgeführt werden können, was den professionellen Umgang vor Ort verdeutlicht.

Es zeigt sich ferner, dass es richtig ist, dass Dienstbesprechungen und Konferenzen eben nicht zulasten des schulischen Unterrichts durchgeführt werden. Frau Beer behauptet ja, es gäbe Druck auf Schulen, auf keinen Fall Unterricht ausfallen zu lassen. Hierzu kann ich nur sagen: Ja, wir stehen dazu, dass wir es für richtig und wichtig halten, dass, wenn irgend möglich, die Schulen den Unterricht lückenlos erteilen. Die Schüler und Eltern haben ein Anrecht darauf, und hierfür setzen wir uns ein. Aber selbstverständlich ist es wichtig, den Lehrkräften und den Schulen für ihre Flexibilität und ihr Engagement zu danken, da ohne sie dieses tolle Ergebnis nicht möglich gewesen wäre.

#### (Beifall von Bernhard Recker [CDU])

Bildungsgerechtigkeit und qualitativer Unterricht werden nicht durch das Räsonieren über ideologische Theorien hergestellt. So banal es klingen mag: Bestmögliche Bildung setzt zunächst einmal die Sicherstellung des Unterrichts voraus. Dass sich ausgerechnet Frau Schäfer, mit jährlich 5 Millionen Stunden ersatzlos gestrichenem Unterricht die Königin des Unterrichtsausfall, nun in der Presse echauffiert, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Die Bilanz von rot-grüner Bildungspolitik ist auch Ihre Bilanz als damalige Bildungsministerin, Frau Schäfer. Diese Bilanz kann man anhand von zwei Zahlen zusammenfassen: 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall und 16.000 beschlossene zu streichende Lehrerstellen. Das ist Ihre ganz persönliche Bilanz.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, gute Bildungspolitik muss sich sowohl durch gute handwerkliche Arbeit als auch durch konsequentes Tempo bei der Reformfreudigkeit auszeichnen. Die Opposition will sich ja als die bessere Alternative anpreisen. Dazu kann ich nur sagen: Warum sollte man, wenn man einen Porsche haben kann, ein technisch herausragendes Gefährt, nämlich Schulministerin Sommer und die Koalition,

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD] – Zurufe von der SPD)

einen Wartburg wählen, der sich schon früher nur durch mangelnde Zuverlässigkeit und Betriebsschäden ausgezeichnet hat? (Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber nur ein Zweisitzer und kein Familienfahrzeug!)

Für eine solche Wahl gibt es keinen Grund. Die neuesten Daten zum Unterrichtsausfall verdeutlichen noch einmal: Wir sind genau auf der richtigen Spur.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo sitzen denn die Schülerinnen und Schüler in dem Porsche? – Marc Jan Eumann [SPD]: Porsche können sich nur wenige leisten! Das ist Ihre Bildungspolitik!)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die SPD spricht nun Frau Schäfer.

**Ute Schäfer** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ehrt mich sehr, dass Sie mich zum Thema der Aktuellen Stunde machen, aber wir wollten ja eigentlich über die Statistik sprechen.

(Beifall von SPD und Ralf Witzel [FDP])

Ich rede jetzt mal über die Statistik. An einigen Fakten kann ich Ihnen belegen, dass Sie in der Bildungspolitik Ihre politische Glaubwürdigkeit Zug um Zug verspielen, und das ist jetzt eine ernste Angelegenheit.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Genau! – Zurufe von der CDU: Oh!)

An erster Stelle nenne ich den Ministerpräsidenten, der mit seiner Regierungserklärung und in der anschließenden Landtagsdebatte am 14. Juli 2005 den Menschen in Nordrhein-Westfalen vieles versprochen hat – vieles! –, unter anderem eine schulscharfe Statistik über den Unterrichtsausfall an jeder einzelnen Schule. Ich zitiere:

Damit das in Zukunft auch jedem klar ist und damit Sie sehen, dass diese Koalition keine Angst vor Transparenz in diesem Bereich hat, werden wir eine Statistik über den Unterrichtsausfall erstellen und veröffentlichen, sodass in Zukunft jeder weiß, wie viel Unterricht ausfällt.

Gemeint war hier eine schulscharfe Statistik, die CDU und FDP vor der Regierungsübernahme vehement eingefordert hatten. In der Plenarsitzung am 31. Mai 2006 erneuerte die Schulministerin des Landes das Versprechen – ich zitiere –:

2008/2009 werden wir die erheblichen technischen und organisatorischen Vorbereitungen getroffen haben, um eine flächendeckende Erhebung des Unterrichtsausfalls zu ermöglichen. Wir sind dabei, ein unbürokratisches Verfahren zu entwickeln, um verlässliche Daten aus den Schulen zu erhalten. Der Einsatz modernster computergestützter Erhebungsverfahren garan-

tiert, dass der Aufwand in den Schulen so gering wie möglich gehalten wird. Eine regelmäßige Veröffentlichung solcher Daten erfolgte durch die Vorgängerregierung nicht.

Das ist Ihr Versprechen gewesen. Auch ich kann in alten Protokollen nachlesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und so alt sind die nicht!)

In diesem Jahr kassiert nun die Ministerin das Versprechen des Ministerpräsidenten und ihre eigenen vollmundigen Ankündigungen sang- und klanglos ein und erklärt stattdessen, das Stichprobenverfahren, vom MP, von der CDU und von der FDP vorher heftigst kritisiert – von mir aus durchaus verteidigt, gar keine Frage, aber doch von Ihnen kritisiert! –, werde im nächsten Jahr auf die fünf Bezirksregierungen ausgeweitet. Nichts mehr zu hören von schulscharfer Statistik!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hört, hört!)

Ich sage an dieser Stelle in der Sprache von Herrn Stahl – er ist gerade nicht anwesend –: Frau Sommer, Sie haben damit dem gebrochenen Versprechen des Ministerpräsidenten ein Gesicht gegeben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Helmut Stahl [CDU]: Sie haben Ihr Gesicht schon lange verloren! Haben Sie überhaupt noch ein Gesicht? Sie haben gar kein Gesicht mehr! – Gegenrufe von der SPD)

– Da sind Sie ja, Herr Stahl. Ja, ich habe ein Gesicht. Das verstecke ich auch nicht. Aber hören Sie doch erst einmal zu!

Es geht weiter mit der Frage, wie glaubwürdig die uns von Ihnen angebotene Unterrichtsausfallstatistik ist. Sie rechnen ja die Zahlen von 300 Schulen in Nordrhein-Westfalen auf alle Schulen dieses Landes hoch und wollen damit belegen, dass sich der Unterrichtsausfall seit 2005 halbiert hat. Ihre Rechnung, dass der Unterrichtsausfall um 55 % zurückgegangen ist, hört sich auch erst einmal ganz gut an.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aber bei Ihrer Hochrechnung müssen Sie schon die 1 Million Stunden berücksichtigen, die aufgrund der Vergabe von Kopfnoten ausgefallen sind.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

– Lachen Sie mal nicht so! Ihre Regierung hat den Schulen zwei Tage freigegeben, um sich mit der Vergabe von Kopfnoten zu beschäftigen! Das sind 1 Million Stunden Unterrichtsausfall zusätzlich! Ihre Regierung, Herr Recker!

(Beifall von der SPD)

Und bei einer Hochrechnung für ein Jahr gehört das wohl dazu.

### (Zurufe von CDU und FDP)

Sie verschweigen das einfach. Wenn man das aber hinzunimmt, ist man schon bei 3 Millionen Stunden Unterrichtsausfall. Und das hört sich dann schon wieder anders an.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der Ihnen gar nicht gefallen wird. Es wird nämlich ziemlich spannend, wenn man diese Unterrichtsausfallstatistik genau liest. Richtig interessant wird es auf Seite 6. Unterrichtsausfall hat ja etwas mit der Ausstattung von Lehrern und Lehrerinnen an den Schulen zu tun, und infolgedessen gibt es in Ihrer Statistik auch eine Gegenüberstellung, aus der hervorgeht, wie viele Lehrer in der Schule sein sollen und wie viele dort wirklich sind. Frau Ministerin und auch Frau Pieper-von Heiden, mit Zahlenakrobatik - das haben wir gerade wieder gehört - kennen Sie sich ja gut aus. Laut Ihrer Haushaltsplanung stellen Sie dar, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Lehrerbereich eine Versorgungsquote von insgesamt 104 % haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

– Herr Witzel, seien Sie mal nicht so voreilig! Haben Sie die Stichprobe gelesen? Haben Sie sich die Zahlen angeschaut? Haben Sie gesehen, was Ihnen diese Stichprobe bescheinigt?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Man darf den Witzel nicht überfordern!)

Diese Stichprobe besagt, dass an den Schulen in Nordrhein-Westfalen in Wirklichkeit 4 % weniger Lehrer und Lehrerinnen beschäftigt sind, als Sie es den Menschen im Land draußen weismachen wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt mache ich es einmal genauso wie Sie: Ich rechne diese 4 % auf alle Stellen hoch, die Sie im Haushalt ausgewiesen haben. Herr Witzel, wissen Sie, was das in toto ausmacht?

(Ralf Jäger [SPD]: Das weiß er nicht!)

Das sind 5.800 Stellen, die es in den Schulen nicht gibt, wobei Sie den Menschen zugleich erzählen, dass es sie gibt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das heißt, diese Stellen sind nur auf dem Papier vorhanden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Blender!)

Ihre eigene Stichprobe belegt, dass diese Stellen in der Realität überhaupt nicht angekommen sind. Das halte ich für einen handfesten politischen Skandal! Noch mal: 5.800 Stellen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann wird das Bild auch rund; denn dann kann man sich erklären, warum das, was Sie hier im Landtag erzählen – dass alles so wunderbar sei –, nicht mit der Realität an den Schulen des Landes übereinstimmt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Witzel guckt so ungläubig! Er kommt mit seinem Prozentrechnen nicht nach!)

Ich zitiere den Titel der "Neuen Ruhr Zeitung" vom 16. September 2008: "Statistischer Schein". – Weiter heißt es dort: Das Bild, das unsere Leserinnen und Leser gezeichnet haben, scheint so gar nicht zu dem zu passen, was die Statistik wenige Stunden vorher gezeigt hat. – Das heißt, Sie sind durch die bildungspolitische Realität vor Ort entlarvt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Och!)

Herr Stahl, noch einmal: Ihre eigene Umfrage Anfang der Sommerferien dieses Jahres hat Ihnen bescheinigt, dass 73 % der Befragten den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen beklagen. – Jetzt haben wir auch den Beleg dafür; denn angesichts dieser 5.800 Stellen, die im System gar nicht vorhanden sind, ist das überhaupt nicht verwunderlich.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Die Eltern wollen kein beschriebenes Papier. Die Eltern wollen auch keine virtuellen Lehrer oder Avatare, wie wir sie aus Second Life kennen. Die Eltern wollen Lehrer und Lehrerinnen "in echt". Und Sie gaukeln den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen etwas vor. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Schäfer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wie es in der Partei der FDP so üblich ist, war Frau Pieper-von Heiden heute im Gagamobil unterwegs. Das hat man sehr deutlich gemerkt, und anders kann ich diesen Redebeitrag leider nicht einordnen.

Ja, meine Damen und Herren in der Koalition der Enttäuschung, wer auch immer bei Ihnen für die Themenfindung für Aktuelle Stunden zur Schulpolitik verantwortlich ist, der muss eine besondere Beziehung zu Australien haben – denn er wirft einen Bumerang nach dem anderen.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

So würde es wirklich Spaß machen, die Aufführung des schwarz-gelben Stadls und das Drehbuch "Unterrichtsausfallstichprobe" zu sezieren, wenn nicht die Eltern, wenn nicht die Schülerinnen und Schüler

sowie die Kolleg(inn)en auf der anderen Seite tagtäglich den Ernst und die Realität erleben würden.

Ich will auch noch einmal an das erinnern – man kann es nicht oft genug sagen –, was Sie, Frau Ministerin Sommer, am 31. Mai 2006 hier laut Plenarprotokoll versprochen haben.

2008/2009 werden wir die erheblichen technischen und organisatorischen Vorbereitungen getroffen haben, um eine flächendeckende Erhebung des Unterrichtsausfalls zu ermöglichen. Wir sind dabei,"

- ich betone dies noch einmal, das haben Sie gesagt -

ein unbürokratisches Verfahren zu entwickeln, um verlässliche Daten aus den Schulen zu erhalten.

Sie sind so weit weg von dieser Ankündigung wie der Mond von der Erde. Es gibt keine flächendeckende Erhebung. Es gibt keine verlässlichen Daten. Und unbürokratisch ist das Ganze auch nicht.

Was Sie da mit Ihrer Stichprobe fabriziert haben, Frau Ministerin, das ist Katzengold, versuchtes Blendwerk für die Öffentlichkeit ohne durchschlagenden Mehrwert für die Schulen.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die neuen Jubelarien des Ministeriums der Koalition der Enttäuschung basieren auf einer Stichprobe, die die Hochrechnungen für eine repräsentative Aussage geradezu abenteuerlich machen.

Wer sich allerdings tiefer in die Daten hineinbegibt, der findet die Belege dafür, wie die Werte zustande kommen und wer sie unter welchen Bedingungen erbringt. Die Schönfärberei der Landesregierung wird auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und der Qualität des Unterrichts erkauft und durch die Lehrkräfte erwirtschaftet.

Die Landesregierung hat wahrlich nur wenig Grund, sich damit zu brüsten. Längst ist das Wahlversprechen von CDU und FDP "Unterrichtsgarantie" Schnee von gestern. Gleiches gilt für die Zusage einer flächendeckenden Erhebung zum Unterrichtsausfall. Das ist auch ein klarer Beleg dafür, dass selbst das Schulministerium offensichtlich nicht an seine Unterrichtsausfallmärchen glaubt.

Jetzt nehme ich Sie einmal mit hinein in die Tiefen dieser Informationen zum Thema Unterrichtsausfall. Statistik, meine Damen und Herren, das ist wahrhaftig etwas anderes.

Ich will zunächst darauf aufmerksam machen, welche Bezugsgrößen das Ministerium für die Berechnung des Unterrichtsausfalls zugrunde gelegt hat. Ich zitiere:

... das tatsächliche planmäßige Unterrichtsangebot jeder einzelnen teilnehmenden Schule ..., d. h. der gesamte nach den Stundenplänen der

Schülerinnen und Schüler in Klassen, Kursen und sonstigen Lerngruppen zu erteilende Unterricht ...

"Achtung, liebes Publikum!", sage ich nur. Es handelt sich gar nicht um den Unterricht nach Ausbildungs- und Prüfungsordnungen und damit den in Stundentafeln festgeschriebenen. Wenn Unterricht, den es nach den Stundentafeln eigentlich geben müsste, grundsätzlich nicht stattfindet, taucht er in der Stichprobe gar nicht auf. Das ist doch entlarvend.

### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Eltern werden sich bedanken, denn an vielen Grundschulen wird aufgrund fehlender Lehrerstellen der Unterricht nicht nach der Stundentafel der AO-GS erteilt. Das haben kompetente Menschen aus Schulverwaltungen in den Kommunen den Eltern schon mitgeteilt. Diese Stunden, die eigentlich erteilt werden müssten, finden nicht statt, wurden in dieser Statistik aber überhaupt nicht mitgezählt. Das ist das erste Potemkinsche Dorf, das Sie errichten.

Aber die Eltern kennen die Rückseite Ihrer Fassadenpolitik: Ausweislich der Daten Ihrer Stichprobe gibt es Förderschulen, die nur eine Stellenbesetzung von gut 82 % vorweisen können, Gesamtschulen 93 % und Gymnasien 94 %. Denen müssen Ihre Verkündigungen, dass es eine Bedarfsdeckungsquote zwischen 101 und knapp 103 % an der jeweiligen Schulform gibt, wie Hohn vorkommen.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Nebensatz gibt die Landesregierung zu, dass es offensichtlich einen eklatanten fachspezifischen Mangel gibt, der bisher von Ihnen immer heruntergespielt worden ist, Frau Ministerin. Angesichts dieser Ausgangslage muss die Aufhebung des Mangelfacherlasses mitten im Vollzug durch die Landesregierung als GAU für die Versorgung mit dringend benötigten Fachlehrkräften gebrandmarkt werden. Sie werden dieses Thema immer wieder auf den Tisch bekommen.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was Sie in den Schulen mit Ihrem Druck anrichten, machen die Kategorien Ihrer Stichprobe nur zu deutlich: Unterricht in besonderer Form heißt vor allem in der Oberstufe selbstgesteuertes Lernen. Es lohnen sich Gespräche mit Oberstufenschülerinnen und -schülern, die berichten, dass das häufig genug bedeutet: Der Kurslehrer ist nicht da. Bleibt in der Klasse sitzen und macht Hausaufgaben; sonst muss ich das nämlich als Unterrichtsausfall melden.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit dem Druck, den Sie ausüben, zwingen Sie die Schulen zu solchen Manövern. Den Schwarzen Peter laden Sie nämlich gerne bei den Schulleitungen ab. Hauptsache, die Zahlenwelt im Ministerium ist in Ordnung.

# (Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Ein Blick auf die Aufstellung zum Vertretungsunterricht ist in der Tat sehr interessant: Der Anteil des Vertretungsunterrichts bewegt sich mit 4,8 % auf dem Niveau des Jahres 2005, als die rot-grüne Landesregierung noch im Amt war. In den beiden vergangenen Jahren lag er sogar bei 6,2 % und 5,8 %. Geschickterweise wird für dieses Untersuchungsergebnis erst gar kein Erklärungsversuch unternommen.

(Lachen von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dabei erzählen Sie uns doch immer von den Tausenden neuen Lehrerstellen – auch heute Morgen wieder –

(Zuruf von der SPD)

gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung.

Ich will Ihnen am aktuellen Haushalt darstellen, wie das jedes Jahr fabriziert wird: Ausweislich des Haushaltsplans 2009, Seite 4, soll es im kommenden Schuljahr 1.359 neue Stellen geben; so steht es schwarz auf weiß in den Papieren.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Darin sind alleine 1.058 neue Stellen für den Ganztag enthalten – das ist gut so. Es gibt acht neue Stellen für die Regionalen Arbeitsstellen und 29 Stellen zur Betreuung von jungen Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern.

Das macht summa summarum 1.095 Stellen. Ich habe es schon einmal gesagt: Ganztagsstellen – das ist gut so, aber sie decken nur den Mehrbedarf im Ganztag und ändern keinen Deut an der Unterrichtsversorgung. Von zusätzlichen Stellen für individuelle Förderung und gegen Unterrichtsausfall ist überhaupt keine Rede. Wo sind denn die 500 Stellen, die Sie eben noch auf den Lippen geführt hatten und die Sie den Menschen im Land versprochen haben?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es überhaupt kein Wunder, dass die Schulen über den Unterrichtsausfall und über zu große Klassen klagen.

Ich empfehle zudem den Blick in ein ganz interessantes Werk: Material zur Sicherstellung des Unterrichts. Danach sollen die Eltern auf Schulwanderfahrten, auf Exkursionen und im Projektunterricht demnächst Zweitkräfte sein. Lehrern wird empfohlen, Elternsprechtage, Präsentationen und Ausstellung auf den Samstag zu verlegen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident.

Sie werden darin außerdem einen ganz interessanten Absatz finden, in dem steht, dass die Standards mit 80 % des Unterrichts zu erreichen sind und der Rest als Reserve gelten soll. Was bedeutet das für die Schülerinnen und Schüler angesichts der Schulzeitverkürzung? Dieses Papier hat es in sich. Wir werden es der Landesregierung noch vorhalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Landesregierung hat jetzt Ministerin Sommer das Wort.

**Barbara Sommer**, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Leitgedanke

(Bodo Wißen [SPD]: Mit "d" oder mit "t"?)

der Bildungspolitik lautet: Es geht nur um den Unterricht, es geht über Unterricht, und Unterricht muss gut sein, und er muss vor allen Dingen stattfinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Mein Ziel ist es, den katastrophalen Zustand, diese Altlast von 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, die wir mitschleppen mussten, auf schnellstem Wege zu beseitigen. Ich kann Ihnen heute eine sehr positive Zwischenbilanz verkünden.

Bei der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls haben wir zwei Lösungsansätze verfolgt. Zum einen war dies die Einstellung von zusätzlichen Lehrern.

(Ute Schäfer [SPD]: Statistikfälschung!)

2005 hatte ich zugesagt, bis zum Ende der Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrer zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls zur Verfügung zu stellen. Dieses Versprechen halten wir.

(Ute Schäfer [SPD]: Wann denn? Nur auf dem Papier!)

Das ist alles in unseren Haushaltsbüchern nachlesbar.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Zeitpunkt der Stichprobe gab es an unseren Schulen 3.000 zusätzliche Lehrer.

(Ralf Jäger [SPD]: 14.000!)

In diesem Schuljahr sind es bereits 3.500. Bereits im nächsten Haushalt wird die Zielmarke mit dann 4.000 Lehrerinnen und Lehrern erreicht sein.

(Bodo Wißen [SPD]: Zählen Sie die Eltern dazu?)

Der zweite Lösungsansatz zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls waren schulorganisatorische Maßnahmen.

(Ralf Jäger [SPD]: Statistikfälschung!)

Dazu gehört, dass außerunterrichtliche Veranstaltungen auch außerhalb des Unterrichts stattfinden müssen.

Zu Schuljahresbeginn darf Unterricht wegen nicht erfolgter Planung nicht ausfallen. Dazu darf ich Ihnen erfreulicherweise sagen: Es gibt viele junge Kolleginnen und Kollegen, die alljährlich in unseren Schulkollegien ihre erste Bewährungsprobe haben. Auch da haben wir vorgesorgt: Wenn sie am 1. August eingestellt werden sollten, dieser Zeitpunkt aber noch in den Ferien lag, haben wir ihnen eine Woche der Ferienzeit bezahlt, damit sie als vollständige Lehrerinnen und Lehrer an dieser Stelle mitarbeiten konnten.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Bis zum ersten Schultag müssen alle organisatorischen Regelungen für das neue Schuljahr abgeschlossen werden. Diese Maßnahmen erfordern einen großen Kraftakt. Ich danke in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern, die gemeinsam dafür gekämpft haben, dieses gute Ziel zu erreichen, das ich Ihnen heute vorstellen kann.

## (Beifall von CDU und FDP)

Sie haben hart gearbeitet, um den Schülerinnen und Schülern Unterrichtssicherheit zu geben. Diese Statistik, meine Damen und Herren, ist ein Zeugnis für unsere Lehrerinnen und Lehrer. Sie hat dazu beigetragen und wird etwas dazu beitragen, dem Lehrerberuf wieder die ihm angemessene Würdigung zuteil werden zu lassen.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich kann feststellen: Wir waren mit unseren Maßnahmen erfolgreich. Die Stichprobe vom Frühjahr dieses Jahres zeigt, dass wir den Unterrichtsausfall in den vergangenen drei Jahren um 55 % reduzieren konnten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das glaubt Ihnen niemand! – Gegenruf von Helmut Stahl [CDU])

Heute fallen an unseren Schulen nur noch halb so viele Stunden aus wie unter Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Mit einer Ausfallquote von nur noch 2,0 % haben wir aktuell den geringsten je in Nordrhein-Westfalen gemessenen Unterrichtsausfall zu verzeichnen.

(Bodo Wißen [SPD]: Das glaubt Ihnen niemand!)

Das ist ein toller Erfolg.

(Zurufe von der SPD – Helmut Stahl [CDU]: Ihr seid nervös! – Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

Die Stichprobe zeigt, dass die Verbesserungen in allen Schulformen greifen. Damit die Ergebnisse zu

den Resultaten früherer Untersuchungen vergleichbar bleiben, haben wir, Frau Beer, nichts am Verfahren geändert. Wir haben den gleichen Stichprobenumfang, dasselbe Erhebungsinstrument und dieselben Berechnungsverfahren wie in den vergangenen Jahren benutzt.

#### (Beifall von der CDU)

Wenn Sie das beklagen, sprechen Sie darüber mit Ihrer Kollegin Frau Schäfer, denn es sind ihre Auflagen!

# (Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Allerdings haben wir einen anderen Zeitraum als in den beiden Jahren zuvor genommen. Das ist kein billiger Trick, sondern hängt damit zusammen, dass wir in einem Gespräch mit einem Lehrerverband Folgendes zu hören bekamen: Aha, jetzt ist es bald wieder an der Zeit für Ihre Stichprobe. – Aus diesem Grunde haben wir einen anderen Zeitraum gewählt, der allerdings nicht unbelastet war. Wir haben die Probe für dieses Jahr im März bzw. April genommen. In diesen Zeitraum fielen die Lernstandserhebungen und das schriftliche Abitur; beides birgt sicherlich ein Risiko.

# (Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, weil die Opposition erkennt, dass wir ihr eigenes Versagen beseitigen, versucht sie mit fadenscheinigen Argumenten, die Statistik anzugreifen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Hannelore Kraft [SPD] fasst sich an den Kopf.)

Ihr erstes Argument lautet, eigenverantwortlicher Unterricht werde erteilt, der in der Statistik nicht erfasst würde. Frau Kraft hat diese Lernform in der vergangenen Plenardebatte abgekanzelt, als sie sagte, für sie sei das organisierte Selbstbespaßung, aber kein Unterricht. – Das ist eine bemerkenswerte Wortschöpfung, liebe Frau Kraft. Aber der eigenverantwortliche Unterricht ist eine Erfindung Ihrer Kollegin, Frau Schäfer.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Vielleicht sollten Sie sich vorher mit ihr darüber unterhalten, bevor Sie solche Aussagen machen. Für uns ist der eigenverantwortliche Unterricht ein bewährtes pädagogisches Instrument. Diese Unterrichtsform trainiert die Fähigkeit des selbstständigen Arbeitens und bereitet auf Arbeitsformen an der Universität vor. Deshalb wird der eigenverantwortliche Unterricht praktisch ausnahmslos in der gymnasialen Oberstufe eingesetzt.

(Ursula Meurer [SPD]: Deshalb in der Grundschule: Je früher, desto besser!)

94 % dieser Unterrichtsform entfielen auf die gymnasiale Oberstufe. Wir erkennen aber auch aus der

Statistik, dass sie – das kann man bedauern – sogar rückläufig ist, denn sie macht nur noch 1,8 % aus.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Ministerin, Sie überschreiten Ihre Redezeit.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Vielen Dank für den Hinweis. – Meine Damen und Herren, der zweite Kritikpunkt lautete, dass wir den Unterrichtsausfall nicht für jede Schule dieses Landes erheben würden. – Auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind darauf schon eingegangen. Ich werde meinen nächsten Redeblock nutzen, Ihnen auch dazu Argumente zu liefern. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal erstaunen mich Ihre Jubelarien, Ihre Selbstbeweihräucherung und die Basis, auf der diese Jubelarien stattfinden.

(Zurufe von Walter Kern [CDU] und Michael Solf [CDU])

Wenn Sie diese Feierstunden auf der Grundlage von rot-grünen Statistiken veranstalten wollen, müssen Sie sich fragen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, wann Ihre Regierungsverantwortung beginnen wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Die "Ruhr-Nachrichten" haben nach den ersten tollen Presserklärungen des Ministeriums ein Forum veranstaltet mit dem Arbeitstitel: Glauben Sie dieser Statistik?

(Heiterkeit von der SPD)

Ich gebe Ihnen die Antwort: Ich glaube dieser Statistik nicht; ich halte sie für eine einzigartige Realsatire.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das möchte ich Ihnen an einigen Beispielen deutlich machen. Wir stellen uns eine Hauptschule in einem kleinen Ort vor. Diese Hauptschule wird per Zufallsprinzip ausgelost, an der Unterrichtsausfallstatistik von Ministerin Sommer teilzunehmen.

Die Situation an der Schule sieht folgendermaßen aus: Die Schulleiterstelle ist seit einem halben Jahr unbesetzt, weil das schwarz-gelbe Schulgesetz bedauerlicherweise einige juristische Schwachstellen

bei der Schulleiterwahl enthält. In den Fächern Chemie, Physik und Musik herrscht Fachlehrermangel. Deswegen wird Chemie nur in den Jahrgangsstufen 9 und 10, Musik lediglich in den Jahrgängen 5 und 6 unterrichtet. Der Stundenanteil für Physik ist halbiert. Der hohe Migrantenanteil macht eine verstärkte Erteilung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts erforderlich. Und letztendlich: Wegen seiner katastrophalen Finanzsituation musste der Schulträger das einzige öffentliche Hallenbad des Ortes schließen, weshalb Schwimmunterricht der Schule ersatzlos gestrichen worden ist.

Bis dahin also nahezu eine typische Situation. Alles in allem ist an unserer Beispielhauptschule der laut Stundentafel zu erteilende Unterricht um insgesamt 20 % gekürzt.

Als der Erhebungszeitraum, Frau Ministerin Sommer, für die Unterrichtsausfallstatistik beginnt, wird die Schule von einer Grippewelle heimgesucht; die Hälfte des Kollegiums erkrankt. Der stellvertretende Schulleiter, sehr erfahren und zwangsläufig auch sehr kreativ, leitet sofort die notwendigen unterrichtsorganisatorischen Maßnahmen ein.

Erstens. Der Biologielehrer, ein ehemaliger Student der Forstwirtschaft und als Seiteneinsteiger eingestellt, führt mit Hilfe von Schülermüttern für den gesamten fünften Jahrgang eine zehntägige Exkursion im Stadtpark durch. Projektthema: "Unsere Zukunft, die Klimakatastrophe!"

(Heiterkeit von der SPD)

Zweitens. Die beiden Sportlehrer organisieren für alle sechsten Klassen

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

ein zweiwöchiges Sportfest mit dem Arbeitstitel "Wir trainieren für Olympia!". Der Technikunterricht wird vom Hausmeister übernommen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Gegenruf von Helmut Stahl [CDU] – Britta Altenkamp [SPD]: Wer ist denn hier nervös?)

Stundenanteile des Deutschunterrichts werden durch die Schulsekretärin erteilt, der muttersprachliche Ergänzungsunterricht Spanisch und Italienisch wird von Türkisch wahrgenommen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist die Realität!)

In den Jahrgängen 7 und 9 findet der konzipierte Vertretungsunterricht durch umfangreiche Mehrarbeit des Restkollegiums statt. Der Unterricht wird wie gewohnt erteilt, also zu ca. zwei Dritteln fachfremd. Letztendlich: Im 10. Jahrgang wird selbstgesteuertes Lernen organisiert. Nach dem Prinzip der autodidaktischen selbstevaluierenden individuellen Förderung arbeiten die Schülerinnen und Schüler an einem Zwei-Wochen-Projekt mit dem Thema "Wir wünschen uns einen Ausbildungsplatz!"

(Heiterkeit von der SPD)

Alles klappt reibungslos; die zwei Wochen sind überstanden. Am ersten Tag nach dem Statistikzeitraum fällt jedoch der überwiegende Teil des noch gesunden Kollegiums, völlig entkräftet durch die geleistete Mehrarbeit, aus. Die Schule ist am Ende; sie muss für eine Woche geschlossen werden.

(Helmut Stahl [CDU]: Blamabel, was Sie hier abliefern, Herr Kollege!)

 Herr Stahl, ich weiß, dass Sie nicht unterscheiden können zwischen ...

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Achim Tüttenberg [SPD]: Spiegel!)

- Herr Stahl, regen Sie sich doch nicht auf. Ich weiß, dass Sie nicht mehr unterscheiden können zwischen Wirklichkeit und Satire. Das ist völlig klar, Herr Stahl. Das können Sie nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Schönste an diesem Szenario – das ist jetzt das i-Tüpfelchen –:

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Nach den Kriterien Ihrer Statistik, Herr Stahl, die Sie mit zu verantworten haben.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

ist an dieser Schule nicht eine einzige Stunde ausgefallen. Unterrichtsausfall gleich null.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist doch der Punkt. Ihre Statistik,

(Helmut Stahl [CDU]: Ihre Statistik!)

mit der Sie Ihre Jubelarien hier veranstalten, ist absurd, Herr Stahl. Diese Statistik ist absurd und Sie sollten sie einstampfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist schlimm, Herr Stahl!)

Herr Stahl, wenn Sie doch alles nur genauso machen wie wir, dann hören Sie doch auf mit der Regierung. Gehen Sie doch in die Opposition!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Sie scheinen Sehnsucht danach zu entwickeln, Herr Stahl. Nostalgisch! Das hat Ihnen wahrscheinlich besser gefallen.

(Beifall von der SPD)

Was wir fordern, ist eine ehrliche, eine transparente Statistik.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

die alle Schulen umfasst. Da sind wir einer Meinung mit dem Ministerpräsidenten dieses Landes, der in seiner Regierungserklärung vor mehr als drei Jahren von diesem Platz genau dieses angekündigt hat.

(Zuruf von der CDU)

Ich will mich jetzt gar nicht weiter in Ihre Wahlversprechen von 2005 vertiefen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich möchte Sie daran erinnern. Die FDP sprach von einem Unterrichtssicherungsgesetz

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo ist das denn?)

und die CDU von einer Unterrichtsgarantie. Die Realität sieht völlig anders aus, meine Damen und Herren. Wenn Sie versuchen, die Wählerinnen und Wähler in diesem Land mit dieser Qualität von Statistik so zu betuppen, dann tun Sie mir leid.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Werden Sie endlich transparent, machen Sie das, was Sie versprochen haben, und sorgen Sie wirklich für den Einsatz von Lehrern und für die Versorgung mit Lehrern, die die Wählerinnen und Wähler in diesem Land erwarten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Große Brömer. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Recker das Wort.

**Bernhard Recker** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Große Brömer, das war peinlich, und Sie sollten in Ihren Anmerkungen wirklich eine Etage tiefer gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Beer, Sie sagten gerade in Ihrer Rede, eine Stichprobe bei 300 Schulen sei nicht repräsentativ. – Ich möchte Sie an Ihre Pressemitteilung vom 29. August erinnern, in der Sie eine Studie als wissenschaftlich fundiert bezeichneten, die auf einer Umfrage bei 29 Gesamtschulen beruhte.

(Heiterkeit und Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist wirklich eine abenteuerliche Behauptung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist eine Frage der Qualität der Stichprobe!)

Meine Damen und Herren, die Halbierung des Unterrichtsausfalls in nur drei Jahren, Frau Kraft, ist eine Riesenleistung, ein Riesenerfolg, der Ihnen wehtut. Das wissen wir.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber Sie von der Opposition sollten zumindest die Größe besitzen – bei allen Gegensätzen in anderen Bereichen der Bildungspolitik –, diese Entwicklung anzuerkennen.

(Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Frau Schäfer, wenn Sie diese Zahlen seinerzeit auch nur annähernd hätten vorweisen können, hätten Sie in diesem Hause Jubelgesänge inszeniert. Das garantiere ich Ihnen.

### (Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dieses Ergebnis erreicht zu haben. Ich sage auch ganz offen: Natürlich wird es immer wieder Unterrichtsausfall geben, und Sie wissen auch, dass die Ursache dafür meist Ausfälle durch Krankheit sind.

Aber auch hier muss man einmal rückwärts schauen. Tatsache ist doch, dass wir in vielen Schulformen überalterte Kollegien vorfinden, weil Sie während der Zeit Ihrer Verantwortung jahrelang kaum Lehrer eingestellt haben.

#### (Beifall von der CDU)

Und dass es hier dann mehr Krankheit gibt, das ist selbstverständlich.

Nur, meine Damen und Herren, wir kennen alle die für die Kinder in Nordrhein-Westfalen doch mehr als unerfreulichen Ergebnisse seinerzeit bei den Vergleichen TIMSS oder PISA, in denen wir um zwei Jahre hinter anderen Ländern wie zum Beispiel Baden-Württemberg zurücklagen.

Bei den Diskussionen war immer mein erster Satz: Unsere jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind gewiss genauso begabt und die Kollegen genauso engagiert wie in anderen Bundesländern, also muss es Rahmenbedingungen gegeben oder nicht gegeben haben, die Politik eben gewährt oder nicht gewährt hat.

Ich habe immer auf zwei Bereiche hingewiesen. Die Kolleginnen und Kollegen, die schon lange hier sind, wissen das. Viele Jahre waren hier in der Bildungspolitik Begriffe wie Leistung und Erziehung tabu. Nivellierung war das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

Bei fast allen Vergleichen im Hinblick auf erteilten Unterricht, Klassengrößen und Schüler-Lehrer-Relation lagen wir im Bundesvergleich auf den Plätzen 14 bis 16. So hatten zum Beispiel Kinder in der Grundschule in Baden-Württemberg 400 Stunden mehr Unterricht. Das sind drei Stunden in der Woche. Das ist fast ein Unterrichtstag in der Grundschule. Dass solche Bedingungen bessere Ergebnisse zeitigen, ist, glaube ich, selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein Gespräch verweisen, das wir vor einigen Jahren mit dem Bildungsforscher im empirischen Bereich, Herrn Prof. Klemm, geführt haben. Der ist sicherlich nicht CDU-Mitglied, meine Damen und Herren. Er sagte seinerzeit: Wenn man sich die Leistungsvergleiche auf internationaler Ebene anschaut, so hängen diese Ergebnisse wesentlich ab vom erteilten Unterrichtsvolumen. – Er sagte wörtlich: Sie können

ein Lineal daran halten im Hinblick auf die Relation der erzielten Ergebnisse zum erteilten Unterricht.

Wir wissen aber auch: Es geht nicht nur um das Unterrichtsvolumen. Der Erfolg des Unterrichts hängt wesentlich auch von der Qualität des Unterrichts ab. Aber Tatsache ist nun einmal: Die Qualität des Unterrichts ist wichtig, aber ich muss zunächst einmal Unterricht erteilen können.

Dafür haben wir gesorgt. Sie kennen unser Ergebnis: Wir konnten den Unterrichtsausfall um 55 % reduzieren. Heute fallen an den Schulen nur noch halb so viele Stunden Unterricht aus wie unter Rot-Grün. Mit einer Ausfallquote von 2 % haben wir aktuell den geringsten je für Nordrhein-Westfalen gemessenen Unterrichtsausfall.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber wie gemessen?)

Wir haben das ja eben gehört. Da wurde gesprochen von Realsatire usw.

Nun möchte ich einmal einen Bericht, den wir sicher alle akzeptieren, in Erinnerung rufen, nämlich den vom Landesrechnungshof aus dem Jahre 2000, Frau Löhrmann. Ich glaube, den sollten Sie auch akzeptieren. Ich zitiere einige Passagen aus dem Bericht des Landesrechnungshofs zum Jahre 2000:

Der Unterrichtsausfall an öffentlichen Schulen ist seit Jahren ein immer wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehendes Thema. Genaue Zahlen gibt es jedoch nicht, denn der Unterrichtsausfall wird in Nordrhein-Westfalen nicht systematisch erfasst. Der Landesrechnungshof hat deshalb im Verlaufe des Jahres 1998 den Versuch unternommen, aussagefähige Daten über Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen zu erheben. Ziel der Untersuchung war es, die Größenordnung des Unterrichtsausfalls sowie die Gründe dafür festzustellen.

Ich zitiere weiter aus dem Bericht des Landesrechnungshofs:

Von den insgesamt in die Untersuchung einbezogenen 511.000 Unterrichtsstunden waren 54.000 ausgefallen.

Das sind 10,6 %, meine Damen und Herren. Wenn wir Prozentrechnung beherrschen, können wir ausrechnen: Von zehn Jahren ist ein Jahr Unterricht ausgefallen.

# (Beifall von CDU und FDP)

Das war das Ergebnis des Landesrechnungshofs.

Ich zitiere weiter wörtlich:

Dabei bewegte sich die Bandbreite bezogen auf die Schulen insgesamt zwischen 3,5 % an einer Grundschule und 14 % an einer Gesamtschule sowie bezogen auf einzelne Schulklassen zwischen 2,3 % an einer Grundschule und 20,7 % an einer Hauptschule.

18.09.2008 Plenarprotokoll 14/100

Abschließend heißt es in dem Bericht:

Nach Übersicht war der Unterrichtsausfall an den untersuchten Grundschulen mit 5,3 % am niedrigsten. Es folgten die Gymnasien, dann die Realschulen, Hauptschulen und schließlich die Gesamtschulen mit der höchsten Ausfallquote von 12,2 %.

(Beifall von CDU und FDP)

Zitat Ende. – Das war das Ergebnis von 30 Jahren roter Verantwortung.

Meine Damen und Herren, heute liegen wir bei 2 % Unterrichtsausfall. Damals waren es im Schnitt 10,6 %. Das ist die Realität. Diese Zahlen sprechen Bände und zeigen mehr als deutlich, welchen Stellenwert Sie den Schulen haben zukommen lassen. Es ist wirklich ein Skandal. Denn jahrelang haben Sie durch diese miesen Rahmenbedingungen die Bildungschancen Tausender junger Menschen geschmälert. Sie wissen ganz genau, dass gerade Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern hier die Verlierer waren und die Verlierer sind.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

**Bernhard Recker** (CDU): Ja, Herr Präsident. – Wir sind stolz auf dieses unter der Regie von Frau Sommer erzielte Ergebnis. Wir haben in drei Jahren noch nicht alles reparieren können, aber wir sind auf einem verdammt guten Weg. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Steffens das Wort.

**Barbara Steffens**\*) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht ist es ja ganz gut, wenn man hier auch einmal den Blick einer Mutter, die Kinder in der Schule hat und sich sehr viel mit Eltern austauscht, mit in die Debatte einbringt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn ich habe das Gefühl, es findet hier seit Beginn dieser Aktuellen Stunde in jedem Redebeitrag der Koalitionsfraktionen ein absolutes Schönreden statt. Ich dachte mir zwischendurch: So blöd können Eltern in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht sein,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

dieses hier alles zu glauben. Denn jeden Tag kommen die Kinder doch aus der Schule.

(Lachen von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Heike Gebhard [SPD]: Das ist überhaupt nicht lächerlich!)

Man erlebt, was die Realität in Schulen ist. Als Eltern erlebt man nicht abstrakte Statistiken, die schöngerechnet vorgelegt werden, sondern man erlebt, was passiert. Man erlebt, wie die Kinder in der Schule selbstbeschäftigt werden. Ich habe überhaupt nichts gegen selbstständiges Lernen. Das finde ich wunderbar. Aber wenn das selbstständige Lernen so stattfindet, dass Klassen unbeaufsichtigt sind und die Schüler sich mit irgendwelchen Dingen, die sie gerade in der Tasche haben, beschäftigen sollen, dann ist das Unterrichtsausfall.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das taucht in Ihren Statistiken aber nicht auf. Ihre Statistiken sagen: Nur wenn das Kind nicht in der Schule ist, nach Hause geschickt wurde und für zu Hause nicht auch noch den Auftrag zum selbstständigen Lernen bekommt – denn auch das wird zum Teil nicht als Unterrichtsausfall gerechnet –, sondern zu Hause spielen darf oder sich selbst mit anderen Dingen beschäftigen kann, dann ist das Unterrichtsausfall. – Das kann doch nicht wahr sein!

Sie können sich hier gegenseitig stundenlang schönreden, wie toll die Ministerin ist und was sie alles erreicht hat. Aber das hat doch nichts mit dem zu tun, was in den Schulen passiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ändert auch nichts an dem Unterrichtsausfall, der stattfindet.

Einer meiner Söhne besucht gerade das Gymnasium und der andere die Grundschule. Was passiert in den Grundschulen? – Da sind Sie ja völlig klasse drauf. Bei den Grundschulen haben Sie nach einem Unterrichtsausfall in Höhe von 0,9 % dann durch die Sprachstandserhebungen 3,5 % gehabt, und jetzt sind Sie wieder bei 0,9 % und klopfen sich auf die Schulter und sagen: Toll, wir haben den Unterrichtsausfall wieder auf 0,9 % abgebaut! – Ja, mein Gott: Sie haben den aber doch vorher aufgebaut auf 3,5 %.

Erst bauen Sie ihn auf. Dann bauen Sie ihn ab. Dann feiern Sie das als Erfolg? – Frau Ministerin, das finde ich schon drollig. Das heißt ja, Sie bräuchten vor der Wahl nur in einem Jahr den Unterrichtsausfall ganz, ganz massiv hochzurechnen, und danach wären Sie die Königin des Ausfallreduzierens, wenn Sie Ihren selber produzierten Ausfall wieder reduziert hätten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine solche Rechnerei werden Ihnen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht danken.

Aber auch, wenn man sich die anderen Punkte in der Statistik anschaut – Hauptschule, Realschule, Oberstufe –, gibt es dort einen Anstieg. Lesen Sie Ihre Statistiken nicht? Greifen Sie nur ein Schlagwort heraus und sagen: Wir haben Erfolg? Das ist

keine Schulpolitik. So kann man den Eltern in Nordrhein-Westfalen nicht kommen.

Sie stellen sich hier hin und erzählen, was alles nicht mehr stattfinden kann. Haben Sie eigentlich einmal mit Eltern geredet, wie viele Ganztagskonferenzen weiterhin stattfinden? Wie viel Unterricht an anderer Stelle ausfällt? Kriegen Sie das alles nicht mit? Reden Sie nicht mehr mit Eltern? Ist das für Sie ein abgeschlossenes Kapitel, weil Sie jetzt an der Regierung sind und nach dem Motto verfahren: Augen zu und durch – wir reduzieren den Unterrichtsausfall? So darf man Politik und Schulpolitik nicht machen, und so darf man mit Eltern in diesem Lande nicht umgehen.

Besser wäre es zu sagen: Ja, es ist verdammt schwer, Unterrichtsausfall zu reduzieren. Es ist ein Problem, weil auch Lehrer Menschen sind, die krank werden. Ja, Unterrichtsausfall findet statt. Damit muss man offensiv umgehen und schauen, wie man ihn an welchen Stellen reduzieren und wie man sinnvolle Unterrichtskonzepte gestalten kann, anstatt zu versuchen, den Menschen die Welt durch Schönreden irgendwie vorzugaukeln.

Wir haben hier im Landtag sehr viele Klassen zu Besuch. Reden Sie doch einmal mit den Schülern. Fragen Sie doch die Schüler, ob sie Unterrichtsausfall haben. Die würden mit dem Kopf schütteln, wenn Sie ihnen sagen: Bei euch fällt überhaupt kein Unterricht aus. – Die Schüler erleben das in diesem Land anders.

Herr Stahl – ich weiß gar nicht, wo er jetzt ist – hat eben in der Debatte dazwischen gerufen, wir würden nervös werden. Ich weiß nicht, warum man in der Opposition nervös werden soll, wenn Sie so eine Schulpolitik machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden überhaupt nicht nervös, wenn Sie versuchen, den Eltern zu erzählen, dass die Realität anders aussieht, als sie ist. Wir sind vollkommen entspannt, weil in Nordrhein-Westfalen Statistiken bei Landtagswahl noch nicht wahlberechtigt sind, aber Eltern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Herr Witzel, jetzt dürfen Sie an das Rednerpult.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den intellektuellen Ausführungen, die Sie, Kollege Große Brömer, für die SPD in glorreicher und bekannter Art und Weise abgeliefert haben, muss man sicherlich nicht auf die Details des Gehalts Ihres Vortrages eingehen. Es mag sein, dass Sie, als Sie noch als Schulleiter in Ihrer Gesamtschule in der Verantwortung standen, so mit dem Thema Unterrichtsausfall umgegangen

sind. Das würde auch erklären, warum wir in den Gesamtschuloberstufen die höchsten Werte zu Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung gehabt haben.

(Zuruf von der SPD: Mehr Polemik geht wirklich nicht!)

Aber das entzieht sich sicherlich einer seriösen Debatte an dieser Stelle.

Ich darf für die FDP-Landtagsfraktion erklären:

Erstens. Jede Stunde Unterrichtsausfall in unserem Land ist eine Stunde zu viel. Deshalb müssen wir im Interesse der Kinder Unterrichtsausfall bekämpfen.

Zweitens. Keine Regierung dieser Welt wird ein Schuljahr organisieren können, in dem keine einzige Stunde Unterricht ausfällt, weil auch Lehrkräfte manchmal spontan krank werden.

Drittens. Es gibt aber eklatante Unterschiede, wie Rot-Grün die Jahre zuvor mit dem Thema umgegangen ist und wie wir unter schwarz-gelber Verantwortung dies heute tun.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie haben einen Höchststand an Unterrichtsausfall hinterlassen. Bei Ihnen hat sich die Lehrerversorgung verschlechtert, weil es mehr Schüler und weniger Lehrer gab. Diese Parameter haben wir in der Koalition der Erneuerung geändert. Wir haben jetzt weniger Schüler, die aber durch mehr Lehrer in den nächsten Jahren unterrichtet und betreut werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Das macht sich strukturell positiv bemerkbar.

Bei dem Vergleich von Zahlen können wir gerne in einen anspruchsvollen Diskurs eintreten, wie man Statistiken optimiert. Da sind wir auch noch nicht am Ende all unserer Vorstellungen. Auch das Informationsfreiheitsgesetz wird in vielen Bereichen der Bildungspolitik in den nächsten Jahren noch wertvolle Entscheidungsdaten für Eltern liefern, die auch mehr Wettbewerb an Schulen ermöglichen, als das zu Ihrer Zeit der Fall war.

Wenn wir vergleichen, wie Sie mit dem Unterrichtsausfall umgegangen sind und wie wir das heute tun, müssen wir schon für diesen Vergleich dieselben statistischen Berechnungsgrundlagen annehmen.

Deswegen habe ich einmal nachgeschaut. Unmittelbar nach der Verantwortungszeit der damaligen Bildungsministerin Schäfer führen Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 17. November 2003 aus, dass Sie selbstverständlich als Datenbasis das als Unterrichtsausfall auswählen, was ersatzlos ausgefallener Unterricht ist und nicht die Form der Vertretung, die es gab.

Frau Steffens hat gerade gesagt: Was ist das für eine Katastrophe, dass wir zu einer Absenkung des

Unterrichtsausfalls kommen, angefangen bei 3,5 % in Grundschulen? Sie hatten ausweislich Ihrer Statistik 3,9 % mit Steigerungsraten. Dazu führt dann Frau Schäfer aus: Ein wesentlicher Grund für die Zunahme des Unterrichtsausfalls in der Primarstufe von 2,8 % auf 3,9 % liegt darin, dass den Bezirksregierungen in diesem Jahr, also 2003, zunächst weniger Geld für Vertretungsunterricht zur Verfügung stand. – Damit war das Thema für Sie erledigt. Sie führen im Weiteren aus, dass gerade in puncto sozialer Sensibilität die Unterrichtsabdeckung an Förderschulen für Lernbehinderte mit 95,9 % Bedarfsabdeckung am schlechtesten war – da, wo es die Schwächsten im System getroffen hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nur 82 %!)

Sie stellen dazu ebenfalls ganz lapidar fest: Die Untersuchung zeigt, dass es Schulen gibt, an denen trotz Überbesetzung Unterricht ausfällt. – Das ist Ihnen, Frau Schäfer, damals als Erklärung eingefallen. Uns ist das zu wenig.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ein allerletzter Hinweis! Frau Schäfer, Sie haben Vorgriffsstunden eingeführt, womit Sie Unterrichtskontingente in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung abberufen haben, um Pflichtunterricht sicherzustellen. Zugleich haben Sie den Wechsel auf die Zukunft gezogen, sodass die Leute haben jetzt Rückgabekontingente in Anspruch nehmen, also bezahlt werden, obwohl sie einen Teil der Zeit nicht arbeiten müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es dreist zu erklären: Nicht jede Lehrerstelle, die wir heute finanzieren, kommt zu 100 % der Unterrichtsversorgung zugute. Wir zahlen aufgrund der Vorgriffsstunden Ihre Hypotheken aus der Vergangenheit zurück.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir zahlen also Ihre Zeche. Wir werden dies weiter tun, damit bei uns es zukünftig für weniger Schüler mehr Lehrer gibt, damit junge Menschen mehr Chancen in diesem Land erhalten.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Landesregierung erhält jetzt wieder Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hatte bei ihrem Amtsantritt angekündigt, die Transparenz über den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem, was die Vorgängerregierung getan hat, deutlich zu erhöhen. Diese Zusage haben wir eingehalten.

Wir haben die Transparenz erhöht, indem wir die Untersuchung zum Unterrichtsausfall nunmehr jähr-

lich durchführen. Rot-Grün hatte sich damals lediglich alle zwei Jahre über die Situation an den Schulen unterrichten lassen.

(Beifall von der CDU – Ute Schäfer [SPD]: Ein schwaches Argument!)

Wahrscheinlich wollten Sie das Elend nicht jedes Jahr vor Augen haben.

In einem zweiten Schritt werden wir ab dem nächsten Jahr die Stichproben so ausweiten, dass künftig auch regionalisierte Aussagen möglich sind, und zwar auf Ebene der Regierungsbezirke.

(Beifall von der FDP)

Dazu werden wir mehr als 300 Schulen untersuchen müssen. Ein Gutachter wird festlegen, wie viele es sein müssen, damit wir eine wirkliche Stichprobe erhalten. Dies ist uns deshalb so wichtig, weil die operative Steuerung der Unterrichtsversorgung auf regionaler Ebene erfolgt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, eines werden wir jedoch sicher nicht tun, Ihrer Forderung nach einer schulscharfen Unterrichtsstatistik nachzukommen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist Ihre eigene! – Hannelore Kraft [SPD]: Ihr Wahlversprechen!)

Sie würden unsere Schule mit Bürokratie überziehen und letztlich wegen des immensen Aufwandes sogar Unterrichtsausfall verursachen.

In diesem Zusammenhang liegt mir ein Brief eines Lehrerverbandes, des Philologenverbandes vor, der uns nachdrücklich davor warnt, Schule nicht zu gläsernen Bürokratiemonstern zu machen. Wir wollen Bürokratie abbauen. Wir wollen den Lehrerinnen und Lehrern Raum geben, sich voll und ganz dem Kerngeschäft zu widmen, und das ist die Erteilung von Unterricht und nicht das Führen von Statistiken.

(Hannelore Kraft [SPD]: Gehen Sie auf die Debatte ein, Frau Ministerin!)

Niemand, meine Damen und Herren, hat behauptet, dass wir den Unterrichtsausfall auf null herunterschrauben können, sicherlich nicht. Da pflichte ich auch Frau Kraft bei, die am 4. Januar 2008 im "Kölner Stadt-Anzeiger" gesagt hat, dass eine Reduktion des Unterrichtsausfalls auf null selbstverständlich nicht möglich sei. Er lässt sich leider nicht ganz ausschalten.

Es ist unmöglich, ein System mit über 6.200 Schulen und 175.000 Lehrern, die Woche für Woche planmäßig rund 3,4 Millionen Unterrichtsstunden erteilen, ohne jeden Unterrichtsausfall zu organisieren. Ebenso hat niemand behauptet, das Problem des Unterrichtsausfalls sei mit dieser Statistik bereits gelöst.

Leider gibt es nach wie vor eine Reihe von Einzelfällen, bei denen die Unterrichtsversorgung nicht so

gegeben ist, wie sie sein sollte. Aktuelle Fälle gibt es beispielsweise in Dortmund oder in Minden-Lübbecke. Wir im Ministerium gehen gemeinsam mit den Bezirksregierungen, mit den Schulämtern jedem Fall nach. Wir kümmern uns vor Ort darum, dass Lösungen gefunden werden. Das tun wir selbstverständlich auch bei der Umfrage aus den Ruhr-Nachrichten, die uns zugekommen ist.

Ich freue mich natürlich auch, Herr Große-Brömer, dass Sie in Ihrer Rede von einer Hauptschule sprechen. Ich bin froh, dass Sie überhaupt in eine Hauptschule gehen. Das freut uns ganz besonders.

# (Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie uns das dramatische Bild dieser Hauptschule hier zeichnen, dann ist es wichtig, diese Schule erstens zu kennen, um reagieren zu können, zum anderen kann ich Ihnen nur sagen:

# (Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wenn es der Unterrichtsausfall denn tatsächlich so eklatant war, dann werden wir dem natürlich nachgehen. Es wäre fair gewesen, uns den Namen zu nennen. Im Prinzip können wir trotz dieses Unterrichtsausfalls in einer dieser Schulen, die in die Statistik hineingeflossen ist, sagen: Die Hauptschulen haben immerhin 28 % weniger Unterrichtsausfall zu verzeichnen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sören Link [SPD])

Meine Damen und Herren, auch wir können keine Unterrichtsgarantie erteilen. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen als Vorgängerregierung ist jedoch, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, um den berechtigten Ansprüchen der Menschen soweit wie möglich entgegenzukommen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, in der Debatte über den Haushalt 2009 hat Frau Kraft behauptet, es würden pro Jahr immer noch fast 3 Millionen Stunden ausfallen. Das ist falsch. Im Vergleich zu Ihren 5 Millionen – das müssen wir allerdings sagen –, wäre das schon ein riesiger Erfolg. In diesem Jahr liegen wir aber sogar nur noch bei etwas über 2 Millionen Stunden, die wegen Krankheit, Klassenfahrten oder Projekttagen ausfallen. Pro Jahr werden an unseren Schulen rund 3 Millionen Stunden mehr gegeben, weil wir Unterrichtsausfall erfolgreich bekämpft haben. Das ist unsere Erfolgsbilanz.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich beziehe an dieser Stelle auch noch einmal alle Lehrerinnen und Lehrer in diesen Erfolg mit ein.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Verringerung des Unterrichtsausfalls ist keine Hexerei. Was getan werden muss, war schon allgemein bekannt, als noch unter Rot-Grün mehr als doppelt so viel Unterricht ausfiel als heute.

18.09.2008

Plenarprotokoll 14/100

Auch Sie, Frau Schäfer, hätten etwas gegen Unterrichtsausfall tun können, vielleicht auch das, was wir getan haben. Die Sicherung von Lernzeit hätte bei Ihnen auch Priorität haben können. Sie haben es nicht getan. Auch Sie hätten im Schulhaushalt die Stellen zur Verfügung stellen können, die wir zur Verfügung gestellt haben. Sie haben es nicht getan. Als verantwortliche Landesregierung hätten auch Sie die Verhinderung von Unterrichtsausfall zum Thema machen müssen. Sie haben es nicht getan. Stattdessen haben Sie jahrelang Ihre eigenen Untersuchungen mit katastrophalen Ergebnissen zur Kenntnis genommen, ohne daraus irgendeine Handlungsnotwendigkeit abzuleiten.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Ministerin, Sie müssen leider zum Ende kommen.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wir als Landesregierung werden unseren erfolgreichen Kurs in der Schulpolitik weiter fortsetzen. Da bin ich gewiss.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt wieder Frau Abgeordnete Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer** (SPD): Herr Stahl, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Das mal vorab.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss an dieser Stelle sagen, dass ich einigermaßen erstaunt darüber bin, dass die Schulministerin dieses Landes nicht mit einem Ton auf die Dinge eingegangen ist, die in der Debatte eine wirkliche Rolle spielen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Offensichtlich steht das nicht in dem aufgeschriebenen Redetext – ich sage das einfach mal so offen –;

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das beurteilen Sie?)

denn ich hätte erwartet, dass sie mal etwas zu den 5.800 Stellen sagt, die sie landauf, landab verkündet, die in allen ihren Papieren stehen. Dann muss man aber nach der Unterrichtsstichprobe tatsächlich feststellen, es sind 5.800 Stellen weniger, als Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen ständig versprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Unruhe von CDU und FDP – Glocke)

 Dass Ihnen das alles nicht passt, kann ich gut verstehen. Das ist ein ziemlich empfindliches Stück, das wir jetzt getroffen haben.

Deswegen kann ich gut verstehen, dass Frau Steffens ...

(Unruhe von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Meine Damen und Herren, so geht das hier nicht mit der Lautstärke. Ich muss herzlich darum bitten, die Würde des Parlaments ein bisschen zu achten.

**Ute Schäfer** (SPD): Ich danke, Herr Präsident. Das zeigt vermutlich die Nervosität der Regierungsfraktionen. Das kommt darin zum Ausdruck – nichts anderes.

Frau Steffens hat zu Recht beklagt, was in den Schulen wirklich passiert. Sie hat aus der Sicht einer Mutter gesprochen. Wenn Sie das tatsächlich einmal ernst nehmen würden, was in den Internetforen der Zeitungen steht, wenn Sie einmal im Bekanntenkreis nachfragen würden, wenn Sie sich allein in den Düsseldorfer Gymnasien umhören würden, dann würden Sie merken, welchen eklatanten Unterrichtsausfall es an den Schulen gibt und wie sehr er beklagt wird.

(Helmut Stahl [CDU]: Wie war es denn vor fünf Jahren?)

Darum ist es richtig, dass wir diesen Zahlen keinen Glauben schenken.

Meine Statistik, Frau Sommer, aus dem Jahr 2003 ...

(Christian Weisbrich [CDU]: Ihre Statistik! – Zuruf von Dr. Gehard Papke [CDU] – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Ich erkläre es Ihnen gerne, wenn Sie mich ausreden lassen, Herr Papke. Vielleicht wollen Sie es aber nicht hören. Was glauben Sie, wie die Zuhörerinnen und Zuhörer das finden, was Sie gerade mit mir machen? Was glauben Sie, wie die Menschen das finden, was Sie gerade hier tun?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollen ja noch nicht einmal mein Argument hören.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sind persönlich gescheitert! – Weitere Zurufe)

 Wir lassen Sie jetzt mal ausreden. Reagieren Sie sich mal ab.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Schäfer, fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort. Ich bitte die Zwischenrufer, nicht alle zur gleichen Zeit zu brüllen. Dann versteht doch sowieso niemand etwas. Einer nach dem anderen.

(Heiterkeit – Beifall von der SPD)

**Ute Schäfer** (SPD): Danke. Es scheint wirklich viel Nervosität zu geben.

In der Statistik 2003, die letzte Statistik, die ich unterzeichnet habe, gab es genau den Stellenmangel und den Unterrichtsausfall, den Sie beklagen. Richtig! Es war nämlich eine ehrliche Statistik. Das ist der Unterschied.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von der FDP)

In einem Punkt, den Frau Beer deutlich ausgeführt hat, unterscheidet sich diese Statistik von Ihrer. Da gab es nämlich so etwas wie eine doppelte Buchführung. Da gab es zum einen die Schulen, die gemeldet haben, und zum anderen die Schulaufsicht, die gegengerechnet und geprüft hat, ob das Stundenplansoll nach Ausbildungsordnung erfüllt wurde. Genau das hat sich in den Daten zu fachfremdem Unterricht niedergeschlagen. Alles das können Sie in meiner Statistik nachlesen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

In Ihrer Statistik steht, die Bandbreitenregelung werde überhaupt nicht statistisch erhoben. Das heißt, Sie haben das an der Stelle komplett ausgeblendet und es erst gar nicht reingerechnet. Das nenne ich bewusste Verfälschung von Tatsachen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch einmal: Die 5.800 Lehrer mehr hätte ich schon gerne erklärt bekommen. Wo sind die denn eigentlich? Versickern die zwischen der Völklinger Straße und allen Schulen des Landes in Nordrhein-Westfalen? Wo bleiben die denn? – Sie erzählen den Menschen in Nordrhein-Westfalen laufend, die wären da, aber die sind gar nicht da. Es sind virtuelle Lehrerinnen und Lehrer. Darum ist kein Wunder, dass die Situation bzw. die Realität an den Schulen eine andere ist, als Sie sie im Landtag darstellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich finde es an der Stelle schon ziemlich vermessen, dass Sie sich hier behaupten, wir würden eine schulscharfe Statistik einfordern, das sei ja unglaublich. Ich glaube, diese Forderung kam originär aus der letzten Legislaturperiode von CDU und FDP. Und als wir hier über Ihren eigenen Antrag aus der letzten Legislaturperiode abgestimmt haben, haben Sie ihn mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Also wer wollte denn die schulscharfe Statistik, und wer hat hier ein Versprechen gebrochen?

Ich sage es noch einmal: Frau Ministerin Sommer ist das Gesicht für gebrochene Versprechen. Ich kann das nicht anders darstellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und was hat der Ministerpräsident gesagt? – Ich habe es nachgelesen. Am 23. Mai 2005, einen Tag

nach der Wahl, antwortete er dem "General-Anzeiger" auf die Frage, ob er eine Unterrichtsgarantie plane -schließlich war der Unterrichtsausfall in NRW eines Ihrer Hauptthemen im Wahlkampf war -:

Wir prüfen das. Gelingt uns das Vorhaben, 4 000 neue Lehrerstellen zu schaffen.

- angeblich haben Sie das ja geschafft, was aber nicht stimmt -

werden wir wie Roland Koch in Hessen vollen Unterricht garantieren können.

Heute habe ich hier aber etwas ganz anderes gehört.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das heißt, Sie verabschieden sich Stück für Stück von dem, was Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen versprochen haben. Ich sage Ihnen: Papier hilft den Schulen in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht. Papier ist geduldig. Schicken Sie endlich die Lehrer in die Schulen, die Sie uns hier nur aufs Papier schreiben!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. - Wir setzen die Debatte fort. Herr Kaiser, möchten Sie reden oder auf Ihren Platz zurückkehren? - Das Pult ist hier. Bitte schön.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident, herzlichen Dank für diese Orientierungshilfe!

(Heiterkeit)

Frau Schäfer, gelegentlich macht es Sinn, sich auch mit dem Haushaltsplan des letzten Jahres bzw. mit dem Haushaltsentwurf für das nächste Jahr zu befassen. Dort sehen Sie den Aufwuchs der Planstellen auf 149.000; die Ministerin kann die Zahl genau bis hinter das Komma nennen. Das, was Sie hier erzählen, ist eine große Mär. Der Haushalt hat seit dem Jahre 2005 einen Aufwuchs von insgesamt 1,4 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP)

Da können Sie relativ viel erzählen. Aber im Schuletat wird alles Geld, zu weit über 90 %, annähernd zu 99 %, in Personal gesteckt.

> (Sigrid Beer [GRÜNE]: Sagen Sie doch, wie viel Pensionsleistungen das sind!)

Das heißt, wenn wir einen Aufwuchs von 2,4 Milliarden € haben, geht das zusätzlich in Personal, zusätzlich in Lehrerinnen und Lehrer. Insoweit ist das eine Mär, die Sie erzählen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Frau Löhrmann, Sie brauchen doch nur im Haushalt nachzulesen. Da ist es dargestellt.

18.09.2008

Ich fasse das zusammen, was Frau Schäfer gesagt hat: Selbst wenn Sie einige Kautelen im Bereich der neuen Statistik angreifen, müssen Sie sich nur eines klar machen: Der Rückgang beträgt über 50 %. Sie fangen an, einzelne Details zu kritisieren. Der Rückgang beim Unterrichtsausfall ist so deutlich und eklatant,

(Sören Link [SPD]: Auf dem Papier, Herr Kai-

dass es mich wundert, dass Sie es überhaupt wagen, an dieser Statistik überhaupt irgendetwas zu deuteln.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar. Das, was Sie hier vortragen, geht nach dem Motto: Bitte, glaubt nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe! - Das ist schlichtweg unseriös. Machen Sie sich einfach einmal die 50 % weniger Unterrichtsausfall nach drei Jahren klar. Das ist sensationell. An Ihrer Stelle würde ich ganz ruhig bleiben. - Schönen

> (Beifall von CDU und FDP - Unruhe bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kaiser. - Jetzt hat zum dritten Mal Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Fortgesetzt Unruhe)

Ich möchte einige wenige Anmerkungen machen.

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kollegen! Ich verstehe ja Ihre Aufregung und bin auch Freund einer engagierten Debatte. Aber das ist jetzt ein bisschen viel Unruhe hier im Raum. Meinen Sie nicht auch? - Jetzt beruhigen wir uns, und Frau Ministerin Sommer hat das Wort. Jetzt hört ihr sogar die eigene Fraktion zu.

> (Achim Tüttenberg [SPD]: Die ist doch weitestgehend gar nicht dabei!)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Schäfer, Sie haben eben zu Recht gefordert. Sie wollten keine virtuellen Lehrer, keine Lehrer aus Papier.

Wir haben Ihnen doch im Ausschuss erklärt, wie der Haushalt 2009 aussieht. Sie können dort auch Fragen stellen. Das ist nicht verboten. Seite 22 des Erläuterungsbandes erklärt Ihnen den Zusammenhang. Selbst wenn es nicht sofort einsichtig wird: Wir tun viel im Land für das Fach Mathematik.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Steffens, ich finde es immer gut, authentisch zu sein, beispielsweise zu sagen: Bei meinen Kindern ist das so. Ich habe das so erlebt. – Von dieser Stelle aus frage ich Sie – wir sehen uns doch so häufig – : Warum sagen Sie nicht, dass an dieser oder jener Schule etwas ausfällt? Warum benutzen Sie das Thema für eine Debatte, um einen möglichen Treffer zu erzielen?

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Damit stellen Sie letztlich das hinten an, was wir vielleicht schon längst hätten beheben können, wenn Sie uns vorher einmal darüber informiert hätten.

(Beifall von CDU und FDP – Heike Gebhard [SPD]: Das gilt für alle Schulen, nicht nur für die, an der unsere Kinder sind!)

Frau Beer, Sie haben ein Bild benutzt, das ich in einer der letzten Plenardebatten in einem anderen Zusammenhang gebraucht habe, nämlich das vom Bumerang. Ich habe gesagt: Wenn man den wirft und nicht aufpasst, kann es sein, dass er zu einem zurückfliegt und einen selber trifft.

(Heike Gebhard [SPD]: Der hat Sie schon getroffen!)

Es gibt aber auch Bumerangs die so fliegen, wie sie fliegen sollten, nämlich richtig. Sie fliegen los und treffen ein Ziel. Wir haben das Ziel erreicht: 55 % weniger Unterrichtsausfall! – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit darf ich die **Aktuelle Stunde schließen** und rufe auf:

#### 3 Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7450

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Römer für die antragstellende Fraktion das Wort. Bitte schön.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Aufgeregtheit aufseiten der Regierungsfraktion hat sich ein bisschen gelegt. Gleichwohl will ich Sie wieder in Stimmung bringen. Wir kommen zum einen Beispiel herausragender, dilettantischer Regierungsarbeit, nämlich zum Emissionshandel.

Industriepolitik, Kraftwerkserneuerung und Emissionshandel sind für Nordrhein-Westfalen – meine Damen und Herren, das ist unstrittig – von vitalem Interesse. Hier muss eine Landesregierung zeigen, dass sie für die langfristigen Interessen des Landes kämpft. Hier sind die Nagelproben zu bestehen, ob nordrhein-westfälische Interessen auf Bundesebene eingebracht und durchgesetzt werden.

18.09.2008

Plenarprotokoll 14/100

Auf die Position der Wirtschafts- und Energieministerin zum Emissionshandel will ich jetzt nicht näher eingehen. Nur eines vorweg: Diese Position ist jedenfalls nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der SPD – Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Sie wird dilettantisch kommuniziert. Sie ist nicht mehrheitsfähig und wird sich deshalb auch nicht durchsetzen. Frau Thoben vergeudet mit ihren hilflosen Versuchen, es den Vorständen eines einzelnen Energieunternehmens recht zu machen, wertvolle Zeit – Zeit, Frau Thoben, die besser genutzt werden könnte, um die Interessen Nordrhein-Westfalens wirksam und erfolgreich zur Geltung zu bringen. Dazu später mehr.

Unser Antrag zeigt, worauf es ankommt: Die Landesregierung muss endlich Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen machen und aufhören, Geld aus Nordrhein-Westfalen in andere Bundesländer zu pumpen. Wir brauchen das Geld, das in Nordrhein-Westfalen bewegt wird, hier in Nordrhein-Westfalen. Darum müssen wir kämpfen, am besten gemeinsam, Frau Ministerin. Hierauf ist mein Kollege Thomas Eiskirch im vorigen Plenum bereits eingegangen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, der Bundestag hat die Vollauktionierung der Emissionszertifikate ab 2013 beschlossen. Schon heute gibt es Einnahmen aus Teilauktionierungen, in diesem Jahr fast 1 Milliarde €. 44 % der Emissionen entstehen in Nordrhein-Westfalen. 44 % der Kosten sind in Nordrhein-Westfalen zu tragen. Aber diese Landesregierung kämpft nicht im Ansatz darum, dass diese Erlöse auch zu 44% in Nordrhein-Westfalen investiert werden können,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

beispielsweise, Frau Thoben, in die Unterstützung der Menschen beim Energiesparen, in hochmoderne Kraftwerke und den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien mit ihren Impulsen für Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Wir können es nachlesen: Bayern und Baden-Württemberg reiben sich bei dieser Aufbauhilfe Süd – finanziert aus Nordrhein-Westfalen – die Hände. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von der SPD)

Deshalb fordern wir die Landesregierung erneut auf, beim Emissionshandel endlich die tatsächlichen Interessen Nordrhein-Westfalens zu vertreten. Es geht um unser Land, und es geht um die Interessen der Menschen in unserem Land.

Unser heutiger Antrag schließt nahtlos an unseren gemeinsamen Antrag mit den Grünen vom 27. August 2008 an. Dieser Antrag beschreibt die Ausgangssituation Nordrhein-Westfalens.

# (Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Eines ist dabei klar: Wir reden hier nicht nur über die dritte Handelsperiode ab 2013. Bereits im Jahr 2008 werden rund 1 Milliarde € aus der Versteigerung von lediglich 10 % der Zertifikate dem Bundeshaushalt zufließen. Hiervon werden ca. 440 Millionen € aus Nordrhein-Westfalen finanziert sein. Herr Weisbrich, von den ab 2013 zu erwartenden Einnahmen des Bundes in Höhe von ca. 10 Milliarden € werden jährlich 4 bis 5 Milliarden € allein aus Nordrhein-Westfalen kommen.

Dieses Geld muss in Nordrhein-Westfalen künftig in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Wenn sich die Landesregierung auf der Bundesebene aber auch weiterhin nicht aktiv für eine Verwendung dieser Mittel in Nordrhein-Westfalen einsetzt, steht zu befürchten, dass auch zukünftig ein großer Teil der Mittel aus Nordrhein-Westfalen nicht nach Nordrhein-Westfalen zurückfließt. Dann ist das Geld ein für alle Mal futsch, und dann haben Sie das zu verantworten, Frau Thoben.

#### (Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, deshalb brauchen wir ein Investitionsprogramm Emissionshandel für Nordrhein-Westfalen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich endlich aktiv dafür einzusetzen, dass die Mittel – 44 % –, die bundesweit aus den Erlösen des Emissionshandels entstehen, auch in Nordrhein-Westfalen wieder eingesetzt werden können und dass der Emissionshandel auf der europäischen Ebene die Interessen der energieintensiven Industrie Nordrhein-Westfalens berücksichtigt. Hier darf die Landesregierung nicht herumlamentieren und sich verzetteln.

Frau Thoben, unterstützen Sie einfach die Position, die Sigmar Gabriel gemeinsam mit der IG Metall entwickelt hat. Ich habe mit Interesse vernommen, dass sich die CDU in Nordrhein-Westfalen – zum Entsetzen ihres Koalitionspartners – ein bisschen bei den Gewerkschaften anbiedern will. Unterstützen Sie also die IG Metall! Helfen Sie mit, dass gegenüber der Europäischen Kommission Folgendes durchgesetzt wird:

erstens die Vollausstattung in der Industrie nach Benchmarks, vor allen Dingen eine Investitionssicherheit durch zeitnahe Entscheidungen über diese Benchmarks deutlich vor 2010; zweitens eine beihilferechtliche Absicherung, damit in den Mitgliedstaaten Auktionserlöse genutzt werden können, um in energieintensiven Branchen Wettbewerbsverzerrungen durch steigende Strompreise zu kompensieren;

drittens eine Energiesparoffensive aus den Erlösen, die Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen sowie Kommunen beim Energiesparen unterstützt. Hier gibt es sehr viele Beispiele, wie wir den Dreiklang – denn darauf kommt es an – hinbekommen können: Klima schützen, Kosten senken, Arbeit schaffen.

Wir haben in unserem Antrag Beispiele genannt. Sie zeigen das gesamte Spektrum. Ich will das nicht im Einzelnen aufführen. Dazu gehören ein Eine-Million-Dächer-Programm für thermische Solaranlagen und der Austausch klimaschädlicher Elektroheizungen.

### (Beifall von der SPD)

Aber eines ist in diesem Zusammenhang ganz wichtig: Alle diese Maßnahmen senken den Energieverbrauch direkt und unmittelbar. Das ist vernünftig, und das sollten wir auch gemeinsam tun.

Deshalb müssen wir auch die Energieerzeugung zukunftsfest machen. Dabei kommt es darauf an, mit den Erlösen aus dem Emissionshandel ein Investitionsprogramm aufzulegen. Dieses Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW fördert Investitionen, die den Primärenergieverbrauch massiv senken. Für Nordrhein-Westfalen ist das besonders wichtig.

Wir haben die Punkte einzeln aufgeführt. Sie können sie nachlesen. Mir kommt es auch darauf an, hier noch einmal herauszustellen, dass wir vor allen Dingen auch die Zukunftstechnik CCS aus den Mitteln des Emissionshandels mit finanziell fördern wollen, weil wir in Nordrhein-Westfalen Abscheidung, Transport und Lagerung von CO<sub>2</sub> zu einem Exportschlager machen wollen.

Kolleginnen und Kollegen vor allem von den Regierungsfraktionen, ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie unseren Antrag. Helfen Sie mit, ein solches Investitionsprogramm für Nordrhein-Westfalen zu schaffen, mit dem wir das Klima schützen, die Kosten begrenzen und Arbeitsplätze schaffen. Das wäre gut für unser Land, für die Menschen in unserem Land. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Römer, wenn ich die Verbalinjurien während Ihres mündlichen Vor-

trags einmal weglasse und mich auf Ihren Antrag konzentriere, muss ich sagen: Bei der Lektüre Ihres Antrags "Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW" war ich zunächst ganz angetan. Endlich einmal ein Antrag der SPD, über den zu debattieren sich überhaupt lohnt!

Die Beschreibung der klimapolitischen Ausgangssituation ist im Wesentlichen zutreffend.

(Zuruf von der SPD: Sie sollten in Rente gehen, Herr Weisbrich!)

Die zentralen Schlussfolgerungen aber sind es leider nicht. Zum einen fehlt ganz offensichtlich das Verständnis für die entscheidenden Wirkungszusammenhänge in der Energiewirtschaft. Zum anderen blitzt bei Ihnen immer wieder die alte sozialdemokratische Sehnsucht danach auf, sich über Subventionsvergaben lieb Kind zu machen. Nach dem Ende der Kohlesubventionen schwebt Ihnen offenbar ein neues Netzwerk zwischen Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft vor.

# (Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Aber, verehrter Kollege Römer, so treuherzig Sie das auch formulieren mögen: Wenn es um Subventionen für den Kraftwerksneubau geht, lachen wirklich die Hühner. Die wird es mit uns ganz bestimmt nicht geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Einzelne Forderungen in Ihrem Antrag sind sicherlich vernünftig, zum Beispiel die energetische Sanierung von Gebäuden, eine flächendeckende Energieberatung, Maßnahmen zugunsten einer umweltund klimafreundlichen Mobilität oder die Forschungspakete zu erneuerbaren Energien, der Netzintegration und der  $\mathrm{CO}_2$ -Abscheidung.

Nur, Herr Kollege Römer, Sie wissen eines: Die Landesregierung hat das doch längst angepackt, zum Beispiel mit Programmen wie "Mein Haus spart", "Alleenradwege auf stillgelegten Bahntrassen" oder neuen Forschungseinrichtungen für Energiewirtschaft an unseren Hochschulen.

Da brauchen Sie wirklich niemanden zur Jagd zu tragen. Im Gegenteil, Sie müssen früher aufstehen. Sie sollten nicht immer Anträge stellen, die schon längst erledigt sind.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das liegt aber am Themenbereich!)

Aber nun zum Grundsätzlichen. Herr Römer, Sie sind offenbar darauf aus, bei den Unternehmen möglichst viel Liquidität abzuschöpfen, damit Sie dann über Subventionen ganz viel umverteilen können

Wir möchten das Auktionsmodell auf sinnvolle Anwendungsfälle beschränken. Im Übrigen – auch das müssen Sie sich einmal merken – können Sie Erlöse aus dem Emissionshandel nicht in zweistelliger

Milliardenhöhe verteilen, wenn Sie eine sachgerechte Vollausstattung der energieintensiven Industrie mit den benötigten Zertifikaten fordern.

Entweder Sie nehmen das Geld von der Industrie weg, dann können Sie es verteilen, oder Sie nehmen es nicht weg, und dann können Sie es nicht verteilen. Wir begrüßen durchaus, dass Sie die energieintensiven Betriebe etwas schützen wollen. Aber, wie gesagt: Geld, das nicht hereinkommt, kann man auch nicht verteilen.

Käme es, Kollege Römer, zu einer Vollauktionierung, dann wären die Folgen für Verbraucher, Wirtschaft und Klima erschreckend. Investitionsstopp, längere Laufzeiten für veraltete Kohlekraftwerke, explodierende Strompreise und die Gefährdung der Versorgungssicherheit sind nur einige der drohenden Risiken.

(Norbert Römer [SPD]: Das hat Ihre Bundestagsfraktion beschlossen!)

Näheres können Sie gern dem Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln – ewi – entnehmen, das Nordrhein-Westfalen zusammen mit Sachsen und dem Saarland dort in Auftrag gegeben hat. Genau an dieser Ecke müssen wir versuchen, uns gemeinsam gegen Brüssel zu positionieren, denn wie die dortige Debatte im Umweltausschuss zeigt, ist die EU mal wieder dabei, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Während Sie im Hinblick auf die energieintensiven Industrien grundsätzlich vernünftig argumentieren, vermisse ich diese Vernunft, wenn Sie die sofortige Vollauktionierung in der Energiewirtschaft fordern. Ihr Ziel ist die Beschaffung von Staatsknete, die Sie liebend gern für Wahlgeschenke an anderer Stelle nutzen möchten. Dabei übersehen Sie, welche Folgen eine solche Politik hätte.

(Norbert Römer [SPD]: Herr Glos fordert das auch! – Carina Gödecke [SPD]: Das interessiert hier nicht! – Norbert Römer [SPD]: Das ist eine alte Platte!)

Wegen der unterschiedlichen spezifischen Emissionen der Brennstoffe, die Ihnen aus Ihrer Lobbytätigkeit für die IG BCE bestens bekannt sind, käme es zu einer Änderung der Rangfolge für die Verstromung: weg von Braun- und Steinkohle hin zu Erdgas. Bei der hohen Importabhängigkeit für den Erdgasbezug von wenigen und dann auch noch kritischen Lieferländern würde das mit Sicherheit auf die Preise durchschlagen.

Mit der Abschöpfung der Kosten für die CO<sub>2</sub>-Zertifikate würden sich der wirtschaftliche Spielraum und die Anreize für Kraftwerksneubauten verringern. Ein längerer Betrieb der ineffizienten Altanlagen mit höheren Grenzkosten wäre die Folge und würde bei weniger Klimaschutz die Strompreise ebenfalls in die Höhe treiben. Standorte und Arbeitsplätze der stromintensiven Industrie in Deutschland wären ge-

fährdet, wenn das Auktionssystem nicht weltweit eingeführt wird. Wir sind keine Insel, wir müssen auch sehen, was die anderen machen.

Wegen des unterschiedlichen Strommixes in Ländern der EU käme es zu massiven Wettbewerbsverzerrungen, beispielsweise zwischen Deutschland mit seinem hohen Anteil fossiler Energieträger in der Stromerzeugung und Frankreich mit seinem hohen Anteil an Kernenergie. Sie wollen uns ja immer weismachen, wir müssten sofort heraus aus der Kernenergie, übersehen aber, was es schon im europäischen Maßstab bedeutet, wenn Länder wie Frankreich vom Klimaschutz her praktisch keine Kostenauflagen haben und wir die ganze Last tragen müssen. In Deutschland tragen wir ohnehin schon 75 % der Kyoto-Kosten. Irgendwann muss einmal Schluss sein. Darüber müssen auch Sie sich Gedanken machen.

Zusammengefasst will ich Folgendes sagen: Ihr Vorschlag hätte zur Folge, dass die unverzichtbare Erneuerung des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen zurückgestellt würde - das wissen Sie genauso gut wie ich -, neue Belastungen auf Endkunden und stromintensive Industrien zukämen, eine zunehmende Importabhängigkeit durch einen höheren Anteil von Erdgas in der Verstromung entstünde sowie Arbeitsplätze durch Standortverlagerungen in der stromintensiven Industrie gefährdet würden. Entsprechende Vorbereitungen zur Standortverlagerung beispielsweise in der Zementindustrie, aber nicht nur dort, sind bereits getroffen und in den letzten Tagen durch die Presse gegangen.

Verehrter Herr Kollege Römer, Sie werden daher Verständnis haben, dass wir Ihrem Antrag insgesamt nicht zustimmen können und uns lieber darauf verlassen, dass die Landesregierung die Belange Nordrhein-Westfalens auf allen Ebenen wirtschaftlich, wirksam und bürgernah vertritt. - Schönen Dank.

> (Beifall von CDU und FDP - Johannes Remmel [GRÜNE]: Hurra, hurra, hurra!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. - Die FDP-Fraktion schickt nun Ihren Sprecher Herrn Brockes an das Pult. Bitte schön, Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut und richtig, dass wir heute über den Emissionshandel diskutieren, denn in den nächsten Wochen stehen gerade für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen wichtige Entscheidungen an, die ihn über Jahrzehnte betreffen werden. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland in Brüssel aus einem Munde spricht und seine Interessen als Industrie-, Energie- und Innovationsstandort energisch vertritt.

Vor diesem Hintergrund ist es begrüßenswert, dass sich auf Bundesebene zumindest darauf geeinigt wurde, dass man einer Richtlinie nur zustimmen wird, wenn die Ausnahmen darin bereits festgelegt sind. Eine Verschiebung der Benennung der Ausnahmen bis 2011 wäre ein fatales Signal im Hinblick auf die Planungssicherheit der Unternehmen.

18.09.2008

Meine Damen und Herren, dass auch die SPD in ihrem Antrag die Deindustrialisierung verhindern will und zumindest eingesteht, dass eine Abwanderung von Industrien nach außerhalb der EU keine Verbesserung für das Klima bringt, kann man nur ausdrücklich begrüßen. Trotzdem kämpft Herr Gabriel auf Bundesebene dafür, dass nur Branchen mit einem Handelsvolumen von mehr als 30 % außerhalb der EU kostenlos Zertifikate zugeteilt bekommen. Das ist meines Erachtens ein Stück aus dem Tollhaus. Dem entspricht fast keine Branche. Wir sollen doch die energieintensiven Unternehmen entlasten. Deshalb ist eine Orientierung am Anteil der Energiekosten meines Erachtens der richtige Weg.

Sie berufen sich in Ihrem Antrag auf Prof. Schellnhuber. Dazu gibt es einen interessanten Artikel im "Handelsblatt" vom 29. August, den ich zitieren möchte:

Klimaschützer sehen die Belastungen für die Industrie gelassen. So hatte etwa Hans Joachim Schellnhuber, Klimaschutz-Berater von Bundeskanzlerin Merkel und Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgen-Forschung, kürzlich davor gewarnt, zu weit gehende Ausnahmeregeln im Emissionshandel zuzulassen.

Schellnhuber wird weiter zitiert:

Es müssten Branchen verschwinden, die nicht mehr zeitgemäß seien.

Meine Damen und Herren, da sieht man, aus welchem Holz Herr Schellnhuber geschnitzt ist. Welche Branchen sollen denn komplett verschwinden? Alle energieintensiven oder die Chemieindustrie? Die Glas- oder die Papierherstellung oder gar die Zementindustrie? Die Frage müssen Sie beantworten. Meine Damen und Herren, ist das alles nicht mehr zeitgemäß? Wir reden hier über 700.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

Ich weiß, dass sich die Damen und Herren von der SPD diese Ansichten von Prof. Schellnhuber sicherlich nicht zu eigen machen wollen. Deshalb sollten wir vorsichtig sein, wen wir da vor den Karren spannen; denn dem Verschwinden von energieintensiven Branchen aus Deutschland kann man nicht gelassen entgegensehen. Daran hängen Arbeitsplätze und Existenzen. Und für das globale Klima bringt es herzlich wenig, wenn die Anlagen dann in Russland, in der Ukraine oder in China stehen. Darüber besteht sicherlich auch unter fast allen hier im Hause Einigkeit.

Meine Damen und Herren, die Frage der Ausgestaltung des Emissionshandels ist aber noch viel grundsätzlicher, als es in Ihrem Antrag dargestellt wird. Wir müssen uns doch im ersten Schritt fragen, ob eine Vollauktionierung überhaupt einen ökologischen Vorteil hat. Ich sage Ihnen: Nein, das hat sie nicht. Wenn man die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringern will, reicht es völlig aus, den Teil der Emissionsrechte zu versteigern, der über das von der EU als Obergrenze Festlegte hinausgeht. Zum Erreichen dieses Ziels ist die Vollauktionierung also gar nicht notwendig.

Wenn ich alle Zertifikate der Versteigerung preisgebe, schaffe ich lediglich eine Gelddruckmaschine für die Finanzminister. Die finanzielle Belastung für die Industrie beläuft sich nämlich auf 6 bis 7 Milliarden €.

Mittlerweile gibt es auch einige Studien, die das verdeutlichen. Hier möchte ich auf die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Montag zurückgreifen, nach der eine Vollauktionierung erhebliche Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung haben wird.

ThyssenKrupp sieht 10.000 Arbeitsplätze am Standort Duisburg in Gefahr. Am dramatischsten ist es in der Papierindustrie. Die Belastung durch den Emissionshandel würde dort 350 Millionen € ausmachen – in einer Branche, die im den letzten Jahr gerade einmal 75 Millionen € Gewinn übrig behalten hat. Dies würde das Aus für diese Branche bedeuten. Ich glaube, das wäre auch nicht im Sinne der SPD.

Insofern können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir wollen auch keine Deindustrialisierung und setzen daher darauf, dass es nicht zur Vollauktionierung kommt und frühzeitig die Ausnahmeregelungen festgelegt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD beleuchtet eine große strategische Fehleinschätzung dieser Landesregierung mit sehr negativen langfristigen Folgen für Nordrhein-Westfalen. Statt einem garantierten Rückfluss eines Teiles der Einnahmen aus dem Emissionshandel für die energetische Modernisierung das Wort zu reden und dies auch durchzusetzen, kämpft diese Regierung für weitere kostenlose Zuteilung der Emissionsrechte in der Braunkohle. Das erinnert mich fatal an Diskussionen, die wir auch bei den Agrarsubventionen führen. Es wird immer auf dem Status quo beharrt, anstatt an die Zukunft zu den-

ken und das zu berücksichtigen, was garantiert auf uns zukommen wird.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Um es in ein Bild zu packen: Wenn es Brei regnet, hat diese Landesregierung nach meinem Eindruck nicht einmal die Löffel, die sie heraushalten müsste, um auch etwas von dem Brei abzubekommen.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Zusätzlich sagt sie dann auch noch: Wir wollen gar nicht, dass es Brei regnet.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dabei ist klar, dass es Brei regnen wird, meine Damen und Herren. Die Regierung spricht sich für die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten und gegen die vollständige Auktionierung beim Emissionshandel aus. Frau Ministerin, im Übrigen ist die vollständige Auktionierung der Emissionsrechte für die Stromwirtschaft Absicht der EU-Kommission und bisher auch der Regierungsfraktionen in Berlin. Der Emissionshandel ist Teil der europäischen und der deutschen Klimastrategie.

In der ersten Phase haben die Unternehmen die Emissionsrechte kostenlos zugeteilt bekommen. In der zweiten Phase mussten sie 10 % der Emissionsrechte bezahlen und haben wiederum 90 % kostenlos erhalten. In der dritten Phase, deren Parameter jetzt festgelegt werden, soll die Stromwirtschaft ihre Emissionsrechte bezahlen – zu Recht.

Das kann – dies bestätigt selbst die CDU-Landesregierung in Baden-Württemberg – nicht zu Preissteigerungen führen, weil die Energieversorger die kostenlos gegebenen Emissionsrechte bereits in der laufenden Periode eingepreist haben. Das ist in einer Reihe von Gerichtsverfahren bereits festgestellt worden.

Insofern müssen Sie sich entscheiden, ob Sie den Energieversorgern diese Windfall-Profits weiter überlassen wollen oder ob Sie – und das ist die entscheidende Frage – die Einnahmen aus dem Emissionshandel nutzen wollen, um damit vernünftige und dringend notwendige Maßnahmen in unserem Land zu finanzieren.

Damit komme ich auf die Zahlen zu sprechen. Herr Kollege Römer hat sie schon erwähnt. Nordrhein-Westfalen ist in dieser Frage nämlich außerordent-lich betroffen. Wir setzen 44 % der Emissionen frei, die in der Bundesrepublik Deutschland vom Emissionshandel erfasst werden. Das heißt, dass von 1 Milliarde €, die der Bund dieses Jahr einnimmt, 440 Millionen € aus Nordrhein-Westfalen kommen. Zurück nach Nordrhein-Westfalen kommen aktuell aber gerade einmal 66 Millionen €. Das entspricht doch nicht dem Gewicht von Nordrhein-Westfalen und auch nicht den Notwendigkeiten in unserem Bundesland.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei einer vollständigen Auktionierung würden wir hingegen über jährliche Einnahmen von 10 Milliarden € reden, davon 4 bis 5 Milliarden € aus Nordrhein-Westfalen.

Das bedeutet, dass die Weichenstellungen dahin gehend, wo die Gelder in Zukunft ausgegeben werden, jetzt getroffen werden. Dass die Gelder kommen werden, ist klar. Aber wo werden sie ausgegeben? Es wäre doch Aufgabe dieser Regierung, sich jetzt schon aufzustellen und prioritär dafür zu sorgen, dass die Einnahmen, die in Nordrhein-Westfalen generiert werden, auch wieder hier eingesetzt und ausgegeben werden - beispielsweise beim Gebäudebestand, bei dem erheblicher Sanierungsbedarf besteht. Wir haben zugegebenermaßen eine Kohlelastigkeit in der Stromerzeugung; dafür zahlen wir ja auch für die Verschmutzungsrechte. Wir haben eine hohe Besiedlungsdichte und einen unterproportionalen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Wir haben eine große Zahl Nachkriegsgebäude mit hohem energetischen Sanierungsbedarf.

Unser Landeshaushalt ist außerordentlich angespannt. Auch weil wir für diese Aufgaben keine Mittel aus dem Landeshaushalt verwenden können, besteht die Notwendigkeit, dass die Landesregierung sich entsprechend aufstellt. Sie müsste eigentlich die Frage beantworten, wie denn die angekündigten Klimaschutzziele – die teilweise wenig ambitioniert sind – insgesamt erreicht werden sollen. Das müsste mit den notwendigen Finanzmitteln hinterlegt werden. Dies ist bis heute nicht erfolgt.

Hierfür werden die Einnahmen aus dem Emissionshandel dringend benötigt. Damit könnten auch Lücken geschlossen werden, die sich in der bisherigen Argumentation auftun.

Aber was macht diese Regierung? Wie wir von Herrn Weisbrich und Herrn Brockes heute noch einmal gehört haben, hält sie weiter an der Vorstellung fest, der Industrie in Nordrhein-Westfalen die Zuteilung kostenlos zu gewähren. Diese Position wird sich in der Diskussion nicht durchtragen. Letztlich werden Sie damit alleine stehen bleiben.

Die Relation, dass wir 44 % liefern, aber nur 6,6 % zurückbekommen, muss sich dringend ändern, und da muss sich unsere Regierung politisch entsprechend aufstellen. Auch wenn man möglicherweise einen Teil, was wir nicht wollen, nicht dem Auktionshandel unterwirft, wird es immer noch einen beträchtlichen Teil an Finanzmitteln geben, für den wir als Bundesland kämpfen müssen, damit wir diese Mittel nach Nordrhein-Westfalen bekommen.

# (Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Sie wollen jedenfalls nicht, dass es nach Nordrhein-Westfalen zurückkommt. Das liegt nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen. Dies ist in der heutigen Debatte deutlich geworden.

(Christian Weisbrich [CDU]: So ein Quatsch!)

Sie haben am Thema vorbeigeredet. Sie haben nämlich keinen einzigen Vorschlag gemacht,

(Beifall von den GRÜNEN)

wie Sie sicherstellen wollen, dass das Geld wirklich nach Nordrhein-Westfalen zurückfließt.

Dass andere Landesregierungen kein Interesse an einer Rückführung haben, hat bereits die badenwürttembergische Landesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage meines Grünen-Kollegen Franz Untersteller deutlich gemacht. Sie hat sich nämlich gegen eine Rückführung, orientiert an den Ländern, ausgesprochen, weil davon ja Nordrhein-Westfalen profitieren würde. Die baden-württembergische Landesregierung sagt: Wenn man es 1:1 tut, würde insbesondere Nordrhein-Westfalen profitieren. Was für eine Vorlage, Frau Ministerin, jetzt endlich zu sagen: Das sind die Interessen Nordrhein-Westfalens, und diese setze ich durch! – Ich erwarte Ihren Beitrag in diese Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorwegstellen: Man soll das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er geschossen ist, und das erst recht nicht,

(Beifall von CDU und FDP)

wenn es sich um einen so komplizierten Problembären wie den Emissionshandel handelt.

(André Stinka [SPD]: Daran ist schon Herr Stoiber gescheitert!)

Darüber hinaus sollte man keine Anträge schreiben und stellen, wenn man von der Materie nichts versteht.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie sollten vielleicht schon eine Bärenfalle aufstellen! – Norbert Römer [SPD]: Aber Sie werden es uns jetzt erklären!)

Ich komme nun zu den Inhalten des Antrags. Was, meine Damen und Herren von der SPD, wollen Sie erreichen? Zum einen wollen Sie unsere Industrie vor negativen Folgen des Emissionshandels schützen. Das ist lobenswert. Das will die Landesregierung auch, und daran arbeiten wir unter Hochdruck.

Sie machen jedoch auf halbem Weg Halt. Sie fordern eine Vollausstattung der energieintensiven Branchen auf Benchmark-Basis. Das tut die Landesregierung bereits seit langem intensiv. Warum

gehen Sie nicht den ganzen Weg? Am Emissionshandel nehmen nur die energieintensiven Betriebe, also ein Teilsegment unserer Industrie, teil. Aber Strom brauchen alle, nicht nur die energieintensiven Unternehmen. Der Emissionshandel, wie er derzeit geplant ist, wird nach einem von uns beauftragten Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts Köln zu Strompreissteigerungen von rund 50 % bis 2020 führen, zusätzlich zu den Preissteigerungen, die aufgrund der gestiegenen Rohstoffkosten ohnehin zu erwarten sind. Warum wollen Sie den Unternehmen und Verbrauchern, die davon betroffen sind, nicht helfen? Wollen Sie wieder mit Ihrer Debatte über Sozialtarife kommen? Konsequenterweise müssten Sie sich genauso vehement gegen die Vollauktionierung in Berlin und Brüssel einsetzen, wie wir das tun.

### (Beifall von CDU und FDP)

Das von uns beauftragte Gutachten hat aber noch mehr gezeigt: Wenn vollauktioniert wird, verschiebt sich das Investitionskalkül der Kraftwirtschaft. Der Neubau von Stein- und Braunkohlekraftwerken verteuert sich so stark, dass die Investition unrentabel wird. Die dringend notwendige Modernisierung unterbleibt. Als Folge werden die alten CO<sub>2</sub>-intensiven Kraftwerke länger betrieben. Auch davon liest man in Ihrem Antrag nichts.

Wir sind das Energieland Nummer eins. Die Kraftwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil unserer Industrie, für die Sie sich ja mit Ihrem Antrag so stark machen. Im Gegensatz zu Ihnen setzen wir uns deshalb dafür ein, dass vor allem Kraftwerksneubauten von der Auktionierung ausgenommen werden und eine Zuteilung nach brennstoffspezifischen Benchmarks erhalten.

Genauso wenig lese ich übrigens in Ihrem Antrag, dass Sie sich für Clean-Development-Mechanismen oder Joint-Implementation einsetzen. Das würde unseren Teilnehmern am Emissionshandel wirklich helfen, weil sie Kosten sparen.

### (Beifall von CDU und FDP)

Es würde den Entwicklungsländern helfen, weil man so einen echten Technologietransfer in Gang setzen kann. Darüber hinaus würde es dem Klima helfen. Nichts bei Ihnen davon! Das alles scheint Ihnen entgangen zu sein. Deshalb kommt man in Versuchung, Ihr Bekenntnis für den Energiestandort für reines Lippenbekenntnis zu halten.

Ich komme damit zur zweiten Forderung in Ihrem Antrag, denn damit kommen wir Ihrer Halbherzigkeit auf die Spur. Sie wollen aus den Versteigerungserlösen ein Investitionsprogramm auflegen, wie man es wahrscheinlich seit dem New Deal noch nie gesehen hat. Ich kann förmlich die Dollarzeichen in Ihren Augen sehen. Denn die Vollauktionierung macht aus ökologischer Perspektive überhaupt keinen Sinn. Das Ziel eines signifikanten europäischen Klimaschutzbeitrags wird bereits durch die europa-

weite Deckelung von Emissionen erreicht. Daran ändert der Ausgabemodus für die Zertifikate rein gar nichts.

Mit der Versteigerung wird letztlich den Bürgern und Unternehmern das Geld aus der Tasche gezogen, nur damit Sie ein Spielfeld für Programme zur Selbstprofilierung haben. Das ist Ihre Motivation, und das erklärt, warum Sie uns nicht vehement in unseren Bemühungen gegen die Vollauktionierung unterstützen. Dabei haben wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht einen Euro von den derzeit bereits anfallenden Erlösen gesehen. Nordrhein-Westfalen hat sich im vergangenen Jahr massiv dafür eingesetzt, an diesen Einnahmen beteiligt zu werden. Unsere Forderung wurde von der Bundesregierung jedoch abgelehnt. Aber ich bin jetzt sehr zuversichtlich, denn dank Ihres Antrags wird Ihr Freund Gabriel dem Land sicherlich sofort den entsprechenden Landesanteil zur Verfügung stellen.

Allerdings gibt es noch ein Problem mit Ihrem Antrag. Wir sollen jeden Euro, den wir zukünftig von Herrn Gabriel bekommen, fünfmal ausgeben. Ich gebe zu: Viele der von Ihnen gewünschten Maßnahmen berühren Gebiete, auf denen unzweifelhaft ein Handlungsbedarf besteht. Die am 5. Mai des Jahres vorgestellte Energieklimaschutzstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen enthält deshalb bereits umfangreiche Maßnahmen der beantragten Energiesparoffensive. Nur beispielhaft seien erwähnt die Kampagne "Mein Haus spart", das Programm zur energetischen Nachrüstung sozialgebundener Wohnungsbestände, die Energieberatung durch die Verbraucherzentrale und die Energieagentur NRW.

Aber Ihre Forderungen sind utopisch. In der derzeitigen Handelsperiode von 2008 bis 2012 stehen bundesweit jährlich Auktionserlöse in Höhe von 1 Milliarde € zur Verfügung. Damit sollen im Rahmen der Energieoffensive sieben Einzelmaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms Emissionshandel und sechs weitere Einzelmaßnahmen finanziert werden. Wenn ich alleine die Angaben des Bundeshaushaltes zugrunde lege, werden für ein wirksames Gebäudesanierungsprogramm alleine ca. 1 Milliarde € benötigt. Die breite Förderung der Solarthermie erfordert weitere Haushaltsmittel in Höhe von 300 Millionen €. Zusammen mit der Förderung von Holzpelletöfen sind sogar 500 Millionen € vorgesehen.

Obwohl sich meine Ausführungen auf bundesweite Angaben beziehen, so wird deutlich, dass der Forderungskatalog im Antrag der SPD extrem überzeichnet ist. Woher die Finanzierung der neun weiteren Einzelmaßnahmen kommen soll, bleibt völlig offen. Oder anders: Sie verteilen hier schon die Felle von zehn Bären, ohne einen einzigen erlegt zu haben.

Der absolute Höhepunkt ist allerdings Ihre Forderung nach der Subventionierung von Kraftwerksneubauten. Erst stimmen Sie einem Auktionierungs-

regime zu, dass Kraftwerksneubauten verhindert, dann wollen Sie die Erlöse aus dieser Versteigerung der Zertifikate nehmen, um die Erneuerung zu subventionieren. Wo leben wir denn?

Wie Sie wissen, hat der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments am 11. September Beschlüsse gefasst, die Ihrer Forderung zur Ausstattung der energieintensiven Industrie in Nordrhein-Westfalen nach den anspruchsvollen Best-Available-Technology-Benchmarks für die gesamte Periode nicht entsprechen. Ebenso wenig ist derzeit überschaubar, wann Investitionssicherheit für die Betroffenen durch eine zeitnahe Entscheidung über diese Benchmarks und der von Carbon Leakage bedrohten Branchen gegeben sein wird.

Herr Remmel, 50 % der Versteigerungserlöse sollen übrigens nach den Vorstellungen der EU unmittelbar in einen Fonds auf EU-Ebene fließen. Die Kommission hatte 10 % vorgeschlagen. Die andere Hälfte soll an die Mitgliedstaaten ausgeschüttet werden.

Die Position der Landesregierung zu diesen Plänen ist klar: Wir verhandeln nicht zuerst über die Verteilung von etwaigen Emissionserlösen ab 2013, sondern über die Zurückführung des Auktionierungsmodells auf möglichst wenige sinnvolle Anwendungsfälle.

# (Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen uns auf europäischer Ebene seit geraumer Zeit und massiv dafür ein, dass die Zuteilung für das energieintensive produzierende Gewerbe für den Zeitraum 2013 bis 2020 auf der Grundlage von BAT-Benchmarks kostenlos erfolgt. Dies entspricht aber nur dann der Vollausstattung, wenn der BAT-Standard auch tatsächlich erreicht ist. Erst wenn das Ziel der Zurückführung der Auktionierung auf sinnvolle Anwendungsfälle auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar sein sollte, wird sich die Landesregierung rechtzeitig dafür starkmachen, dass in der Handelsperiode 2013 bis 2020 ein angemessener Teil der Erlöse nach Nordrhein-Westfalen fließt.

Unsere Aktivitäten machen übrigens nicht an der Landesgrenze halt. Wir haben zusammen mit dem Land Oberösterreich die "Allianz der wirtschaftsstarken Regionen Europas mit einem hohen Anteil an energieintensiven Industriebetrieben" gegründet. In dieser Allianz sind inzwischen Regionen mit insgesamt 56 Millionen Einwohnern organisiert; das sind über 10 % der EU-Bevölkerung. Ziel der Allianz ist die Sicherung der Wirtschaftsstandorte und der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen mit energieintensiven Industrien.

Wie schön das gestern Verabredete aussieht, kann ich Ihnen gerne zeigen.

(Ministerin Christa Thoben hält ein Papier hoch.)

Ich stelle es Ihnen allen auch gerne zur Verfügung und freue mich über die Unterstützung in der ganzen Breite des Hauses.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss lassen Sie mich Ihnen noch eine abgewandelte alte indianische Weisheit mit auf den Weg geben: Erst wenn die letzte Aluhütte ins Ausland gezogen, das letzte Braunkohlekraftwerk geschlossen und die letzte Zementfabrik pleite ist, werdet ihr feststellen, dass man CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht essen kann.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen, weil die wesentlichen Gesichtspunkte der Debatte bereits angesprochen wurden.

Kollege Römer, die Vollauktionierung schadet im Ergebnis der besonderen Energieversorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen. Deswegen setzen wir uns weiterhin gegen die Vollauktionierung ein. Wir wollen einen breiten Energiemix unter Einbeziehung der Kohle. Von daher wollen wir Kraftwerksneubauten. Wir brauchen neue, moderne Kraftwerke mit hohen Wirkungsgraden und niedrigen Emissionen. Wenn wir aber stattdessen die Liquidität der Energieversorger über eine Vollauktionierung abschöpfen, werden keine Kraftwerksneubauten errichtet, es werden keine Verbesserungen der Wirkungsgrade und keine ökologischen Vorteile erzielt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Völliger Quatsch!)

Lesen Sie doch freundlicherweise mal das Gutachten des Energiewirtschaftlichen Institutes an der Universität zu Köln. Ich zitiere aus der Zusammenfassung die Ziffer 4:

Kostenfreie CO<sub>2</sub>-Zuteilungen wirken wie eine Reduzierung kapazitätsbezogener Kosten und begünstigen somit den Neubau von Kraftwerken.

Umgekehrt gilt also: Eine Vollauktionierung behindert den Neubau von Kraftwerken. – Das ist auch eine Frage der Logik.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Der Lobby oder der Logik?)

Die Landesregierung hat ein konsistentes und konsequentes Konzept, das darauf beruht, dass das Ziel des europäischen Klimaschutzbeitrages ökologisch betrachtet bereits durch die europaweite Deckelung der Emissionen, den Cap, erreicht wird. Sie erreichen insofern null ökologische Wirkung mit der von Ihnen vorgeschlagenen Vollauktionierung. Deswegen wollen wir sie auch nicht. Wir wollen

mindestens den Neubau von Kraftwerken mit kostenlosen Zertifikaten ausstatten.

Herr Kollege Remmel, Ihre Rede steht unter der Überschrift "Es regnet Brei". Das war dann auch der wesentliche Inhalt. Ich habe dazu wirklich nicht mehr wahnsinnig viel zu sagen, weil das Thema bereits hinlänglich behandelt wurde. Sie machen es dadurch nicht besser.

Ich habe das Ziel der SPD-Fraktion der industrieverträglichen Ausgestaltung interessiert und positiv aufgenommen. Auch wir sind dafür, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland ist und Industrieland bleibt. Deswegen setzt sich die Landesregierung schon seit Langem in Brüssel dafür ein, dass die Zuteilung für das energieintensive produzierende Gewerbe für den Zeitraum 2013 bis 2020 auf der Grundlage von Best-Available-Technology-Benchmarks kostenlos erfolgt. Sie schießen also ins Leere, wenn Sie die Landesregierung zu etwas auffordern, was sie ohnehin schon lange tut. Das kann man machen, vielleicht wird es durch Wiederholung auch noch ein bisschen klarer. Insofern nehmen wir diese Hinweise dankbar erneut auf, und wir verweisen auf die schon lange bestehenden Aktivitäten.

Wir hoffen jedenfalls, dass wir die Vollauktionierung verhindern können. Insofern verteilen wir kein Geld, das wir nicht haben. Wenn uns das gelingt, wäre das die beste Lösung für die Struktur Nordrhein-Westfalens. Wenn es nicht gelingt, ist doch klar, dass angemessene Teile der Erlöse nach Nordrhein-Westfalen fließen müssen. Aber auch da ist die Landesregierung schon lange aktiv. Deswegen hätte ich mir gewünscht, Sie hätten die Aktivitäten in diesem Bereich gelobt. Dass Sie das nicht können, verstehe ich.

(Ministerin Christa Thoben: Unterstützen!)

Dass Sie sie nicht unterstützen wollen, verstehe ich nicht. Aber das ist Ihr Verständnis von der Rolle der Opposition. Ich kann dazu nur sagen: Das war ein Schuss weit neben das Ziel.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Ellerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur einige Punkte anführen:

Erstens. Der Gedankengang "Benchmarks für energieintensive Industrieunternehmen" ist richtig. Statt einer Vollauktionierung fordern wir aber ganz klar ein brennstoffspezifisches Benchmark auch für die Energiewirtschaft. Hier zeigt sich das Gedankengebäude sozialistischer Planwirtschaft bei unseren Kollegen auf der linken Seite. Man muss sich einmal vorstellen, was hier im Raume steht: Man will der

Industrie die Liquidität nehmen, sie den Ländern zurückgeben, und die Länder sollen dann der Kraftwerkswirtschaft das Geld geben, das sie gerade vorher gezahlt haben. – Ich sehe darin keinen Sinn. Da halte ich den Gedankengang des Kollegen Remmel schon für nachvollziehbarer, obwohl ich ihn nicht teile.

#### (Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

weil er etwas im Bereich der Energieeinsparungsmaßnahmen machen will. Aber den Gedankengang unserer sozialistisch-planwirtschaftlich orientierten Freunde kann ich nun wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweitens. Warum sind die Franzosen so für Emission-Trading? Als Franzose wäre ich es auch, denn dann bräuchte ich nichts zu bezahlen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die Windfall-Profits fallen EDF anheim, EDF geht auf Einkaufstour, und wir bezahlen das noch. Dieses System ist "hervorragend".

(Beifall von FDP und CDU)

Drittens. Herr Kollege Römer, es ist doch selbstverständlich, dass sich jede Landesregierung bemüht, von den finanziellen Mitteln, die man bekommen kann, so viel wie möglich abzuschöpfen.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Aber ich halte es für eine Torheit, das auch noch so deutlich aufzuschreiben. Waren es nicht wir Deutschen, die gegenüber Großbritannien massive Vorwürfe erhoben haben, als Großbritannien nur dann in die EU eintreten wollte, wenn mindestens die von ihm eingezahlten Mittel nach Großbritannien zurückfließen würden? Waren nicht wir es, die das gemeinsame Europa beschworen haben? Dass das das Ziel ist, Herr Kollege Römer, ist völlig klar. Aber ich muss mich fragen, ob es Dummheit oder Naivität ist, dass Sie es hier hineinschreiben. Das können Sie vielleicht gleich beantworten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Herr Römer hat sich zu Wort gemeldet.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie Ihre Position zum Emissionshandel bereits geändert haben. Ursprünglich wollten Sie ja – so haben Sie ausgeführt –, dass alles so bleibt, wie es ist, dass in der dritten Handlungsperiode genauso verfahren wird wie in der zweiten. Jetzt fordern Sie nur noch eine kostenlose Zuteilung

von Zertifikaten für Neuanlagen, für KWK-Anlagen und anderes mehr.

Landtag

Das macht schon deutlich, dass Sie begriffen haben, dass Sie auf dem völlig falschen Weg sind. Sie haben ja noch nicht einmal Ihre eigenen Parteifreunde erreicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich noch im Sommer dieses Jahres zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion für eine Vollauktionierung der Zertifikate an die Energiewirtschaft ausgesprochen. Auch die nordrhein-westfälischen CDU-Abgeordneten haben mitgestimmt. Sie sind noch nicht einmal bei denen durchgedrungen.

> (Ministerin Christa Thoben: Das war Minister Gabriel! - Gegenruf von Hannelore Kraft [SPD]: Das war die Fraktion und nicht Minister Gabriel, Frau Thoben!)

Warum ist das denn so, Frau Thoben? Sie haben ein großartiges Gutachten in Auftrag gegeben, in dem Sie zwei Szenarien haben gegenüberstellen lassen: die Vollauktionierung und die vollständige kostenlose Zuteilung. Sie wissen, dass das völliger Quatsch ist, weil es eine kostenlose Zuteilung nicht geben wird. Das weiß jeder, der sich mit der Materie beschäftigt. Das zeigen die laufenden Diskussionen in Berlin, das zeigen die laufenden Diskussionen in

Aber selbst dieser theoretische Vergleich von der Verteilung kostenloser Zertifikate mit der Vollauktionierung bestätigt, dass Ihre noch bis zum August geforderte Linie der Vollausstattung schädlich ist. In der Studie selbst ist doch formuliert: kostenfreie Zuteilung führt zu Überkapazitäten. - Damit führt eine solche Allokation zu einer Verschwendung volkswirtschaftlichen Kapitals. In der Studie heißt es auch: kostenfreie Zuteilung vermehrt CO2-intensive Erzeugungskapazität. - Aber genau das will der Emissionshandel auf kosteneffiziente Weise verhin-

Alle sind wir uns einig, meine Damen und Herren: Wir wollen, dass alte Kraftwerksblöcke abgeschaltet und durch neue ersetzt werden. Aber zu diesem Punkt zeigt das EWI-Gutachten eindeutig die Auswirkungen der von Frau Thoben geforderten kostenlosen Zuteilung auf. Ich zitiere aus dem Gutachten: Kraftwerksstilllegungen werden durch die Aussicht auf fortgesetzte kostenfreie CO2-Rechtezuteilung verzögert. - Frau Thoben, damit wird durch Ihr eigenes Gutachten konterkariert, was Sie vorgeben, erreichen zu wollen.

Dieser theoretische Befund des EWI-Gutachtens ist doch im rheinischen Revier bei den Uraltblöcken in Frimmersdorf ganz praktisch zu beobachten: Deshalb laufen sie noch. - Der Vorstand von RWE gibt das auch ganz offen zu.

Das Gutachten, Frau Thoben, das Sie in Auftrag gegeben haben, verfehlt doch die entscheidende Fragestellung, die für einen Investor lautet: Lohnt sich der Bau eines neuen Kraftwerks, um damit in Konkurrenz zu abgeschriebenen, ineffizienten Altblöcken zu treten? Nur wenn das so ist, bekommen wir mehr Wettbewerb. Auf diesen Vergleich kommt es doch an. Schaffen wir es, den Emissionshandel zu nutzen, um Altanlagen durch Neuanlagen zu ersetzen?

Wie ist die Faktenlage, auf die es ankommt, auch nach dem EWI-Gutachten? Neues Kraftwerk: Vorteil von 0,5 Cent pro Kilowattstunde bei den Zertifikatkosten. Abgeschriebenes altes Kraftwerk: Vorteil von 2,1 Cent pro Kilowattstunde bei den nicht zu stemmenden Investitionskosten. Was ist das Ergebnis? Es gibt keine wirtschaftliche Chance für neue Kraftwerke, wenn es keinen echten Innovationsschub gibt.

Weil Sie mich gescholten haben, ich befände mich nicht im Einklang mit den Vorstellungen der Industrie, zitiere ich aus einem Brief von Trianel Energie, den ich heute zu genau diesem Punkt erhalten habe: Ihre Initiative, den Bau hocheffizienter Kohlekraftwerke durch dringend notwendige Investitionsanreize zu befördern, begrüßen wir sehr. - Frau Thoben, wir sind sehr nahe bei denjenigen, die, wenn es um Kraftwerksvorhaben geht, die Realität nicht aus dem Blick verlieren - im Gegensatz zu Ihnen!

> (Lachen und Kopfschütteln von Ministerin Christa Thoben)

Die Daten habe ich genannt. Zum Schluss komme ich zur politischen Vorgehensweise.

Wie hoch sind denn die Durchsetzungschancen für ein Braunkohle-Benchmark? Welche Verbündeten gibt es in diesem Kampf für Sie, Frau Thoben?

Wir wissen Folgendes: Im Deutschen Bundestag hat die Große Koalition die Bundesregierung noch vor dem Sommer dazu aufgefordert, eine gegenteilige Position aktiv zu vertreten, um in der Kommission und im Ministerrat durchzusetzen, dass in der Stromwirtschaft Zertifikate ab 2013 zu 100 % versteigert werden.

Wie ist die Lage in Nordrhein-Westfalen? Weder E.ON noch Evonik Steag unterstützen die RWE-Forderung nach einem Benchmark. Es gibt keine gemeinsame nordrhein-Position in der westfälischen Energiewirtschaft.

Wie sieht das in der Bundesregierung aus? Die Minister Glos und Gabriel haben sich auf eine Position geeinigt, die Ihre Vorstellung überhaupt nicht vor-

In Brüssel - Sie haben es gerade angesprochen, aber vergessen, auf einen wichtigen Punkt hinzuweisen – hat der Industrieausschuss solche Anträge kürzlich abgelehnt.

Sie aber, Frau Thoben – Sie haben es gerade noch einmal gesagt - kämpfen dennoch unverdrossen für einen eigenen Benchmark für Braunkohle.

Ich fasse zusammen. Das Bild ist für Sie trostlos: ein Gutachten, das trotz abwegiger Vorgaben nicht das bestellte Ergebnis liefert, eine Showveranstaltung in Brüssel ohne Chance auf Umsetzung.

Was ist das Ergebnis für uns? Die Chance, mit einer solchen Vorgehensweise überhaupt etwas für Nordrhein-Westfalen zu erreichen, wird leichtfertig von der schwarz-gelben Landesregierung vertan. So kann man das Energieland Nordrhein-Westfalen nicht regieren!

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, weil Sie eine indianische Weisheit angeführt haben, gebe ich Ihnen gerne eine solche zurück: Frau Thoben, Sie reiten mit Ihrer Forderung ein totes Pferd.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Steigen Sie endlich ab, sonst wird das Ganze nur noch peinlich für Sie und ein Desaster für unser Land! – Glück auf für unser Land!

(Beifall von der SPD – Lachen von Ministerin Christa Thoben)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt noch einmal Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es geht um die Zukunft und um das Leben in Nordrhein-Westfalen. Deshalb müssen Sie sich schon anhören, was hier gesagt wird, wenn es um die Interessen dieses Landes geht. Weder die Landesregierung noch die Koalitionsfraktionen haben in dieser Debatte irgendeine Antwort gegeben, wie die Interessen Nordrhein-Westfalens durchgesetzt werden sollen und ob Sie diese Interessen überhaupt vertreten. Darum geht es heute.

(Norbert Römer [SPD]: Sie haben keine Antwort!)

Ich lasse die Standortfrage, auf die Herr Kollege Römer schon hingewiesen hat, einfach weg. Ich lasse die Frage nach den energie- und klimapolitischen Erfordernissen weg. Wenn es allein um die Vertretung der Landesinteressen geht, muss ich feststellen, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen aus ideologischer Verblendung den praktischen Nutzen nicht sehen,

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

den ein Weg bringt, uns gemeinsam aufzustellen und gemeinsam die Interessen dieses Landes durchzusetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Wer ist denn der Chefideologe?)

Frau Ministerin, Herr Römer hat es angesprochen: Wo sind Ihre Bündnispartner? Wie wollen Sie die Position, die Sie hier eben verkündet haben, in Brüssel durchsetzen? Sie sind doch schon zehnmal gegen die Wand gelaufen. Wollen Sie uns etwa dazu bringen, noch zehnmal dagegen zu laufen? Irgendwann müssen Sie doch erkennen, dass das, was Sie wollen – und was wir im Übrigen für politisch falsch halten –, nicht durchsetzbar ist und dass man sich für das Land Nordrhein-Westfalen aufstellen muss.

Etwas verräterisch war Ihr Satz, Sie würden sich rechtzeitig darum bemühen. Das ist ja das Konstrukt. Sie verhalten sich an diesem Punkt ideologisch.

(Ministerin Christa Thoben: Es geht um 2013, Herr Remmel!)

Deshalb können Sie sich nicht für die Interessen dieses Landes einsetzen. – Sie sagten, Sie würden sich rechtzeitig darum kümmern.

(Ministerin Christa Thoben: Die Gelder gibt es 2013!)

 Ja, aber alle anderen kümmern sich schon darum und stellen sich schon auf. Nur Nordrhein-Westfalen sagt: Wir wollen davon nichts wissen.

Sie haben ja recht mit dem Bild vom Bären: Man darf das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er erlegt ist. Aber, Frau Ministerin, man darf sich auch nicht in die Höhle zurückziehen, darüber reden, wie man eine Bärenfalle aufstellt, und gleichzeitig die Abschaffung der Jagd propagieren. Das jedoch haben Sie hier und heute getan.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Das ist der falsche Weg für Nordrhein-Westfalen. Sie vertreten unsere Interessen nicht. Ich hoffe, dass der Antrag oder zumindest die Debatte dazu führen, dass Sie irgendwann einen Punkt setzen und für Nordrhein-Westfalen einen Weg aufzeigen, wie wir das Geld bekommen, das wir aufgrund der hohen Emissionen in Nordrhein-Westfalen in diesen Handel einzahlen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/7450** ab. Wer ist für diesen Antrag? – SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, also der Mehrheit dieses Hauses, **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

# 4 Erwerbstätige Familien unterstützen – Betriebe informieren: Initiative für betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/7457

In Verbindung mit:

# Nordrhein-Westfalen braucht mehr Kinderbetreuung in Betriebskindergärten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7455

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Doppmeier das Wort.

**Ursula Doppmeier** (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke)

Ich denke, man kann es nicht oft genug betonen: Mütter und Väter brauchen eine gute, bedarfsgerechte und verlässliche Kinderbetreuung, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Mit dem Kinderbildungsgesetz haben wir die besten Voraussetzungen dafür geschaffen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wahlfreiheit als politisches Credo heißt nämlich, die verschiedenen Lebensmodelle als gleichwertig zu akzeptieren und die Voraussetzungen für ihre Umsetzung zu schaffen. Also hier ganz konkret: Wir gehen die Lücken in der Angebotsstruktur an.

Ganz Deutschland hat sich bereits auf den Weg gemacht. Die Zielmarke: 2010 soll für jedes fünfte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen, 2013 für jedes dritte Kind.

Wir in Nordrhein-Westfalen gehen aber ein schnelleres Tempo. Mit KiBiz haben wir mehr Geld für frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt als je zuvor. 2008 sind es bereits über 1 Milliarde €. Kein anderes Bundesland investiert so viel in die Förderung und frühe Bildung seiner Kinder wie Nordrhein-Westfalen.

Sie alle wissen, die Zahl der Kitaplätze für unter Dreijährige hat sich seit 2005 auf 44.600 erhöht. Das ist sage und schreibe eine Vervierfachung. Ich frage Sie: Wer sonst in Deutschland hat so etwas vorzuweisen? Sie sehen, KiBiz ist somit ein wichtiger Schritt, um Nordrhein-Westfalen zum kinderund familienfreundlichsten Land zu befördern.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Eine gute und vor allen Dingen verlässliche Kinderbetreuung ist Voraussetzung für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern. Sie ist aber noch viel mehr: Sie ist auch Voraussetzung für zufriedene Arbeitgeber. Gerade deshalb wollen wir uns für diese verstärkt einsetzen, sie mit ins Boot holen und die betriebliche Kinderbetreuung stärken.

Ich denke, die Vorzüge liegen für uns alle auf der Hand: Die Wegzeiten für das Hinbringen und Abholen der Kinder reduzieren sich, die Öffnungszeiten können flexibel an die Bedürfnisse der Eltern angepasst werden, und auch die Kinder wissen ihre Eltern in der Nähe. Betriebe, die bereits Erfahrung mit betrieblicher Kinderbetreuung haben, vermelden uns durchweg, dass ihre Angestellten motivierter sind und dass auch die Zahl der Krankmeldungen der berufstätigen Eltern erheblich zurückgegangen ist. Somit profitiert vor allem auch das Unternehmen davon. Auch im Wettbewerb um begehrte Arbeitsplätze können Arbeitgeber mit einem familienfreundlichen Angebot punkten. Nebenher ist es auch noch ein enormer Imagegewinn für eine Firma.

Die Modelle dieser betrieblich unterstützten Kinderbetreuung sind sehr vielfältig, genauso wie die Unternehmen, ihre Mitarbeiter und die Familien. Sie bieten aber keineswegs nur den großen Unternehmen Vorteile. Über die Reservierung einzelner Plätze in bestehenden Kindertageseinrichtungen oder durch die Kooperation mehrerer Unternehmen zur Schaffung eines gemeinsamen Betriebskindergartens ist auch in mittleren und kleinen Betrieben ein solches Engagement möglich.

Man sagt häufig: Wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. Die familienfreundliche Arbeitswelt ist eines der wenigen Elemente, auf die dieses nicht zutrifft. Hier gibt es nur Gewinner: Kinder, Eltern und Arbeitgeber. Man rückt in Familienfragen nämlich enger zusammen, bringt bei eventuell auftauchenden Problemen mehr Verständnis füreinander auf.

(Karl Schultheis [SPD]: Vor allen Dingen bei Öffnungszeiten!)

Gerade wir vonseiten der Politik in Nordrhein-Westfalen unterstützen die betriebliche Kinderbetreuung. Es gilt, vorhandene Ansätze in der betrieblichen Kinderbetreuung zu systematisieren. In Zusammenarbeit mit den Verbänden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Kommunen müssen wir die Vorteile und die Möglichkeiten der betrieblichen Kinderbetreuung kommunizieren und dafür verstärkt werben. Wir müssen Unterstützung geben, sodass die Bereitschaft der Betriebe, die ihren eigenen Handlungsbedarf hier schon erkannt haben, in Taten umgewandelt und somit der Prozess beschleunigt wird. Wir müssen außerdem helfen, die bereits bestehenden Best-Practice-Modelle bekannt zu machen und zur Nachahmung ermutigen.

Dies alles wollen wir mit unserem Antrag erreichen, meine Damen und Herren. Ich freue mich auf die Beratung im zuständigen Ausschuss und lade Sie, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dazu ein, sich unserem, wie wir meinen, weitergehenden Antrag anzuschließen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Bereich der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen ohne Zweifel in den vergangenen drei Jahren viel erreicht – viel mehr, als manche uns zugetraut haben, viel mehr, als wir uns zum Teil selbst haben vorstellen können.

Wir haben mit dem Kinderbildungsgesetz die Plätze für unter Dreijährige erheblich ausgebaut. Wir haben Sorge dafür getragen, dass die Qualität der Bildung vor der Schule verbessert wird. Wir haben mit den Familienzentren neue Knotenpunkte für das familienunterstützende Netzwerk in den Städten und Gemeinden geschaffen.

Wir haben also schon eine positive Bilanz vorzulegen. Dennoch gibt es ein Feld im Bereich der frühen Förderung von Kindern, in dem wir in Nordrhein-Westfalen noch hinter unseren Möglichkeiten zurückgeblieben sind. Das ist die Frage der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung.

Wenn man mit Experten spricht, die zu der viel zitierten Work-Life-Balance arbeiten, wenn man die Broschüren der Bundesfamilienministerin, Parteientschließungen und Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden liest, dann kann man feststellen, dass die Vorteile betrieblich unterstützter Kinderbetreuung bekannt sind, dass sie gewürdigt werden.

Es wird gesehen, dass es einen Vorteil für Eltern insbesondere kleiner Kinder gibt, nämlich die Flexibilität zu haben, die eigene Arbeitszeit an die Bedürfnisse der Kinder – gerade, wenn es noch sehr kleine Kinder sind – anzupassen. Da wird gesehen, dass die räumliche Nähe zwischen Arbeitsplatz und Betreuungsplatz ein Vorteil ist, auch da bei besonders kleinen Kindern.

Für Kinder ist es ein Vorteil, weil sie sich, wenn sie noch sehr klein sind, also in einer frühen Phase ihrer Entwicklung, noch nicht direkt abnabeln müssen. Es gibt noch die Gelegenheit, etwa gemeinsam das Mittagessen einzunehmen.

Es ist ein Vorteil für Arbeitgeber, weil Mütter und Väter früher in den Beruf zurückkehren können und ihre Zufriedenheit dadurch steigt, dass sie Familie und Erwerbsleben besser vereinbaren können.

Nicht zuletzt gibt es einen Vorteil für die öffentliche Hand, für das Land und für die Kommunen, wenn sich Unternehmen finanziell und konzeptionell mit in den Betreuungsaufbau einbringen, insbesondere bei unter dreijährigen Kindern.

Wir wollen als Koalitionsfraktionen deshalb eine Initiative für mehr betrieblich unterstützte Kinderbetreuung starten.

Die Zahlen, die in Nordrhein-Westfalen zu vergegenwärtigen sind, sind leider ernüchternd. Wir haben nur 39 Einrichtungen, die mit Landesmitteln gefördert werden. Es werden noch einige dazukommen, die das mit eigenen Geldern ohne öffentliche Mittel bewerkstelligen. Wir sind hier auf dem Niveau des Jahres 2003.

Deshalb ist eine Verstärkung unserer Anstrengungen erforderlich. Sie müssen im Schulterschluss mit der Wirtschaft dahin gehen, Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, zu überzeugen, sich diesen Formen der Betreuung bedarfsgerecht zu öffnen. Wir müssen ferner untersuchen, ob es möglicherweise uns nicht hinlänglich bekannte Hürden rechtlicher und organisatorischer Art für die Einrichtung von Betriebskindergärten gibt.

Ich wünsche mir, dass wir eine öffentlich sichtbare Initiative ergreifen. Die Koalitionsfraktionen haben das hier auf den Weg gebracht. Es gibt bereits von der Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen, von Gesprächen, von Einrichtungsbesuchen. Ich wünsche mir, dass das systematisiert und verstärkt wird, damit in Nordrhein-Westfalen an die Wirtschaft und an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein starkes Signal gesendet wird, dass wir betrieblich unterstützte Kinderbetreuung unterstützen, würdigen und auch stärker in der Praxis sehen wollen.

Es hat in der Vergangenheit auch gute Materialien gegeben. Es gab ein Handbuch "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" der Vorgängerregierung. Das war lange Zeit vergriffen. Ich weiß gar nicht, ob es wieder verfügbar ist, ob das wieder aufgelegt ist. Solche Materialien müssen in Umlauf kommen, damit den Unternehmen ganz konkrete Hilfen gegeben werden können, Betriebskindergärten einzurichten.

Das ist das, was wir als Koalitionsfraktionen wollen. Ich freue mich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen später eine ähnliche Initiative vorgelegt hat. Vielleicht gelingt es ja im Schulterschluss dieses Parlaments, ein solches Signal zu senden. Es wäre im Dienste der Sache, insbesondere aber der Kinder und ihrer Familien. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur ein Thema für uns in der Politik, ist nicht nur eine Aufgabe des öffentlichen Raums, sondern ist vor allen Dingen eine Aufgabe der Wirtschaft, weil sie nämlich gefordert ist, geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, die es den Eltern zum Beispiel über familienfreundliche Arbeitszeiten ermöglichen, neben dem Beruf die Verantwortung in der Kindererziehung wahrzunehmen

Dazu gehört auch, dass die Betriebe geeignete Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und ihrer Mitarbeiter vorhalten.

Die Vorteile der Kinderbetreuung im Betrieb, im Unternehmen, natürlich auch in den Behörden, liegen ganz klar auf der Hand. Es bedeutet kurze Wege für die Eltern. Es bedeutet eine räumliche Nähe zwischen Eltern und Kindern, die Möglichkeit, sich vielleicht auch einmal in Pausen zu treffen oder gemeinsam zu essen. Auch wenn die Kinder krank werden, in Notfällen, sind die Eltern direkt in der Nähe.

Im Wettbewerb der Unternehmen um Fachkräfte ist die Familienfreundlichkeit mittlerweile ein ganz wesentliches Attraktivitätsmerkmal. Angesichts von immer weniger qualifizierten Kräften werden Unternehmen immer stärker darauf angewiesen sein, familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen, um Mitarbeiter zu finden und auch um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ans Unternehmen zu binden. Das heißt, die Betriebe können auch in Bezug auf den zukünftigen Fachkräftemangel ihre eigene Attraktivität über ein familienfreundliches Arbeitsumfeld steigern.

Dazukommt: Oft sind Betriebskindergärten besonders gut ausgestattet oder haben ein besonderes pädagogisches Angebot. Hier in Düsseldorf haben wir zum Beispiel den bilingualen Kindergarten der METRO Group.

Die Vorteile sind deutlich. Sie liegen auf der Hand. Nachteile stehen ihnen nicht gegenüber.

#### (Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Auch die finanziellen Belastungen der Unternehmen halten sich in Grenzen. Wird zum Beispiel ein freier Träger mit der Einrichtung einer Kinderbetreuung von einem Unternehmen beauftragt, erhält der Träger dafür öffentliche Zuschüsse. Das ist übrigens auch einer der Gründe dafür, warum direkte öffentliche Zuschüsse an Unternehmen oder auch privatgewerbliche Träger für den Kindergartenbetrieb gar nicht nötig sind. Besteht ein gutes öffentliches Angebot für Bildung und Betreuung von Kindern, sind die privaten unnötig.

Bei so vielen Vorteilen und keinen erkennbaren Nachteilen fragt man sich natürlich: Warum machen Betriebe das nicht öfter? Warum richten sie nicht öfter Betreuungsangebote für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein?

Das hängt zunächst einmal mit dem Selbstverständnis von Betrieben zusammen. Der Landtag selber hat sich ja schon sehr früh mit der Kindertagesstätte hier am Fürstenwall, wenige Minuten von hier entfernt, in eine solche Kooperationsvereinbarung begeben. Diese Kooperationen mit nahe liegenden Einrichtungen sind eine alternative Form betrieblicher Betreuungsangebote. Sie sind deshalb auch für kleinere Unternehmen oder Behörden interessant.

Der Hauptgrund dafür, meine Damen und Herren, dass so wenige Unternehmen diese Möglichkeit wahrnehmen, ist aber ein ganz anderer. Das ist nämlich schlicht Unwissenheit. Wir wissen: Von über 500.000 Betreuungsplätzen in Nordrhein-Westfalen befinden sich gerade einmal 825 in betrieblichen Einrichtungen. Das sind 0,2 % und ist in der Tat viel zu wenig. Aber wer weiß schon in einem Unternehmen, in einer Behörde, wie man überhaupt einen Kindergarten gründet und wen man überhaupt fragen kann?

Deshalb ist eine zentrale Forderung des Antrags der Grünen, zunächst entsprechende Informationsmaterialien zur Verfügung zu stellen und gemeinsam mit Unternehmensverbänden, mit Gewerkschaften und den Kommunen eine breit angelegte Werbekampagne zu starten.

# (Beifall von den GRÜNEN)

Wir wissen, dass es da bei der Landesregierung ein Defizit gibt. Das hat die FDP zu Recht angesprochen. Ihr ist aufgefallen, dass die Landesregierung in dieser Frage noch viel zu wenig aktiv geworden ist, dass sie viel zu wenig auf die Unternehmen zugegangen ist und es auch noch keine Informationsmaterialien gibt, die die Betriebe auf diese Möglichkeit hinweisen, eigene Betreuungseinrichtungen einzurichten und vorzuhalten.

Ich finde an dem ganzen Vorgang interessant, in welcher Form die FDP ihr Anliegen einbringt. Dass Sie, Herr Lindner, im Kinder- und Jugendbereich wie auch an anderen Orten gerne Opposition in der Koalition spielen, kennen wir bereits.

(Zurufe von Horst Becker [GRÜNE] und Christian Lindner [FDP])

Beim Landesjugendplan haben Sie so agiert und auch beim KiBiz – das ja zurück in die Montagehalle musste –, was Sie jetzt sehr hoch loben. Aber dass Sie dann 1:1 den gleichen Antrag wie wir als Opposition stellen, ist dann schon ein ungewöhnlicher Vorgang.

Das scheint der übliche Stil zwischen den Regierungsfraktionen zu sein: Man kommuniziert über Pressemitteilungen. Es gibt Briefe an den Minister, die dann zufällig in den Zeitungen landen. Dann schreibt der Minister böse zurück. Dann ärgert sich

Herr Lindner wieder. So ärgern Sie sich gegenseitig. Ich muss schon sagen, ich möchte das hier nicht kommentieren, weil ich kein Interesse daran habe, die Mediation Ihrer Umgangsformen zu übernehmen. Das müssen Sie schon unter sich selber ausmachen. Aber es ist schon bemerkenswert, auf welches Niveau die Zusammenarbeit dieser Koalition gerutscht ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP führt die CDU wieder am Nasenring durch den Landtag. Sie brüsten sich in "Landtag intern" sogar damit, dass diese Initiative auf die FDP zurückgegangen ist. Diesen Stil des Umgangs müssen Sie schon mit sich selbst ausmachen.

Im Sinne der Sache haben wir nichts gegen das Anliegen. Im Gegenteil, wir sind ja selber aktiv geworden. Willkommen im Club, kann ich nur sagen. Im Landtag wird wieder Politik gemacht und ausnahmsweise der Landesregierung gezeigt, wo es langgeht.

Im Sinne der Familien und der Familienfreundlichkeit von Arbeitsplätzen und Unternehmen bin ich froh, dass es ein gemeinsames, über Regierungskoalitions- und Oppositionsgrenzen hinausreichendes Anliegen ist. Ich schlage vor, dass wir dieses gemeinsame Anliegen am besten auf der Grundlage des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Jörg das Wort. Bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass jetzt gleich mehrere Fraktionen dieses Thema zum Gegenstand der Debatte machen, sagt noch nichts über die Qualität der Anträge aus. Deshalb möchte ich die Qualität als ersten Punkt beleuchten.

Der Antrag von CDU und FDP enthält im Prinzip einen Appell an Unternehmen, etwas zu tun. Immer dann, wenn die schwarz-gelbe Landesregierung beziehungsweise die sie tragenden Fraktionen einen Appell formulieren, dann in der sicheren Erkenntnis, dass man super appellieren kann, die schönsten Forderungen hineinschreiben kann, genau wissend, dass nichts passiert. Das ist ungefähr der Charakter eines Appells. Dass sich die Grünen jetzt diesem Appell anschließen oder in den Appellcharakter verfallen,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Nicht appellieren!) verwundert mich.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wir haben unseren eigenen Antrag!)

Man weiß ja, wenn die Grünen an die Wirtschaft appellieren, sind gleich Tausende von Unternehmen bereit, das sofort umzusetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Appellcharakter

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

zeigt im Prinzip die Ernsthaftigkeit dieses Antrages. Es geht um 0,2 % der Plätze in Nordrhein-Westfalen. Das hätte man ohne Plenum sicherlich vernünftiger regeln können. Das zur Qualität des Antrages.

Inhaltlich sind Sie leider auch völlig auf dem Holzweg, weil der Antrag komplett an der Fachdiskussion vorbeigeht. Betriebskitas sind nicht immer die beste Lösung für die Kinder. Wir alle wollen doch unsere Politik mehr aus der Sicht der Kinder gestalten. Bei der Lufthansa mag es richtig und wichtig sein, einen Betriebskindergarten zu haben. Wenn Mama irgendwo über den Wolken unterwegs ist und zu spät kommt, weil das Flugzeug Verspätung hat, ist das sinnvoll.

Die Fachdebatte zeigt aber, dass man sich so etwas vor Ort überlegen muss. Dagegen stehen schon erhebliche pädagogische Gründe, Herr Minister, beispielsweise, dass sich Kinder in Wohnortnähe orientieren müssen. Sie müssen lernen, sich in ihrem Sozialraum zurechtzufinden. Das sollte man nicht unterschätzen.

Deshalb weist der Trend auch nicht so sehr in Richtung Betriebskindergärten, die meistens für die Betriebe in der Umsetzung auch deutlich zu teuer sind. Im Mittelpunkt stehen vielmehr

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was ist das denn jetzt hier?)

individuelle Lösungen in den Betrieben, wie man bedarfsorientiert den Müttern, die sie benötigen, Angebote unterbreiten kann.

Es gibt eine breite Palette an Möglichkeiten. Man kann Kooperationen mit bestehenden Kitas eingehen. Man kann den Eltern finanzielle Möglichkeiten eröffnen, zum Beispiel kann man den Arbeitnehmern die in den meisten Städten Nordrhein-Westfalens viel zu hohen Beiträge für die Kitas erstatten. Es gibt vielerlei Möglichkeiten, als Unternehmen durch Kooperation mit örtlichen Trägern die Familien im Betrieb zu unterstützen. Dazu bedarf es in den wenigsten Fällen eines Betriebskindergartens.

Das werden wir im Ausschuss noch intensiv diskutieren. Meine Fraktion wird einen Entschließungsantrag einbringen, der diese inhaltlichen Komponenten aufnimmt.

Als letzten Punkt möchte ich, um die Ernsthaftigkeit des Antrages noch einmal deutlich zu machen, zu bedenken geben: Wenn die Landesregierung oder die sie tragenden Fraktionen das von ihnen Beantragte ernsthaft beabsichtigten, dann hätten sie es

in irgendeinem Ministerium bereits praktizieren oder hier im Landtag realisieren können. Sie hätten hier einen Betriebskindergarten einrichten können. Mehrere Kollegen und Mitarbeiter haben Kinder, auch die Vizepräsidentin hat ein Kind. Das haben Sie nicht getan, und das zeigt, dass man diesen Bereich nicht ganz so ernst nimmt, wie man das aus der Tagesordnung herauslesen könnte. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Studien von Allensbach im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und auch die forsa-Studie der Zeitschrift "Eltern" zeigen deutlich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine der zentralen Aufgaben der Politik angesehen wird. Wir haben im Vergleich zu all unseren europäischen Nachbarländern einen großen Nachholbedarf.

Viele Eltern wären gerne berufstätig und wünschen sich Unterstützung bei diesem schwierigen Spagat zwischen Beruf und Familie. Sie setzen dabei nicht nur auf den Staat, sondern auch auf den eigenen Arbeitgeber. Vom Staat wünschen sie finanzielle Rahmenbedingungen und bessere Betreuungsangebote. Die Erwartungen an den Unternehmer, das Unternehmen, richten sich besonders auf flexible Arbeitszeiten, differenzierte Teilzeitangebote, aber eben auch auf Hilfen bei der Kinderbetreuung. – So weit die Erwartungen.

Erfreulich ist, dass die Unternehmen das selbst erkennen, immer stärker auch spüren, welche Vorteile es für sie bietet, wenn sie familienfreundlich aufgestellt sind. Insofern wird sich diese Einsicht beim Ringen um die besten Fachkräfte und um Nachwuchs in den nächsten Jahren zunehmend in den Unternehmen breitmachen.

Die Frage ist: Was können wir als Staat tun?

Wir können schlecht den Unternehmen vorschreiben, wie sie sich so aufstellen, dass sie ihre eigenen Mitarbeiter an das Unternehmen binden. Man kann, wenn man vom Unternehmertum ausgeht, schon von dem Unternehmen selbst erwarten, dass sie sich um ihre eigenen Mitarbeiter kümmern und so gut aufgestellt sind, dass sie das schaffen.

Aber: Wir haben mit dem KiBiz, dem Kinderbildungsgesetz, nicht nur mehr Betreuungsplätze in den Einrichtungen, die wir als Land, als Kommune, als Träger und als Eltern finanzieren, sondern auch die Voraussetzungen für bessere Betreuung in den Betrieben geschaffen.

Kollegin Asch hat vorgetragen, die Regierung tue da gar nichts und es sei bisher überhaupt nicht erkannt, was da möglich ist. – Sie kennt in diesem Zusammenhang vielleicht auch nicht den Unterschied zwischen dem KiBiz und dem GTK. Nach den Regelungen des alten GTK musste ein Betrieb je Platz einen einmaligen Investitionsbeitrag leisten und konnte auch bei den Betriebskosten nur einen Zuschuss in Höhe von 46 % erhalten. KiBiz hat diese bürokratischen Hindernisse abgeschafft.

18.09.2008

Plenarprotokoll 14/100

Das heißt im Klartext: Auf der Grundlage des KiBiz fallen die nach GTK erforderlichen Investitionsbeiträge der Betriebe ganz weg und werden die Gesamtkosten für einen Betreuungsplatz, der durch einen freien Träger bereitgestellt wird, in Höhe von 91 % übernommen. Betriebe können also Kooperationsverträge mit anerkannten Trägern abschließen. Sie können Plätze außerhalb des Betriebes in Kindertagesstätten belegen, aber sie können auch in ihrem eigenen Unternehmen einen anerkannten Träger mit der Organisation eines Betriebskindergartens beauftragen.

In diesen Fällen gibt es auch den Zuschuss, was bisher so unbürokratisch nicht möglich war.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das konnten sie bisher doch auch schon!)

- Bitte?

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das konnten sie genauso nach dem GTK!)

- Ich will das jetzt nicht noch einmal alles vorlesen. Sie konnten es nicht so leicht. Sie mussten einen Investitionsbeitrag leisten. Sie bekamen nicht die volle Unterstützung, und es wurden nicht die kompletten Beträge übernommen. Es geht heute leichter.

Die pädagogische Fragestellung, die der Kollege Jörg angesprochen hat, ist eine berechtigte. Deshalb lautet der Ansatz unseres Projektes auch nicht: Wir wollen das ganze Land in Betriebskindergärten umwandeln!, sondern wir wollen das Einrichten und das Betreiben von Betriebskindergärten erleichtern. Dass ein Kind auch im eigenen Umfeld gut aufwächst und es nicht nur von Vorteil ist, mit "Unternehmenskindern" und nicht mit den Kindern, mit denen man nachmittags vielleicht spielt, zusammen zu sein, ist sicher eine Überlegung, die man berücksichtigen kann. Nur: Angesichts der geringen Zahl, über die wir sprechen, halte ich diese Problematik für nicht so schwerwiegend, wie Sie sie beschrieben haben.

Die Broschüre, nach der Christian Lindner gefragt hat, wird aufgelegt, wenn das Kinderförderungsgesetz beschlossen ist. Der Bund wird ja in den nächsten Wochen die Beratung seines Kinderförderungsgesetzes abschließen. Da gibt es noch einmal neue Konditionen. Wenn die beschlossen und bekannt sind, wird die Broschüre für die Betriebe, insbeson-

dere für mittelständische Betriebe, neu aufgelegt. Ich denke, dass das eine wichtige Unterstützung ist.

Hinzu kommt – Sie haben nach Wettbewerben gefragt, Frau Asch; darauf werden wir demnächst in unserer Antwort auf Ihre Kleine Anfrage eingehen –: Wir haben den Wettbewerb familie@unternehmen.NRW gestartet, weil wir gute Ideen sammeln wollen. Wettbewerbe haben den Zweck, gute Ideen, hier in Betrieben, zu sammeln, damit andere sie nachahmen können. Es gehört nämlich mehr dazu, als nur Kindertagesplätze bereitzustellen. Wenn sich ein Unternehmen familienfreundlich aufstellt, dann braucht man dazu mehr. Viele Unternehmen tun das auch schon.

Insofern glaube ich, dass dieser Koalitionsantrag den Blick auf ein Feld richtet, in dem wir Defizite haben, in dem wir in Nordrhein-Westfalen besser werden können, wobei das KiBiz die Voraussetzungen geschaffen hat. Jetzt geht es um die Umsetzung und darum, viele Unternehmen zu ermutigen, im eigenen Standortinteresse familienfreundlicher zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmungsempfehlung des Ältestenrates. Dieser empfiehlt uns, die Anträge Drucksachen 14/7457 und 14/7455 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und an den Ausschuss für Frauenpolitik zu überweisen. Im federführenden Ausschuss soll dann auch die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Wenn Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden sind, bitte ich Sie, das durch Handaufzeigen zu signalisieren. – Herzlichen Dank. Ich stelle die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

# 5 Gesamtschulen brauchen Perspektive: Klares Ja zur gymnasialen Oberstufe an Gesamtschulen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7453

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Frau Kollegin Beer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin. Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist zurzeit eine sehr interessante Bewegung zu verzeichnen. Da wird versucht, den Flurschaden zu bereinigen, den die Ministerin mit ihrer tendenziösen Interpretation und Datenauswahl zu den Ergebnissen im Zentralabitur 2008 in Bezug auf die Gesamtschuloberstufen angerichtet hat.

CDU-Abgeordnete versichern den Gesamtschulen vor Ort, wie entsetzt sie über diesen ministeriellen Rohrkrepierer sind und dass sie sich ausdrücklich von den Anti-Gesamtschultiraden der FDP distanzieren, die, mit dem Gesamtschulrambo Witzel an der Spitze, unterwegs ist,

(Christian Lindner [FDP]: Keine parlamentarische Ausdrucksweise!)

um den Gesamtschuloberstufen die Existenzberechtigung abzuerkennen.

Es ist schon interessant, mit welchen Attributen die FDP regelmäßig die Gesamtschularbeit diskreditiert. Die Gesamtschulen würden die Schülerinnen und Schüler künstlich begaben. Die Abiturnoten seien nichts wert, weil die Vornoten geliftet würden. – Das ist böswillige Diffamierung der Gesamtschularbeit pur.

Die Wahrheit ist: Gesamtschulen sind diejenigen Schulen, denen es gelingt, mehr Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien, aus benachteiligten Lebenslagen zum Bildungserfolg bis hin zum Abitur zu führen.

So hat es auch der Bevölkerungswissenschaftler Dr. Keil, der lange Jahre in der Bezirksregierung Detmold tätig gewesen ist, aus den aktuellen amtlichen Schuldaten herausgearbeitet und am letzten Samstag aktuell in Paderborn vorgestellt, dass nämlich in den Regionen Nordrhein-Westfalens, wo es mehr Gesamtschulen gibt, die Abiturientenquoten signifikant steigen. Das gilt gerade auch für den Bildungserfolg von Migrantinnen.

Blicken wir auch auf die Migrantinnenanteile an Gymnasien. Darauf muss man dezidiert hinweisen, dass gerade an den Gymnasien die Kinder aus bildungsbewussten, sozial bessergestellten ausländischen Familien, Migrantinnenfamilien, landen. Das ist eine ganz andere Schülergruppe, als sie in der Regel und in dieser Konzentration an den Gesamtschulen vertreten ist. Deswegen ist es eine besondere Leistung der Gesamtschulen, gerade ihre Migrantinnenkinder zu diesem Bildungserfolg zu führen – und der ist Ihnen weniger wert.

#### (Beifall von den GRÜNEN)

Darüber hinaus gilt der Befund aus dem Integrationsbericht der Landesregierung, dass durchschnittlich mehr als neun von zehn Gymnasiasten und Gymnasiastinnen weder Ausländerinnen noch Aussiedler sind. 5,7 % betrug der Anteil von ausländi-

schen beziehungsweise ausgesiedelten Schülerinnen und Schülern an Gymnasien, 19,1 % an Gesamtschulen,

(Ralf Witzel [FDP]: Die waren aber erfolgreicher an Gymnasien!)

die dann aber für ihre Integrationsleistung von der Ministerin Nackenschläge ohnegleichen erhalten haben.

#### (Beifall von den GRÜNEN)

Gute Bildungssysteme und ihre Verantwortlichen belohnen Integrationsleistungen. Das kann man unter anderem vom Bertelsmann-Preisträger "Toronto District School Board" lernen, zu dem Sie, Frau Ministerin, bis heute beharrlich geschwiegen haben. Dazu sollten Sie sich einmal verhalten, wie da eigentlich die Stoßrichtung der Landesregierung ist. Erfolgreiche, gute Bildungssysteme stoßen nicht die Schulen vor den Kopf, die sich um Integration bemühen und dort Erfolge zu verzeichnen haben. Aber genau das passiert in NRW.

Es ist zudem infam, wenn die FDP die Abiturnoten an Gesamtschulen grundsätzlich infrage stellt, denn – ich habe das schon erwähnt – es wird wie mit der tibetanischen Gebetsmühle behauptet, die Vornoten seien geschönt. Kein Wort, auch nicht in den Ausführungen der Ministerin, über die Prüfungsergebnisse, nach denen knapp 30 % der Leistungskursklausuren im Fach Deutsch in der zentral gesellten Klausur besser waren als die erreichten Vornoten.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist die Ausnahme!)

Kein Wort darüber, dass mehr als 80 % der erfassten Klausuren in einer kaum zu fassenden Notentendenz positiv oder negativ abweichen. Herr Witzel, toben Sie sich mit Ihrer persönlichen Traumaarbeit.

#### (Lachen von Ralf Witzel [FDP])

mit der Sie daran zu kauen haben, dass Ihr Gymnasium in Essen in eine erfolgreiche Gesamtschule umgewandelt worden ist, doch bitte nicht immer in diesem Landtag aus. Das ist Ihr persönliches Problem, das hat in der Landespolitik nichts zu suchen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Die ist aber sehr erfolgreich und beliebt: 67 Anmeldungen für 145 Plätze Sollkapazität!)

Ihr gesamtes Szenario bricht doch dauernd zusammen. Was Sie vortragen, ist haltlos, stillos, einfach völlig losgelöst von der Realität.

### (Beifall von den GRÜNEN)

Wer so agiert und die Hand an die Gesamtschuloberstufen legen will, ist ein bildungspolitischer Brandstifter; (Ralf Witzel [FDP]: Was machen Sie denn mit den Hauptschulen?)

ein bildungspolitischer Brandstifter, gerade weil wir in Nordrhein-Westfalen mehr junge Menschen an den Oberstufen zum Bildungserfolg führen müssen, während Sie dafür sorgen, dass immer früher sortiert wird, dass sich soziale Benachteiligungen in diesem aussortierenden System immer stärker auswirken, gerade dadurch, dass Sie dafür sorgen, dass die Migrantinnen hauptsächlich den Hauptschulen zwangszugeordnet werden, anstatt in weiterführende Bildungsgänge hineinzukommen.

Benachteiligten mehr Bildungserfolg zu ermöglichen, und das gerade an Gesamtschulen, das ist die Aufgabe, der wir uns hier im Land stellen müssen. Interessanterweise ist es die CDU, die vor Ort etwa in Wuppertal die Erweiterung der Gesamtschullandschaft fordert. Sie aber sind es hier, die den Gesamtschulen weitere Knüppel zwischen die Beine werfen.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es sollte auch endlich einmal die Frage gestellt werden, warum die Gymnasien, die die leistungsstärksten und sozial privilegierten Schülerinnen vorweisen können, nicht weit bessere Ergebnisse erzielen. Darüber hinaus ist es ein Unding, wenn die Schülerinnen an Gesamtschulen, die mit der Fachhochschulreife gerade in naturwissenschaftliche und technikorientierte Studiengänge an die FH gehen, dann auch noch als Abbrecher diskreditiert werden. Sie haben Schulerfolg vorzuweisen. Das muss heute auch endlich einmal deutlich gesagt werden.

#### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Landschaft gegen sich aufgebracht, haben Eltern, Schülerinnen und Kolleginnen, gegen sich aufgebracht, was auch die Leserbriefe in den Zeitungen landesweit dokumentieren. Heute ist die Gelegenheit, deutlich zu machen: Gesamtschulen werden auch in Nordrhein-Westfalen gewünscht, Gesamtschuloberstufen werden von der Ministerin und von den Regierungsfraktionen nicht infrage gestellt. Dazu müssen Sie heute dem Antrag zustimmen. Alles andere würde weiteren Brand in die Schullandschaft tragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Sie Brandstifter!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Hachen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Gerd Hachen** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um mit der Überschrift Ihres Antrages zu beginnen: Nicht Gesamtschulen, Frau Beer, brauchen Perspektiven, sondern vor allem Schülerinnen und Schüler.

(Beifall von der FDP)

Deshalb sollten Sie nicht immer wieder Scheinkriegsschauplätze eröffnen und politische Spielchen treiben, um der staunenden Öffentlichkeit Probleme zu präsentieren,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, wer war das denn?)

die nur in Ihren Köpfen existieren und die keiner Schülerin und keinem Schüler in diesem Land wirklich helfen.

Nachdem wir uns in der Aktuellen Stunde am 25. August mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen befassen mussten, in dem Sie angebliche und nach Ihrer Meinung unqualifizierte Angriffe der Schulministerin auf die Gesamtschule beklagten, legen Sie jetzt noch einmal nach und machen damit deutlich, dass es Ihnen eben nicht um die Chancen für Kinder, sondern in erster Linie um Ihre politische Strategie in zweierlei Hinsicht geht.

(Beifall von der FDP)

Zum einen geht es Ihnen lediglich um eine persönliche Diffamierungsstrategie gegen Schulministerin Sommer, mit der Sie die Regierung treffen wollen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Da sitzt Sie, die Initiatorin!)

Zum anderen geht es Ihnen um Ihre ständige Suche nach dem berühmten Haar in der Suppe, weil Sie es nicht ertragen können, dass jetzt eine gute Schulpolitik mit vielen unbestreitbaren Erfolgen in diesem Land betrieben wird.

(Beifall von der FDP)

die im Übrigen schon viel von Ihrem Scherbenhaufen aufgearbeitet hat. Das haben wir schon heute Morgen in der Aktuellen Stunde erleben können.

(Beifall von der FDP)

In Anbetracht der Kürze der Redezeit, die ich habe, möchte ich nur auf zwei Aspekte Ihres Antrags eingehen:

Erstens zu Ihrem Realitätsverlust und Ihren Scheinargumenten! Sie berufen sich in Ihrem Antrag auf eine angeblich wissenschaftlich fundierte Umfrage der Gesamtschulverbände. Das haben Sie gerade interessanterweise schon nicht mehr getan. Das lässt vieles erkennen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben den Antrag vorliegen!)

– Deswegen spreche ich auch über Ihren Antrag, Frau Beer. Darin berufen Sie sich auf diese Umfrage der Gesamtschulverbände und leiten daraus eine Fülle von Behauptungen ab, die Sie als Fakten vorstellen und die belegen sollen, dass es an Gesamtschulen keine Probleme gibt. Herr Kollege Recker hat eben schon darauf hingewiesen, dass diese Umfrage auf Daten von gerade einmal 29 Schulen bei insgesamt 827 Gymnasien und Gesamtschulen in unserem Land zurückgreift.

Selbst Frau Prof. Bellenberg, auf die Sie sich auch berufen, hat eingeräumt, dass das nicht repräsentativ ist.

(Beifall von der FDP)

In der Aktuellen Stunde heute Morgen haben wir erleben können, dass Herr Große Brömer und Frau Schäfer die offizielle Unterrichtsstatistik der Landesregierung infrage stellen und ihr nicht glauben, die aber auf 300 Schulen basiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

**Dr. Gerd Hachen** (CDU): Insofern kann man wirklich nur feststellen: Sie konstruieren sich Ihre Welt, wie Sie sie gerne hätten, und berufen sich darauf. Was Ihren Vorstellungen nicht entspricht, wird einfach nicht wahrgenommen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Hachen, entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie unterbreche. Die Kollegin Löhrmann möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Dr. Gerd Hachen (CDU): Gerne.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin, Danke schön. Herr Hachen, könnten Sie uns einmal den Unterschied zwischen einer wissenschaftlich fundierten Studie und einer repräsentativen Studie erklären?

**Dr. Gerd Hachen** (CDU): Frau Löhrmann, vielleicht können das andere. Im Grunde braucht man dafür nicht studiert zu haben: Wenn Sie sich auf eine Umfrage berufen, die 29 ausgesuchte Schulen als Grundlage hat, aber andere Umfragen infrage stellen, die auf 300 Schulen basieren, leuchtet das eigentlich jedem ein. Insofern kann man darüber wirklich zur Tagesordnung übergehen.

Mein zweiter Aspekt, mit dem ich mich beschäftigen möchte: Sie fordern in Ihrem Antrag eine Perspektive und ein Bekenntnis zur gymnasialen Oberstufe an Gesamtschulen. Damit setzen Sie sich als Retter für etwas öffentlich in Szene, das objektiv überhaupt nicht gefährdet ist.

(Lachen von der SPD)

Nur ein Blick ins gemeinsam von der Koalition verabschiedete Schulgesetz macht das klar. § 17 Abs. 2 sagt eindeutig:

Die Gesamtschule umfasst die Klassen 5 bis 10 ... und die gymnasiale Oberstufe ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Haben Sie Herrn Witzels Rede beim letzten Mal nicht gehört?)

Das ist Fakt und wird so bleiben. Wir als Koalition haben ein Schulgesetz verabschiedet, zu dem wir stehen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Ziel des Bildungsgangs an der gymnasialen Oberstufe – egal in welcher Schulform, ob Gymnasium oder Gesamtschule – ist die allgemeine Hochschulreife. Diese allgemeine Hochschulreife sollten nicht nur möglichst viele Schüler erreichen, wie es unser gemeinsames Ziel ist, sondern das auch mit möglichst klar definierten Leistungsstandards, die tatsächlich Lebensperspektiven eröffnen können, um die es in Wirklichkeit geht. Das ist doch das eigentliche Ziel, das wir erreichen müssen.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist die Sorge nach der Qualität der Abschlüsse gleichberechtigt mit der Sorge um die Anzahl der Abschlüsse.

Wenn die Ministerin auf diesen Zusammenhang hinweist und nach Auswertung der statistisch vorliegenden Fakten feststellen muss, dass schwerpunktmäßig besonders an Gesamtschulen noch Defizite festzustellen sind, ist das nur eine sachliche und korrekte Beschreibung der vorliegenden Fakten.

# (Beifall von der FDP)

Sie nehmen wie üblich diese Fakten aber nicht zur Kenntnis, obwohl interessanterweise niemand von Ihnen die Evaluation selbst infrage stellt. Stattdessen behaupten Sie eine Diffamierungskampagne der Ministerin gegen Gesamtschulen generell und empören sich natürlich gegen das, was Sie selber behaupten.

Mit dem, was Sie gerade gesagt haben, Frau Beer, haben Sie es noch einmal bestätigt: Gleichzeitig verharmlosen Sie die geringe Abweichung von nur 0,28 Punkten als kaum der Rede wert und begründen dieses Zurückbleiben ausschließlich mit dem Hinweis auf die hohen Anteile aus bildungsfernen Schichten und mit dem Migrationshintergrund an Gesamtschulen.

Frau Schäfer fordert deswegen in der Aktuellen Stunde, die wir erlebt haben, konsequenterweise die Relativierung der Abiturstandards.

Das ist der Reflex, der von Ihrer Seite sofort kommt: Relativierung der Abiturstandards durch Berücksichtigung des Standorttyps und des Sozialraums der jeweiligen Schule. (Ute Schäfer [SPD]: Das ist das, was Sie selber tun!)

Sie wissen ganz genau, dass es eine Fülle potenzieller Ursachen – um es vorsichtig auszudrücken, um nicht wieder in Details zu verfallen – für das Zurückbleiben an Gesamtschulen gibt. Sie fordern aber sofort die Relativierung der Standards.

Ich denke, das braucht man nicht zu kommentieren. Es ist gut, dass die Frau Ministerin, anders als Sie, auf die Notwendigkeit des Erhalts gleicher Qualitätsstandard hinweist – übrigens egal an welcher Schule das Abitur erworben wurde.

#### (Beifall von der CDU)

Daran sollten wir eigentlich ein gemeinsames Interesse haben, denn nur so können die Lebenschancen junger Menschen tatsächlich nachhaltig gesichert werden.

Weggucken und Schönreden helfen niemandem. Wenn die Quote derer, die an den Gesamtschulen im Abitur scheitern, dreimal so hoch ist wie im Schnitt an den Gymnasien und dieser Trend im Übrigen auch schon zu Ihrer Zeit zu erkennen war und damit eigentlich nichts Neues darstellt, hilft hier kein Totschweigen, sondern nur eine konkrete Hilfe für die betroffenen Schulen. Das müssen nicht nur Gesamtschulen, das können auch Gymnasien sein.

#### Halten wir also abschließend fest:

Erstens. Anders als Sie stellen wir das Schulsystem mit seinen Schulformen nicht in Frage, sondern wir bekennen uns dazu. Ihr Krieg um Schulformen ist nicht der unsere. Uns geht es um Kinder und nicht um Strukturen.

# (Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Natürlich stehen wir zum Schulgesetz und damit auch zur Gesamtschule und ihrer Oberstufe. Für diese gelten im Übrigen natürlich die gleichen Rahmenbedingungen des Schulgesetzes wie für Gymnasien.

Drittens. Da es keine Diffamierungskampagne gegeben hat, können wir nicht, wie von Ihnen gewünscht, darauf verzichten – so, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern.

Mit dem letzten Hinweis möchte ich Sie an die Einschätzung von Gabriele Behler erinnern, die 2005 den Schwenk der Grünen zur konsequenten Reideologisierung

#### (Beifall von Ralf Witzel [FDP])

und die Tatsache beklagte, dass Sie die Schulstrukturfrage zum Dreh- und Angelpunkt aller künftigen Bildungsreformen machen.

An die SPD gerichtet sagte sie im Übrigen, dass die offensichtlichen Probleme der Gesamtschulen, die trotz guter Bedingungen unbefriedigende Ergebnisse sowohl bei der Leistungshöhe als auch bei der

Chancengerechtigkeit haben, von ihr, also der SPD, immer wieder geleugnet werden. Das ist offensichtlich auch heute noch der Fall. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hachen. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Kollegin Schäfer das Wort. Bitte schön, Frau Schäfer.

**Ute Schäfer** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte gern erst einmal den Gästen im Plenarsaal erklären, was das eigentliche Thema der Debatte ist. Ich glaube, das ist durch den Redebeitrag von Herrn Hachen ein bisschen verwischt worden.

(Dr. Gerd Hachen [CDU]: Das ist nicht verwischt worden!)

Es geht um Folgendes: Es geht um die Auswertung des Zentralabiturs und darum, dass in diesem Jahr die Durchschnittsnoten beim Zentralabitur bei den Gymnasiasten bei 2,59 lagen und bei den Gesamtschülern bei 2,87. Im Ergebnis ist das also eine Differenz von 0,28 Punkten. Das ist das, worüber wir hier heute reden.

Deswegen ist es umso verwerflicher, dass die Schulministerin dieses Landes vor 30 Tagen eine Schulform in Nordrhein-Westfalen in unglaublicher Weise diffamiert hat.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

Ich zitiere aus dem Sprechzettel der verspäteten Schuljahrespressekonferenz vom 19. August dieses Jahres. Darin stehen folgende Sätze:

Die Fakten belegen jetzt: Anstatt den Schülerinnen und Schülern neue Chancen zu eröffnen, schaffen es die Gesamtschulen bislang nicht, ihre Schülerinnen und Schüler auf ein vergleichbares Leistungsniveau zu bringen wie die Gymnasien

(Demonstrativer Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ich erinnere noch einmal an die Differenz von 0,28 Punkten. Aber der Satz, der dann kommt, schlägt dem Fass den Boden aus. "Ich", sagt die Schulministerin dieses Landes, "kann das häufig vorgebrachte Argument einer schwierigeren Sozialstruktur der Schüler an den Gesamtschulen nicht mehr hören." Gleichzeitig erfand sie auch noch das "Abitur light" an unseren Gesamtschulen.

Alle, die in diesem Raum sitzen und die Debatte verfolgt haben, erinnern sich, dass das nichts anderes als ein schäbiges Ablenkungsmanöver von den eigenen Schwächen war.

(Beifall von der SPD)

Aber mit welchen Folgen?

Frau Ministerin, Sie haben dem Gesamtschulhasser Herrn Witzel ein Einfallstor geöffnet, sodass er seine Forderung nach der Abschaffung der Gesamtschulen am 28.08.2008 an dieser Stelle im Landtag lautstark verkünden konnte.

Herr Hachen, pikanterweise hat Herr Witzel auch noch darauf hingewiesen, dass die CDU in den Petersberger Beschlüssen aus dem Jahr 2001 – andere hat die Partei noch nicht gefasst – diese Forderung ebenfalls erhoben hat. Nur hat sie sie bisher noch nicht öffentlich wiederholt.

Frau Ministerin, ich sage Ihnen an dieser Stelle: Sie haben in mehrfacher Hinsicht verantwortungslos gehandelt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Durchführung des Zentralabiturs persönlich zu verantworten. Aber Sie diskreditieren gleichzeitig die vorliegenden Ergebnisse.

(Zuruf von Dr. Gerd Hachen [CDU])

Mit Ihrem Ausdruck "Abitur light" verantworten Sie persönlich die Schädigung des Rufs all derer, die sich in den Gesamtschulen für das Abitur angestrengt haben und sich jetzt um Studien- und Ausbildungsplätze bemühen.

(Beifall von der SPD)

Am schwersten wiegen für mich aber der Leichtsinn und die Unkenntnis, mit der Sie eine solche Aussage in Ihrem Sprechzettel belassen. Ich vermute, man hat Ihnen auch irgendeinmal die Veröffentlichung zu den zentralen Lernstandserhebungen vorgelegt, die in Ihrem Bildungsportal steht.

Für unsere Gäste: Zentrale Lernstandserhebungen sind Vergleichsarbeiten, die man in Klasse 3 und in den Klassen 8 oder 9 an allen Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen schreibt, die man auswertet und deren Ergebnisse man dann vergleicht, ähnlich wie bei den zentralen Prüfungen.

In Ihrer Auswertung zu den zentralen Lernstandserhebungen ist am 21. August 2007 nachzulesen:

Den Schulen ermöglichen die Lernstandserhebungen darüber hinaus eine Standortbestimmung. Es werden landesweite Vergleichswerte ermittelt. Damit können die Schulen sich mit den Ergebnissen vergleichen, die in NRW insgesamt oder in Schulen mit ähnlichen Standortvoraussetzungen erreicht werden. Eine solche schulübergreifende Einordnung der Ergebnisse hilft den Schulen, den Erfolg ihrer pädagogischen Arbeit besser einzuschätzen.

Jetzt kommt es:

Um die Standortvoraussetzungen der Schulen zu erfassen, ordnen sich die Schulen bei den

Lernstandserhebungen sogenannten Standorttypen zu. Entscheidend sind dabei

# - für die Zuordnung -

die Merkmale, die von den unterrichtenden Lehrkräften nicht beeinflusst und verändert werden können, wie beispielsweise der Sprachhintergrund der Kinder, das Bildungsniveau der Eltern oder die sozialen Verhältnisse der Familien.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das ist Ihre eigene Aussage zu Vergleichswerten bei zentralen Lernstandserhebungen in Nordrhein-Westfalen. So haben Sie es auch 2008 formuliert. Frau Ministerin Sommer, wie passt dann Ihr Satz "Ich kann das häufig vorgebrachte Argument einer schwierigeren Sozialstruktur an den Gesamtschulen nicht mehr hören" dazu?

(Beifall von der SPD)

In beiden Fällen, bei den Lernstandserhebungen und beim Zentralabitur, handelt es sich um die gleiche Schülerklientel. Einmal ist der Sozialraum von Bedeutung, ein paar Monate später ist alles nur Gerede. "Gerede" – Ihr eigenes Wort.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, der letztes Mal offensichtlich in eine der Ministerin entgleitende Debatte eingreifen musste, hat uns vorgeworfen, von "Sozialabschlägen" zu sprechen. Das ist heute noch einmal gekommen. Frau Ministerin, können Sie uns bitte hier und heute erklären, wann der Sozialraum für eine Leistungsbewertung von Bedeutung ist und wann nicht? Könnten Sie das bitte auch Herrn Stahl erklären?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja! Sehr interessant! Nur bei den Hauptschulen!)

Fest steht eines: Sie haben mit Ihrer gezielten Diffamierungskampagne gegen die Gesamtschulen eine Welle der Empörung im Land Nordrhein-Westfalen ausgelöst.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre persönlichen Aktivitäten und das, was Sie sagen, entfalten nach und nach einen bildungspolitischen Tsunami in NRW. Fassungslosigkeit, Erschütterung und Chaos bleiben zurück.

Ich habe Sie am 28. August von dieser Stelle aus aufgefordert, eine eindeutige Aussage zur Zukunft der Oberstufen an den Gesamtschulen zu machen. Bis zum heutigen Tag haben Sie nichts dazu gesagt. Ich erwarte nicht, dass die Koalitionsfraktionen dem Antrag der Grünen zustimmen werden, ich erwarte allerdings von der Ministerin eine eindeutige Aussage zum Sozialraum, zu den Sozialabschlägen – ja oder nein – und auch zur Zukunft der Oberstufe.

Am Ende meiner Rede im ersten Block kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Herr Witzel, Sie zitieren ja gerne Frau Behler. (Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Ich habe mir den Artikel, den Sie immer wieder zitieren, auch einmal vorgenommen und möchte Ihnen Folgendes aus der "ZEIT" vom 11. Mai 2005 in Erinnerung rufen – da schrieb Frau Behler –:

Auch die Konservativen müssen die Ideen von gestern überwinden

Nun hat es auch und gerade im konservativen Lager genügend Verirrungen und Versäumnisse gegeben. Bei der FDP kann man nach dem Abtreten der Generation um Hildegard Hamm-Brücher nicht mehr ernsthaft von einer bildungspolitischen Konzeption reden.

(Beifall von der SPD)

Die unreflektierte Übertragung marktradikaler Prinzipien auf den Bildungsbereich ist eher ein intellektuelles wie gesellschaftspolitisches Armutszeugnis.

(Beifall von der SPD – Sören Link [SPD]: Hört, hört!)

CDU und CSU schleppen eine Vielzahl von vormodernen Ideologismen mit sich, sodass sie allen Anlass haben, sich mit sich selbst zu beschäftigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als Nächste redet für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Sören Link [SPD]: Jetzt kommt der lebendige Beweis dafür!)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist absurd, welches Schauspiel uns Grüne und SPD in dieser Debatte bieten. Von der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule NRW, der Schulleitervereinigung der Gesamtschulen und dem DGB

(Ute Schäfer [SPD]: Darüber habe ich gar nicht geredet!)

werden Daten einer Umfrage an 29 Gesamtschulen präsentiert, und die wissenschaftliche Beraterin, Frau Prof. Bellenberg, erklärt schließlich auf hartnäckiges Nachfragen der Journalisten: Die Daten sind streng genommen nicht repräsentativ.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Wissenschaftlerin erklärt selbst, dass die Daten nicht repräsentativ sind. Wie reagieren SPD und Grüne darauf? Sehen wir uns die Pressemitteilungen an, die kurz darauf zur selben Pressekonferenz veröffentlicht wurden.

Frau Schäfer zwitschert begeistert wie ein Rotkehlchen: eindeutig belegt, wissenschaftliche Studie.

In typischer Manier lehnt sich die unnachahmliche Frau Beer noch weiter aus dem Fenster – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Es ist gut, dass die Gesamtschulen selbst für wissenschaftlich fundierte Informationen und Transparenz über ihre Leistungen und Erfolge in unserem Bildungssystem gesorgt haben.

Damit, Frau Beer, haben Sie Ihren Anspruch auf Wissenschaftlichkeit ein weiteres Mal und endgültig verwirkt.

(Beifall von der FDP)

Ihr Verständnis von repräsentativen Daten erschöpft sich offenbar in dem Motto: Ich nenne das gewünschte Ziel, dann möge man mir die passende Statistik dazu liefern. Peinlicher und ideologischer geht es kaum noch.

(Beifall von der FDP)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Oppositionsfraktionen sprechen von einer Diffamierung der Gesamtschulen. Es handelt sich bei den vorliegenden Daten, die die Leistungsprobleme an den Gesamtschuloberstufen belegen, um amtliche Statistiken. Wir verwerten Tatsachen. Sie betreiben ideologische Vogel-Strauß-Politik und verweigern sich der Realität.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, der Kollege Link möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Ich würde jetzt gern fortfahren, am Ende gern noch.

Ein Beispiel – ich möchte direkt daran anknüpfen –: Sie behaupten, man müsse bei den qualitativen Mängeln der Gesamtschuloberstufen vor allem die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft berücksichtigen. Sie nennen dann gerne Migranten und wie erfolgreich diese dort zum Abitur geführt werden. An den Gymnasien haben sie angeblich keine Chance. Diese Argumentation empfinde ich als eine Beleidigung der Schüler.

(Beifall von der FDP)

Wie kann man die mangelnde Qualität einer Schulform mit "Unsere Schüler sind eben so!" erklären? Das ist nicht nur eine Kapitulation von Schule, es ist auch den Schülern gegenüber beleidigend, und diese Behauptung ist auch noch nachweislich falsch. Vergleicht man ausschließlich die 105 Oberstufen an Gymnasien, die der durchschnittlichen sozialen Struktur, auch der Migrantenstruktur in besonderer Weise, an den Gesamtschulen entsprechen, schei-

tern an den Gymnasien 26 % der Migranten, an den Gesamtschulen sind es aber 40 %. Dies sind die Zahlen bei exakt vergleichbarer sozialer Struktur.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, 41 % der Migranten scheitern insgesamt in den Oberstufen aller Gymnasien – das sind eindeutig zu viele, gar keine Frage –, an allen Gesamtschuloberstufen sind es aber 57 %. Nicht einmal Ihre Behauptung, dass die Gesamtschulen bei einer besonders schwierigen sozialen Struktur besonders erfolgreich arbeiten, entspricht der Realität. Das, was Sie behaupten, ist vollkommen daneben.

Ob es Ihnen gefällt oder nicht, die amtlichen Daten – also keine pseudorepräsentativen Statistiken – zeigen, dass es an den Gesamtschuloberstufen ein Qualitätsproblem gibt. Das ist keine Diffamierung, sondern die Realität.

(Beifall von der FDP)

Unsere Schüler verdienen das qualitativ beste Schulsystem, das möglich ist, und nicht die quantitativ heftigste ideologische Volksverdummung.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jäger zulassen?

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Jetzt machen wir die Unterbrechung, aber ich möchte gleich – darauf weise ich hin – in meinen Ausführungen fortfahren können.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, Sie können die Zwischenfrage zulassen, Sie müssen es aber nicht. – Jetzt hat der Kollege Jäger die Möglichkeit.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Ja, ich weiß. Jetzt soll er seine Frage stellen, und dann machen wir weiter.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Frau Pieper-von Heiden, Sie haben gerade aus einer vermeintlichen Studie die vergleichenden Sozialstrukturdaten zwischen Gymnasien und Gesamtschulen zitiert. Wer hat die erhoben?

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Diese Daten wurden exakt in den betroffenen Schulen nachgefragt.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer?)

- Wer?

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, wer? – Ralf Witzel [FDP]: Schuldaten!)

- Schuldaten.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer hat die vorgetragen?)

 Das sind amtlich statistische Schuldaten. Das ist das Ergebnis. Immer wenn Ihnen ein Ergebnis nicht passt, hinterfragen sie es und stellen es in Zweifel,

(Beifall von der FDP)

aber 29 Umfragen halten Sie für repräsentativ. Ich lache mich tot. Ist das Ihr Niveau in diesem Hause? Das kann doch nicht wahr sein.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Beispielhaft möchte ich noch einige weitere Zahlen nennen, die die Probleme in den Oberstufen der Gesamtschulen unterstreichen: Gesamtschulen trennen sich von fast jedem zweiten Schüler in weniger als drei Jahren in der Oberstufe.

(Sören Link [SPD]: Wohin gehen die denn, Frau Pieper-von Heiden?)

Diejenigen Schüler, die dann die Abiturprüfung an Gesamtschuloberstufen ablegen, erreichen in vielen Fächern extrem schwache Ergebnisse. In Mathematik zum Beispiel erzielt mehr als die Hälfte der Schüler katastrophale Ergebnisse in den Leistungskursen.

(Beifall von der FDP)

Dass Vornoten 80 % der Abiturnote ausmachen, ist eine Erklärung dafür, dass aus einem Anteil von nicht einmal 10 % Schülern mit Gymnasialempfehlung schließlich 30 % Abiturienten werden können.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aha!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, es gibt weitere Zwischenfragen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Gesamtschulen haben den Ganztag und viel mehr Unterricht bis zum Abitur als die Gymnasien. Dennoch erzielen sie deutlich schlechtere Ergebnisse als die Gymnasien.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

Es ist dauerhaft nicht tragbar, dass mit einem Maximum an Input und an Ressourcen nur ein Output erzielt wird, der weit entfernt vom Maximum liegt. Dabei muss doch wirklich auch Qualität herauskommen. Deswegen gibt es jetzt weitere Unterstützung.

Wer vor diesem Hintergrund noch behauptet, dass es an den Gesamtschuloberstufen keine Probleme gebe, kann entweder keine Statistiken lesen oder argumentiert rein ideologisch. – Herzlichen Dank. (Beifall von der FDP)

Ich bin jetzt gerne bereit, die Fragen aufzugreifen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Link hat eine Zwischenfrage. Bitte schön, Herr Kollege Link.

Sören Link (SPD): Ganz herzlichen Dank, Frau Pieper-von Heiden. Das ist ja fast wie Weihnachten für mich. - Meine Zwischenfrage bezieht sich auf Ihre Eingangsbemerkung zu der Umfrage an Gesamtschulen im Verhältnis zu der Umfrage der Landesregierung zum Unterrichtsausfall. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind bei der einen Umfrage 29 Gesamtschulen und bei der anderen Umfrage 302 Schulen befragt worden. Jetzt geht es darum, herauszufinden, welche dieser Umfragen wissenschaftlich fundiert oder repräsentativ sind. Können Sie mir vielleicht sagen, wie viele Gesamtschulen es im Verhältnis zu den 29 Gesamtschulen insgesamt gibt? Können Sie mir auch sagen, wie viele Schulen insgesamt es im Verhältnis zu den 302 Schulen qibt?

Ich kann Ihnen dazu auch einen Tipp geben ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Lassen Sie mich bitte darauf hinweisen, dass Zwischenfragen kurz zu stellen sind. – Frau Kollegin, bitte.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Die Zahlen kennen Sie ganz genau. Frau Schäfer hat sie eben genannt. Es sind über 200 Gesamtschulen, von denen 29 befragt wurden.

Im Übrigen stütze ich mich bei der Einschätzung der Wissenschaftlichkeit auf die Aussagen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst. Ich unterstelle ihnen Seriosität. Ich fand es auch bemerkenswert, dass eine Wissenschaftlerin sich erst ganz schwer von den Journalisten das Eingeständnis entlocken lassen musste, dass diese Umfrage alles andere als aussagekräftig, valide und repräsentativ war.

(Sören Link [SPD]: Aber die andere war das, ja?)

– Die andere basiert auf amtlichen statistischen Schuldaten. Ich unterstelle, dass sie valide sind.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

- Nein. Die Fragen sind doch nicht gefärbt gestellt worden, Herr Link. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie wissen auch, dass die andere Umfrage bei den 29 Gesamtschulen nicht repräsentativ war. Es kam Ihnen nur einfach zupass. Geben Sie das doch bitte zu. **Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, mir liegen zahlreiche weitere Zwischenfragen vor, und zwar von Frau Hendricks, Frau Beer und Herrn Witzel. Ich weise aber darauf hin, dass § 33 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung lautet:

Die Präsidentin bzw. der Präsident soll im gleichen Zusammenhang nicht mehr als zwei Zwischenfragen zulassen.

Mit Blick darauf, dass alle Fraktionen noch über Redezeitkontingente verfügen, würde ich ausnahmsweise gerne auch restriktiv von dieser Regelung Gebrauch machen. Die Rednerin hat bereits zwei Zwischenfragen zugelassen. Insofern möchte ich keine weiteren Zwischenfragen gestatten. Daher kann Frau Pieper-von Heiden jetzt auch das Rednerpult verlassen.

(Beifall von der FDP)

Damit kommen wir zu den weiteren Wortmeldungen. Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beginne dort, wo Herr Hachen auch schon deutliche Zeichen gesetzt hat, nämlich beim Schulgesetz. Daraus möchte ich zitieren

Das Schulwesen ist nach Schulstufen aufgebaut und in Schulformen gegliedert.

Die Gesamtschulen sind ein fester Bestandteil des gegliederten Systems. Weiter heißt es:

Die Gesamtschule umfasst die Klassen 5 bis 10 ... und die gymnasiale Oberstufe ...

Da ist meine Aussage dazu: Ich habe nicht vor, daran etwas zu ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich stehe zu den Gesamtschulen, auch wenn Sie das nicht immer wahrhaben wollen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das sehen die da drüben aber ganz anders!)

Sie schüren Unsicherheit. Mit Ihrer Panikmache verängstigen Sie Schüler, Eltern und Lehrer.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Witzel, Sie sind gemeint!)

Ich verteidige das Schulsystem. Die Gesamtschulen sind ein fester Bestandteil davon.

(Beifall von der CDU)

Ich habe Respekt vor der Arbeit der Gesamtschulen und weiß, wie schwer die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer dort ist.

(Ute Schäfer [SPD]: Das Kind ist aber leider in den Brunnen gefallen!)

Ich weiß, welche Erfolge an den Gesamtschulen erzielt werden. Ich weiß aber auch, dass wir sie noch besser machen können. Diese Wertschätzung habe ich immer wieder betont – zuletzt in einem Brief an die Gesamtschulen vom 1. September 2008.

Meine Damen und Herren, es muss aber auch erlaubt sein, auf Schwierigkeiten hinzuweisen. Als verantwortliche Ministerin ist es sogar meine Pflicht, Probleme offen anzusprechen. Alles andere wäre fahrlässig.

(Beifall von der CDU – Ute Schäfer [SPD]: Es geht nur um das Wie!)

Bei der Auswertung des Zentralabiturs in diesem Jahr haben sich einige Probleme an Gesamtschulen gezeigt. Ich nenne noch einmal die wichtigsten Punkte.

Die Durchfallerquote beträgt an den Gymnasien 1,8 %. An den Gesamtschulen erreicht sie 6,7 %.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Welche Schülerinnen und Schüler sind das denn?)

Im Leistungskurs Mathematik schreiben über die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen eine Vier minus oder eine noch schlechtere Note. Meine Damen und Herren, wer will an dieser Stelle wirklich aufstehen und sagen: Das reicht mir aus? Mir reicht es nicht. Uns machen die Tatsachen auch nicht froh.

(Beifall von CDU und FDP)

An den Gesamtschulen weichen die Prüfungsnoten von den Durchschnittsnoten der Klausuren in der Qualifikationsphase um bis zu 2,9 Punkte nach unten ab, insbesondere in Mathematik. Und bei den schriftlichen Abituraufgaben sind die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen im Durchschnitt um 1,8 Punkte schlechter als an Gymnasien. Ich werde diese Tatsachen nicht länger hinnehmen und alles dafür tun, damit die Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen die gleichen Chancen auf ein gutes Abitur haben wie an den Gymnasien.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren auf der Tribüne, Sie sind eben mehrfach angesprochen worden, worum es eigentlich geht. Um diese Tatsache geht es und nicht um Nuancen, so oder so ausgelegt, sondern es geht darum, dass wir allen Menschen in diesem Land gute Chancen geben, ein gutes Abitur zu machen. Das ist eine Chance für die Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben sich aus ideologischen Gründen die Gesamtschulen schöngeredet.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Landtag 18.09.2008 Nordrhein-Westfalen 11882 Plenarprotokoll 14/100

Sie wollen die Probleme, die es an dieser Schulform gibt, nicht sehen. Frau Beer, als Begründung für die Leistungsunterschiede kommt immer wieder das Argument, die Gesamtschulen hätten ja schließlich eine wesentlich heterogenere Schülerschaft mit einem hohen Zuwandereranteil. Ich finde dieses Argument - das sage ich Ihnen von diesem Podium aus sehr deutlich – menschenverachtend. Denn Sie gehen davon aus, dass diese Schülerschaft weniger intelligent, weniger leistungsbereit und weniger lernfähig ist.

# (Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wohlgemerkt, ich spreche von Schülerinnen und Schülern, die bereits eine wichtige Hürde übersprungen haben, nämlich die Qualifikation zur Oberstufe.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Es ist nicht Weihnachten, ich möchte es nicht.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich weiß, wie groß das Potenzial ist, das in den jungen Menschen mit Zuwanderergeschichte steckt. Das dürfen wir nicht verkümmern lassen. Wir gehen davon aus, dass wir alle Schülerinnen und Schüler für die Zukunft brauchen. Deswegen müssen wir sie auch besser bilden.

Frau Schäfer, in Ihrer Zeit als Schulministerin haben Sie dafür gesorgt, dass so sehr wie in keinem anderen Bundesland der Bildungserfolg vom Geldbeutel der Eltern abhängig war.

> (Beifall von CDU und FDP - Ute Schäfer [SPD] winkt ab.)

- Winken Sie nicht ab! Schauen Sie zu den Zuschauern auf der Tribüne und winken Sie nicht ab bei dieser Tatsache, die verbürgt ist.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Ich habe es bereits in der letzten Debatte gesagt und wiederhole es heute sehr gerne: Die Leistungsfähigkeit eines Schülers darf nicht von seiner sozialen Herkunft abhängen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen investieren wir massiv in unsere Schulen. Wir sorgen für mehr individuelle Förderung und für mehr Ganztag. Das sind die Maßnahmen, mit denen wir allen Schülerinnen und Schülern bessere Zukunftschancen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen, mit denen die Grünen ihren Antrag beleben wollen, kann ich nicht bestätigen. Selbst Frau Prof. Bellenberg – das ist bereits gesagt worden - musste in der Pressekonferenz zugeben, die Studie sei streng genommen nicht repräsentativ. Unsere Zahlen dagegen basieren auf wissenschaftlicher Auswertung durch einen sehr anerkannten und renommierten Wissenschaftler, Prof. Detlev Leutner von der Universität Duisburg-Essen.

Auch der vorliegende Antrag zeigt wieder einmal deutlich: SPD und Grünen geht es um Strukturfragen. Es geht ihnen allein um Strukturen, allein um das System. Das System aber hat dienende Funktion. Uns geht es um die Schülerinnen und Schüler. Wir wissen, es geht nicht um Schulstruktur, sondern um besseren Unterricht. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben jahrelang tatenlos zugesehen und die Hände in den Schoß gelegt. Warum haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht die Gelegenheit genutzt, Schulen besser zu machen?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe das nie einem Kind gesagt, aber Erwachsenen darf man das sagen: Sie haben versagt! Sie haben es zugelassen, dass die Gesamtschulen in ihren Leistungen zurückfallen. Ich nenne das verantwortungslos gegenüber den Schülerinnen und Schülern.

(Beifall von CDU und FDP)

Für diese Verantwortungslosigkeit sind Sie 2005 zu Recht abgewählt worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Landesregierung wird ihrer Verantwortung gerecht. Ich habe ein Sieben-Punkte-Programm vorgeschlagen, um die Gesamtschulen und auch die Gymnasien, die auf Hilfe angewiesen sind – das darf an dieser Stelle nicht vergessen werden -, zu unterstützen. Wir werden den Gesamtschulen mehr Beratung, mehr Fortbildung zukommen lassen. Damit werden wir den Unterricht und die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler verbessern.

# (Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Wir haben dafür im nächsten Haushalt die erforderlichen Mittel vorgesehen. Es geht mir darum, den Gesamtschulen zu helfen, damit sie ihre Schülerinnen und Schüler nicht nur zum Abitur, sondern sehr erfolgreich zum Abitur führen können. Dazu gehört auch, dass die Ergebnisse nicht im stillen Kämmerlein verwahrt bleiben, sondern offen angesprochen werden, sodass alle Beteiligten ihren Beitrag zur Verbesserung leisten können. Alle Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, werden dazu beitragen, dass die Gesamtschulen besser werden. Gerade im Hinblick auf den erwünschten Fortbestand der gymnasialen Oberstufe ist das von großer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung steht zu allen Schulen. Deshalb geben wir den Gesamtschulen die Hilfe, die sie brauchen, um auch in

18.09.2008 Plenarprotokoll 14/100

Zukunft als Bestandteil unseres gegliederten Schulsystems bestehen zu können.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir nehmen Ihnen vielleicht jetzt ein Stück weit Ihr Lieblingskind weg. Aber was Sie wahrscheinlich am meisten betrübt, ist: Wir behandeln Ihr Lieblingskind auch noch besser, als Sie es früher getan haben.

(Markus Töns [SPD]: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben Ihr Kind vernachlässigt und zugelassen, dass es nicht ausreichend gefördert wurde.

(Beifall von der CDU)

Wir kümmern uns um die Gesamtschulen. Wir geben ihnen die Unterstützung, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Sommer. – Für die SPD spricht nun der Kollege Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Sommer, Sie haben gerade eben von Verantwortungslosigkeit gesprochen. Ich denke, wenn Sie mit Abstand zum heutigen Tag Ihre eigene Rede noch einmal durchlesen, dann werden Sie mir zustimmen, dass Verantwortungslosigkeit heute in der Tat neu definiert worden ist – nämlich durch Sie.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir alle von der SPD-Fraktion haben heute nicht erwartet, dass Sie die Größe besitzen und offen zugeben, dass Ihre peinliche, absurde und skandalöse Landespressekonferenz zum Zentralabitur ein Ablenkungsmanöver gewesen ist. Die Größe haben wir von Ihnen gar nicht erwartet.

(Beifall von der SPD – Thomas Jarzombek [CDU]: Unverschämt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben von Ihnen allerdings erwartet,

(Dieter Hilser [SPD]: Rücktritt! – Gegenruf von Thomas Jarzombek [CDU]: Frechheit!)

dass Sie ...

(Zuruf von der CDU)

 Also, die Qualität der Zwischenrufe zeigt den Bildungsstand von einigen Zwischenrufern; da sollte man nach dem Bildungshintergrund fragen, aber dazu komme ich gleich.

(Beifall von der SPD)

Wir haben von Ihnen, Frau Ministerin Sommer, allerdings eine vorsichtige Relativierung Ihrer Äuße-

rung, die Sie in der Landespressekonferenz getätigt haben, und insbesondere eine Klarstellung dahin gehend erwartet, wie denn die Koalition eigentlich zu den Äußerungen von Herrn Witzel und anderen Abgeordneten aus der FDP-Fraktion steht, dass nämlich die Gesamtschuloberstufe abzuschaffen sei. Das war die klare Aussage von Herrn Witzel

(Edgar Moron [SPD]: Aber den nimmt doch niemand richtig ernst!)

in der Aktuellen Stunde der letzten Plenarsitzung. Das war die Forderung der FDP-Fraktion. Ist das Inhalt des Koalitionsvertrages? Ist das ein neues Regierungsprogramm? Oder sagt die zuständige Bildungsministerin: "Ach ja, der Bildungstaliban Witzel spinnt so ein bisschen. Er darf ruhig etwas herumerzählen, weil wir selbst ihn nicht ernst nehmen"? – Dazu hätten wir heute gerne eine Klarstellung von Ihnen gehört, Frau Ministerin. Denn das, was Sie gesagt haben, war eigentlich nur eine Wiederholung Ihrer Äußerungen in der Landespressekonferenz, nur mit anderen Beschreibungen und anderen Formulierungen.

Es ist ein Danaergeschenk, wenn Sie den Gesamtschulen Ihre Hilfe anbieten. Denn in der Praxis sieht es genau gegensätzlich aus. Sie sorgen an den Gesamtschulen für eine schlechtere Lehrerversorgung als an den vergleichbaren Gymnasien. Sie sorgen für schlechtere Beförderungsmöglichkeiten. Sie sorgen in einer Nadelstichpolitik gegen die Schulform Gesamtschule für ungleiche Bildungschancen zwischen diesen beiden Systemen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Dann kommt dieser unsägliche Vorwurf, der außer durch ein ständiges Wiederholen durch den Kollegen Witzel hier an dieser Stelle durch nichts zu belegen ist, dass es in Nordrhein-Westfalen die größte Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft gebe. Schauen Sie einmal in der PISA-Untersuchung nach. Achten Sie insbesondere auf die Ergebnisse von Baden-Württemberg und Bayern. Dann werden Sie feststellen, dass Herr Witzel einmal mehr weder repräsentative noch wissenschaftlich fundierte Äußerungen an diesem Pulte loslässt und losgelassen hat.

Sie sagen immer, dass Sie gegen die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft seien. Das ist sicherlich in Ordnung, aber dann müssten Sie etwas gegen ungleiche Bildungschancen tun, Frau Ministerin, und nicht einfach nur sagen, dass der Bildungshintergrund und die Bildungsnähe bzw. Bildungsferne des Elternhauses in unserem Land keine Rolle spielten. Wenn Sie das hier par ordre du mufti festhalten, dann müssen Sie sich auch die Frage gefallen lassen, wie ernsthaft Sie mit der Bildungspolitik in diesem Lande umzugehen gedenken. Denn es ist absolut unwissenschaftlich und absolut falsch, wenn Sie das so verkünden.

Welche Schule erbringt eigentlich die größere Leistung? Ist es die Schule, die eine Schülergruppe, die von der Grundschule die Empfehlung "Gymnasium" erhalten hat, in sechs Jahren sorgfältig ausliest und dann zu einem Abitur mit der Durchschnittsnote X führt? Oder erbringt die Schule eine pädagogisch größere Leistung, die ihren Schülerinnen und Schülern, welche mehr soziale Problemen aufweisen und bildungsfernere Elternhäuser haben, ein Abitur ermöglicht, das noch nicht einmal eine Drittelzensur schlechter ist als die Durchschnittsnote am Gymnasium?

#### (Beifall von der SPD)

Welche Schule hat eigentlich die bessere Leistung vollbracht? Diese Leistung an irgendeiner Stelle in dieser Debatte auch nur ansatzweise anzuerkennen, würde Ihnen gut anstehen, Frau Ministerin. Aber Sie tun das Gegenteil. Sie blasen in das Horn der FDP, selbst wenn Sie sich zwischendurch relativierend äußern.

Eines verwundert mich allerdings. Einerseits werfen Sie uns Ideologie vor, und Herr Hachen äußert uns gegenüber diesen unsäglichen Satz, Ihnen ginge es um die Kinder und nicht um Struktur. - Andererseits führen Sie eine Strukturdebatte gegen die Gesamtschule. Dann sind Sie doch wohl unglaubwürdig und haben die Ernsthaftigkeit der Situation nicht erkannt.

#### (Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Frau Pieper-von Heiden, letzte Anmerkung zu Ihnen: Die Gesamtschulen werden es Ihnen nie recht machen können. Das werden sie nie schaffen. Wenn sie es tatsächlich schaffen, mehr Schülerinnen und Schülern das Abitur zu ermöglichen, dann ist es in Ihren Augen sofort das "Abitur light". Wenn sie aber beim Zentralabitur um eine Drittelzensur ich wiederhole es noch einmal - schlechter abschneiden als das Gymnasium, dann hat diese Schulform Ihrer Meinung nach versagt.

> (Ralf Witzel [FDP]: 20 % des Abiturdurchschnitts entstammen nur der Zentralprüfung und 80 % aus Vornoten!)

Das ist Ihre einfach gestrickte bildungspolitische Kernaussage.

Herr Witzel, Ihnen kann ich wirklich nicht helfen. Dafür fehlt mir die Ausbildung. Das tut mir leid. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

> (Heiterkeit und lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Große Brömer. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Hollstein.

Jürgen Hollstein (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie nicht anders zu erwarten war, haben wir in der Debatte gerade viele Zahlen, Zitate von wissenschaftlichen oder nichtwissenschaftlichen Untersuchungen und Begriffe wie "bildungspolitischer Tsunami", "Peinlichkeiten", "Absurditäten" und "skandalöses Verhalten" gehört. Ich glaube, es ist Zeit, wieder herunterzukommen, die Debatte etwas zu versachlichen und weniger Emotionalität hineinzubringen.

18.09.2008

(Ute Schäfer [SPD]: Wer hat denn die Emotionalität hineingebracht?)

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns ganz eindeutig zu einem gegliederten Schulsystem, zu dem ganz selbstverständlich auch die Gesamtschule gehört.

### (Beifall von der CDU)

Wie bei jeder Schulform gibt es Gute und weniger Gute. Wir sind sicher, dass ein gegliedertes Schulsystem am besten auf die Individualität von Schülerinnen und Schülern eingehen kann. Deswegen haben wir 2005 nicht die Systemfrage gestellt. Wir werden sie auch 2010 nicht stellen, weil wir fest davon überzeugt sind, dass das für den Erfolg unserer Schülerinnen und Schüler nicht hilfreich ist.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Wir haben stattdessen eine Schulpolitik gemacht und werden sie weiter verfolgen, die auf die Eigenverantwortung der Schulen setzt und Hilfe zu besserem Unterricht und individueller Förderung bietet. Wir haben wesentlich mehr Stellen und deutlich mehr Geld ins System gebracht. Um das Ganze zu überprüfen, haben wir zentrale Standards eingeführt, an denen sich der Erfolg gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, wir werden auch 2010 unter einer weiterhin CDU-geführten Landesregierung um die 620 Gymnasien und etwa 200 Gesamtschulen, einige Waldorfschulen und zahlreiche Berufskollegs haben. An all diesen Schulen werden wir weiterhin erfolgreich Abiturienten ausbilden.

Die CDU-Schulpolitik sichert gute und bessere Ergebnisse: Wo die CDU regiert, geht es auch den Schülerinnen und Schülern besser. Sie versuchen, uns heute vorzuführen, indem Sie über bestimmte Punkte Ihres Antrags namentlich abstimmen lassen und damit Kasperletheater spielen wollen. Darauf werden wir nicht hereinfallen.

#### (Beifall von CDU und FDP)

Das ist reine Schau. Eine solche Abstimmung hat eine ähnliche Qualität wie eine Abstimmung, dass morgen Freitag sein oder die Sonne scheinen soll.

> (Sigrid Beer [GRÜNE]: Das sehen die Eltern anders!)

Wie haben uns klar bekannt. Wir werden auch weiterhin an den Gesamtschulen erfolgreich Abiturienten ausbilden - und zwar besser als in der Vergangenheit. Deswegen werden wir Ihren Antrag in allen Punkten ablehnen; das versteht sich angesichts der Diskussion, die wir geführt haben, von selbst. Daraus kann sich später kein Zipfel hervorziehen lassen, durch den Sie möglicherweise versuchen, uns etwas vorzuhalten. Dem werden wir schon jetzt einen Riegel vorschieben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Hollstein. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt kommt wieder die Niveaubremse!)

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Spiel, das Sie mit Ihrem Antrag veranstalten, und all das, was Sie an Uneinigkeit in der Koalition insinuieren, gibt es überhaupt nicht. Die Koalition der Erneuerung ist sich einig, dass in dieser Legislaturperiode Schulstrukturen nicht geändert werden. So ist es auch im Koalitionsvertrag verabredet. Nach dem Scherbenhaufen, den Sie hinterlassen haben, führen wir in unserem Land Qualitätsdebatten, die Schulen qualitativ nach vorne bringen. Deshalb wird sich bis zum Mai 2010 an den Schulstrukturen nichts ändern.

(Bodo Wißen [SPD]: Was passiert denn danach? Dann sind Sie nicht mehr im Amt!)

 Erstens bin ich kein Hellseher und weiß daher nicht, welche Parteitage welche Beschlüsse für zukünftige Legislaturperioden treffen.

(Bodo Wißen [SPD]: Was wünschen Sie sich denn?)

Wenn Sie darauf verweisen, dass die aktuellen bildungspolitischen Beschlüsse von FDP und CDU die Gesamtschuloberstufe nicht mehr vorsehen, handelt es sich um Debatten, die zukünftig zu führen sind. Es wird sich entgegen Ihrer hier insinuierten Angstkampagne in dieser Legislaturperiode nichts ändern. Wir bringen die Qualität nach vorne.

Wenn man die Maßnahmen ergriffen hat, muss evaluiert werden. Es wäre nachgerade borniert, wenn man für jeden Politikbereich beschließen sollte, dass die nächsten 20 Jahre alles unverändert bleibt, egal wie Evaluationen ausfallen. Wie Gestaltungsoptionen zukünftig genutzt werden, wird zukünftig entschieden werden. Für diese Legislaturperiode gilt das, was in der Koalition verabredet wurde und hier gemeinsam von beiden Partnern vorgetragen wird.

Zur Frage der Fachhochschulreife!

(Harald Schartau [SPD]: Jetzt aber!)

Sie argumentieren ja: Wenn von denen, die in einen Diplomstudiengang eintreten, 40 % nicht das Diplom schaffen, aber wenigstens ein Teil von ihnen

das Vordiplom, dann ist das an sich schon das Erlangen des Ziels. – So hat das keinen Sinn.

(Widerspruch von der SPD)

Die Fachhochschulreife, die an Oberstufen erworben wird – ganz unabhängig davon, dass die Erfolgsquote derer, die das Abitur als Ziel des Bildungsgangs nicht schaffen, bei der Fachhochschulreife an Gymnasialoberstufen im Vergleich zu Gesamtschuloberstufen doppelt so hoch ist –, ist nur für die Schüler wertvoll, die danach auch die Fachhochschule besuchen. Das ist aber maximal ein Viertel.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Drei Viertel gehen danach, wie Sie selber zu Recht sagen, in duale Ausbildungsgänge und erwerben im Normalfall die Fachhochschulreife durch den Besuch des Berufskollegs ohnehin ausbildungsbegleitend. Sie haben nur vorher zwei Jahre länger eine Warteschleife gedreht,

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

ohne eine einzige Berechtigung, ohne einen einzigen Abschluss am Ende ihres Ausbildungswegs mehr in der Tasche zu haben.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Deshalb führen Sie hierzu eine Scheindebatte.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Witzel, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Große Brömer zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Ja, selbstverständlich.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön, Herr Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Herr Witzel, könnten Sie bitte in kurzen Sätzen dem erstaunten und entsetzten Publikum den Unterschied zwischen einem Vordiplom und einem Abschluss verdeutlichen, der zu einem Besuch der Fachhochschule berechtigt? Ich glaube, dieser Vergleich war nun alles andere als zutreffend.

Ralf Witzel (FDP): Herr Große Brömer, ich kann Ihnen die bildliche Analogie gerne verdeutlichen. Es gibt für Bildungsgänge Ziele, die regulär am Ende eines Bildungsgangs stehen. Unterhalb des Abschlussziels eines Bildungsgangs gibt es möglicherweise bei einigen Bildungsgängen teilweise Berechtigungen und Zertifikate, die unterhalb des eigentlichen Abschlussziels von Bildungsgängen erworben werden können.

Deshalb sage ich, Herr Große Brömer: Es kann denjenigen, der in einen Studiengang eintritt, den er nicht mit dem vorgesehenen Abschluss abschließt, sondern auf einer darunterliegenden Schwelle mit teilweisen Berechtigungen, nicht befriedigen. Genauso wenig kann es für uns befriedigend sein, wenn nahezu jeder zweite Schüler, der in die Gesamtschuloberstufe eintritt, die die allgemeine Hochschulreife zum Ziel hat, diese drei Jahre später nicht erreicht. Das sind nun einmal die amtlichen Schuldaten und nicht irgendwelche nichtrepräsentativen Befragungen von 10 % der Schulen.

#### (Beifall von FDP und CDU)

Sie wissen genau, Herr Große Brömer, dass für die Fachhochschulreife keine zentrale Prüfung stattfindet, wie es bei der allgemeinen Hochschulreife der Fall ist; selbst bei der 10er-Prüfung gibt es das zentrale Prüfungselement. Wenn Teilqualifikationen vergeben werden und wenn für den Verbleib in der Gesamtschuloberstufe bis zum Ende der Klasse 12 die Fachhochschulreife verliehen wird, ist das für einige besser, als nichts in der Tasche zu haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das wird ja immer doller!)

Aber dann ist das eigentliche Ziel des Bildungsganges nicht erreicht! Für mich als Bildungspolitiker besteht eine nachvollziehbare Verantwortung, entsprechend nachzusteuern und zu schauen, wie wir Qualitätsprobleme in den Griff bekommen.

Deshalb müssen Sie, Herr Große Brömer, die SPD und die Grünen eine Glaubwürdigkeitsfrage beantworten. Sie werben bei jeder bildungspolitischen Debatte für Einheitssysteme. Sie sagen, es sei ineffizient, ein differenziertes Angebot zu machen. Mit dieser Begründung wollen Sie, zumal Kinder sehr unterschiedlich in ihren Anlagen und Begabungen sind, nach dem Übertritt aus der Grundschule ins weiterführende System ein Einheitssystem. Da wollen Sie Differenzierung und gegliederte Strukturen abschaffen.

Aber an der Stelle, wo auf dem Papier identisch konzipierte Bildungsgänge stehen, die sich in allen Punkten der Prüfungsordnung materiell-rechtlich überhaupt nicht unterscheiden, spielen Sie sich als Gralshüter der Gesamtschuloberstufen auf? – Diese Logik müssen Sie den Menschen erklären! Wo Unterschiedliches besteht, wollen Sie es schleifen, aber wo es materiell-rechtlich Identisches gibt, halten Sie eine Differenzierung für unbedingt notwendig? Dafür können Sie kein sachliches Argument nennen!

#### (Beifall von der FDP)

Nicht ohne Grund hat heute Morgen Frau Steffens von den Grünen an diesem Rednerpult gestanden und ausgeführt, wie es ihrem Sohn am Gymnasium gehe. Nicht ohne Grund schickt die SPD- Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft ihren Sohn auf ein Gymnasium.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Für Sie ist aus Ihrer Sicht die Gesamtschule immer die beste Schule – aber nicht für die eigenen Kinder. Aus dieser Glaubwürdigkeitsfalle müssen Sie heraus!

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD – Lachen von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Witzel. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Löhrmann zu Wort gemeldet.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Witzel, wenn es mit der Logik und der Glaubwürdigkeit so einfach wäre, wünschte ich mir, dass alle, die die Hauptschule in ihren Reden so hoch schätzen, ihre Kinder an der Hauptschule anmelden und sie dort zu Schule gehen lassen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Das ist Quatsch! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

 Dabei relativiert sich manches.
 Die Schule, von der wir Grünen träumen und für die wir arbeiten, gibt es als Angebotsschule überhaupt noch nicht in diesem Land.

(Ralf Witzel [FDP]: Im Wunderland!)

Zurück zum Antrag! Worum geht es heute? Es bestand eine Verunsicherung über die Zukunft der Gesamtschulen und der gymnasialen Oberstufen in Nordrhein-Westfalen.

Ich stelle fest: Diese Verunsicherung ist durch die heutige Debatte seitens der Regierungskoalition nicht entkräftet worden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es geht darum – deswegen begründe ich den Geschäftsordnungsantrag für unsere Fraktion –, heute Klarheit zu schaffen. Können die Menschen auf die wortreichen Erklärungen und Bekenntnisse zur Gesamtschule und zur Oberstufe der Gesamtschulen vertrauen?

Ich behaupte: Die Menschen können das nicht. Ansonsten hätten Sie wenigstens das, worüber Sie vermeintlich einig sind, zu Papier bringen können. Sie hätten einen Entschließungsantrag formulieren können, aus dem hervorgeht, worüber Sie angeblich einig sind,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

nämlich dass die Gesamtschuloberstufen eine Perspektive in Nordrhein-Westfalen haben. Das haben Sie aber nicht getan!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben nicht einmal in einem Entschließungsantrag festgestellt, worauf die Menschen in Nordrhein-Westfalen und insbesondere die Beteiligten an den Gesamtschulen warten!

(Zurufe)

Entgegen Ihrer Meinung haben die Menschen an den Gesamtschulen, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Schülerinnen und Schüler ein gutes Bildungsniveau, um Ihr Abstimmungsverhalten einschätzen zu können.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Deswegen müssen Sie heute Farbe bekennen. Deswegen muss jeder Wahlkreisabgeordnete der CDU Farbe bekennen, ob das stimmt, was er zu Hause erzählt, und ob er bereit ist, dafür hier heute die Hand zu heben.

(Ralf Witzel [FDP]: Albern! – Zuruf von Jürgen Hollstein [CDU])

Wenn es nicht darauf ankommt, Dinge durch Abstimmungen im Landtag zu dokumentieren, könnten wir, lieber Herr Hollstein, die Abstimmungen abschaffen. So weit wären wir dann!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn es reichte, auf Ihren Wortbeitrag oder auf den Wortbeitrag der Ministerin zu hören, könnten wir den Parlamentarismus und das Abstimmen sein lassen.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, beantrage ich getrennte Abstimmung über den folgenden Satz. Da Sie sich an dem einen oder anderen Aspekt im Antragstext stoßen, wollen wir es Ihnen ganz leicht machen, dem entscheidenden Satz zuzustimmen, den Herr Hollstein eben genannt hat. Sie finden ihn am Ende des Antrags auf Seite 3:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- ..
- sich eindeutig zum Bestand der gymnasialen Oberstufe an den Gesamtschulen zu bekennen,
- und die Arbeit der gymnasialen Oberstufen an den Gesamtschulen zu garantieren.

Wir möchten von Ihnen allen höchstpersönlich wissen, wie Sie zu diesen beiden Forderungen stehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Löhrmann. Das war ein Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung. – Weil mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über die Punkte 2 und 3 des Forderungskataloges im Antrag Drucksache 14/7453 beantragt. Nach Absatz 2 dieses Paragrafen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben beim Aufruf ihres Namens mit Ja oder mit Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte Frau Brunert-Jetter, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage – Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis** bekannt: Mit Ja stimmten 78 Abgeordnete, mit Nein stimmten 94 Abgeordnete, niemand hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/7453. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

# 6 Umweltzonen in Nordrhein-Westfalen: "Initiative Fuhrparkverjüngung" starten

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7445

Ich eröffne die Beratung und gebe für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch\*) (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In Köln läuft sie schon. Noch 13 Tage, dann startet die "Umweltzone Ruhr". Dreizehn soll eine Unglückszahl sein. Ich glaube, wir können hier alle gemeinsam feststellen: So wie die Umweltzonen im Ruhrgebiet jetzt konzipiert sind, ist es ein Unglück für unser Land, für die Umweltzonen in diesem Land und für die Akzeptanz von Umweltzonen; denn das, was dort gemacht worden ist, wurde zuvor hier desaströs, in einem Kompetenzwirrwarr vorbereitet. Es gibt jetzt Umweltzönchen, es gibt einen Schilderwald, es gibt weniger Gesundheitsschutz, es gibt völlig uneinheitliche Aus

nahmegenehmigungen, im Ruhrgebiet andere als in Köln. Das ist nicht klug. Darauf können sich die Menschen nicht einstellen. Keiner weiß: Ist er drin oder ist er draußen?

(Beifall von der SPD)

Umweltzonen sind dazu da, die Gesundheit zu schützen. Sie dienen dem Schutz vor Feinstaub, zum Beispiel für die kleinen Kinder in Kinderwagen auf Auspuffhöhe. Umweltzonen sollen die Belastungen eindämmen und den Gesundheitsschutz erhöhen, Kolleginnen und Kollegen. Und so soll es auch sein. Wir brauchen einen wirksamen Gesundheitsschutz, aber wir brauchen auch Möglichkeiten für all diejenigen, die von den Umweltzonen betroffen sind, sich auf die damit verbundenen Veränderungen einzustellen. Da muss Politik, wenn sie die Rahmenbedingungen verändert, auch Hilfestellungen leisten.

(Beifall von der SPD)

Das wird im Moment durch Ausnahmegenehmigungen gemacht. Ausnahme heißt aber: Wer noch eine Dreckschleuder hat, darf trotzdem hineinfahren. So wird der Gesundheitsschutz weiterhin nicht gewährleistet, sondern es werden nur die Auswirkungen der Umweltzone abgemildert. Insofern ist, wenn man alle Ziele unter einen Hut bekommen will, nur ein Weg zu gehen, nämlich den Menschen sauberere Autos zu geben. Das gilt für Privatpersonen, das gilt aber auch für Handwerker und kleine und mittelständische Gewerbetreibende.

Aus genau diesem Grunde wollen wir die "Initiative Fuhrparkverjüngung" starten. Die NRW.BANK möchte ein Programm für Privat-Pkw auflegen, die besonders umweltschonend sind. Die KfW-Bank hat eines für Nutzkraftfahrzeuge über 12 t aufgelegt. Aber Handwerker und kleine Gewerbetreibende haben oftmals Fahrzeuge, die genau dazwischen liegen: kleine Pritschenwagen, alte Pritschenwagen, Kastenwagen, mit denen sie ihre Handwerker auf die Baustellen bringen usw. Es würde daher viel Sinn machen, jetzt die "Initiative Fuhrparkverjüngung" zu starten.

Wir haben sehr positiven Zuspruch von den IHKs, von den Handwerkskammern, von den Handwerkern selber, die sagen, das sei eine gute Initiative, ihnen dabei zu helfen, ihren Fuhrpark möglichst schnell so zu verändern, dass sie weiter wirtschaftlich arbeiten und gleichzeitig dem Umweltschutz und dem Gesundheitsschutz in den Umweltzonen dienen könnten.

Insofern fordern wir Sie auf: Starten Sie die "Initiative Fuhrparkverjüngung" jetzt! Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen und bin mir sicher, da Sie Anträge ja immer ohne Ansehen von Personen und Parteien begutachten, dass alle hier im Haus vertretenen Fraktionen diesen Antrag positiv unterstützen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Petersen.

**Dr. Jens Petersen** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über das Thema Umweltzonen, wir sprechen aber auch über einen Antrag der SPD, der – um es vorwegzunehmen – schlicht überflüssig ist.

(Beifall von der CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Sagen Sie das mal den Handwerkern! – Svenja Schulze [SPD]: Darf man Sie damit zitieren?)

Wir sprechen über Umweltzonen, die jetzt in Köln, im Ruhrgebiet und ab dem 1. Januar des kommenden Jahres auch in anderen Teilen des Landes eingerichtet werden. Es gibt im Land sehr kluge Ausnahmeregelungen, die einen guten Kompromiss zwischen umweltpolitischen und wirtschaftspolitischen Anforderungen darstellen.

Dieser Antrag der SPD greift aber ein anderes Thema auf, nämlich die sogenannte Fuhrparkverjüngung. Im Kern wird gefordert, dass es mal wieder ein Förderprogramm geben soll – in diesem Fall durch die NRW.BANK –, weil vermeintlich keine Förderprogramme für kleine LKW und Kleintransporter unter 12 t vorhanden seien. Ihr Antrag ist aber überflüssig, denn – lesen bildet! – es gibt bereits ein solches Förderprogramm, und zwar der KfW.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ab 12 t! – Ministerin Christa Thoben: Lesen bildet!)

 Lesen bildet, Herr Eiskirch! Da heißt es zu der Frage "Was wird mitfinanziert?" – ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren –: Hierzu zählen Maßnahmen zur Anschaffung emissions- und lärmarmer leichter Nutzfahrzeuge ab 3,5 t bis 12 t,

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

die mindestens den Abgasstandard Euro 5 erfüllen.

Ihr Problem ist: Sie stellen überflüssige Anträge, weil Sie sich zu sehr mit sich selber beschäftigen müssen und nicht mehr mit der Sache. Wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen, weil er überflüssig ist. Aber offen gestanden: Wenn Ihnen eine Fuhrparkverjüngung wirklich eine Herzensangelegenheit ist, dann sollten Sie diese in der SPD vornehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Petersen. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes\*) (FDP): Meine Damen und Herren! Jetzt hat mir der Kollege schon fast die Schau gestohlen. Man muss wirklich festhalten, meine Damen und Herren: Es gibt im Moment genügend Gründe, sich über die SPD zu wundern. Insofern ist das heute nichts Neues. Wir sind es leider auch schon gewohnt, dass die Anträge der SPD inhaltlich verbesserungswürdig sind. Aber dieser Antrag, meine Damen und Herren, schlägt dem Fass wirklich den Boden raus. Es ist bemerkenswert, welche Feststellungen und falschen Erkenntnisse diesem Antrag zugrunde liegen. In Ihrem Antrag steht:

Handwerksbetriebe sowie kleine mittelständische Gewerbetreibende klagen nunmehr darüber, dass sie mit ihren älteren gewerblich genutzten Fahrzeugen nicht mehr in die Kölner Innenstadt fahren können.

(Beifall von der FDP)

Nunmehr, nach fast einem Jahr Umweltzone in Köln ist dieses Problem von der SPD endlich erkannt worden. Herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP – Frank Sichau [SPD]: Beispiel!)

Ich frage mich, ehrlich gesagt: Wo waren Sie denn im vergangenen Jahr, als wir hier über die "Umweltzone Ruhr" debattiert haben? Das Problem ist von den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern doch zur Genüge vorgetragen worden

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie sind dagegen doch regelrecht Sturm gelaufen.

Hier geht es nicht nur um eine politische Veränderung, meine Damen und Herren, hier geht es um die Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Da freut es mich wirklich, Herr Kollege Eiskirch, dass dieses Problem nun – nach einem Jahr – endlich bei Ihnen angekommen ist.

(Frank Sichau [SPD]: Quatsch!)

Das ist auch insofern bemerkenswert, weil gerade die Kollegin Schulze in der Vergangenheit immer vehement für Umweltzonen eingetreten ist.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, das ist richtig!)

Umweltzonen sind aber nichts anderes als Fahrverbote. Sie hat noch in einer Pressemeldung am 2. April deutlich gemacht, dass diese unzähligen Ausnahmeregelungen eine Belastung sind.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie können ja lesen! Ich bin immer wieder überrascht!)

 Ja, wir lesen das ganz genau, was Sie von sich geben, Frau Kollegin Schulze; denn es ist höchst amüsant, das dann hier vorzutragen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, genau diese Ausnahmen, die Frau Schulze nicht haben wollte, erlauben es den kleinen und mittelständischen Betrieben, dem kleinen Handwerker, der sich nicht mal eben ein neues Fahrzeug anschaffen kann, noch Aufträge in der Innenstadt wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig und richtig gewesen, dass wir uns hier durchgesetzt haben, dass wir dafür gesorgt haben, dass zum einen nicht das ganze Land mit einer Umweltzone überzogen wird und zum anderen noch genügend Zeit ist, um Übergangszeiten einzurichten. So haben auch die kleinen und mittleren Betriebe die Chance, möglichst nah an das Ende der Abschreibungsfrist ihrer Fahrzeuge heranzukommen, bevor sie sich ein neues Fahrzeug anschaffen müssen.

Dann komme ich zu dem eigentlichen Punkt, zu der Frage des Programms. Ich kann nur wiederholen, was der Kollege eben gesagt hat. Schauen Sie sich die Pressemeldung Ihres Kollegen, Genossen Gabriel vom 6. September 2007 an: "Bund hilft Handwerkern und Gewerbetreibenden bei der Erneuerung der Fuhrparks". In der Pressemeldung heißt es:

Auf Initiative von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel wird ab sofort die Anschaffung leichter Nutzfahrzeuge (bis 12 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht) im Rahmen des ERP-Umwelt- und Energiesparprogramms gefördert. ...

(Beifall von der FDP)

"Mit diesen Förderkrediten wollen wir den Handwerkern und Gewerbetreibenden unter die Arme greifen, die nicht aus eigener Kraft ihren Fuhrpark erneuern können, um künftig ungehindert in die Umweltzonen zu gelangen", sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

(Beifall von der FDP)

Das war vor einem Jahr, meine Damen und Herren – und Sie kommen heute mit diesem Antrag an. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von FDP und CDU)

Zum Abschluss – Herr Kollege Eiskirch, weil ich sehe, dass Sie es immer noch nicht glauben wollen –: Ich gebe Ihnen das Förderprogramm der KfW.

(Beifall von FDP und CDU)

Darin können Sie alles schwarz auf weiß nachlesen und sich vergewissern. Es würde mich freuen, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen würden; denn darüber braucht man nun wirklich nicht weiter zu debattieren. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Remmel. Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich auf wenige Ausführungen beschränken, weil man die Fachdebatte auch über die Wirksamkeit der Programme sicherlich im Ausschuss wird führen müssen.

Ich würde die Fragestellung gerne in einem etwas größeren Rahmen diskutieren wollen. Es geht in diesem Zusammenhang nämlich nicht nur um die Förderung von LKW oder Kleinlastern. Es ist vielmehr ein Politikmix an solchen Stellen erforderlich, wo, wie ich meine, die Schrauben oft nicht richtig gestellt worden sind.

Man kann sich nicht auf der einen Seite darüber beklagen, dass die Gesundheit beeinträchtigt ist – die EU hat mit ihrer Richtlinie nun einmal vorgegeben, dass man dafür Sorge tragen muss –, auf der anderen Seite aber nicht die notwendigen technischen Standards setzen, die dazu beitragen, die Luftqualität zu verbessern.

Ich erinnere an die langen Debatten, die wir hier zur Förderung von Partikelfiltern geführt haben. Wie lange hat es gedauert, das letztlich auf Bundesebene umzusetzen! Wir wissen, dass die Förderung viel zu spät gekommen ist und dass sie immer noch nicht umfassend greift, auch weil die Fördersätze zu gering sind. Das heißt, die Instrumente müssen viel besser aufeinander abgestimmt sein und weit im Vorfeld auf den Weg gebracht werden, weil sie sonst nicht ihre Wirkung entfalten können.

Im Übrigen ist das auch eine Standortfrage. Die Partikelfilter – ich kann das nur wiederholen – kommen aus Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie mit den Unternehmern selber gesprochen haben, dann wissen Sie, dass die Rahmenbedingungen hier nicht rechtzeitig richtig gestellt worden sind. Das ist nur ein klassisches Beispiel dafür, wie Politik die richtige Position der verschiedenen Stellschrauben finden müsste, damit daraus auch eine Melodie wird.

Also: Standortsetzung ist das eine, rechtzeitig vorher, präventiv, entsprechende Technologieförderung mit Anreizprogrammen. Das geht nun einmal nur über entsprechende Hilfen. Da ist es richtig, die KfW anzusprechen, da ist es richtig, die NRW.BANK anzusprechen, da ist es aber auch wichtig, das über die Fragestellung der Förderung von Fahrzeugen hinaus auszudehnen. Ich meine, dass es insgesamt notwendig ist, bei der Marktdurchdringung von umweltfreundlichen, innovativen Produkten solche Instrumente degressiv einzusetzen. Wenn der Antrag der SPD so gemeint ist – und so ordne ich ihn ein –,

(Lachen von der FDP)

finde ich es richtig, weiter im Fachausschuss intensiv darüber zu reden, weil das genau der richtige Weg ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Remmel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Remmel, ich habe verzweifelt die Anträge zur Einrichtung von Umweltzonen aus der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung gesucht; damals waren die Richtlinien unterwegs. – Ich habe nichts gefunden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ich zeige Ihnen alle betreffenden Protokolle! Sie scheinen sie nicht richtig gelesen zu haben!)

– Nein, das ist so. Sie sind doch nicht t\u00e4tig geworden, als Sie regiert haben. Also regen Sie sich jetzt nicht k\u00fcnstlich auf!

(Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Untersuchungen zum Fahrzeugbestand und zum Anteil der von Verkehrsverboten betroffenen Fahrzeuge haben ergeben, dass in Nordrhein-Westfalen 30 % der leichten Nutzfahrzeuge keine Plakette erhalten können und daher nicht in Umweltzonen einfahren dürfen. Diese Fahrzeuge werden überwiegend von Handwerkern und Gewerbetreibenden gefahren.

Hier haben wir durch befristete Ausnahmeregelungen einerseits die Betroffenheit bei den Unternehmen gemindert, andererseits aber auch Anreize zur vorzeitigen Anschaffung schadstoffärmerer Fahrzeuge geschaffen. Für das ansässige Gewerbe gibt es die Möglichkeit einer einjährigen Verkehrsverbotsbefreiung. Zudem dürfen Handwerker mit Handwerkerparkausweis bis zum Jahr 2010 auch ohne Plakette in Umweltzonen in Nordrhein-Westfalen einfahren.

Mit diesen befristeten Ausnahmeregelungen werden die Auswirkungen der Umweltzone für die betroffenen Handwerker und Gewerbetreibenden zunächst abgemildert – Frau Schulze, vielleicht leisten Sie Widerstand, dass wir das nicht hätten machen sollen –, durch die Fristsetzung ergeht aber ein deutliches Signal an die Fahrzeughalter, ihren Fuhrpark zu verjüngen.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, eine Initiative zur Fuhrparkverjüngung zu starten. Wir begrüßen es, dass auch die SPD das Thema jetzt entdeckt hat. Diese Verspätung wird allerdings zum Markenzeichen ihrer Initiativen. Das Umweltministerium ist deutlich schneller:

Kollege Uhlenberg hat im Rahmen des "Dialogs Wirtschaft und Umwelt NRW" frühzeitig Gespräche mit Handwerkskammern und Interessenverbänden geführt. Bei diesen Gesprächen wurde schnell deutlich, dass für neue Fahrzeuge häufig die Finanzmittel fehlen. Für leichte Nutzfahrzeuge waren aber damals tatsächlich keine Fördermöglichkeiten im

Rahmen des ERP-Umwelt- und Energiesparprogramms der KfW-Bank vorgesehen.

Kollege Uhlenberg hat im Juli 2007 den Bundesumweltminister gebeten zu prüfen, ob Fördermittel für die Neubeschaffung leichter Nutzfahrzeuge bereitgestellt werden können. Der Bundesumweltminister ist diesem Anliegen nachgekommen. Seit September 2007 ist das Förderprogramm für die Neuanschaffung leichter Nutzfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht bis zu 12 t geöffnet.

Die Anschaffung emissions- und lärmarmer, leichter Nutzfahrzeuge, die mindestens den Abgasstandard Euro 5 erfüllen, wird seitdem über das ERP-Umweltund Energiesparprogramm durch die KfW-Bank gefördert.

Der SPD-Antrag ist nicht mehr als eine Luftnummer.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Thoben. – Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Debatte.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 14/7445 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Bauen und Verkehr. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –Wer ist dagegen? – Wer enthält sich. – Damit ist einstimmig so beschlossen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, fliegender Wechsel! Es geht weiter mit:

# 7 Regionale Bildungsnetzwerke stärken – Lokale Bündnisse für Schule ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/7458

Ich darf dem Abgeordneten Klaus Kaiser, der bereits auf dem Weg ist, das Wort für die CDU-Fraktion erteilen. Bitte schön, Herr Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich findet in diesem Antrag und diesem Projekt, die regionalen Bildungsnetzwerke zu stärken und zu initiieren, einen wichtigen Nieder-

schlag. Dort wird zur weiteren Qualitätsentwicklung unserer Schulen landesweit ein wesentlicher Baustein gelegt.

Ausgehend von den Erfahrungen aus dem Modellversuch "Selbstständige Schule" geht es darum, die Selbstständigkeit und die Eigenverantwortung in die Fläche auszudehnen. 19 Modellregionen, die mit der Selbstständigen Schule unterwegs waren, haben mit der Selbstständigen Schule positive Erfahrungen gemacht und verdeutlichen uns, dass das ein Modell ist, das landesweit gut tragen kann.

Wir wissen: Zentralistisch gesteuert wird unser Schulsystem nicht zukunftsfähig genug aufgestellt. Deshalb verfolgen wir das Konzept der Eigenverantwortlichen Schule konsequent.

Wir wissen auch: Wenn wir Schule weiterentwickeln wollen, dürfen wir uns nicht aus der Region verabschieden, sondern müssen das Gegenteil tun und Schule und Region viel, viel näher zusammenbringen.

Sie alle kennen das Sprichwort, dass es eines Dorfes bedarf, um ein Kind zu erziehen. Hier kann man dieses Sprichwort vielleicht sogar noch erweitern: Es bedarf einer ganzen Region, um ein Kind zu erziehen. Genau dieses Sprichwort macht deutlich: Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz, um Kindern und Jugendlichen bessere Chancen einzuräumen. Dieser ganzheitliche Ansatz bezieht eben nicht nur die Schule als solche ein, sondern insbesondere bürgerschaftliches Engagement, Vereine, Ehrenamt, Betriebe, Wirtschaft, Verbände, Kirchen. Alle, die mit Schule und Erziehung zu tun haben, müssen zusammengebracht werden. Das ist die Idee hinter den regionalen Bildungsnetzwerken.

Uns von der Regierungskoalition ist es wichtig, dass wir über die Veränderung, die ich mit für die wichtigste im gesamten Schulbereich halte, einen öffentlichen Diskurs führen, den ich als unaufschiebbar und unausweichlich betrachte.

Gleichzeitig mit den neuen Bildungsnetzwerken gehen wir einen Schritt weiter weg von Detailregelungen. Der Weg geht weiter in Richtung Best Practice, wo man voneinander lernen kann, berichten kann, wie Schule etwas handhabt. Wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn beispielsweise die Grundschule weiß, welche Voraussetzungen die weiterführenden Schulen haben, und die weiterführenden Schulen wissen, was in den Grundschulen methodisch und inhaltlich gelernt wird, ist es wichtig, dass die Übergänge gestaltet werden können. So etwas kann nicht zentralistisch aus Düsseldorf angewiesen werden, sondern nur vor Ort bearbeitet werden. Dort werden die Erfahrungen gesammelt.

Das sind die Chancen, die uns die regionalen Bildungsnetzwerke bieten. Ich bin sehr hoffnungsfroh, dass dadurch ein Innovationspush durchs Land gehen wird. Wir haben in dem Antrag explizit die im letzten Halbjahr eingerichteten Kompetenzzentren für die Lehrerfortbildung erwähnt. Es ist wichtig, dass Lehrerfortbildung und zu gründende Netzwerke sehr eng kooperieren, weil Fortbildungsbedarfe auch regional zu identifizieren sind und ihnen regional entsprochen werden muss. Deshalb ist es sehr richtig und uns wichtig, dass die Kompetenzzentren und die regionalen Bildungsnetzwerke Hand in Hand arbeiten. Und sie dürfen nicht reglementiert werden, sondern man muss Neues ausprobieren, weil die Bildungserfordernisse beispielsweise im Ruhrgebiet andere als im ländlichen Raum sind. Jeder Kreis hat eine andere Wirtschaftsstruktur. Auch das sind Aspekte, die aufgenommen werden können. Dadurch wird nämlich erreicht, dass unseren Schülerinnen und Schülern vor Ort bessere Möglichkeiten gegeben werden.

Wir werden dafür sorgen, dass in unserem Bildungssystem neben den vorhandenen Qualitätskriterien – zum Beispiel zentrale Prüfungen und in der Schule einzuhaltende zentrale Standards – die bessere Vergleichbarkeit und damit landesweit eine bessere Chancengleichheit gegeben sein wird. Gerade in den Regionen müssen bessere Chancen für die Schülerinnen und Schüler da sein.

Von daher ist dieser Antrag ein sehr guter Antrag und dürfte eigentlich vom ganzen Haus nicht abgelehnt werden. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem erfolgreichen Kampf der Koalition gegen den Unterrichtsausfall, nach dem massiven Ausbau des Ganztagsangebots und der Etablierung der Eigenverantwortlichen Schule ist der Ausbau der regionalen Bildungsnetzwerke ein weiterer konsequenter Schritt in der Entwicklung Nordrhein-Westfalens zum Bildungs- und Wissensstandort – auch Wissenschaftsstandort – Nummer eins.

Hierbei gilt es, in den jeweiligen unterschiedlichen Regionen die geistigen Ressourcen und Potenziale zu wecken, zu ermuntern und zu stärken. Die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft. Auf ihre Erziehung und Bildung setzen wir.

Durch die Globalisierung wird die Welt nicht nur größer und vernetzter. Es gibt nicht nur Risiken und Chancen einer erweiterten und offeneren Welt.

Gleichzeitig steigt auch die Bedeutung der Angebote und Strukturen in den Regionen. Selbstverständlich unterscheiden sich die jeweiligen Regionen in ihrer Struktur. So spielen zum Beispiel in Ostwestfalen-Lippe aufgrund seiner großflächigen, zum Teil aber auch sehr ländlichen Struktur andere Akteure eine zentrale Rolle, als es etwa in Köln der Fall ist.

Während sich die Rheinschiene oder das Ruhrgebiet durch sehr viele Hochschulen und Großunternehmen auszeichnen, ist zum Beispiel Ostwestfalen-Lippe mittelständisch geprägt. Hier bilden Vereine und Verbände sowie gebündelte Initiativen ein wichtiges Rückgrat der Gesellschaft. Aber bei allen Unterschieden und aller Vielfalt verbindet alle Akteure, dass sie in die Schul- und Bildungssysteme eingebunden werden und diese unterstützen sollen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, hierzu muss es eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Regionen geben. Mit der Vereinbarung vom Juni 2008 sind die ersten 19 Regionen eine Kooperation mit dem Land eingegangen, um die Kräfte vor Ort gemeinsam zu bündeln und zu stärken.

Das Land unterstützt das und beteiligt sich über die regionalen Bildungskonferenzen, die regionalen Lenkungskreise und die regionalen Geschäftsstellen an dem flächendeckenden Ausbau.

Hierzu werden zum Beispiel Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Die Eigenverantwortlichen Schulen können sich so auf der einen Seite weiter entfalten, erhalten auf der anderen Seite aber auch die Sicherheit der Einbindung und der Zusammenarbeit. Dies dient der Nutzung und der positiven Fortentwicklung ihrer Freiräume.

Das Land sollte seine Kontakte und Potenziale nutzen, um die jeweiligen regionalen Akteure bei einer möglichst vielgestaltigen und umfassenden Zusammenarbeit nach Kräften vor Ort zu unterstützen.

Selbstverständlich erfordert ein solcher Ausbau Zeit und Umsicht. Nicht zuletzt deshalb ist die Forderung nach einer Unterrichtung des Parlaments über den Stand der Entwicklung gerechtfertigt.

Bei der Forderung, dass den verschiedenen Regionen Best-Practice-Beispiele zur Verfügung gestellt werden, handelt es sich nicht um irgendeine Form des Zentralismus. Im Gegenteil, wir gehen von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis aus. Das heißt, das Lernen und die Bildung beschränken sich nicht auf die klassischen Lehranstalten.

Zum kontinuierlichen Lernen, zur kontinuierlichen Bildung können für die Menschen höchst unterschiedliche Schwerpunkte zählen. Für den einen Menschen sind die wissenschaftlichen Inhalte und Bildungsabschlüsse von zentraler Bedeutung; für andere spielen eher die Kenntnisse und das Wissen der regionalen Wirtschaft und der regionalen Verbände eine zentrale Rolle.

Zu diesem kontinuierlichen Lernen zählt auch die Fähigkeit, die Erfolge anderer zu überprüfen und auf die eigene Region zu übertragen. Hierbei kann das Ministerium durch Best-Practice-Beispiele die Rolle

eines Informationspools – sozusagen auch eines Zwischenhändlers – übernehmen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, zu einem ganzheitlichen Bildungsverständnis zählt neben der Vermittlung von Erziehung und Bildung und der Einbindung des Know-hows außerschulischer Partner auch der wichtige Aspekt der konstanten Fortund Weiterbildung. Eine konsequente Verbesserung des Lernens und der Wissensvermittlung, die Verknüpfung und Kooperation mit regionalen Partnern vor Ort können durch die verstärkte inhaltliche Einbindung der Kompetenzteams einen weiteren wichtigen Schub erfahren.

Ich bin überzeugt, dass wir mit den regionalen Bildungsnetzwerken und deren flächendeckenden Ausbau einen wichtigen Schritt voranschreiten, um NRW als <u>den</u> Wissens- und Bildungsstandort zu etablieren. Auf dem bisher beschrittenen Weg haben wir dort schon vieles angestoßen.

Wir sollten und werden weiterhin gerade auch auf die regionale Stärkung der Bildungs- und Schulstruktur durch die Vernetzung mit außerschulischen Akteuren ein besonderes Augenmerk richten. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Link.

**Sören Link** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass auch der Abgeordnete Peschkes noch ein paar Minuten bleibt.

"Wer nichts Falsches sagt, der sagt nicht zwangsläufig das Richtige." So könnte man das Resümee aus Ihrem heutigen Antrag formulieren, in dem unter dem Strich wenig Falsches, aber leider auch wenig Richtiges steht und der deswegen eigentlich enttäuschend ist, Herr Kaiser.

Dieser Antrag beschreibt nämlich das, was ist, enthält aber inhaltlich nicht viel Neues und bietet erst recht keine Perspektiven für eine Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaften, über deren Bedeutung wir uns durchaus einig sind.

Im Gegenteil, Sie spielen mit Ihrem Antrag nur auf Zeit. Sie pusten eine politische Seifenblase auf, die zwar schön anzusehen, aber leider innen hohl ist.

SPD und Grüne wollten eine echte Verantwortungsgemeinschaft zwischen Stadt und Land. Den Grundstein haben wir bereits vor zwei Jahrzehnten unter dem Stichwort "Öffnung von Schule" gelegt und im Rahmen des breiten Modellversuchs "Selbstständige Schule" letztlich konkretisiert. Auch darüber haben Sie gerade geredet.

Wir wollten mittelfristig die Aufteilung in innere und äußere Schulangelegenheiten überwinden und ein echtes Bündnis mit den Schulen und für die Schulen schmieden. Wir wollten eine Schulaufsicht, die vor Ort für die Schulen da ist und die nicht aus der Ferne über die Schulformen wacht.

Um es kurz zu machen: Die SPD mit Schulministerin Ute Schäfer an der Spitze hat schon an regionalen Bildungslandschaften gearbeitet, als Sie noch gegen Ganztagsschulen zu Felde gezogen sind.

(Beifall von der SPD)

Das Erschreckende ist, dass wir damals schon weiter waren, als Sie es heute sind. Anstatt auf den von uns gemachten Erfahrungen aufzubauen und die positiven Erfahrungen aus dem Modellprojekt "Selbstständige Schule" wirklich ernst zu nehmen und wirklich weiterzuentwickeln, verkaufen Sie uns hier und heute alten Wein in neuen Schläuchen.

Bereits seit vielen Jahren gibt es in unzähligen Schulen in NRW Kooperationen mit außerschulischen Trägern. All die in Ihrem Antrag aufgezählten Partner – Sportvereine, Wirtschaft oder Kirchen – sind vielfach bereits heute im Boot. Sie müssten dort nur nachfragen; dann hätten Sie die von Ihnen gerade erwähnten Best-Practice-Beispiele.

Warum Sie damit bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten wollen, ist mir rätselhaft. Ich muss fast glauben, Sie spielen bewusst auf Zeit, um – aller vollmundigen Prosa in Schrift und Wort zum Trotz – eine Weiterentwicklung in Richtung echter Selbstständigkeit zu verzögern.

Denn unsere Schulen brauchen keine feierlichen Selbstinszenierungen der Landesregierung, weitere Orden oder Auszeichnungen, vielleicht diesmal für das beste Bildungsnetzwerk, sondern sie brauchen mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit. Das muss sich auch in der Realität niederschlagen, beispielsweise in eigenen Budgets, die den Schulen durch die Kommunen und das Land gemeinsam zur Verfügung gestellt werden.

Doch was ist schwarz-gelbe Realität? – Das von Ihnen sogenannte angeblich modernste Schulgesetz Deutschlands unterstreicht weiterhin die getrennte Kostenträgerschaft von Land und Kommunen und sieht gerade keine Übertragung des Budgets an die Schulen vor. Wenn Sie tatsächlich mehr Eigenverantwortung an Schulen und an regionale Bildungsnetzwerke delegieren wollen, gehört ein solches Budgetrecht ebenso dazu wie die erweiterte Schulträgerschaft von Kommunen. Doch von eben diesen Ansätzen, diesen Perspektiven für eine Weiterentwicklung lese ich in Ihrem Antrag nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, wir waren schon einmal weiter. Ihre vorgebliche Weiterentwicklung bedeutet Stillstand für Kommunen und Schulen, um es zurückhaltend und relativ positiv zu formulieren. Unserer Ansicht nach

fordern Sie zwar in der Sache nichts Falsches, denn Sie fordern nichts, was es nicht heute schon gibt oder schon möglich ist, aber das Richtige fordern Sie leider auch nicht. Der Antrag macht deutlich, dass diese Landesregierung allen schönen Überschriften und Worten zum Trotz mehr und echte Selbstständigkeit gar nicht will. Sie wollen weiterhin nach dem Motto verfahren: Machen Sie Ihr Ding, aber wir sagen Ihnen genau, wie es geht.

Das ist zu wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb appelliere ich an Sie: Finden Sie den Mut zur echten Weiterentwicklung der Bildungsregionen. Verschenken Sie nicht unser aller Zeit mit solchen Schauanträgen. Denn gerade für die Schulpolitik gilt: Stillstand ist Rückschritt. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Link. – Für die Grünen spricht jetzt Frau Abgeordnete Beer.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kaiser, ich würde gerne das zusammenfassen, was Sie ausgeführt haben, und in der Konzentration dem Ergebnis, zu dem Sie gekommen sind, ausdrücklich zustimmen:

Erstens. Gute Schulen werden vor Ort gemacht, sie können nicht zentral verordnet werden.

Zweitens. Man muss den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Dabei müssen alle Akteure ernst genommen werden und sich einbringen können.

Wenn wir darin übereinstimmen, warum lassen Sie den Kommunen keine Gestaltungsfreiheit bei der Entwicklung ihrer Schullandschaft?

### (Beifall von den GRÜNEN)

Warum werden dann in diesem Land Anträge wie in Bezug auf die Schulen in Horstmar und Schöppingen nicht genehmigt? Wenn Sie es ernst meinen, Herr Kaiser, müssten Sie endlich all die Sperrfeuer beiseitenehmen und den Kommunen Gestaltungsfreiheit geben. Das fordern die Schulträger ein, die sich ihrer Bildungsverantwortung sehr bewusst sind. Die Kommunen fühlen sich nicht ernst genommen. Genau diese Diskussion erleben Sie, wenn Sie im Land unterwegs sind, Herr Kaiser.

Ich muss Ihnen auch vorhalten, dass Sie mit Ihrem Antrag positiv gestartet sind, Herr Kaiser, dann wird es aber leider wieder sehr restriktiv gehandhabt.

Der Umgang der Landesregierung – das müssen Sie doch zugeben – mit dem Erbe des Modellvorhabens "Selbstständige Schule" ist eher ein Trauerspiel und kein Fall zum Jubeln. Nordrhein-Westfalen – damals unterstützt durch die Bertelsmann Stiftung – war Vor-

reiter im Ausbau der Eigenverantwortlichkeit von Schulen; das ist keine Erfindung von Schwarz-Gelb. Es war auch Vorreiter, eine grundsätzlich andere Steuerung im System zu verankern. Andere Bundesländer haben sich an uns orientiert. Fast überall sind nun Modellvorhaben eingerichtet worden, und es werden Modelle regionaler Bildungslandschaften entwickelt.

"Selbstständige Schule" in Nordrhein-Westfalen, eingebettet in regionale Bildungslandschaften, hatte richtig Fahrt aufgenommen. Die Zielperspektive war sehr deutlich: Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck, sondern dient der Verbesserung der Unterrichtsqualität, der Schulkultur, der Verbesserung von Leben und Lernen in der Schule.

Auch die Vernetzung innerhalb der Bildungslandschaft muss klaren Zielen dienen: Gestaltung von Bildungswegen ohne Brüche, kein Kind darf verloren gehen. Deshalb müssen alle Akteure eng miteinander kooperieren.

Wie ich eben schon ausgeführt habe: Genau das haben Sie zurückgeführt. Sie richten neue Lernbarrieren auf, Sie versagen den Kommunen Gestaltungsfreiheit, und deswegen kann man wahrhaftig nicht von regionalen Bildungsnetzwerken sprechen, die ernst genommen werden.

#### (Beifall von den GRÜNEN)

Die Selbstständige Schule und die vielfältigen Entwicklungen, die wir in Gang gesetzt haben, wurden von der schwarz-gelben Regierung hart ausgebremst. Das wirkt nach, und es wird heute thematisiert. Die Landesregierung traut den Schulen vor Ort offensichtlich doch nicht.

Herr Kaiser, Sie haben zu Recht auf die gemeinsamen Bildungsstandards und die zentralen Prüfungen verwiesen. Aber welche Zwangsmaßnahmen werden umgesetzt?

Es gibt den Zwang zur Vergabe von Kopfnoten und den Zwang zur Abschaffung des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts. Noch heute sind Gymnasien auf den Barrikaden, weil sie sich dafür in die Lehrerfortbildung begeben haben und dies zwangsweise aufgeben mussten. Es gibt doch eine qualitative Studie über die Evaluation des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts an Gymnasien, Frau Ministerin, die zurzeit nicht veröffentlicht wird. Warum eigentlich nicht? Damit würde belegt, wie erfolgreich dies begonnen hat und wie sehr sich die Schulen darüber geärgert haben, dass sie es aufgegeben mussten.

# (Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gehört auch die Abschaffung der Drittelparität in den Schulkonferenzen – wir wollen auch über das Thema Schulkultur und Mitbestimmung reden.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

- Entweder Sie nehmen die Akteure ernst, Herr Kaiser, oder nicht! Zu den Akteuren gehören auch die Eltern und die Schülerinnen und Schüler. Dann muss man sie mit den entsprechenden Beteiligungsrechten ausstatten und das nicht wieder zurückführen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vor wem haben Sie eigentlich Angst?

(Horst Becker [GRÜNE]: Herr Kaiser nimmt das Volk nicht ernst!)

Wenn Sie Selbstverantwortung und Gestaltung von unten zulassen und sagen, dass gute Schule vor Ort gemacht wird, dann nehmen Sie das bitte auch ernst. Ich habe es heute schon einmal gesagt und verweise immer wieder gerne auf Toronto: Was macht die Qualität dieses Bildungsdistrikts aus? -Die Schulkultur, das Schulklima, das Ernstnehmen von Eltern, die Unterstützungsleistung an Eltern. Was sollen dann solche restriktiven Maßnahmen? Sie sprechen den Eltern das Vertrauen offensichtlich ab.

# (Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Minimalvariante "Selbstständige Schule" bringt es leider nicht, das ist sehr eingeschränkt. Wir erwarten viel mehr innerhalb der lokalen Bildungsnetzwerke, keine Schmalspurausführung. Vor allen Dingen haben Sie leider auch im Bereich der Schulaufsicht entsprechend gegengesteuert. Auch das ist kein Vertrauensbeweis für die Schulen.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. Dort werden wir noch viel darüber zu reden haben. wie man offensiv regionale Schullandschaft gestalten kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. - Für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns in einer Zielsetzung einig: Wir wollen Schulen noch besser machen. Dazu setzen wir auf die Zusammenarbeit vieler Partner. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern und alle an Bildung Beteiligten brauchen in der Zukunft mehr Unterstützung – nicht, weil sie es nicht alleine schaffen können. Vielmehr brauchen sie unsere Unterstützung, weil man zusammen ein Stück weit stärker ist.

Darum haben wir am 23. Juni 2008 mit 19 Kreisen und kreisfreien Städten, die bereits beim Modellversuch Selbstständige Schule dabei waren, eine Kooperation abgeschlossen. Frau Beer, ich hatte die Freude, an der entsprechenden Veranstaltung teilzunehmen. Dort ist einem nicht etwa aufgefallen,

dass diese Partner irgendwie bedrückt oder komisch reagieren, sondern man hat gesehen, dass sie sich freuen. Sie freuen sich richtig darüber, dass sie jetzt Kooperationspartner sind und an diesem Projekt teilnehmen.

18.09.2008

Lassen Sie uns auch einmal in die Zukunft blicken. Wir fangen jetzt mit 19 Partnern an. Weitere 15 sind bereits in der Pipeline; bis Februar nächsten Jahres haben wir sie aufgenommen. Es ist also schon absehbar, wann wir die Zahl von 54 erreicht haben. Das ist wirklich etwas, was voranbringt und was Freude macht.

# (Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen alle Kräfte vor Ort zur Unterstützung der Schulen bündeln. Als Beispiele kann man die Kirchen, die Volkshochschulen und die Einrichtungen der Jugendhilfe nennen, aber auch die Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung, die wir neu installiert haben. So können wir es schaffen, die vorhandenen Mittel für die Begleitung der Bildungsbiografien unserer Kinder und Jugendlichen effektiver einzusetzen.

Ich hoffe, dass in Zukunft auch noch Familienzentren und Bildungsnetzwerke eng miteinander verbunden werden und zusammenarbeiten. Dann entstehen nämlich Synergieeffekte, die sich wirklich sehen lassen können.

Regionale Bildungsnetzwerke schaffen darüber hinaus für die Schulen, für die Kommunen und auch für die Schulaufsicht neue Möglichkeiten von Informations- und Kommunikationsplattformen. Wir wollen, dass die Schulen sich schulformübergreifend vernetzen und noch enger mit den Schulträgern und der Schulaufsicht zusammenarbeiten. So können sie zum Beispiel den Fortbildungsbedarf unbürokratisch abstimmen.

Es wird auch verschiedene Steuerungsgremien geben. Ich nenne Ihnen hier eines dieser drei Gremien, auf das ich besonders setze, nämlich die regionale Bildungskonferenz. Frau Beer, da wird vieles möglich sein. Ich appelliere geradezu an den Erfindungsreichtum unserer Schulen und denke auch. dass wir an dieser Stelle ein Instrument schaffen werden, das die Eigenkräfte der Schulen freisetzen wird.

Durch diese drei Steuerungsgremien schaffen wir eine verlässliche Struktur für alle Bildungsnetzwerke. Darum ist es auch richtig und wichtig, die Kompetenzteams besser mit den Bildungsnetzwerken zu verzahnen.

Wie die Arbeit eines Bildungsnetzwerkes aussehen kann und wie damit auch die individuelle Förderung verbessert werden kann, zeigt ein Beispiel aus der Bildungsregion Gütersloh. Hier haben Schulen, Stadt und Kreis gemeinsam ein bewegungsorientiertes Programm zur Lese- und Rechtschreibförderung entwickelt. Die Schulen haben bei der Umsetzung und Evaluation eng zusammengearbeitet. Anschließend haben sie das Programm veröffentlicht, sodass andere Schulen davon profitieren können. Zu dem Programm wurde auch eine Fortbildung erarbeitet, die von Eltern, Tageseinrichtungen und Grundschulen übernommen wurde.

Inzwischen ist dieses Programm zur individuellen Lese-Rechtschreib-Förderung, das zu überdurchschnittlichen Lernzuwächsen führt, evaluiert. Es wird von fast allen Grundschulen der Region Gütersloh und zunehmend auch von weiterführenden Schulen genutzt. Mittlerweile ist es auch ein erfolgreicher Baustein im Zusammenhang mit der Elternzusammenarbeit an den Schulen der Stadt geworden. Außerdem gibt es – das ist ebenfalls sehr erfreulich – überregionale Anfragen. So soll es sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dieses beeindruckende Beispiel zeigt auch, wie Bildungsnetzwerke arbeiten können und wie Bildungsnetzwerke arbeiten werden. Ich finde Bildungsnetzwerke sinnvoll. Sie sind lebendig, zielführend und vorbildlich. Nach meiner Einschätzung können wir auch auf ihr eigenverantwortliches Tun setzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Redezeiten sind auch erschöpft. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 14/7458 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Dort wird die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich Ihnen noch Folgendes mitteilen – daran erkennen Sie, dass dieses Präsidium immer sehr objektiv arbeitet –: Der Abgeordnete Sagel hat in der Plenarsitzung am 18. Juni 2008 zum Tagesordnungspunkt 6 einen Zwischenruf getätigt, der im Protokoll mit "Stasi-Taktik" festgehalten wurde. Unser Präsidiumskollege Vizepräsident Keymis hat diesen Zwischenruf am nächsten Tag gerügt.

Dieser Eintrag beruht aber möglicherweise auf einem Hörfehler. Daher sind eine Korrektur im Protokoll geboten und die daraus folgende Rüge zurückzunehmen, was ich hiermit tue. Wir wollen ehrlich und gerecht sein. (Siehe dazu auch Seite 11934)

(Zuruf)

- Das will ich jetzt nicht wiedergeben.

Nun rufe ich auf:

8 Den Ankündigungen von Verkehrsminister Oliver Wittke müssen Taten folgen: Die NRW-Landesregierung darf die zum 01.01.2009 geplante Erhöhung der LKW-Maut im Bundesrat nicht blockieren!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7454

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die LKW-Maut geht auch uns in Nordrhein-Westfalen etwas an, und zwar nicht nur deswegen, weil Nordrhein-Westfalen das von LKW am meisten betroffene Bundesland ist und weil auf den Autobahnen in NRW nach wie vor die meisten Staus sind, obwohl immer wieder etwas anderes behauptet wird, sondern auch, weil natürlich aus den Mauteinnahmen Verkehrsinfrastruktur finanziert werden soll. Ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit dieser Verkehrsinfrastruktur und seinen Problemen muss an einer ordentlichen Einnahme aus der Maut interessiert sein. Ich erinnere insbesondere an den Güterfernverkehr und den Güterverkehr auf der Schiene. Wir haben ja gestern über das Thema Eiserner Rhein beraten, aber auch die Themen Betuwe-Linie und Lärmschutz an der Linie beschäftigen uns immer wieder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein solches Bundesland muss auch daran interessiert sein, dass eine Maut eine Steuerungswirkung zur Verdrängung der schadstoffreicheren Lkw und zur Förderung der schadstoffärmeren Lkw hat. Darüber hinaus muss dieses Bundesland natürlich auch ein Interesse daran haben, dass es für seine Verkehrsinfrastruktur ordentlich mit Finanzmitteln ausgestattet wird.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bundesregierung im Sommer 2007 auf der Kabinettsklausur in Meseburg dazu entschieden hat, aus all diesen Gründen die Maut zu erhöhen und dies im Juni diesen Jahres auch umgesetzt hat, und zwar genau das, was in Meseburg im Jahre 2007 beschlossen worden ist, verwundert es einen schon, dass der Verkehrsminister des Landes, der im April noch ausdrücklich gesagt hat, die Maut müsse erhöht werden und eine Steuerungswirkung bekommen, im Juni in den populistischen Chor insbesondere der Länder, die demnächst wählen, einstimmt und sagt: Maut? Schwierig. Darauf können sich die Speditionsfirmen nicht rechtzeitig einstellen. Die Maut muss später erhöht werden. Eine Spreizung für Euro 3 ist schwierig. Die wussten das nicht. Und das wird zu teuer. - Dabei fahren die meisten Lkw damit. Und was die Kosten angeht, gebe ich zu bedenken, dass man die Lkw mit Katalysatoren nachrüsten und die Maut entsprechend verringern könnte. Insbesondere verwundert, dass der Verkehrsminister sagt, das Land Nordrhein-Westfalen fordert, dass kein Cent aus den Mautmehreinnahmen in den Schienenbau, sondern ausschließlich in die Autobahninfrastruktur fließt.

Wer all das ernst nimmt – wir bemühen uns ja immer noch, den Verkehrsminister ernst zu nehmen –,

(Minister Oliver Wittke: Da tun Sie gut dran!)

der muss zu dem Ergebnis kommen: Diese Position schadet dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Bürgern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir fordern Sie dringend auf, davon abzulassen, sich den Plänen der Bundesregierung, übrigens gerüchteweise einer Bundesregierung unter Beteiligung der CDU mit einer Kanzlerin der CDU, wieder anzunähern und einer vernünftigen Position anzunehmen, wie sie von dort beschrieben wird. Das ist selten genug, aber in diesem Fall ist es so. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Bernd Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Kern geht es bei diesem Antrag um den Entwurf der Verordnung zur Änderung autobahnmautrechtlicher Vorschriften und der Fahrzeugzulassungsverordnung. Es geht um drei Fragen: Wann wird eine Mauterhöhung in Kraft treten? Wie wird die vorgesehene Mautspreizung zwischen den einzelnen Schadstoffklassen gestaltet? In welchem Umfang kommt die Mauterhöhung dem Bundesfernstraßenbau zugute?

Zur Klärung dieser Fragen wurde eine Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz eingerichtet, die einen für alle Bundesländer und für den Bund tragbaren Kompromiss erarbeiten soll. Es geht um die Frage, wie sich Nordrhein-Westfalen innerhalb dieser Kompromissfindung positioniert.

Die Auffassung, dass eine Verschiebung der Mauterhöhung vom 1. Januar 2009 auf den 1. Juli 2009 die ökologische Lenkungswirkung der Maut negativ beeinflussen würde, ist nicht stichhaltig, Herr Becker. Nicht die generelle Erhöhung wird infrage gestellt, sondern die unverhältnismäßig starke Anhebung der Mautsätze für schwere Lastwagen der Schadstoffklasse 3, die noch vor zwei Jahren Stand der Technik waren, aber erst nach fünf Jahren mit einem linearen Satz von jährlich 20 % abgeschrieben sind. Eine Nachrüstung mit Partikelfilter ist technisch nicht immer möglich, und aufgrund der

derzeitigen Mautdiskussion ist der Gebrauchtwagenmarkt für diese Fahrzeuge eingebrochen.

Dadurch fehlt insbesondere den kleinen Speditionsunternehmen in Nordrhein-Westfalen der ausreichende Verkaufserlös von Gebrauchtfahrzeugen, um in Fahrzeuge des neusten technischen Standes reinvestieren zu können. Da für den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen das mittelständische Transport- und Speditionsgewerbe eine wichtige Branche ist, muss diesen Fakten Rechnung getragen werden.

Vor diesem Hintergrund bewirkt eine Verschiebung der Mauterhöhung die Möglichkeit, für diese Unternehmen steigende Energiekosten und erhöhte Mautsätze in die Preiskalkulation ab 1. Juli 2009 einbeziehen zu können. Die vom Bundesverkehrsminister vorgesehene starke Mautspreizung zwischen den Schadstoffklassen 5 und 3 sollte zwecks Ausschöpfung der steuerlichen Abschreibungsfrist für Fahrzeuge der Schadstoffklasse 3 bis zum Jahre 2011 reduziert werden. Wichtiger Bestandteil einer Kompromissfindung zwischen Bund und Ländern muss die Verstetigung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sein.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beklagt, dass die Überlegungen, die Mauterhöhung zu verschieben, zu erheblichen Einnahmeverlusten und damit zu einem Investitionsstau führten. Hier offenbart sich ein unredliches Spiel mit verdeckten Karten, das der Bundesverkehrsminister und die antragstellende Fraktion offensichtlich unbewusst gemeinsam betreiben. Bezüglich einer Mauterhöhung zum 1. Januar 2009 hat der Bundesverkehrsminister mit der wiederholten Korrektur der zu erwartenden Mautmehreinnahmen von Beginn an die Karten gegenüber den Bundesländern nicht offen auf den Tisch gelegt. Nach anfänglicher Nennung dreistelliger Millionenbeträge kletterte der Betrag auf rund 1 Milliarde €, der für zusätzliche Mehrinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere in die Bundesfernstraßen, zur Verfügung stehen sollte.

(Bodo Wißen [SPD]: Sehr richtig!)

Die Bundesländer haben diese Angaben als zu niedrig bezeichnet, und der Bundesverkehrsminister musste nach erneuter Prüfung seine Einschätzung korrigieren und die Mehreinnahmen aus der Maut auf rund 1,5 Milliarden € heraufsetzen.

Der Haushaltsentwurf des Bundes für 2009 weist sogar Mehreinnahmen in Höhe von 1,618 Milliarden € aus. Diese Mittel werden allerdings nicht on top auf den Verkehrsetat und schon gar nicht auf die Mittel für den Bundesfernstraßenbau aufgeschlagen. Vielmehr werden die konventionell steuerlichen Haushaltsmittel für den Bundesfernstraßenbau um 594 Millionen € gekürzt.

Die Tatsache, dass Mehreinnahmen aus der Maut mit Minderausgaben aus dem Haushalt kompensiert werden sollen, ist für die Bundesländer und insbesondere für Nordrhein-Westfalen nicht akzeptabel. Hier ist eine schleichende Verschiebung der Finanzierungsgrundlage des Bundesfernstraßenbaus von Steuern auf Gebühren festzustellen.

Wenn vor diesem Hintergrund der Bund die Finanzierung von Verkehrsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen infrage stellt oder verhindern will, dann muss man deutlich darauf hinweisen, dass die Verantwortung für eine solche Vorgehensweise beim Bund und nicht beim Land Nordrhein-Westfalen liegen würde.

(Lachen von SPD und GRÜNEN – Dieter Hilser [SPD]: Wie heißt denn die Bundeskanzlerin?)

Es wird wesentlich sein, dass die Länderarbeitsgruppe einen mehrheitsfähigen Beschluss vorbereitet, der auch den Belangen Nordrhein-Westfalens als Transitland und Logistikdrehscheibe gerecht wird

Der Antrag der Grünen ist für diese Kompromissfindung keine gute Grundlage. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Wißen das Wort.

**Bodo Wißen** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind den Grünen dankbar dafür, noch einmal die Position der SPD darstellen zu können. Wir haben morgen eine entsprechende Bundesratssitzung vor uns, und wir sind gespannt, wie diese ausgeht.

Es ist ein sehr guter Entwurf, den Bundesverkehrsminister Tiefensee dort vorgelegt hat. Es ist ein Entwurf der Großen Koalition.

(Bernd Schulte [CDU]: Aber kein großer Wurf!)

Diesen zarten Hinweis erlaube ich mir noch, Herr Kollege Schulte: Es ist sozusagen auch Ihr Werk – das Werk Ihrer Kanzlerin.

Es ist wichtig, mit dieser Weiterentwicklung der Lkw-Maut schnell fortzufahren. Denn wir müssen dahin kommen, dass die tatsächlichen Wegekosten auch eingepreist werden. Schwere Lkw verursachen nun einmal bereits heute einen Anteil von 45 % an den gesamten Wegekosten. Wir alle kennen die enormen Zuwachsraten zum Beispiel aus dem Masterplan Güterverkehr und Logistik, die laut Minister auch weit über 80 % sein werden.

Auch die von Ihnen so kritisierte Mautspreizung auf 100 % ist der richtige Ansatz, um zu Umrüstungen zu motivieren. Deswegen ist es sehr ärgerlich, wenn

Minister Wittke von einem Schnellschuss des Ministers Tiefensee spricht. Schließlich war er immer dabei, und er wusste, dass es zu einer Erhöhung der Maut kommen wird. Und er wusste auch, dass es zu einer Verstärkung der Spreizung auf eben 100 % kommen wird.

(Dieter Hilser [SPD]: Unglaublich!)

Das muss man sich vor Augen führen. Insofern ist es sehr interessant, dass er jetzt so tut, als ob ihn das alles nichts mehr angehen würde. Das muss man sich merken.

Im Übrigen fördert der Bund bereits massiv die Einführung von Partikelminderungssystemen für Lkws. Das hat auch schon Erfolge gezeitigt: Bereits 28.000 Lkws der Euro-5-Klasse haben von dieser Bundesförderung profitiert. Das zeigt eine enorme Steigerung in den letzten Jahren. Dann wäre es, Herr Schulte, doch sehr ungerecht, wenn man den Vorteil derjenigen, die frühzeitig umgerüstet haben, kaputtmachen würde, indem man die Frist ins Unendliche ausweiten würde.

Wir wissen um die Bedeutung des Lkw-Verkehrs auf unseren Fernstraßen. Ich sagte bereits, dass wir bis 2025 leider eine Steigerung um 84 % nur in diesem Segment erwarten müssen. So ist es auch richtig, dass die Hauptnutzer der Verkehrsinfrastruktur stärker zur Kasse gebeten werden – das ist gerecht –, und es muss zu einem stärkeren Ausbau der Verkehrswege insgesamt führen.

Herr Schulte, in diesem Zusammenhang verstehe ich die Position der CDU nicht. Sie wollen das Geld nämlich nur für die Straße verwenden. Ich halte das für falsch, und Ihr Minister selbst ist jemand, der sagt, dass wir eine ideologiefreie Verkehrsinvestitionspolitik machen müssen. Hier wäre die Förderung der Straße ein Beispiel, aber genauso die Förderung von Schiene und Wasserstraße, wo er seine ideologiefreie Politik tatsächlich beweisen könnte.

(Beifall von der SPD)

Denn eines ist klar: Jeder Lkw, der nicht unsere Straßen verstopft und die Luft verpestet, ist ein echter Beitrag zur Verbesserung des Klimas.

Wir brauchen dringend das Geld. Wir haben die entsprechenden Projekte in Nordrhein-Westfalen vor der Brust. Wir führen die Diskussion um den Ausbau der Betuwe-Linie, um die Realisierung des Eisernen Rheins und um den Ausbau von Güterverkehrs- und -verteilzentren. Dafür brauchen wir Geld, das aus der Lkw-Maut dringend kommen muss. Dem darf sich Herr Wittke hier nicht entziehen.

Im Übrigen ist es rührend, wie sehr Sie sich Gedanken über den Haushalt der Bundesregierung für den Verkehrsbereich machen. Dieser wurde heute besprochen, und ich habe gehört, dass erstmals 10 Milliarden € alleine für den Verkehrsbereich bereitstehen. Das ist eine Leistung der CDU auf Bundesebene, und es ist eine Leistung der SPD auf

Bundesebene. Dazu habe ich von Ihnen noch nichts gehört.

Am Haushalt von Wittke kann man nur feststellen,

(Minister Oliver Wittke: Die stehen doch gar nicht bereit!)

dass dauernd gekürzt wird. Ihnen fällt es zwar nicht auf, aber bei Ihnen wird nur gekürzt. Sie haben vor der Wahl 100 Millionen € für den Landesstraßen-ausbau versprochen. Wo sind die denn? – Uns standen von 2005 bis zum letzten Haushalt immer nur 51,5 Millionen € zur Verfügung. Und wenn Sie nicht die UMTS-Erlöse und die Einmaleffekte aufgrund des Sturms "Kyrill" gehabt hätten, dann wäre es immer bei dieser Summe geblieben. So ehrlich muss man doch sein.

Sie haben doch das Problem, dass der Finanzminister wie ein Vampir an Ihrem Budget klebt und Ihnen sogar das Geld aus den Erlösen der WfA wegnimmt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Und Herr Wittke hält noch den Hals hin!)

Herr Wittke, Sie sind ein schlechter Sachwalter der Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. Ihr eigenes Haus blutet gerade aus, und jetzt sorgen Sie auch noch dafür, dass möglicherweise Bundesmittel in dreistelliger Millionenhöhe nicht nach Nordrhein-Westfalen fließen, obwohl wir hier dringend Investitionen in alle Verkehrsträger brauchen: in Straße, in Schienen- und in Wasserwege. Aus diesem Grunde werden wir dem Antrag der Grünen natürlich zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Wißen. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Timing der Grünen ist bei diesem Antrag schon ein bisschen merkwürdig; es hat nicht geklappt. Denn der geplante Tagesordnungspunkt für die morgige Sitzung des Bundesrats ist abgesetzt worden. Daher ist der Antrag in seiner eigentlichen Zielsetzung völlig falsch. Es wäre schön, wenn das vielleicht auch die SPD-Fraktion erkannt hätte.

(Minister Oliver Wittke: Tja!)

Offensichtlich ist die SPD aber weit weg von Berlin und von Verkehrspolitik im Allgemeinen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie haben aber auch schon intelligenter argumentiert!)

Jetzt sind wir gut beraten, meine Damen und Herren, die Vorschläge der Arbeitsgruppe in Ruhe abzuwarten und für Nordrhein-Westfalen gut zu ver-

handeln. Es wäre völlig falsch, wenn der Landtag die Regierung auf eine ganz bestimmte Verhandlungsstrategie festlegen würde, denn dann kann man nämlich gar nicht mehr verhandeln und für Nordrhein-Westfalen klug agieren. Deswegen handelt die Regierung im Sinne des Landes. Wir müssen ihr in dieser Arbeitsgruppe und auch anschließend den nötigen Freiraum lassen.

18.09.2008

Plenarprotokoll 14/100

Natürlich nehme ich die Gelegenheit wahr und mache einige Anmerkungen zu den Mauterhöhungsplänen der Bundesregierung.

Der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Tiefensee ist ein reines Abkassiermodell und ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für das deutsche Transportgewerbe. Insbesondere die Belastung für die mittelständischen Speditionsunternehmen hat doch – das wissen Sie doch alle, meine Damen und Herren – die Grenze längst überschritten. Die bereits bestehende Maut, die neuen Lenk- und Ruhezeiten sowie die explosionsartig gestiegenen Dieselpreise treiben das mittelständische Speditionsgewerbe in Nordrhein-Westfalen in den Ruin.

Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gab es bereits so viele Insolvenzfälle wie im gesamten Jahr 2007. Die geplante Mauterhöhung würde die Insolvenzwelle erheblich verschärfen. Gerade die SPD, lieber Herr Wißen, und auch die Grünen setzen Tausende von Arbeitsplätzen in der Güterverkehrsbranche aufs Spiel.

Kommen wir zum Wegekostengutachten, das der Mauterhöhung zugrunde liegt! Es ist definitiv keine objektive und vor allem nachvollziehbare Grundlage zur Mautberechnung und steht zudem ganz klar im Widerspruch zu EU-Recht. Schon deshalb kann die Mauterhöhung zum 1. Januar 2009 überhaupt nicht vollzogen werden.

Die Maut führt im Jahr 2009 allein für die Wirtschaft und die Verbraucher zu 2 Milliarden € Mehraufwand. Dieser Kostenschub ist weder gerechtfertigt noch tragbar und eine erhebliche Belastung für den gesamten Standort Deutschland und natürlich auch für Nordrhein-Westfalen.

Zur Mautspreizung gibt es eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Die Maut für LKW mit niedrigen Emissionen soll demnach generell gesenkt werden. Stattdessen ist die Politik von heute so etwas wie "versprochen – gebrochen". Für die unter Umweltschutzaspekten besten LKW wird die Maut nämlich um 40 % erhöht. Die Euro-3-Fahrzeuge entsprachen vor zwei Jahren noch dem Stand der Technik. Sie werden 5 Jahre lang abgeschrieben. Die Maut für diese Fahrzeuge soll nun um 72 % erhöht werden.

Meine Damen und Herren, die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen brauchen Verlässlichkeit. Das ist das Mindeste, was sie von der nordrheinwestfälischen Politik und von der Bundespolitik in Berlin erwarten können.

Die fehlende Zweckbindung der Maut wurde bereits erwähnt. Versprochen wurde, dass die Mittel aus einer weiteren Mauterhöhung den Verkehrsmitteln hinzugerechnet werden. Tatsache ist aber, dass sich nach der jetzigen Planung der CDU- und SPD-Regierung in Berlin Bundesfinanzminister Steinbrück einen ganz erheblichen Teil des Kuchens schnappt. Keineswegs kommen sämtliche Mittel aus der Mauterhöhung dem Verkehrshaushalt zugute. Rund 600 Millionen € fließen in den Haushalt des Finanzministers. Auch das ist eine völlig unehrliche Politik.

Alle steuerfinanzierten Investitionsmittel sollten nicht gekürzt werden, was leider doch der Fall ist. Das ist ein weiterer Grund, warum die FDP-Fraktion im Landtag dieser Mauterhöhung überhaupt nicht ihren Segen geben kann.

Meine Damen und Herren, Herr Becker, aufgrund der Verschiebung des Tagesordnungspunkts im Bundesrat ist Ihr Antrag strategisch falsch. Er kostet Tausende von Arbeitsplätzen im nordrheinwestfälischen Speditionsgewerbe und schadet dem Standort Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

(Widerspruch von Horst Becker [GRÜNE])

Auch für die SPD-Fraktion sollte es daher eigentlich nur eine Wahl geben: Sie müssten diesen Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Rasche. – Für die Landesregierung erhält Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke\*), Minister für Bauen und Verkehr: Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Position der Grünen in dieser wichtigen Frage überrascht mich überhaupt nicht. Denn in der Tat war es schon immer grüne Politik, Verkehre um jeden Preis zu verteuern, koste es, was es wolle, auch wenn Arbeitsplätze oder Firmen dabei draufgehen. Das ist Ihnen völlig gleichgültig.

(Beifall von der CDU)

Überrascht hat mich aber, dass die nordrheinwestfälische Sozialdemokratie als einzige Landespartei Bundesinteressen vertritt und nicht die Länderinteressen wahrnimmt.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Hört, hört!)

Das ist heute noch einmal deutlich geworden, als Sie, Herr Kollege Wißen, ohne Abstriche und ohne Kritik völlig vorbehaltlos den Plänen zur Erhöhung der Maut von Bundesminister Tiefensee zugestimmt haben. Die Verkehrsminister von Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

(Bodo Wißen [SPD]: Und Rheinland-Pfalz?)

und Rheinland-Pfalz – ich könnte Ihnen noch eine Vielzahl weiterer Verkehrsminister nennen – sehen das anders. In der letzten Verkehrsministerkonferenz, an der ich auch teilnahm, haben jedenfalls alle sozialdemokratischen Kollegen – auch der Kollege Hering aus Rheinland-Pfalz, Herr Kollege Wißen – Kritik an den Erhöhungsplänen geübt. Sie haben ein neues Alleinstellungsmerkmal, denn die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind die Einzigen, die Bundesinteressen und nicht die Landesinteressen vertreten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wißen?

**Oliver Wittke**\*, Minister für Bauen und Verkehr: Sehr gern.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Bodo Wißen (SPD): Sie behaupten, die Kollegen aus Rheinland-Pfalz hätten sich gegen den LKW-Maut-Kompromiss ausgesprochen. Nach meinen Informationen ist das nicht so. Warum glauben Sie das? Sie haben wieder gesagt, Hering aus Rheinland-Pfalz hätte das sozusagen abgelehnt. Nach meiner Information teilen sehr viele Sozialdemokraten genau diese Position.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es sich um ein Papier der Bundesregierung handelt, der Ihre Partei genauso angehört wie die sozialdemokratische.

Oliver Wittke\*), Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Wißen, ich habe nicht von "glauben" gesprochen, sondern ich habe davon gesprochen, dass der Kollege Hering in einem Kamingespräch der Verkehrsminister genau die kritische Position eingenommen hat, die ich heute vorgetragen habe.

(Zuruf von der SPD: Ach, in einem Kamingespräch!)

Die Landesvorsitzende der SPD von Nordrhein-Westfalen hat dem Ganzen noch die Krone aufgesetzt.

(Bodo Wißen [SPD]: Wann haben Sie damit angefangen?)

Sie hat sich nämlich zum Erfüllungsgehilfen von Herrn Tiefensee gemacht, indem sie in Nordrhein-Westfalen einen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Maut und dem Rhein-Ruhr-Express hergestellt hat.

Das schmutzige Spiel, das Herr Tiefensee an dieser Stelle spielt, nämlich Unzucht mit Abhängigen zu betreiben und

(Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Beifall von CDU und FDP)

einen Erpressungsversuch zu starten, in dem ein solcher Zusammenhang hergestellt wird, weise ich aus landespolitischem und nicht aus parteipolitischem Interesse zurück.

Aber Ihre Parteivorsitzende hat sich genau das zu eigen gemacht. Frau Kraft vertritt nicht die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern sie vertritt parteipolitische Interessen von Herrn Tiefensee

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

Oliver Wittke\*), Minister für Bauen und Verkehr: Gerne, Herr Präsident! – Ich bitte Sie aber, die Uhr anzuhalten, denn sie läuft immer noch weiter.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Wir halten sie noch einmal an. Dann ist sowieso Schluss, denn mehr als zwei Zwischenfragen gibt es nicht.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Verkehrsminister Wittke, wundert es Sie angesichts Ihrer Haltung, dass aus den Mehreinnahmen keine Projekte im Güterverkehr und auf der Schiene finanziert werden sollen, wirklich, dass der Bundesverkehrsminister, der einer Großen Koalition angehört, der Auffassung ist, dass der Bund, wenn sich Nordrhein-Westfalen mit dieser Position durchsetzt, diese Schienenbauprojekte auf absehbare nicht finanzieren kann?

Oliver Wittke\*), Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Becker, bitte seien Sie so freundlich und erbringen den Nachweis, an welcher Stelle ich gesagt habe, dass aus den Maut-Erhöhungsmitteln keine Schienenprojekte finanziert werden dürften. Ich habe das an keiner einzigen Stelle getan.

(Horst Becker [GRÜNE]: Aus den Mehreinnahmen! – Weitere Zurufe)

Vielleicht hat ein Verkehrsminister in Hessen oder eine Verkehrs- und Wirtschaftsministerin in Bayern so etwas gefordert; ich habe das an keiner Stelle getan, sondern ich habe gesagt: Die zusätzlichen Mittel, die im Laufe eines Jahres eingenommen werden, müssen dazu genutzt werden. Ansonsten ist die Aufteilung, wie sie im Übrigen im Mautgesetz vorgesehen ist – das ist keine Willkür –, absolut in Ordnung.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Zurufe von Horst Becker [GRÜNE])

In aller Kürze stelle ich die Position der Landesregierung zu diesem Thema dar:

Erstens. Die Landesregierung möchte die Maut auch als ökologisches Lenkinstrument nutzen. Darum sind wir für eine Spreizung.

Zweitens. Die Landesregierung will die LKW an den Wegekosten beteiligen. Darum sind wir für eine Erhöhung der Maut.

Drittens. Die Landesregierung will die Kompensation in Höhe von 600 Millionen € als Abtragen einer Altschuld gegenüber den Fuhrunternehmern in unserem Land endlich eingelöst haben.

(Beifall von der CDU – Bodo Wißen [SPD]: Was sagt die FDP dazu?)

Ich sage Ihnen auch, was wir nicht wollen:

Erstens. Wir wollen nicht mit einer Mauterhöhung Steuerlöcher stopfen; genau das macht Herr Steinbrück.

(Beifall von der CDU)

Er senkt nämlich von 2008 bis 2009 die Mittel für den Straßenbau um 600 Millionen €. Herr Steinbrück und Herr Tiefensee nutzen die Mauterhöhung, um Haushaltslöcher zu stopfen. – Das machen wir nicht mit!

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Das sagen Sie!)

Zweitens. Wir wollen Chancengleichheit. Gerade bei der mittelständischen Struktur des nordrheinwestfälischen Logistikgewerbes kann es nicht sein, dass kleine mittelständische Unternehmen gezwungen werden, neu angeschaffte Lkw, die ein oder zwei Jahre alt sind, noch während der Abschreibungsfristen nicht mehr wirtschaftlich einsetzen zu können. Darum darf die Mautspreizung zumindest in den nächsten drei Jahren nicht so stark ausfallen, wie es vorgesehen ist. Die Schere zwischen Euro 3 und Euro 5 muss geschlossen werden, damit die Arbeitsplätze in unserem mittelständischen Logistikgewerbe erhalten bleiben.

Darum liegt es nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern auch im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen, dass wir nachverhandeln und diesen Schnellschuss von Herrn Tiefensee – ich wiederhole diesen Ausdruck – korrigieren.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD])

So, wie die Vorschläge eingebracht worden sind, dürfen sie nicht Gesetz werden. Bei den Planungen zur Mauterhöhung handelt es sich um ein Modell zum Abkassieren. Es ist mittelstandsfeindlich und wird Arbeitsplätze vernichten. Vielleicht wird sich der Bundesfinanzminister mit den Erträgen die Taschen vollstopfen, aber wir werden damit die Verkehrsinfrastruktur nicht stärken.

(Bodo Wißen [SPD]: Olli the Kid!)

Darum habe ich die dringende Bitte: Lassen Sie uns die Gemeinsamkeiten zwischen sozial- und christdemokratisch regierten Bundesländern in diesem Haus fortsetzen! Es kann doch nicht sein, dass wir hier parteipolitische Grabenkriege führen und dass Sie Ihren Bundesminister verteidigen.

Es geht darum, für Nordrhein-Westfalen den besten Weg zu finden. Das wird die Landesregierung weiterhin tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Für die Grünen hat noch einmal der Abgeordnete Becker das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

- Er hat noch Redezeit übrig, also darf er reden.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es verwunderlich, dass Sie es tatsächlich als Landesinteresse darzustellen versuchen, sich während der Wahlkampfzeit in Bayern hier populistisch aufzustellen, das Land zu schädigen, Mindereinnahmen und mehr Lkw-Abgase in Kauf zu nehmen und zu einer geringeren Finanzierung des Güterverkehrs auf der Schiene beizutragen. Das finde ich verwunderlich und verwerflich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Minister, und so tun, als hätten Sie nicht gefordert, dass die Mautmehreinnahmen ausschließlich in den Fernstraßenbau fließen sollten, darf ich Sie auf Ihre Vorlage hinweisen, die sich an die Damen und Herren der CDU-Fraktion richtete.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Die Vorlage 14/2013 ist im Übrigen außergewöhnlich; aus ihr habe ich übrigens die Zitate entnommen.

(Minister Oliver Wittke: Zitieren Sie doch einmal!)

 Das steht alles hinten in der Vorlage. Sie haben das alles gelesen. Ich habe nicht so viel Zeit; wenn Sie möchten, dass ich das zitiere, stellen Sie doch eine Zwischenfrage.

Zweitens. Das Werfen von Nebelkerzen führt nicht an der Tatsache vorbei, dass Sie, Herr Wittke, gegen eine Maßnahme der Bundesregierung polemisieren, die ganz offensichtlich lange genug angekündigt war, nämlich seit der Sitzung in Meseburg mit all den Eckpunkten und mit der Spreizung. Im April haben Sie etwas ganz anderes gesagt. Aber plötzlich solidarisieren Sie sich im Juni mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen und bauen eine Position auf, die den Interessen des Landes schadet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ich sage noch einmal deutlich: Sie schaden den Landesinteressen. Mir ist völlig egal, wie die Bundesregierung ihren Verkehrsetat finanziert. Debattieren Sie das im Bundestag, wenn Sie irgendwann einmal dorthin gehen.

Für mich ist wichtig, wie viele Mindereinnahmen das Land Nordrhein-Westfalen hat, wenn Sie sich mit Ihrer Position gegenüber dem Bund durchsetzen. Das ist die wichtige Frage – nicht das Gehampel, das Sie eben veranstaltet haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen dann zum Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also ab über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/7454.** Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt.** 

Ich rufe auf:

9 Programm zur Sicherung der Förderung im Nachwuchsleistungs- und Spitzensport auflegen

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7448

Ich eröffne die Beratung. Für die SPD-Fraktion, die antragstellende Fraktion, erhält der Abgeordnete Peschkes das Wort. Bitte schön.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Danke schön, Herr Präsident. Es ist bezeichnend, dass, wenn der Sport kommt, viele Abgeordnete den Plenarsaal fluchtartig verlassen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Wir kommen extra Ihretwegen!)

Dabei hätten wir vieles zu feiern, denn das Erfreuliche der Olympischen Spiele in Peking ist, dass nordrhein-westfälische Athleten überdurchschnittlich abgeschnitten haben.

### (Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das war nicht zwingend zu erwarten. Deshalb fällt mein Glückwunsch für diese Erfolge umso herzlicher aus.

### (Beifall von der SPD)

Insgesamt darf man zum Abschneiden der deutschen Athleten im Wettbewerb sagen, dass sie auf den ersten Blick gut abgeschnitten haben. Ein fünfter Platz im Medaillenspiegel ist aller Ehren wert. Das kann sich sehen lassen. Wenn wir jedoch genauer hinschauen, müssen wir sagen: Wir sind noch einmal davongekommen.

Wenn wir uns die Sportarten, in denen Medaillen gewonnen wurden, näher ansehen, werden wir schnell feststellen, dass sie vorwiegend in Sportarten gewonnen wurden, in denen ganze Kontinente nicht vertreten oder die Teilnehmerfelder doch sehr eingeschränkt sind.

Damit hier überhaupt keine Missverständnisse aufkommen können oder von der Koalition künstlich aufgebaut werden: Ich freue mich wahnsinnig über diese Medaillen in diesen Sportarten, denn sie haben uns schließlich diese gute Platzierung im Medaillenspiegel eingebracht.

## (Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn man jedoch nicht die Zahl der Medaillen allein zum Maßstab der Bewertung macht, dann kommt man nicht umhin, festzustellen, dass sich der Abwärtstrend der letzten zehn Jahre fortgesetzt hat. Das gilt – wie gesagt – nicht für die Medaillen, das gilt aber insgesamt für die Leistungsdichte und für die Platzierungen.

Selbst der von mir hoch geschätzte Sportminister Wolf hat analysiert, dass das große Problemfeld die Kernsportarten Leichtathletik, Schwimmen und Turnen sind.

### (Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Hier haben wir, abgesehen von einigen Ausnahmen – das muss man bedauerlicherweise feststellen –, den Anschluss zur Weltspitze verpasst. Und vor allem, was besonders schlimm ist: Es ist keine Besserung in Sicht

Ursachen gibt es viele. Man kann das zum einen damit erklären, dass die Grundlagenausbildung aus der DDR verbraucht ist. Man kann auch eine fragwürdige Förderung durch den Bund ins Auge fassen. Aber das Kernproblem ist wohl, dass es heute in Deutschland nur sehr schwer möglich ist, Weltspitze im Sport zu sein und gleichzeitig einen Beruf oder eine Ausbildung zu bewältigen.

Diese Thematik haben wir im Übrigen hier im Hause öfter erörtert. Wir waren mit der Koalition in der Analyse einig, jedoch in der Abstimmung leider nicht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Spitzensport auf höchstem Niveau auch weiterhin in Nordrhein-Westfalen wollen, dann muss die Politik handeln. Dieses umso mehr, als jetzt langsam der Rückzug des Sponsors Bayer aus der Leichtathletik wirksam wird. Das wird, wenn wir nicht gegensteuern, schon in London größte Auswirkungen haben.

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir auch Probleme in den Sportarten haben, wo wir jetzt noch sehr erfolgreich sind. Denn man sieht, auch in diesen Sportarten holen andere Nationen auf. Ein besonderes Beispiel ist das Rudern. Wir waren einst die erfolgreichste Nation in dieser Sportart, eine sichere Medaillenbank. Heute haben andere Länder nicht nur aufgeholt, sie haben uns weit überholt.

Der Innenminister hat am 24. August in seiner Presseerklärung – große Jubelerklärung; zu Recht durfte er jubeln, das habe ich ja auch getan – gesagt, dass die Landesregierung den schwächelnden Sportarten zur Weltspitze verhelfen wolle. Doch mir fehlt der Glaube, Herr Dr. Wolf, denn was Sie da als Sportminister ankündigen, ist sehr dürftig.

Als Wunderwaffe werden die fünf Sportschulen genannt; die sollen alles retten. Davon sind aber erst drei ans Netz gegangen. Abgesehen davon, dass wir von der SPD und auch von den Grünen diese Sportschulen sehr kritisch gesehen haben, zeigt sich jetzt, dass sie den Praxistest nicht einmal bestehen. Das ist im Übrigen nicht das übliche Gemecker und Genörgel der Opposition, das uns immer unterstellt wird,

(Axel Wirtz [CDU]: Oh, oh, oh!)

sondern es ist in der "Welt am Sonntag" und im "Kölner Stadt-Anzeiger" nachzulesen. Tatsächlich war es so, dass der Ministerpräsident sehr irritiert war und sagte, er wolle der Sache nachgehen.

Ein weiteres Instrument soll die Sportstiftung sein. Eigentlich eine gute Sache, Herr Dr. Wolf. Sie verschweigen jedoch, dass die Finanzierung der Sportstiftung auf höchst tönernen Füßen steht. Oder haben Sie schon die Hilferufe von Herrn Speck vergessen?

Außerdem wollen Sie die duale Karriere fördern. Ich frage mich: Warum haben Sie dann den entsprechenden Antrag, den die SPD hier im Hause gestellt hat, abgelehnt? Wir fordern diese Förderung der dualen Karriere schon lange.

### (Beifall von der SPD)

Ihr Ansatz, auf Studiengebühren bei Spitzensportlern zu verzichten und auch eine Absenkung des Numerus clausus vornehmen zu wollen, ist richtig. Aber das wird nur halbherzig von Ihnen vorgenommen, denn die Entscheidung darüber überlassen Sie den Hochschulen. Wie das in der Praxis aussieht, das wissen wir, wenn man einmal von der Praxis der Deutschen Sporthochschule absieht. Wir wissen, wie die Entscheidungen an den Spitzen der Hochschulen aussehen.

Unsere Forderung nach mehr Beschäftigungsmöglichkeiten von Spitzensportlern im Dienste des Landes NRW ist zwar nicht neu, aber aktueller denn je. Nur von Ihnen hört man zu dieser Thematik gar nichts.

Ich glaube deshalb, dass die Landesregierung gut beraten wäre, einen Runden Tisch einzurichten, wo in Gesprächen mit der Wirtschaft gemeinsame Finanzierungsformen entwickelt werden. Bisher hat der Sportminister übrigens meine Anregung, Gespräche mit der Wirtschaft zu führen, abgelehnt. Das ist nachzulesen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir.

Herr Dr. Wolf, ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie dieses weiterhin ablehnen, dann wird es in Zukunft keine schönen Fotos mit Spitzensportlern und Ihnen mehr geben. Das wäre schade. Ich gönne es Ihnen.

(Beifall von der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Ich nicht, aber egal!)

Ich muss zum Schluss kommen. Der Präsident war schon sehr großzügig. Man könnte noch vieles zu diesem Tagesordnungspunkt sagen. Ich bedauere, dass nur so wenig Zeit zur Verfügung steht. Wir werden uns deshalb auf die Diskussion im Sportausschuss fokussieren, Herr Vorsitzender. Ich bin ganz sicher, dass Sie uns die nötige Gelegenheit und die nötige Zeit geben werden, um dort alles in großer Breite zu diskutieren. Ich freue mich weiterhin auf diese Diskussion. – Ganz herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Clauser.

Hans-Dieter Clauser (CDU): Herr Präsident! Meine lieben am Sport interessierten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Sie, liebe Gäste, hätten im Übrigen zurzeit die Mehrheit, wenn Sie mit abstimmen dürften. Herzlich willkommen!

(Günter Garbrecht [SPD]: Die Mehrheit hätten wir!)

Zum Antrag der SPD erlaube ich mir zunächst eine Vorbemerkung: Der von der SPD vermutete negative Trend, lieber Kollege Peschkes, ist im Bereich des Spitzensports für mich nicht so leicht erkennbar. Unsere deutschen Athletinnen und Athleten waren zu Höchstleistungen beflügelt und haben die Menschen in unserem Land mit Stolz erfüllt. Millionen Bürgerinnen und Bürger konnten die sportlichen Er-

folge am Fernseher hautnah miterleben. Sie konnten erleben, dass sich Deutschland und insbesondere das Sportland NRW im sportlichen Wettstreit erfolgreich behauptet haben. Ein Drittel der in Peking von Deutschen gewonnenen Medaillen haben nordrhein-westfälische Sportlerinnen und Sportler errungen.

Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion ist, wie ich noch im Einzelnen darlegen werde, ohne Substanz und inhaltlich überflüssig, bietet aber – ich vermute, das ist eher unbeabsichtigt – eine hervorragende Gelegenheit, sowohl den Athleten der Olympiade als auch den Sportlern der Paralympics aufs Herzlichste zu gratulieren.

### (Beifall von CDU und FDP)

Die erkämpften Medaillen und Platzierungen erlauben auch für die Zukunft ein großes Maß an Zuversicht. Ich freue mich schon heute, den Athleten diese Glückwünsche auch anlässlich der Medaillenfeier in der kommenden Woche persönlich überbringen zu können.

Nun zum Inhalt des vorliegenden Antrags. Ich sagte schon in der Einleitung: Der Antrag ist gut gemeint, dem Grunde nach fehlt jedoch jegliche Diskussionsgrundlage. Warum ist er überflüssig? – An einigen Beispielen möchte ich meine vernichtende Einschätzung belegen.

Ein Beispiel ist die im Antrag geforderte Einrichtung eines runden Tisches. Auf Nachfrage beim LSB und im Innenministerium – also bei sorgfältiger Recherche – stellt man fest: Am 4. August dieses Jahres hat der Innenminister still, aber sehr erfolgreich mit dem Landessportbund eine Kooperation für den Leistungssport in Nordrhein-Westfalen unterzeichnet

(Britta Altenkamp [SPD]: Das war so still, das hat wirklich keiner gemerkt!)

In der umfassenden Vereinbarung wird die Organisation des Leistungssports unter Einbeziehung des Landessportbundes dargelegt. Sie beschreibt die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Landessportbund, den Innenministerien, den Leistungszentren, dem Olympiastützpunkt und last but not least der Sportstiftung.

Auch die in Ihrem Antrag geäußerte Befürchtung einer Lücke in der Förderlandschaft entbehrt jeglicher Grundlage. Natürlich ziehen sich bisweilen Sponsoren aus einem Sportbereich zurück, um dann aber wiederum an anderer Stelle einen neuen sportlichen Schwerpunkt zu setzen und diesen auch zu fördern.

Mit Ihrem Antrag regen Sie die Förderung des Nachwuchsleistungssports an. Dies geschieht schon längst durch die Einrichtung von fünf Sportschulen in NRW. In diesem Zusammenhang verweise ich erneut auf den bereits angesprochenen Kooperationsvertrag. Dort finden Sie die Antwort auf Ihre Fragen.

Bei der Umsetzung des Nachwuchsleistungssportkonzepts 2012 des DOSB übernimmt im Übrigen das Innenministerium – ich zitiere – nebst dem LSB eine Koordinations- und Führungsfunktion sowie die zentrale Verantwortung für die finanzielle Ausstattung von Leistungszentren, Trainern und Trainerinnen, sportmedizinischen Untersuchungen und sonstigen strukturstützenden Maßnahmen.

Zum Antrag der SPD fällt mir noch eine nette kleine Metapher ein, die Sie vielleicht noch aus Ihren Kindertagen kennen, nämlich die Geschichte der Gebrüder Grimm vom Hasen und dem Igel. Hier sehe ich durchaus Parallelen zu Ihrem Antrag vom 9. September und zur Erledigung durch die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages durch den Innenminister am 4. August dieses Jahres und vielen weiteren Aktivitäten der Landesregierung.

Mein Fazit: NRW ist das Sportland Nummer eins. In Deutschland wird es das auch bleiben. Die Landesregierung bleibt am Ball und wird von der bürgerlichen Koalition in ihrem Tun ohne Einschränkung unterstützt.

Dem Antrag auf Überweisung des Antrags an den Sportausschuss stimmen wir natürlich zu. Auf die dann sicherlich noch umfänglichere Debatte freue ich mich schon heute. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Clauser. – Als Nächstes hat für die FDP-Fraktion Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein Antrag der SPD vor, der sich mit Spitzensport und Olympia befasst und der alles andere, lieber Herr Peschkes, als medaillenreif ist. Sie wissen ganz genau: Die Förderung des Nachwuchsleistungs- und Spitzensports in Nordrhein-Westfalen wurde kontinuierlich verbessert und wird auch in Zukunft gemeinsam mit allen Beteiligten gestärkt.

Sportlerinnen und Sportler aus Nordrhein-Westfalen haben bei Olympia sehr gut abgeschnitten. 15 statt der 14 Medaillen zuvor! Sechsmal Gold statt dreimal Gold zuvor! Der Kollege der CDU sagte es bereits: Ein Drittel aller Medaillen wurde von Sportlern aus Nordrhein-Westfalen gewonnen.

Meine Damen und Herren, der Sport hat für die Landesregierung und die Koalition einen sehr hohen Stellenwert. Das lässt sich anhand vieler einzelner Bausteine darstellen. Alle kann ich hier gar nicht nennen. So viel Redezeit steht mir nicht zur Verfügung.

Im Bereich der Polizei ist die sportliche Förderung wesentlich optimiert worden.

13 Hochschulen sind Partnerhochschulen des Spitzensportes bzw. haben eine Kooperation mit einem Olympiastützpunkt. 49 der 107 NRW-Olympiateilnehmer waren Studenten.

Im Verbundsystem Schule und Leistungssport wird die Nachwuchsarbeit unterstützt. Dort können künftig Stellen auch mit Diplomsportlern und Sportwissenschaftlern besetzt werden. 29 zusätzliche Lehrerstellen werden geschaffen. Wir etablieren neben den drei bestehenden zwei weitere Sportschulen, die auch der Nachwuchsförderung dienen.

Die Sportstiftung, jährlich vom Land mit 3,5 Millionen € gefördert, unterstützt die Spitzensportler ganz wesentlich. Das Projekt "momentum" und die Olympiastützpunkte fördern konsequent und mit hohem wissenschaftlichem Know-how den Spitzensport.

Die Landesregierung ist mit den Verbänden und der Wirtschaft in ständigem Kontakt. Das bleibt auch so. Solche Gespräche müssen aber nicht immer im Blitzlicht der Öffentlichkeit stehen, sondern werden auch manchmal in aller Stille, aber dafür zielorientiert, geführt. Man braucht dafür auch nicht den zehnten runden Tisch, denn die Gespräche finden ja längst statt.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Koalition beurteilt die Sachlage so, wie ich Sie Ihnen gerade darstelle. Es gibt auch neutrale Stimmen. Nehmen wir Walter Schneeloch, den Präsidenten des Landessportbundes, mit einem Zitat vom 26.08.2008: "Wir haben für Deutschland mehr als ein Drittel aller Medaillen erkämpft. Das heißt: Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Sportland Nummer eins." So bilanzierte Walter Schneeloch die Olympischen Spiele aus NRW-Sicht. "Die Ergebnisse von Peking zeigen, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Leistungssport schon auf dem richtigen Weg sind." Diesem Zitat von Walter Schneeloch ist nicht viel hinzuzufügen. Denn die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Sinne des Spitzensports und auch der nächsten Olympiade in London läuft hervorragend.

Natürlich stimmen wir einer Überweisung an den Sportausschuss zu. Neue Argumentationen erwarte ich dort allerdings nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir Grüne stehen zum Leistungs- und Spitzensport. Es ist völlig klar: Wenn wir weiter auf einem hohen Niveau im Leistungs- und Spitzensport bleiben wollen, brauchen wir eine

gute, eine optimal aufgestellte Nachwuchsförderung.

Allerdings – auch das müssen wir feststellen – hat die Vorbildfunktion von Spitzensportlerinnen und - sportlern gelitten. Das liegt natürlich an den vielen Dopinggeständnissen der letzten Zeit. Das bedeutet, dass die Vorbildfunktion gerade auch bei jungen Leuten stark leidet. Aber aller kritischen Begleitumstände zum Trotz bleiben doch die sportlichen Leistungen der Athletinnen und Athleten in Peking natürlich beeindruckend.

Wir sollten aber nicht nur auf den Medaillenspiegel, nicht nur auf die Ergebnisse und die Anzahl der gewonnenen Medaillen sehen. Ein vierter Platz bei den Olympischen Spielen ist ein großartiges Ergebnis, und auch der fünftbeste Schwimmer der ganzen Welt zu sein, ist eine vorbildliche Leistung,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn sie denn ohne Doping zustande gekommen ist. Das ist wesentlich.

Meine Damen und Herren, auch wir Grüne sehen, dass von Zeit zu Zeit die Konzepte der Nachwuchsförderung im Spitzensport überprüft werden müssen. Wir müssen uns fragen: Sind unsere Konzepte noch zeitgemäß und effizient? Müssen wir mehr konzentrieren oder mehr professionalisieren? Wie sieht das Zusammenspiel von Landessportbund und seinen Fachverbänden mit den Olympiastützpunkten und mit der Sportstiftung aus? Was kann weiter verbessert werden, oder muss es gar radikale Schritte geben?

Es gilt, das Ergebnis der Olympischen Spiele in Peking differenziert zu betrachten. Es gibt mehr her als das, was jetzt von der Landesregierung schöngeredet wird.

Herr Clauser, ich muss schon sagen: Sich einfach hierhin zu stellen – die FDP-Fraktion hat das genauso gemacht – und zu erklären, wir waren in Peking super, wir können alle stolz sein, immer weiter so, das ist dann doch ein bisschen kurz gesprungen. Wir wissen genau, dass gerade der Leistungssport auf die optimale Nachwuchsförderung angewiesen ist. Sie sollten einmal mit den Fachleuten vom Landessportbund sprechen, die ganz klare und auch modifizierte Konzepte haben, was da noch zu tun ist. Es wird im Sportausschuss am Dienstag intensiver über diese Fragen zu sprechen sein.

Aber eins ist völlig klar: Der Rückzug von Großsponsoren schafft Unsicherheit. Die Lücken wird man nicht alle mit lokalem Sponsoring schließen können. Das wissen wir. Auch hier mehr zu tun, kann nicht schaden und kann eine engere Verbindung zwischen der örtlichen Wirtschaft und dem Leistungssport schaffen.

Es bleibt aber zu klären, wer denn die Ausfälle durch Sponsorenrückzuge auffängt, wenn wesentliche Bestandteile unserer Nachwuchsförderung betroffen sind und weitere Leistungsrückgänge folgen. Gilt dann auch hier "Privat vor Staat"? Ein größeres Angebot der Wirtschaft kann man aber nicht erzwingen. Schon bei der NADA – das wissen wir – hat das nicht geklappt.

Meine Damen und Herren, der Frage, ob NRW in der Nachwuchsförderung optimal aufgestellt ist, sollten sich alle stellen, die hier Verantwortung tragen. Nachdenkenswerte Punkte, etwa Sportfördergruppen bei der Polizei einzurichten, sollten wir dabei ergebnisoffen prüfen. Wir fordern an dieser Stelle schon einmal vorsorglich die Beteiligung der Fachleute des Landessportbundes und der Fachverbände ein.

Wir stimmen natürlich der Überweisung an den Fachausschuss zu und hoffen auf eine konstruktive und sachliche Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung hat der Sportminister, Herr Dr. Wolf, das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herzlichen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, wir haben mit einem Drittel der Medaillengewinner für NRW ein hervorragendes Ergebnis. Wir können uns aber auch über ein anderes gutes Ergebnis freuen, Herr Peschkes: 62 % der NRW-Athleten belegten einen Platz unter den ersten zehn, gehörten also zu den besten zehn während der Olympischen Spiele. Das zeigt, dass unsere Athletinnen und Athleten sich das Motto "Nicht nur teilnehmen, sondern auch zur Spitzengruppe gehören" zu eigen gemacht haben.

Nicht alles ist Gold, das ist klar. Das haben wir alle gemeinsam festgestellt. Aber es ist auch festzustellen, dass die Leistungsdichte in vielen Sportarten unglaublich zugenommen hat. Wenn Zehntelsekunden oder Hundertstelsekunden schließlich entscheiden, sieht man auch, dass Glück, Fortune, dazugehört, um am Ende die begehrte Medaille zu holen.

Entscheidend ist, dass unsere Athletinnen und Athleten, ihre Trainer und Betreuer, die Vereine und Verbände das im Kern bewältigt haben. Ich glaube allerdings auch – das werde ich gleich noch darlegen –, dass das Land Nordrhein-Westfalen in seiner sportlichen Ausrichtung hierzu beigetragen hat.

Was den SPD-Antrag betrifft, so ist richtig festgestellt worden, dass er viele bekannte Positionen enthält, aber eher unvollständig ist und den geforderten Maßnahmen in der Entwicklung hinterherhinkt. Letztendlich ist er aus meiner Sicht auch entbehrlich.

Runde Tische, meine Damen und Herren, sind kein Allheilmittel, vor allen Dingen, wenn die Betroffenen schon längst an einem Tisch sitzen.

Die Landesregierung arbeitet zur Sicherung und Förderung der Nachwuchs- und Leistungssportbedingungen nach einem klaren Konzept. Ich glaube, das ist in den letzten drei Jahren nach der Regierungsübernahme sehr deutlich geworden.

Wir haben das Deutsche Forschungszentrum für Leistungssport unterstützt und mitbegründet.

Wir haben drei neue Sportschulen bereits eingerichtet, und zwei kommen noch dazu. Ich empfehle, sich vor Ort anzuschauen, mit welchem Engagement dort in der Breite sportmotorische Tests durchgeführt werden und junge Menschen mit großer Freude dem Sport nachgehen. Das ist Potential für die Zukunft. Ich glaube, alleine das ist es wert, dass wir uns hier besonders engagieren.

Wir haben auch die Fördermöglichkeiten für Spitzensportler bei der Polizei verbessert. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. So ist völlig klar, dass man bei der Polizei heute eine Regelung hat, nach der die Kader-Athleten die Ausbildung bis zu fünf Jahre verlängern können, um Trainings- und Wettkampfanforderungen erfüllen zu können.

Ähnliches gilt bei der Sportförderung an Hochschulen. Wir brauchen duale Karrieren. Das fängt an in der Sportschule oder in der Schule und endet hinterher in der Hochschule. 13 Hochschulen haben bereits Beitragsermäßigungen respektive Beitragsabschaffungen vorgesehen. Das kann sich sehen lassen. Wir wollen das in der Freiheit der Hochschulen lassen. Wir sehen, sie gehen verantwortungsvoll damit um.

Der runde Tisch – ich habe es bereits gesagt – ist völlig überflüssig, denn wir haben eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die Sie, Frau Asch, genannt haben, mit uns zusammen in eine gemeinsame Verantwortung genommen hat. Wir besprechen alles – das ist doch völlig klar –, was im Land umgesetzt werden soll, mit dem Landessportbund und mit der Sportstiftung. Das geht nur gemeinsam auf einer Schiene.

Gezielte Gespräche mit der Wirtschaft sind ständig dabei. Wir wollen versuchen, dass wir möglichst viele für ein sportliches Engagement gewinnen. Ich kann immer nur wieder feststellen, gerade auch in Zusammenhang mit den Sportschulen, dass dann, wenn ein entsprechender lokaler oder regionaler Bezug da ist, sich durchaus Sponsoren bereitfinden, gemeinsam mit Vereinen, gemeinsam mit Schulen in ein Netzwerk zu gehen. Das ist natürlich der Nukleus für eine erfolgreiche Sportförderung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich feststellen, dass wir uns in allem noch ein Stück mehr anstrengen können. Das wollen wir auch tun. Wir werden nicht nachlassen, weiterhin das Sportland

Nummer eins sein zu wollen und das Ganze von den Ergebnissen her noch besser zu gestalten. Wir haben große Projekte vor uns: die nächsten Olympischen Spiele, aber auf dem Wege dahin viele Europa- und Weltmeisterschaften in vielen Sportarten. Da werden wir uns um einige Sportarten sicherlich stärker kümmern müssen. Das ist klar.

Am Ende ist in einer freiheitlichen Gesellschaft allerdings, Herr Peschkes, immer auch derjenige gefordert, der hinterher selber sein Leistungsvermögen richtig ausschöpfen möchte. Deswegen müssen wir animieren, stimulieren. Wir können am Ende aber kein System wollen wie in der DDR.

Insofern müssen wir versuchen, auf freiheitlicher Basis zu unterstützen und zu fördern, mit vielen Angeboten, mit vielen Förderungsmöglichkeiten, vor allen Dingen auch für die duale Karriere, damit man Sport und Ausbildung miteinander verknüpfen kann. Wir müssen versuchen, die Trainerausbildung zu verbessern, Ehrenamtlichkeit zu stärken – alles Dinge, die wir längst auf den Weg gebracht haben, um am Ende gute Ergebnisse zu holen und viele junge Menschen in Bewegung zu bringen. Da gehören Breitensport und Spitzensport sicherlich zusammen genannt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 14/7448 an den Sportausschuss. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand. Danke, damit ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

### 10 Kinder vor gefährlichem Spielzeug schützen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5783

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Drucksache 14/7335

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In NRW leben über zwei Millionen Kinder, die täglich mit Spielzeu-

gen in Berührung kommen. Wir alle wissen: Fehlerhaftes Spielzeug kann die Gesundheit und das Leben von Kindern gefährden. Laut Angaben des Europäischen Verbraucherzentrums spielen Kinder alleine in den ersten sechs Lebensjahren rund 15.000 Stunden.

Für Spielzeug geben Eltern im Jahr in Europa durchschnittlich 100 € aus. In Deutschland wird für 1 Milliarde € Spielzeug produziert und aus dem Ausland für ca. 2 Milliarden € importiert. Gut die Hälfte davon kommt aus China.

Der letzte Jahresbericht des EU-Schnellwarnsystems, das für Konsumenten gefährliche Produkte verzeichnet, weist eine Beanstandungsquote von 48 % bei Erzeugnissen aus China aus. Im Sommer des letzten Jahres wurden weltweit 21 Millionen bleibelastete und anderweitig gesundheitsschädliche Spielwaren aus chinesischer Produktion vom Markt genommen.

Aber, meine Damen und Herren, Verbraucherinnen und Verbraucher, gerade Kinder müssen sich darauf verlassen können, dass von der im Verkauf befindlichen Ware keine Gesundheitsgefahren ausgehen. Deshalb müssen die staatlichen Behörden, muss die staatliche Rahmensetzung dafür sorgen, dass die Kinder, dass die Menschen sorglos mit Spielzeug umgehen können.

### (Beifall von den GRÜNEN)

Jedoch verletzen unserer Meinung nach Bundesländer und die Bundesregierung ihre Kontrollpflichten und überlassen letztlich den Unternehmen durch interne Qualitätssicherungsmechanismen, darüber zu entscheiden, ob sichere und gefahrstofffreie Produkte auf den Markt kommen. Es ist auch Aufgabe des Landes, der Landesregierung und des Landtages, für sicheres Spielzeug zu sorgen –

### (Beifall von den GRÜNEN)

nicht in erster Linie, aber von dieser Ebene muss Druck ausgehen auf die Bundesebene und auf die EU-Ebene. Und zurzeit gibt es eine aktuelle Diskussion über eine EU-Richtlinie zum Spielzeug. Dazu hat eine Anhörung mit aus meiner Sicht erschreckenden Erkenntnissen stattgefunden.

Da berichtet beispielsweise der renommierte dänische Reproduktionsspezialist und Forscher Henrik Leffers den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, dass mittlerweile nachweisbar ist, dass durch Weichmacher über eine lange Zeit, auch wenn sie eigentlich schon verboten sind, die Reproduktionsfähigkeit, sprich die männlichen Geschlechtsorgane, beeinträchtigt werden können, dass die Zeugungsfähigkeit durch Kinderspielzeug bei erwachsenen Männern beeinträchtigt werden kann. Er hat Untersuchungsreihen über einen solchen langen Zeitraum vorgelegt.

Er kommt zu der Erkenntnis, dass teilweise der Gehalt von Weichmachern im Blut von Kindern höher

sei als bei Versuchsratten. Solche Ergebnisse müssen uns erschrecken und müssen dazu führen, hier stärker reglementierend einzugreifen.

Die jetzt in der Diskussion befindliche EU-Richtlinie zeigt noch an einem anderen Punkt ein Problem auf. Bisher gab es ein Messverfahren, bezogen auf Schwermetalle – Quecksilber, Blei, Chrom, Arsen etc.-, das sich an den Grenzwerten orientierte, wie viel Gramm vom Körper eines Kindes aufgenommen werden kann. Zukünftig soll sich der Grenzwert an Gramm pro Spielzeug, also an Gewichtsgramm orientieren. Dies führt dazu, dass der Grenzwert in einigen Bereichen erheblich nach oben geschoben wird. Auch das, meinen wir jedenfalls, sollte von der Landesebene in die Diskussion eingebracht werden.

Aber wir sind auch der Meinung, dass hier in Nordrhein-Westfalen durch verstärkte Kontrollen, durch eine Verstärkung der Kontrollhäufigkeit und des Personals Vorsorge betrieben werden sollte. Es geht eben nicht nur darum, Stichprobenuntersuchungen durchzuführen, sondern auch darum, systematisch die Qualitätssicherung an sich sowie die Qualität der Produkte zu untersuchen.

### (Beifall von GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten im freiwilligen Bereich, mit den Herstellern und den Händlern entsprechende Gespräche auch über die Qualitätssiegel zu führen. Das Qualitätssiegel QS, das es derzeit gibt, ist aus unserer Sicht nicht ausreichend.

In diesem Sinne bedauere ich, dass unser Antrag im Ausschuss keine Mehrheit gefunden hat. Vielleicht ergibt sich aber heute noch hier die Chance, das zu revidieren. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kaiser.

(Svenja Schulze (SPD): Lassen Sie uns abstimmen!)

Peter Kaiser (CDU): Das machen wir gleich, Frau Schulze. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wer Kinder, vor allem Kleinkinder, beim Spielen beobachtet hat, der weiß, mit wie viel Freude und auch Speichel sie das Spielzeug in den Mund nehmen, um es zu begreifen. Es versteht sich aus unserer Sicht von selbst, dass für Kinderspielzeug – wie Herr Remmel schon sagte – hohe Sicherheitsstandards gelten müssen, dass hier auch Lebensmittelrichtlinien Anwendung finden müssen, weil das Spielen bei Kleinkindern eben zum großen Teil über den Mund erfolgt.

In einem seltenen Schulterschluss hat der Bundestag am 8. Mai dieses Jahres auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD einen umfangreichen Entschließungsantrag zur Sicherheit von Spielzeug – unter anderem auch die Forderung nach Beibehaltung des nationalen GS-Prüfzeichens – mit Zustimmung auch der Oppositionsfraktionen, Herr Remmel, beschlossen. Das begrüßen wir hier in Nordrhein-Westfalen ganz ausdrücklich.

Im Zusammenhang mit der für die Verbraucherinnen und Verbraucher notwendigen Transparenz verweise ich auf das Verbraucherinformationsgesetz, das wenige Tage zuvor, am 1. Mai 2008, in Kraft getreten ist und auch die Informationsrechte in Bezug auf Kinderspielzeug gestärkt hat.

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, dass die Regelungen pünktlich in Kraft treten, um für die Behörden im Land Anwendung finden zu können. Wir beharren auf unserem bewährten deutschen Prüfzeichen GS für "Geprüfte Sicherheit". Dieses Zeichen darf erst dann auf Spielzeug angebracht werden, nachdem eine zugelassene unabhängige Prüfstelle untersucht hat, ob die europäischen Sicherheitsnormen und die Bestimmungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches eingehalten werden und ob die Artikel ausreichend strapazierfähig sind.

Die Konferenz der Verbraucherschutzminister hat für die Spielzeugrichtlinie die Verpflichtung vorgesehen, den Überwachungsbehörden zu jedem Spielzeug eine Gefahrenanalyse vorzulegen. Diese Analyse wird schon jetzt von der Industrie im Rahmen der Entwicklung und Vermarktung neuer Erzeugnisse durchgeführt und hat sich bewährt. Neben dem Beibehalten des GS-Zeichens werden Spielzeuge schon heute stichprobenartig von der Lebensmittelüberwachungsbehörde auf chemische Gefahren und von der Bezirksregierung auf physikalische und mechanische Mängel kontrolliert.

Die intensive Arbeit am wichtigen Thema "Sicheres Kinderspielzeug" durch die Verbraucherschutzministerkonferenz und der eben erwähnte Antrag der Koalitionsfraktionen, den der Bundestag am 8. Mai dieses Jahres auf Empfehlung des Wirtschaftsausschusses einstimmig beschlossen hat, zeigen, dass das Thema auf Bundesebene mit Volldampf behandelt wird. Wir sind der Meinung, dass dies im Bund und damit länderübergreifend auf der geeigneten Ebene angesiedelt sein muss. Bei uns in Nordrhein-Westfalen werden wir dies in bewährter Manier begleiten und umsetzen. Herr Remmel, wir lehnen Ihren Antrag erst einmal ab. – Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel?

Peter Kaiser (CDU): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben schon im Ausschuss auf diesen gemeinsamen Antrag, der mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und den Linken – nicht mit den Stimmen der Grünen – verabschiedet worden ist, hingewiesen. Sind Sie mit mir der Meinung, dass sich der Antrag ausschließlich mit europäischen Fragen beschäftigt, aber nicht damit, was in den Ländern der Bundesrepublik getan werden müsste, und dass er insofern an der Sache vorbeigeht?

Peter Kaiser (CDU): Herr Remmel, Sie hatten das europäische Gütesiegel angesprochen. In Deutschland haben wir das GS-Zeichen, für das freiwillig geprüft wird. Wenn man einen gemeinsamen Antrag erarbeitet, sollte man, glaube ich, Sorge dafür tragen, dass dieses Gütesiegel auch auf europäischer Ebene umgesetzt wird.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion Frau Wiegand.

Stefanie Wiegand (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, dass mir das gesamte Ausmaß der Gefährdung unserer Kleinsten durch Spielzeug zu Beginn der Diskussion noch nicht so bekannt war. Erst durch die Gespräche mit verschiedenen Experten und weitere Recherchen erschloss sich mir die gesamte skandalöse Situation.

Es geht nicht nur darum, dass beim Spielzeug Grenzwerte bestimmter Chemikalien leicht überschritten werden - nein, es geht teilweise um Grenzwertüberschreitungen um mehr als das Einhundertfache. Dabei handelt es sich um Chemikalien, die krebserregend, erbgut- und fortpflanzungsschädigend sein können. Diverse Untersuchungen aus Großbritannien schließen einen Zusammenhang von Weichmachern mit dem plötzlichen Kindstod nicht aus. Dabei haben Eltern praktisch keine Möglichkeit zu verhindern, dass ihre Kinder mit derartigem Spielzeug spielen. Schließlich zeigt der RAPEX-Index der Europäischen Kommission – das ist das Schnellwarnsystem der EU für alle gefährlichen Konsumgüter -, dass hochwertige Spielzeuge genauso betroffen sein können wie Billigimporte, Holzspielzeuge ebenso wie Plastikprodukte, Chinaimporte ebenso wie Spielzeug made in Germany.

Ich bin schier entsetzt und furchtbar wütend, wie leichtfertig die Landesregierung mit der Gesundheit unserer kleinen Kinder umgeht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sage ich nicht nur als Oppositionspolitikerin, das sage ich als Mutter eines kleinen Kindes, einer kleinen Tochter, die in einem Alter ist, in dem alles, aber auch wirklich alles in den Mund wandert und dort untersucht wird.

Verbraucherschutzminister Uhlenberg schreibt in Vorlage 14/1835 vom 4. April 2008:

Die Neuorganisation und damit einhergehende Bündelung der chemischen Untersuchungsämter stellt sicher, dass die Überwachung von Spielzeug weiterentwickelt und verbessert wird.... Aus diesen Gründen ... ist der Antrag abzulehnen

Wie kann es dann sein, dass ich noch in der vorletzten Woche in einem Geschäft eine Badeente für mein Kind in der Hand hatte, die seit der 20. Kalenderwoche auf dem RAPEX-Index der Europäischen Kommission steht? Seit 20. Kalenderwoche! Heute sind wir in Kalenderwoche 38. Als ich für heute eine solche Ente nachkaufen wollte, habe ich erfahren, dass sie noch bis zur letzten Woche im Handel erhältlich war. Bis zur letzten Woche! Die Landesregierung hat also vier Monate gebraucht, um ein Spielzeug, das durch seine chemische Zusammensetzung im Verdacht steht, zu Unfruchtbarkeit zu führen, vom Markt zu nehmen vier Monate, in denen viele Kinder dieses Spielzeug bekommen haben!

Wie passend – dachte ich –, dass Gesundheitsminister Laumann heute Minister Uhlenberg vertreten würde. Okay. Ich schätze, nunmehr wird dazu gleich Kinder- und Jugendminister Laschet reden. Uns ist wichtig: Mit der Gesundheit kleiner Kinder spielt man nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Tun wir auch nicht!)

Dieses Themenfeld eignet sich nicht für Sparmaßnahmen und langsame Verbesserungsprojekte. Hier ist Gefahr im Verzug. Daher unterstützen wir von der SPD in großen Teilen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Wir brauchen dringend ein unabhängiges EU-Prüfzeichen wie das alte GS-Zeichen. Vor allem unterstützen wir die Forderung nach einer benutzerfreundlichen Internetplattform für besorgte Eltern. Wer sich im Internet auf den Seiten von LANUV und MUNLV umschaut, wird feststellen: Besorgte Eltern finden dort nichts!

Wir sind uns mit unserer Bundestagsfraktion einig darin, dass Spielzeuge, die von Kleinkindern in den Mund genommen werden können, den Lebensmittelbedarfsgegenständen gleichgestellt werden müssen. Bei der Sicherheit von Kindern darf es keine Kompromisse geben. Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass die Grenzwerte des Chemikalienrechts oft tausend Mal höher sind als die für Lebensmittel. Schließlich ist Spielen für kleine Kinder genauso essenziell wie Essen und Trinken.

Die gelebte Praxis in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass der Schutz unserer Kinder vor gefährlichem Spielzeug noch in den Krabbelschuhen steckt. Sorgen Sie nun schnell dafür, dass die Sicherheit unserer Kleinsten bald das Laufen lernt und auf festen Füßen steht! Wir erwarten, dass Sie sich – wenn Sie den Antrag gleich aus politischen Gründen ablehnen – doch zumindest den Inhalt des vorliegenden Antrags zu Herzen nehmen. Das gilt für das Verbraucherschutzministerium gleichermaßen wie für den Gesundheitsminister und das für Kinder, Jugend und Familie zuständige Ministerium. Dieses Thema ist zu wichtig, als dass es als politische Spielwiese genutzt werden darf. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollege Wiegand. – Als Nächster spricht Herr Kollege Ellerbrock von der FDP.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wiegand, Ihre letzte Aussage ist eine der wenigen Ihres Beitrags, denen ich zustimme. Das Problem des Gesundheitsschutzes für Kinder ist zu wichtig, um zu einem politischen Spielball zu werden. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, anders als Sie – das fand ich in Ihrem Beitrag so schlimm – unterstelle ich hier jedem, den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen wie auch denen von der SPD, von der CDU und uns, dass wir uns in Folgendem einig sind: Der Schutz unserer Kinder ist uns wichtig, Kinder sind unsere Zukunft, wir nehmen die Gesundheit unserer Kinder ernst und werden uns daran orientieren. – Das nehme ich jedem von Ihnen selbstverständlich ab. Sonst wäre hier überhaupt keine Basis für eine Zusammenarbeit gegeben.

Allerdings stimmt gerade an Ihrem Beitrag, Frau Wiegand, aber auch an Ihrem Beitrag, Herr Remmel, nachdenklich, dass Sie auf Bundesebene gemeinsam und einstimmig ...

(Widerspruch von Johannes Remmel [GRÜ-NE])

 Ich habe nachgeschaut. Soweit ich recherchiert habe, haben sich die Grünen im Ausschuss enthalten, bei der Abstimmung im Plenum des Deutschen Bundestages aber zugestimmt.

(Widerspruch von Johannes Remmel [GRÜ-NE])

 Das habe ich so gelesen. Aber gut. Dann nehme ich Sie aus. Zumindest hat eine breite Mehrheit zugestimmt.
 Sich heute hier hinzustellen und unverfroren zu sagen, es sei schuld der Landesregierung und man sei entsetzt, wenn man in Berlin selbst den Schlüssel zur Problemlösung in der Hand hatte, das halte ich allerdings für ein starkes Stück Heuchelei.

(Beifall von FDP und CDU)

Das steht in völligem Widerspruch zu dem, was Sie vorher gesagt haben: dass der Schutz der Kinder nicht zum politischen Spielball werden darf. Das ist Heuchelei. Das finde ich unmöglich.

Meine Damen und Herren, im Endeffekt müssten Sie – nachdem Sie selbst auf Bundesebene versucht hatten, das Problem zu lösen – dazu kommen, diesen Antrag als obsolet zu erklären und zurückzuziehen. Das wäre in Ordnung.

Zu der Bemerkung des Kollegen Remmel, ein dänischer Wissenschaftler habe belegt, dass Weichmacher in Spielzeugen das genetische Reproduktionspotenzial verändern könnten: Auf Bundesebene ist zumindest mit den Stimmen von FDP, Linken, SPD und CDU/CSU verabschiedet worden, dass ein Verbot von krebserregendem Erbgut und fortpflanzungsschädigenden Stoffen anzustreben sei und man sich dafür einzusetzen sollte, dass das Vorsorgeprinzip angewandt werde, weil sich das Risiko durch eine wissenschaftliche Bewertung nicht mit hinreichender Sicherheit bestimmen lasse. - Darin steckt doch dieser Gedankengang. Aber Sie, Frau Wiegand, sagen hier, das alles sei leichtfertig. Nehmen Sie das doch erst einmal für Ihre eigene Fraktion in Berlin mit, bevor Sie hier irgendetwas fordern.

Die Kontrolle muss natürlich – das war ja die Forderung vom Kollegen Remmel – systematisch und – das ist der neue Ansatz dieser Landesregierung, den ich begrüße – auch risikobasiert sein. Ich kann nicht neben jedes Produkt einen Lebensmittelkontrolleur stellen. Ich muss wissen: Welche Produkte sind gefährlich, welche sind erbgutschädigend? Entsprechend dieser Risikoeinschätzung muss ich die Kontrollen vornehmen. Das läuft, und das finde ich auf

Aber über Ihren Beitrag, Frau Kollegin Wiegand, bin ich wirklich enttäuscht. Der ist an Heuchelei nicht zu überbieten. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte im Namen des Kollegen Uhlenberg für die gesamte Landesregierung deutlich machen, dass die Landesregierung einen umfassenden Schutz von kleinen Kindern vor unsicherem Spielzeug für unabdingbar hält und stets an Verbesserungen mitwirkt. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zahl der

Meldungen zu gefährlichem Spielzeug im europäischen Schnellwarnsystem in letzter Zeit zugenommen hat.

Derzeit wird das europäische Spielzeugrecht erneuert, um die Sicherheit von Spielzeug zu erhöhen. Die Landesregierung ist an der Erarbeitung des deutschen Standpunktes hierzu aktiv beteiligt.

Mit der Neufassung soll der Verbraucherschutz auch im Hinblick auf chemische Risiken, zum Beispiel durch allergene Duftstoffe, und die Belastung des kindlichen Organismus mit chemischen Elementen verbessert werden.

Herr Kollege Ellerbrock hat darauf hingewiesen: Aus meiner Sicht ist die Übertragung von Verantwortung auf alle Wirtschaftsbeteiligten – auf Hersteller, Importeure und Händler – positiv hervorzuheben.

Abgesehen von den Bestrebungen nach Sicherheit auf europäischer Ebene wurden auf Initiative der Landesregierung in diesem Jahr die Grenzwerte für krebserzeugende Stoffe – wie Nitrosamine in Luftballons und Spielzeug – in der deutschen Bedarfsgegenständeverordnung festgelegt. Damit wurde eine Sicherheitslücke geschlossen, die durch die Untersuchung der amtlichen Lebensmittelüberwachung aufgefallen war.

Spielzeuge werden bereits stichprobenartig amtlich kontrolliert: von der Lebensmittelüberwachung der Kreisordnungsbehörde auf ihre stoffliche Beschaffenheit und von den Bezirksregierungen auf physikalische und mechanische Mängel. Das sind stichprobenartige Untersuchungen.

Frau Wiegand, deshalb ist es nicht redlich, wenn Sie hier sagen, Herr Uhlenberg lasse es zu, dass in der 38. Kalenderwoche noch in irgendeinem Geschäft eine belastete Spielzeugente liege. Sie wissen genau, dass hier stichprobenartig gearbeitet wird. Es hat 1.200 Untersuchungen gegeben. Das sind 30 % mehr als in den Jahren, als Sie hier die Regierungsverantwortung getragen haben. Insofern weise ich die Behauptung zurück, dass sich der Kollege Uhlenberg nicht genügend um die Sicherheit von Spielzeug kümmert. Das ist unseriös!

(Beifall von der CDU)

Die Zahl unserer Eingriffe hat sich gegenüber den Vorjahren um 30 % erhöht, womit der gestiegenen Zahl von Schnellwarnungen und Firmenrückrufen, insbesondere von chinesischem Spielzeug, Rechnung getragen wurde.

Auf Betreiben der Landesregierung wurden wegen des Verdachts auf risikobehaftete Importware in einer Schwerpunktaktion insbesondere Importeure in Nordrhein-Westfalen kontrolliert.

Die Neuorganisation und die damit einhergehende Bündelung der chemischen Untersuchungsämter stellen sicher, dass zum Beispiel infolge der Spezialisierung der Ämter die Überwachung von Spielzeug weiter verbessert wird.

Auch eine Abstimmung der amtlichen Kontrollen mit den anderen Bundesländern findet bereits statt. Im Rahmen sogenannter bundesweiter Überwachungsprogramme werden Schwerpunktthemen über die Landesgrenzen hinweg bearbeitet.

Sie haben gesagt, auf der Internetseite des Umweltministeriums würden Sie nichts zu diesem Thema finden. Auch das ist falsch: Es gibt von dort eine Verlinkung zu der Seite des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – exakt unter dem Stichwort Verbraucherwarnungen –, wo über gefährliche Produkte und über Rückrufe der Firmen informiert wird. Sie müssen nur einmal auf die Internetseite gehen und die Verlinkung anklicken; dann haben Sie all die Informationen, von denen Sie eben hier behauptet haben, Sie hätten sie nicht.

### (Zuruf von Stefanie Wiegand [SPD])

Das deutsche GS-Zeichen ist ein Symbol für sicheres Spielzeug. Es wird im Gegensatz zum CE-Zeichen von unabhängigen, staatlich anerkannten GS-Prüfstellen vergeben, die das Produkt und deren Hersteller kontrollieren. Da es somit zu einem höheren Vertrauen in die derart gekennzeichneten Produkte berechtigt, ist es gerade für die Verbraucher eine wichtige Orientierungshilfe.

Herr Kollege Uhlenberg beabsichtigt, sich im Rahmen der nächsten Verbraucherschutzministerkonferenz für ein dem GS-Zeichen entsprechendes Zeichen auf europäischer Ebene einzusetzen. Nordrhein-Westfalen ist eines der Länder, das darauf drängt, dass es endlich zu diesem Kennzeichen kommt.

Da sich die Landesregierung aus den dargestellten Gründen bereits in diesen Fragen engagiert und da sich die Verbraucherschutzministerkonferenz bereits intensiv mit dieser Thematik beschäftigt, ist keine eigene Entschließung des Landtags erforderlich

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7335**, den Antrag Drucksache 14/5783 abzulehnen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall

(Zurufe von der SPD: Mehrheit! Hammelsprung! – Heiterkeit von der SPD – Weitere Zurufe von der SPD)

– Manche in diesem Hohen Hause mögen sich das so vorstellen. Aber wir haben das jetzt gemeinsam abgeschätzt. Die Mehrheit hat es auch diesmal geschafft zusammenzukommen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Zurufe)

- Aber es scheint die Freude zu steigern.

(Heiterkeit)

Wir kommen zu:

11 Gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung stärken – "Bildungsgipfel" darf kein Kaffeekränzchen werden

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7456

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während jetzt einige zum Kaffeekränzchen gehen, möchten wir mit Ihnen über eine Sache diskutieren, die die Kanzlerin in letzter Zeit immerhin zur Chefinnensache gemacht hat, sehr zum Leidwesen der Ministerpräsidenten – auch unseres Ministerpräsidenten, der wieder einmal nicht anwesend ist –, nämlich zur Bildungspolitik. Ich zitiere aus der "Financial Times Deutschland" vom 22. August 2008:

Wenn Merkel jetzt auf Bildungsreise geht, hat sie ihre größten Kritiker immer im Schlepptau – die gastgebenden Ministerpräsidenten: Nach Koch ist es Jürgen Rüttgers ("Man darf nicht glauben, dass uns zentralistische Lösungen weiterhelfen"),

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

später Günther Öttinger ("Das mit dem Bildungsgipfel ist keine gute Idee"), schließlich Günther Beckstein ("Entschiedener Widerstand").

Was die Ministerpräsidenten von drei nicht ganz unwichtigen Bundesländern vom Vorhaben der Kanzlerin halten, finde ich so bemerkenswert, dass man es hier einmal festhalten sollte.

Es ist festzustellen, dass die Kanzlerin die Bildungsrepublik ausruft, obwohl sie eine Königin ohne Land ist; denn der Bund hat auf Betreiben von FDP, CDU und SPD

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

die Kompetenz in der Bildung zentralstaatlich völlig verändert.

Ehe ich mich gleich noch einmal melde – ich finde es sehr wichtig, dass sich das größte Bundesland mit dieser Frage beschäftigt, absolut wichtig möchte ich erst einmal eine Frage stellen – an wen auch immer von denen, die heute zu diesem Thema sprechen. Da geht es um Kinderbildung und Kinderbetreuung im Elementarbereich. Es geht um Fragen der Kinderbetreuung, der Kinderbildung im Elementarbereich, es geht um die Schulen, es geht um die Ausbildung, es geht um die Hochschulen. Welche Ressorts - Ihres, Frau Sommer, das von Herrn Laschet oder das von Herrn Pinkwart? - haben sich mit welchen Maßnahmen in die Vorbereitung des Bildungsgipfels eingebracht? Das möchte ich zunächst einmal von Ihnen wissen, dann komme ich gleich noch einmal ans Rednerpult.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Recker.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Bildungsgipfel, der am 22. Oktober stattfinden wird, können wir gemeinsam als eine großartige Chance begreifen, Bildung in Deutschland insgesamt voranzutreiben. Dass sich Frau Merkel persönlich in einem solchen Maße für die Bildung einsetzt und sich im Rahmen ihrer Bildungsreise über die Wege und Formen von Bildung in Deutschland kundig macht, zeigt deutlich, wie wichtig der Politik insgesamt Bildung ist und dass Bildung das Zukunftsthema in Deutschland ist und sein muss.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Löhrmann, ich kann deutlich machen, dass wir wichtige Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen geschaffen haben. Die Schule ist ein wichtiger Baustein, wenn es um Bildung geht. Im Zuge der Föderalismusreform, Frau Löhrmann, wurde auch beschlossen, dass Schule Ländersache ist. Das werden wir gewiss erneut deutlich machen. Daran darf auch nicht gezweifelt werden,

(Beifall von der FDP)

weil ein gesunder Wettbewerb zwischen den Bundesländern letztlich der Qualität dient.

(Beifall von der FDP)

Es muss natürlich vernünftige Rahmenbedingungen geben, aber insgesamt ist Wettbewerb etwas Gesundes.

Bildung ist aber nicht Schule allein, meine Damen und Herren. Es ist notwendig, alle an Bildung beteiligten Organe und Institutionen an einen Tisch zu bringen und umfassende Bildungskonzepte über Länder- und Institutionsgrenzen hinweg zu schaffen.

Bildung beginnt im frühen Kindesalter und zieht sich durch alle Altersschichten. Um die richtige Grundlage für Bildung und lebenslanges Lernen zu schaffen, unterstützt die Landesregierung Eltern, Erzieher und Lehrer bei ihrer pädagogischen Arbeit.

18.09.2008

Ich will nur in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren: Die Landesregierung fördert Bildung und hat die frühkindliche Förderung mit dem Ausbau der Kinderbetreuung durch das KiBiz erheblich aufgewertet. Die Landesregierung hat mit Sprachstandserhebungen zwei Jahre vor der Einschulung bundesweit Maßstäbe gesetzt, damit Kinder über ausreichende sprachliche Kompetenzen verfügen, um dem Unterricht in der Schule überhaupt folgen zu können.

> (Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was wollen Sie auf dem Bildungsgipfel machen? Das ist die Frage und nicht, was Sie hier machen!)

Sie wissen auch, dass wir zusätzliche Lehrer eingestellt haben, um einen Lehrkräftenotstand zu beheben, den Sie uns hinterlassen haben.

Des Weiteren, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung den Ausbau von 160.000 neuen Studienanfängerplätzen bis 2020 und die Gründung von drei neuen sowie den Ausbau von fünf bestehenden Fachhochschulen auf den Weg gebracht und beschlossen.

Nicht zuletzt fördert die Landesregierung alle Schulformen und setzt sich für einen flächendeckenden Ganztag ein, was ja auch bundesweites Ziel ist.

Meine Damen und Herren, ein Bildungsgipfel, der alle am Lernen Beteiligten einbezieht, ermöglicht es uns, alle Anforderungen, die die unterschiedlichen Stufen der Bildung an die Menschen stellen, zu erfassen und entsprechende gemeinsame Qualitätskriterien zu schaffen. Jeder Mensch in Deutschland soll die Chance haben, seinen eigenen Lernhunger und Wissensdurst durch vielfältige Konzepte zu stil-

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

Bernhard Recker (CDU: Nein, ich möchte jetzt fortfahren. - Dazu gehört eine ausgewogene und hochwertige Frühförderung für die Kinder aller Gesellschaftsschichten schon im vorschulischen Alter. Dazu gehören professioneller und pädagogisch kompetenter Unterricht in allen Schulformen sowie eine hohe Durchlässigkeit im Schulsystem, damit Kinder jederzeit Aufstiegsmöglichkeiten haben. Dazu gehört auch eine verbesserte Betreuung für Studierende in den Hochschulen, besonders unter Berücksichtigung des Doppeljahrgangs im Jahre 2013. Nicht zu vergessen ist die Erwachsenenbildung, die

die weitere Grundlage für qualitätsorientiertes lebenslanges Lernen sichert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf einige der von Ihnen eingebrachten Punkte eingehen. Mit Ihrer Schelte für das Elterngeld tun Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ja gerade so, als ob jedes Kind, das nicht unter staatlicher Aufsicht aufwächst, schon ein Fall von Kindsvernachlässigung ist.

(Ralf Witzel [FDP]: So denken sie!)

Das Elterngeld soll dazu ermutigen, sich selbst um die Erziehung der Kinder zu kümmern und Zeit mit seinen Kindern zu verbringen. Eltern sollen die Wahl haben. Der Staat soll nicht vorschreiben, was zu Hause gilt.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Ministerpräsident hat sich doch selbst gegen das Elterngeld ausgesprochen!)

Der Hochschulpakt II ist längst beschlossene Sache. Wir setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Maßnahmen zügig entwickelt werden und bis Ende des Jahres eine Vereinbarung mit dem Bund über die Finanzierung getroffen wird, damit die Hochschulen verlässlich planen können. Die Landesregierung wird mit den Hochschulen individuelle Konzepte erarbeiten, damit auch der doppelte Abiturjahrgang 2013 in unseren Hörsälen genügend Platz findet.

Nicht zuletzt hat der Bundesrat die Bundesregierung bereits aufgefordert, die ALG-II-Regelsätze für Kinder anzupassen, um die Versorgung mit Schulmahlzeiten zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht deutlich zu machen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen umfassende Voraussetzungen geschaffen haben, sodass wir bei diesem Gipfel sehr wohl mit konkreten Vorschlägen auftreten können. Denn wir wissen: Bildung ist das Kapital der Zukunft und hat einen Wert, der mit Geld allein nicht zu bemessen ist. Wenn Deutschland seine Rolle als eine der führenden Industrie- und Forschungsnationen bewahren will, müssen wir jetzt umfassend handeln. Das Engagement der Kanzlerin setzt dahin gehend wichtige Maßstäbe, denen wir uns in Nordrhein-Westfalen gerne anschließen wollen. Deshalb brauchen wir Ihren Antrag nicht und werden ihn ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beim Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 will die Bundeskanzlerin Bund und Länder zu gemeinsamen Anstrengungen für Reformen im Bildungswesen verpflichten. Das hat nicht unbedingt die Freude der Länder hervorgerufen. Ihr Beitrag hat das auch noch einmal gezeigt, Herr Recker. Eigentlich brauchen Sie das gar nicht; Sie können das alles selber; Sie wissen ja ohnehin, wie es geht; Ihre Vorschläge wird die Kanzlerin dann auch schon umsetzen – so darf ich das vielleicht interpretieren.

Offensichtlich sind die Menschen in diesem Land aber nicht der Meinung, dass dieser Bildungsgipfel nicht gebraucht wird; denn in der Presse und in der Öffentlichkeit ist die Resonanz auf diesen Bildungsgipfel enorm groß. Es werden auch erhebliche Erwartungen an diesen Bildungsgipfel gestellt, was die Frage einer in der Folge besseren Bildung in allen Ländern Deutschlands angeht.

Ich will nur ein kleines Beispiel nennen, bei dem die Auswirkungen des Wettbewerbs an die Grenzen des Verständnisses von Eltern stoßen, Herr Recker. In Bad Honnef fahren inzwischen knapp 80 Schüler jeden Tag nach Rheinland-Pfalz zur Schule, weil sie dort ein Angebot finden, das sie als besser beurteilen als das, was vor Ort vorgehalten wird. Da dieses Angebot in Nordrhein-Westfalen aber nicht als Schulform anerkannt wird, gibt es auch kein Fahrgeld, um die dortige Schule zu besuchen.

Meine Damen und Herren, das entspricht nicht im Geringsten dem, was Eltern sich wünschen. Die Folgen des Föderalismus dürften im Interesse der Eltern nicht dazu führen, dass Menschen aus Wettbewerbsgründen auf ein Schulsystem verpflichtet werden, das sie eigentlich gar nicht haben wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bildung – darüber sind wir uns alle im Klaren – ist für ein rohstoffarmes Land wie Nordrhein-Westfalen unabdingbar. Wir brauchen Bildung, weil sie die einzige Ressource ist, die uns tatsächlich zur Verfügung steht.

Das Dramatische ist aber, dass in Nordrhein-Westfalen zurzeit in ein überholtes Bildungssystem ohne die entsprechenden Innovationen mehr Geld gesteckt wird, obwohl man mit diesem Geld deutlich mehr machen könnte als das, was Sie auf den Weg bringen. Ihr Koalitionsvertrag ist restaurativ angelegt. Er ist neoliberalen Grundsätzen verpflichtet, von denen wir heute längst wissen, dass sie überholt sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Unsere Bildungspolitik ist modern!)

 Herr Witzel, sie ist so modern wie eine Ständegesellschaft aus dem vorletzten Jahrhundert. Genau dies praktizieren Sie ja auch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das praktizieren Sie übrigens auch mit Ihrem Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen. Auch dafür haben die Eltern kein Verständnis mehr. Schauen Sie sich doch einfach einmal um. Ein längeres gemeinsames Lernen wird von immer mehr Menschen gefordert. Die Antworten von Ihnen haben wir heute Morgen in der Gesamtschuldebatte gehört. Sie haben noch nicht einmal die Möglichkeit und die Fähigkeit, sich bei einer namentlichen Abstimmung dafür auszusprechen, dass Sie die Oberstufen an den Gesamtschulen zukünftig werden garantieren können.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das steht doch im Gesetz! Was erzählen Sie denn da für einen Quatsch?)

Noch nicht einmal dazu sind Sie in der Lage.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Tatsächlich erreichen wir in Deutschland leider nicht das, was wir eigentlich erreichen müssten. Wir müssten erreichen, dass Bildungsausgaben Investitionsausgaben sind. Wir müssten deutlich mehr Geld ins System stecken. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass Dänemark und Kanada jeweils 7 % ihres Bruttoinlandsproduktes in Bildung investieren, während es in Deutschland nur 5,2 % sind. Dieser Anteil – meine Damen und Herren, hören Sie genau hin – ist in den letzten Jahren, seit 1995, auch noch zurückgegangen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhmichel?

**Renate Hendricks** (SPD): Wenn ich fertig bin – vorher nicht.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Wenn Sie fertig sind. Dann fahren Sie bitte fort.

Renate Hendricks (SPD): Finanzierung von Bildung darf zukünftig nicht länger als Konsum verstanden werden, sondern muss als Investition gesehen werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einmal darauf hinweisen, dass wir hier in fünf Minuten pro Redner über den Bildungsgipfel diskutieren. In diesem Zusammenhang geht es um Themen, mit denen wir uns in der Enquetekommission zweieinhalb Jahre lang beschäftigt haben. Die Ergebnisse der Enquetekommission werden wir nächsten Monat vorstellen. Fünf Minuten reichen bei Weitem nicht aus, um den Bereich von früher Bildung über Schule und Hochschule bis zur Weiterbildung auch nur einigermaßen qualifiziert anzusprechen. Das heißt, dass hier in fünf Minuten praktisch eine Tour de Raison durch die bildungspolitischen Themen statt-

findet, ohne dass auf diese Art und Weise wirklich Aussagekräftiges vermittelt werden kann.

Aus unserer Sicht müssen die Kommunen unbedingt an dem Bildungsgipfel beteiligt werden; denn sie sind ganz wichtige Akteure. Bisher ist das meines Wissens nicht vorgesehen. Wir fordern dringend, dies nachzuholen.

Was die Weiterbildung sowie den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen angeht, können wir auf Folgendes hinweisen: Sie werden weder die Weiterbildung finanziell ausreichend ausstatten noch die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf den Hochschulbau erfüllen können; denn Sie werden mehr als 40 Millionen € an den Bund zurückzahlen müssen, wenn Sie im Hochschulpakt so weitermachen wie bisher.

#### (Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Das heißt: Sie sind alles andere als gut aufgestellt.

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn vor drei Jahren hinterlassen?)

Schauen Sie sich auch einmal die Äußerungen an, die Frau Sommer hat verlautbaren lassen, als der Bildungsbericht vorgelegt wurde. Damals hat sie gesagt, sie wolle das nicht anerkennen; sie nehme es an, akzeptiere das dort Veröffentlichte aber nicht. Dazu kann man nur sagen: Therapie ist doch nur dann möglich, wenn man vorher die Diagnose gestellt hat. Die Diagnose ist in Nordrhein-Westfalen bisher aber nicht richtig gestellt worden. Deshalb kann die Therapie auch nicht greifen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ich hatte mich noch zu einer Zwischenfrage gemeldet!)

 Herr Kollege, Frau Kollegin Hendricks hat ihre Redezeit um mehr als eine halbe Minute überschritten.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hat diese Zwischenfrage zugelassen!)

 Sie hat keine Redezeit mehr. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hat die Frage aber schon zugelassen! – Renate Hendricks [SPD]: Ich beantworte sie Ihnen gleich im bilateralen Gespräch, Herr Kuhmichel!)

– Ich glaube nicht, dass es das Ansinnen des Kollegen Kuhmichel ist, das bilateral zu klären. Aber gut!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Hendricks macht einen nicht wirklich unglücklichen Eindruck, diese Frage nicht noch beantworten zu müssen.

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

 Unabhängig davon: Was Sie uns jetzt erzählt haben, war ein bisschen etwas von allem.

Frau Kollegin Beer, in der in der Überschrift Ihres Antrags getroffenen generellen Feststellung, der Bildungsgipfel dürfe kein Kaffeekränzchen werden, stimmen wir sicherlich überein. Wenn es schon einen solchen Gipfel gibt, darf in der Presse dann allerdings nicht zu lesen sein: Und der Kongress tanzt. – Hätten Sie es bei dieser generellen Feststellung belassen, könnte ich Ihrem Antrag also sogar einmal freudig zustimmen.

Leider ist Bescheidenheit nicht Ihre Stärke, und wir müssen uns im x-ten Aufguss mit den wenigen bildungspolitischen Themen der Grünen beschäftigen. Dieses Mal ist eben der sogenannte Bildungsgipfel für Sie der Aufhänger.

Selbstverständlich ist Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Natürlich müssen alle staatlichen Ebenen, sei es die Bundesebene, die Landesebene oder die kommunale, im Rahmen ihrer rechtlichen Kompetenzen die Anstrengungen zur stetigen und konsequenten Verbesserung der Bildung verstärken.

Hierzu bedarf es jedoch nicht automatisch einer Mischfinanzierung oder einer Überschneidung der Kompetenzen. Dass eine gute und mit hohen Investitionen verbundene Bildungspolitik im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten möglich ist, zeigt nicht zuletzt Nordrhein-Westfalen. Wir stemmen mit einem gewaltigen Kraftakt einen grandiosen Bildungshaushalt. – Ihre finanziellen Hinterlassenschaften muss ich Ihnen nicht erklären. – Alleine für den Bereich Schule und Weiterbildung steigt der Etat im Jahre 2009 in Nordrhein-Westfalen um 5,5 % an.

Die bei Ihnen unterschwellig mitschwingende Behauptung, Landespolitikern könnte der nötige Weitblick in die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen in die Bildung fehlen, trifft auf die Koalition in Nordrhein-Westfalen definitiv nicht zu.

Meine Damen und Herren, das zeigt sich auch beim massiven Ausbau der Betreuungsplätze in der frühkindlichen Förderung. Bereits in diesem Jahr wurde die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige mit 44.600 und sogar mit 58.750 inklusive der Kindertagespflege gegenüber 2005 um ein Vielfaches erhöht. Im Haushalt 2009 stehen dafür 1,135 Milliarden € zur Verfügung – so viel wie niemals zuvor.

Dass die FDP-Forderung nach einer verbesserten Ausbildung für das Personal in Kindertageseinrichtungen jetzt von den Grünen ebenfalls aufgegriffen wird, möchte ich hier einmal als durchaus erfreulich bezeichnen. Bekanntermaßen ist ja Kopieren durchaus ein Kompliment.

Meine Damen und Herren, dass die Grünen bezüglich des Ganztagsausbaus in Nordrhein-Westfalen offenbar nicht fähig oder willens sind, die Dimension dieser Programme in angemessener Weise zu erfassen und zu würdigen, ist bedauerlich. Alleine im Rahmen der Ganztagsoffensive werden wir in den nächsten zwei Jahren 175 Millionen € in den Ausbau von Realschulen und Gymnasien und in die Übermittagsbetreuung investieren.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dass wir an den Grund-, Haupt- und Förderschulen bereits gewaltige Erfolge zu verzeichnen haben, dürfte Ihnen nicht entgangen sein, Frau Beer, aber darüber reden Sie nicht gerne. Dass das Programm "Zukunft, Bildung und Betreuung" einen Beitrag geleistet hat, ist offenkundig. Dass aber die politischen und finanziellen Entscheidungen in Nordrhein-Westfalen getroffen werden, zu denen Sie übrigens in der Vergangenheit nie fähig und willens waren, dürfte wohl ebenso wenig in Abrede gestellt werden.

Wenn die Grünen nun behaupten, dass nur mit Unterstützung des Bundes zusätzliche Studienplätze zu schaffen sind, dann ist das schlicht falsch. Bereits jetzt sind in Nordrhein-Westfalen die Planungen für einen massiven Ausbau der Studienplätze weit vorangeschritten. Durch den Ausbau der Fachhochschullandschaft werden in den kommenden Jahren dauerhaft 11.000 zusätzliche Studienplätze zur Verfügung gestellt, davon 5.000 zusätzlich in den vom Rückgang des Steinkohlebergbaus betroffenen Gebieten. Dafür werden wir jährlich ca. 160 Millionen € zusätzlich investieren. Dabei haben wir den Haushalt für den Hochschulbereich bereits seit 2005 kontinuierlich erhöht; nicht erst jetzt, sondern damit haben wir gleich angefangen.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele zeigen, dass eine verantwortliche Landespolitik zu qualitativer und zukunftsorientierter Bildungspolitik fähig ist. Wir Liberalen werden dem Bildungsgipfel mit Interesse entgegensehen und sind sicher, dass die Landesregierung das Land NRW und seine Interessen angemessen und zielorientiert vertreten wird. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Löhrmann, das Geheimnis ist gelüftet. Sie fragten ja eben, wer von den drei

möglichen Ministern zu diesem Thema sprechen wird. Vielleicht enttäuscht es Sie, dass ich es bin.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, im Gegenteil!)

Aber es könnte auch sein, dass man völlig ungegendert daran gedacht hat, dass ein Kaffeekränzchen etwas für Sommer ist. Auch wenn das Los vielleicht zufällig auf mich gefallen ist, kann ich dennoch etwas dazu sagen.

Gerade aus dem Bereich Schule und Bildung und meinem Hause heraus werden etliche Forderungen an den Bildungsgipfel gestellt. Ich glaube, dass im Bildungsgipfel eine große Chance liegt, bundesweit Fragen zu stellen, Antworten zu bekommen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Welche?)

aber auch deutlich zu machen, was man will.

Was will man? – Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, dass man das Thema Ganztag – es ist bereits angesprochen worden – weiter vorantreibt. Wir sind da sehr gut aufgestellt. Sieben Achtel unserer Grundschülerinnen und Grundschüler können ein solches Ganztagsangebot wahrnehmen. Demnächst werden wir soweit sein, dass fast jede zweite Hauptschule ein Ganztagsangebot hat. Wie Sie wissen, beginnen wir damit, die Realschulen und Gymnasien in den Blick zu nehmen. Auch da laufen die Vorbereitungen an.

Ich bin mir sicher, dass wir den Wunsch an den Bund herantragen müssen, hier mehr zu investieren. Es ist sicherlich wichtig, mehr Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, um unsere Vorreiterstellung auszubauen und zum Beispiel weitere Bauten zu errichten.

Das zweite große Thema ist – das haben wir schon häufig diskutiert – immer noch nicht abschließend besprochen worden: das Thema "Mittagessen im Ganztagsbereich", welches uns sehr am Herzen liegt. Sie wissen, bei der Vorstellung des Haushaltes 2009 haben wir darauf hingewiesen, dass wir noch einmal etwas drauflegen. So sind im Haushalt 2009 15 Millionen € veranschlagt. Allerdings ist es mittelfristig sehr wichtig, dass sich der Bund in dieser Frage erklärt.

Wir wünschen uns eine Mittagsverpflegung nicht nur für die Kinder im Ganztag, sondern eine Verpflegung in der Schule generell. An der Stelle müssen wir wirklich nacharbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das haben wir Grüne immer gefordert! Sehr schön!)

Meine Damen und Herren, die dritte große Frage, auf die wir Antworten bekommen möchten, betrifft die vorschulische Sprachförderung; dieser Aspekt fällt weitestgehend auch in das Ressort meines Kollegen Laschet. Es müssten zunächst einmal alle Bundesländer beschließen, dass sie eine flächen-

deckende Sprachförderung, wie wir sie bereits zum zweiten Mal durchgeführt haben, vorhalten; sie müssten auf unseren Zug aufspringen.

Wenn wir so weit sind, diese Sprachförderung flächendeckend in allen Ländern anzubieten, dann brauchen wir darüber hinaus so schnell wie möglich Stützmaßnahmen. Ich denke beispielsweise an Folgendes: Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen über die RAAs ein sehr gutes Programm aufgelegt – "Rucksack" heißt dieses Projekt –, das Mütter von Migrantenkindern in den Blick nimmt. Auch dafür brauchen wir weitere finanzielle Mittel, um das Umfeld von Kindern, die unsere Schulen besuchen, so weit zu unterstützen, dass auch den Eltern Hilfen in den Schulen angeboten werden können.

Meine Damen und Herren, das sind drei der großen Themen, die aus meinem Ressort kommen. Sie wissen, dass das Wissenschaftsministerium und das Ministerium von Herrn Laschet ebenso beteiligt sind. Da dies so ist, haben wir als sehr großes Land, das viel vorbereitet hat und bereits viel vorweisen kann, die Möglichkeit, uns sehr gut aufzustellen.

Ich habe meine Rede mit der Aussage begonnen, dass wir Chancen haben, etwas zu bewegen. Nun hoffe ich, dass diese Chancen nicht vergeben werden, sondern dass etwas Handfestes dabei herauskommt. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles in allem finde ich es enttäuschend, was von den anderen Fraktionen des Hauses zu dieser zentralen Frage geboten worden ist.

Frau Hendricks, ich will Sie da nicht ausnehmen. Sie beklagen, dass wir nur fünf Minuten über dieses Thema reden. Es wäre der SPD-Fraktion, die immerhin im Bund in der Koalition ist, unbenommen gewesen, hier aufzuführen, welche Anforderungen, welche Vorschläge sie in diesen Bildungsgipfel einbringt. Das wäre interessant zu wissen gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

CDU und FDP lehnen sich zurück und sagen: Na ja, wir machen alles hier im Land.

Ich habe schon gesagt, dass der Ministerpräsident den Bildungsgipfel nicht ernst nimmt, und eigentlich will er auch nicht, dass ihm Frau Merkel reinredet; das habe ich eben mit meinem Zitat Herrn Rüttgers – ausnahmsweise im Verbund mit Herrn Oettinger und Herrn Beckstein – deutlich gemacht. Aber wenn er

diesen Bildungsgipfel schon nicht ernst nimmt, dann wäre es folgerichtig, er erklärte: Für uns ist das Thema unten durch, und wir wollen gar nicht viel machen.

Frau Pieper-von Heiden meinte auch, sie brauchte kein Geld und das solle Herr Pinkwart alleine regeln.

Insofern bin ich sehr gespannt, was bei diesem Bildungsgipfel letztendlich herauskommt.

Frau Sommer, Sie haben sich den Titel selbst angezogen; den Schuh hatte ich Ihnen gar nicht hingestellt. Es stand nur Herr Laschet als Redner auf der Liste. Von daher war ich unvoreingenommen und gespannt, was Sie uns dazu vortragen wollten, wie sich Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland in diese bildungspolitische Abstimmung auf der föderalen Ebene einzubringen beabsichtigt. Sie haben hier drei Punkte genannt, in denen – so Ihre Einlassung – wir schon ganz schön weit seien. Was Sie aber vom Bildungsgipfel verlangen und was Sie da als Ministerin dieses wichtigen Ressorts einbringen wollen, haben Sie nicht verkündet; das muss ich hier feststellen. Fehlanzeige! Armutszeugnis!

### (Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben mit unserem Antrag sehr konkrete Forderungen aufgestellt, die eine ganz große gesellschaftliche Akzeptanz finden und die auf diesem Bildungsgipfel gut aufgehoben sind. Wir als Grüne erhoffen uns, dass auf diesem Bildungsgipfel zu diesen Forderungen Vereinbarungen getroffen werden.

Ich will es an zwei Punkten konkret machen. – Wenn die frühkindliche Bildung gestärkt werden soll – Frau von der Leyen reist mit dieser Thematik durch die Republik –, dann müssen aufgrund der föderalen Zuständigkeiten derzeit absurde Konstruktionen wie Stiftungsmodelle gefunden werden, damit sich der Bund überhaupt finanziell am Ausbau der Plätze für unter Dreijährige beteiligen kann. Es ist doch absurd, dass man Krücken braucht, dass man Nebengleise braucht, dass man Stiftungsmodelle braucht, anstatt dafür geordnete Zuständigkeiten im föderalen System zu schaffen. – Das ist der erste Punkt.

### (Beifall von den GRÜNEN)

Zum zweiten Punkt. Wie weit wären Sie denn mit Ihrem Ganztagsschulprogramm, wenn wir nicht die 900 Millionen € vom Bund – damals noch rot-grün – bekommen hätten, die an den Grundschulen und allen anderen Schulformen zum Ausbau der Ganztagsangebote beigetragen haben? Wo wären wir denn ohne dieses Programm?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wo waren die denn 2005?)

- Die waren auch 2005 schon da.

(Lachen von Minister Dr. Ingo Wolf)

Es sind 4 Milliarden € insgesamt. Und der Kommunalminister braucht gar nicht zu lachen. Denn diese 900 Millionen € sind hier sehr kommunalfreundlich zu 100 % an die Kommunen weitergegeben worden.

### (Beifall von den GRÜNEN)

Es waren 900 Millionen € vom Bund für unsere Kommunen, und diese wurden für die Bildung, mit Investitionen beim Handwerk und für Arbeitsplätze vor Ort eingesetzt.

Das Mindeste, was bei diesem Bildungsgipfel herauskommen muss, ist, dass es ein solches Programm wieder geben kann. Es müssten eigentlich alle, die dieses Programm hier beschlossen oder verwendet haben, dafür sein, ein solches Programm wieder einzuführen. Deswegen hoffe ich, dass Sie sich diese Forderung zu eigen machen.

Ich schließe mit einem Zitat

(Zurufe von der CDU: Oh!)

von Herrn Dornbusch, dem Vorsitzenden des Bundeselternrates, der sagt: Frau Bundeskanzlerin, schaffen Sie flächendeckende Ganztagsschulen mit gleichen Bildungschancen für alle. Sorgen Sie für eine einheitliche Bildungspolitik am Standort Deutschland, und setzen Sie sich für längeres gemeinsames Lernen ein.

Wir hoffen, dass wir der Realisierung dieser Forderung auf dem Bildungsgipfel ein bisschen näher kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Hoffentlich nicht!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag Drucksache 14/7456 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf:

# 12 Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung:

Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung "Mehr Demokratie beim Wählen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags zur Beschlussfassung Drucksache 14/6845

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform Drucksache 14/7466

Nach dem Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid kam diese Volksinitiative durch Beschluss des Landtags vom 18. Juni 2008 auf Grundlage der genannten Unterrichtung zur Beschlussfassung rechtswirksam zustande.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform hat die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative durchgeführt und mit Datum vom 12. September 2008 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Kollegen Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Präsidentin hat gerade darauf hingewiesen, dass wir uns jetzt mit der Volksinitiative befassen und nicht grundsätzlich und allgemein mit dem Kumulieren und Panaschieren

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich relativ kurzfassen und für meine Fraktion deutlich sagen, dass wir dieser Volksinitiative aus den unterschiedlichsten Gründen nicht folgen können. Sie sieht ein Modell des Kumulierens und Panaschierens nach dem süddeutschen Vorbild vor. Das hieße, dass wir für jede Kommune einen Stimmzettel hätten.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine völlig andere Siedlungsstruktur als in den süddeutschen Ländern haben. Bei uns gibt es viel mehr Großstädte. Wenn man von 60 oder 90 Ratskandidaten und demnächst zehn oder elf Listen ausgeht, sähen die Wahlzettel wie Tischtücher aus. Das halten wir nicht für übertragbar.

Zudem sind wir der Meinung, dass die Gefahr, dass es zu ungültigen Stimmen kommt, gewaltig zunimmt. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen, dass selbst in den Ländern, in denen das Kumulieren und Panaschieren seit vielen Generationen eingeführt ist, noch nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten von diesem Instrument Gebrauch macht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Rainer Lux (CDU): Man muss sich ernsthaft Gedanken darüber machen, wie stark das System die Wahlhelfer zeitlich zusätzlich strapaziert. Denn das Auswerten der Stimmzettel nimmt erhebliche Zeit in Anspruch und bedeutet damit auch erhebliche Kosten für die Kommunen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Löhrmann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Rainer Lux** (CDU): Nein, ich würde meine Rede gerne zu Ende führen.

Die Koalitionsfraktionen haben in dieser Wahlperiode deutliche Veränderungen in der Gemeindeordnung und im Kommunalwahlrecht vorgenommen. Daher sind wir der Meinung, dass diese Reformen erst einmal wirken sollten, bevor man sich mit weiteren Reformen befasst.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Dies ist kein grundsätzliches Nein zum Kumulieren und Panaschieren. Darin unterscheiden wir uns tatsächlich von der SPD, die das Instrument schon seit vielen Legislaturperioden sehr fundamentalistisch ablehnt. Das ist bei uns anders.

Lassen Sie mich abschließend etwas sagen, weil die SPD gleich sicherlich wieder darauf hinweisen wird, dass wir in der Vergangenheit einen Antrag zum Kumulieren und Panaschieren gestellt haben: Das ist richtig, jedoch unter anderen Bedingungen. Es geht heute nicht grundsätzlich ums Kumulieren und Panaschieren, sondern um den Inhalt der Volksinitiative.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was waren das denn für andere Bedingungen? Was hat sich denn geändert?)

In Bezug auf die Aussagen vor und nach der Wahl sollte die SPD-Fraktion noch einmal über die Mehrwertsteuerdebatte und über die von Frau Schäfer häufiger angesprochene Tatsache nachdenken.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich denke, es geht um die Volksinitiative!)

dass man vor der Wahl Lehrerstellen abbauen wollte und sich nach der Wahl nicht mehr daran erinnern will.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nach der Wahl hat sich das alles geändert, oder was?)

Wir können der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform nur folgen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern! So ein Blödsinn!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Lux. – Als nächster Redner hat Prof. Dr. Bovermann für die SPD-Fraktion das Wort.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diskussionen über Wahlsysteme sind normalerweise geeignet, jede Gesprächsrunde zu sprengen. Details zu D'Hondt, Hare-Niemeyer, Sainte-Laguë sowie Kumulieren und Panaschieren führen meistens dazu, dass die Fachleute unter sich bleiben.

Um das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken, muss man sich schon etwas einfallen lassen. Das ist der Volksinitiative "Mehr Demokratie beim Wählen" zweifellos gelungen. 70.000 gültige Unterschriften verdienen Respekt und ernsthafte Prüfung.

Andererseits kann die breite Unterstützung aber auch nicht verwundern, denn wer ist schon gegen mehr Demokratie. Es muss aber auch die Frage erlaubt sein, ob wirklich alle Unterzeichner dieser Volksinitiative auch die Feinheiten des vorgeschlagenen Wahlsystems verstanden haben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die sind alle doof?!)

Schon die Kurzbezeichnung führt in die Irre, denn es geht gar nicht um mehr Demokratie, sondern um ein anderes Verständnis von Demokratie. Daher ist es auch falsch, das Kumulieren und Panaschieren von Stimmen als das demokratischere Wahlverfahren darzustellen und andere Formen der Stimmenvergabe abzuwerten.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Lieber Kollege Lux, ich war doch schon etwas enttäuscht von Ihrem Vortrag.

(Ralf Jäger [SPD]: Das sind wir gewöhnt!)

Ich hatte erwartet, dass Sie uns erläutern würden, warum die CDU grundsätzlich für das Kumulieren und Panaschieren ist, aber gerade heute und bei dieser Volksinitiative zufällig oder auch nicht zufällig dagegen. Ich habe mir Mühe gegeben, Ihrer Argumentation zu folgen; das ist mir allerdings nicht völlig gelungen.

Das kommt davon, wenn man Wahlsysteme unter rein politisch-taktischen Aspekten betrachtet wie bei der Abkopplung der Rats- von der Bürgermeisterwahl, bei der Abschaffung der Stichwahl oder beim Kumulieren und Panaschieren. Wenn man allein die Machtsicherung im Kopf hat, manövriert man sich natürlich in solche Sackgassen.

(Beifall von der SPD)

Die Haltung der SPD – Sie haben das schon angesprochen – ist dagegen konsequent und demokratietheoretisch fundiert. Wir Sozialdemokraten verstehen lokale Politik als Teil der repräsentativen Demokratie und – ich sage das ganz offen – als Teil

der Parteiendemokratie. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit und zu den Funktionen von Parteien, Programme und Kandidaten zur Wahl zu stellen.

Wir wissen alle: Gerade in diesen Tagen beschäftigen sich die Parteien damit, Kandidaten für die Kommunalwahl nach Kriterien wie Kompetenz, Bürgernähe, möglicher Positionen in Fraktionen, regionaler Repräsentanz und Geschlechterquotierung auszuwählen. Ich finde das auch gut so.

Was schlägt dagegen die Volksinitiative vor? Die Wähler sollen – ich zitiere –: "nicht mehr auf das Menüangebot einer Partei ... angewiesen" sein. Sie sollen "ihr eigenes Menü à la carte zusammenstellen"

Das sieht folgendermaßen aus: Man lässt sich den quadratmetergroßen Stimmzettel zur Briefwahl nach Hause schicken und vergibt am Küchentisch beispielsweise in Köln 90 Stimmen an weitgehend unbekannte Kandidaten.

Im Gesetzentwurf heißt es dazu – ich zitiere noch einmal –: "Künftig ist ein intensiverer Kontakt zwischen den einzelnen Listenkandidaten und ihren Wählern erforderlich." – Das mag für kleine Gemeinden in Baden-Württemberg funktionieren. Wir haben uns an Rhein und Ruhr für ein anderes System entschieden. Wir teilen das Wahlgebiet in einzelne Wahlkreise ein, in denen Direktkandidaten antreten und für einen engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Völlig unverständlich ist für mich der Vorschlag im Gesetzentwurf, die möglicherweise höheren Kosten des Kumulierens und Panaschierens durch die Verringerung der Zahl der Ratsmitglieder zu kompensieren. Wo bleibt denn die notwendige Repräsentanz und Bürgernähe, wenn die Räte verkleinert werden?

Meine Damen und Herren, das bewährte, transparente und bürgernahe Verhältniswahlsystem soll nach dem Willen der Volksinitiative durch ein Wahlsystem ersetzt werden, das äußerst komplex ist, und das, wie das Beispiel Hessen zeigt, zu einer noch niedrigeren Wahlbeteiligung führt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Doch, das können Sie nachsehen. Die Wahlbeteiligung lag in Hessen um 10 Prozentpunkte niedriger als in NRW.

Es führt in Wirklichkeit bei der Wahl einer Person auch zur Wahl einer Partei, die man vielleicht gar nicht mit seiner Stimme unterstützen will. Es verändert die soziale Zusammensetzung der Räte zugunsten von Honoratioren. Es gewährleistet eine regionale Repräsentanz und eine Geschlechterquotierung nicht. Es schafft den Sonnenkönigen und den Bürgermeistern freie Hand.

(Beifall von der SPD)

Nach sorgfältiger Prüfung aller Argumente lehnt deshalb die SPD den Gesetzentwurf der Volksinitiative ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bovermann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Engel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

> (Monika Düker [GRÜNE]: Er liest das Parteiprogramm vor; da steht alles drin!)

Horst Engel (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute, ein Jahr nach Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, haben wir aufgrund der Volksinitiative "Mehr Demokratie beim Wählen" die Möglichkeit, erneut über die stärkere kommunalpolitische Beteiligung der Bürger zu debattieren. 72.380 gültige Unterschriften verdeutlichen, dass sich die Bürger für ihre Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort interessieren. Das verdient Lob.

Doch gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf die Veränderungen im Kommunalwahlgesetz. Wir haben die aktiven und passiven Wahlrechte der Bürgerinnen und Bürger erheblich gestärkt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben die Demokratie abgeschafft!)

Die Stärkung des aktiven Wahlrechts erfolgte für neu zugezogene Wahlberechtigte für die Ausübung ihres Wahlrechtes am neuen Wohnort durch die Verkürzung der Sperrfrist von bisher drei Monaten auf 15 Tage vor der Wahl. Das passive Wahlrecht haben wir dadurch gestärkt, indem die Inkompatibilität, also die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat, auf nur wenige Bereiche im öffentlichen Dienst wie zum Beispiel den Polizeidienst beschränkt wird.

Vor einem Jahr haben wir uns mit dem Für und Wider von Kumulieren und Panaschieren auseinandergesetzt. Damals habe ich darauf hingewiesen, dass der Aufwand für die Stimmenauszählung gerade in Großstädten wie Köln oder Düsseldorf erheblich sei. Hieran möchte ich heute anknüpfen.

Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es eine völlig andere kommunale Landschaft mit "nur" 427 Städten und Kreisen. Anders ist die Lage zum Beispiel in Bayern mit 2.056 Gemeinden und Kreisen oder in Baden-Württemberg mit 1.108 Kommunen. Das bedeutet, dass man sich im süddeutschen Raum in den deutlich kleineren Kommunen besser kennen kann, als es bei uns in Nordrhein-Westfalen mit deutlich größeren Kommunen je der Fall sein wird.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Das ist ein nicht zu unterschätzender Unterschied.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Horst Engel** (FDP): Ich lasse keine Zwischenfrage zu – nachher, Frau Löhrmann!

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil Sie nicht mit Ihrem Parteiprogramm konfrontiert werden wollen oder mit der "kleinen" Kommune Stuttgart! Das ist lächerlich!)

Denn beim Kumulieren und Panaschieren soll verstärkt die Persönlichkeitswahl der Kandidaten im Vordergrund stehen. Das lässt Kumulieren und Panaschieren attraktiv erscheinen.

Aber dies erweist sich in Großstädten als Problem, wo zwangsläufig nicht jeder Bürger jeden kennen kann, sodass man von einer gesellschaftlichen Anonymisierung sprechen kann. Das hat uns auch Herr Slonka, die Vertrauensperson für die Anhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, bestätigt, indem er vortrug, dass in den Städten nur ca. 40 % der Wähler von der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens tatsächlich Gebrauch machen. In kleineren Gemeinden liege die Quote höher, nämlich bei ca. 60 %.

Herr Gremmels, der 2003 seine Diplomarbeit über Kumulieren und Panaschieren am Beispiel Hessens geschrieben hat, kommt sogar zu dem Schluss, dass die Wahlrechtsinstrumente Kumulieren und Panaschieren nur für kleine Einheiten wie Gemeinden oder Stadtteile sinnvoll seien, da dort die Kandidaten und die Wähler leichter miteinander in Verbindung treten könnten.

Darüber hinaus konnte eine wichtige verfassungsrechtliche Vorgabe aus Sicht der FDP-Fraktion bisher nicht zufriedenstellend geklärt werden. Es handelt sich um die Beachtung und Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze "frei" und "geheim". Den Wählern werden im Vorfeld des Wahltages Musterwahlzettel nach Hause geschickt. Nicht auszuschließen sind "gemeinsame Runden" im Familienoder Initiativenkreisen, um Wahlentscheidungen abzustimmen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Monika Düker [GRÜNE]: Das haben Sie heute auch!)

Das wäre problematisch und würde das Wahlgeheimnis durchbrechen.

Es ist für die FDP-Fraktion bisher nicht geklärt, wie wirksam vermieden werden kann, dass sogar ein möglicher Druck auf Personen für ein bestimmtes Wahlverhalten ausgehen wird. Das ist übrigens nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der allgemein zunehmenden Zahl der Briefwähler zu setzen.

Auch die Zusatzanmerkungen, die "Mehr Demokratie beim Wählen e. V." im Nachgang zur Anhörung dem Landtag zur Verfügung gestellt hat, haben wir

für uns keinen gangbaren Lösungsweg aufgezeigt. "Mehr Demokratie beim Wählen e. V." hat dargelegt, dass die Briefwahl in allen Bundesländern gleichermaßen zugenommen hat. Darüber hinaus schlägt "Mehr Demokratie beim Wählen e. V." vor, dass für die Beachtung des geheimen Wahlrechtsgrundsatzes die Briefwahl gegebenenfalls abgeschafft werden sollte. In Italien ist dies erfolgt. Wähler, die zum Beispiel ihr Handy mit in die Wahlkabine nehmen, können sogar mit einer Geldstrafe belegt werden. Aber das ist eine völlig andere Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion über die Einführung von Kumulieren und Panaschieren in Nordrhein-Westfalen ist im Fluss. Für die FDP-Fraktion sehe ich derzeit keine Möglichkeit, dass wir der Volksinitiative heute beitreten können. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Biesenbach, Sie haben sicherlich ein bisschen Verständnis dafür, dass ich Sie jetzt doch wecken will, sozusagen ein Erweckungserlebnis an der Stelle für Sie bereiten will.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU; Oh!)

Es ist schon bezeichnend, mit welchen Argumenten Sie hier versuchen, sich darum herumzudrücken, dass Sie ein Wahlversprechen brechen, ein Wahlversprechen, das Sie noch zur letzten Wahl gegeben haben. Auch wenn Sie es wahrscheinlich kennen, denke ich, macht es Sinn, es noch einmal zu zitieren, übrigens auch verschiedene Anträge zu zitieren. Aber ich will zunächst mit dem Wahlprogramm der CDU anfangen, Seite 43:

Unsere Schritte zur Stärkung der Kommunen

Wir setzen uns für eine bürgernahe Ausgestaltung des kommunalen Wahlrechts ein. Durch die Einführung des Kumulierens und Panaschierens erhalten die Bürger und Bürgerinnen mehr Einflussmöglichkeiten. Eine stärkere eigenständige demokratische Legitimierung werden ebenfalls der Rat und das Bürgermeisteramt erhalten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau das haben wir gut gefunden!)

Es stellt sich natürlich hier die Frage: Welcher Erkenntniszugewinn hat seitdem bei Ihnen stattgefunden, nachdem Sie im Jahr 1996 unter dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Linssen und im Jahr 2000 unter dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Rüttgers jeweils Gleiches im Programm zur Landtagswahl 2005 in Anträgen niedergeschrieben haben?

Wenn ich Ihre Argumente ernst nähme, was ich aus Gründen, die ich gleich noch darlegen will, nicht tue, dann müsste ich ja zu dem Ergebnis kommen: Ihnen ist seit 2005 aufgefallen, Nordrhein-Westfalen ist das größte Flächenland, hat die größten Kommunen

(Monika Düker [GRÜNE]: Wow!)

und stellt insofern bei Kumulieren und Panaschieren – so Ihre Argumentation – ein besonderes Problem dar. Da kann ich Ihnen zunächst nicht ersparen: Herzlichen Glückwunsch dafür, dass Sie festgestellt haben, dass wir das größte Bundesland sind.

(Beifall von Sylvia Löhrmann und Monika Düker [GRÜNE])

Dann hat Regierung doch offensichtlich etwas bewirkt. Herzlichen Glückwunsch dazu, dass Sie festgestellt haben, Köln, Dortmund und das Ruhrgebiet sind größer als der Rest der Republik an Städteansammlungen. Nur: In der Sache hat es nichts verändert.

### (Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen an der Stelle gerne etwas weiterhelfen. Zunächst einmal zu der Behauptung bezüglich der Wahlbeteiligung. Wer sich München, Stuttgart, Nürnberg und andere Städte ansieht, findet bei all diesen Kommunen interessanterweise zuletzt eine höhere Wahlbeteiligung und – auch das – deutlich weniger Briefwahl als beispielsweise in der großen Stadt Köln, die Sie umgedreht eben noch als Argument dafür genommen haben, dass man Kumulieren und Panaschieren bei uns nicht einführen könne. Das macht deutlich: Es handelt sich – mit Verlaub – um argumentative Heuchelei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht Ihnen überhaupt nicht um die Sache. Es geht Ihnen auch nicht darum, dass Sie jetzt plötzlich festgestellt haben, dass Nordrhein-Westfalen groß ist, sondern es geht Ihnen darum, dass Sie Angst vor der eigenen Courage haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Plötzlich haben Sie Angst davor bekommen, dass Wählerinnen und Wähler das machen, was sie vor Jahren noch für richtig gehalten haben, nämlich auswählen, wer über Ihre Listen und die Listen aller anderen Fraktionen in die Räte kommt.

Ich kann nach wie vor nicht erkennen, Herr Engel, warum es bei der Briefwahl plötzlich ein Problem sein soll, dass möglicherweise jemand zu Hause am Küchen- oder Wohnzimmertisch wählt. Es wäre bestenfalls dann ein Argument, wenn Sie unterstellen könnten: Bei Kumulieren und Panaschieren findet Wahl prinzipiell als gemeinschaftlicher Akt in

Familien statt, während es ansonsten regelmäßig heimlich auf der Kellertreppe und möglichst im Halbdunkel stattfindet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dafür gibt es keinerlei empirischen Belege.

Es ist im Gegenteil richtig: Die Briefwahlmöglichkeiten sind durch den Bundesgesetzgeber, also den Bundestag, ausdrücklich erleichtert worden, und zwar hat man vor dem Hintergrund der ansonsten immer geführten Debatte über Briefwahlgeheimnis diese Passagen, nämlich die besondere Begründungspflicht, herausgenommen, weil man will, dass die Leute ihr demokratisches Recht auf Wahl auch wirklich ausüben. Man hat es nicht weiter erschwert, sondern hat es bei der Briefwahl sogar erleichtert. Warum das hier nicht gelten soll, kann – mit Verlaub – nur jemand meinen, der sich die Gründe an den Haaren herbeizieht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit sind wir an dem entscheidenden Punkt. Die SPD ist konsequent bei einem falschen Standpunkt. Das sind wir an der einen oder anderen Stelle von ihr gewohnt.

(Bodo Wißen [SPD]: Aha!)

Sie macht das hier durchgängig. Wir sind genauso konsequent bei dem richtigen Standpunkt. Wir bedauern, dass Sie von der CDU in diesem Fall, wo Sie ausnahmsweise einen richtigen Standpunkt hatten, zum falschen gewechselt sind. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion über Kumulieren und Panaschieren hat eine lange Historie, die ich nicht noch einmal aufarbeiten möchte. Ich möchte nur festhalten, dass wir uns bei der Änderung des Kommunalwahlgesetzes im Oktober 2007 nach intensiver Prüfung und Beratung für diese Wahlperiode bewusst entschieden haben, auf die Einführung des Mehrstimmensystems von Kumulieren und Panaschieren zu verzichten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber in der nächsten kommt es!)

Wir werden an dieser Stelle von der SPD erkennbar unterstützt. Die Grünen sind – wie nicht selten – allein im Haus und auch erst so mutig, seitdem sie nicht mehr in der Regierung sind. Wenn man sich die alten Plenarprotokolle anschaut, sieht man, dass die Töne sehr viel moderater waren. Frau Düker hat damals gesagt: Ich persönlich kann aus Sicht unseres Koalitionspartners viele Argumente gegen das Kumulieren und Panaschieren nachvollziehen. – Hört, hört! Das sollte man vielleicht auch heute noch gelten lassen. Es ist eben eine Abwägungsnotwendigkeit gegeben. Man muss überlegen: Was passt? Was passt nicht?

Hier geht es um das süddeutsche Modell aus Hessen. Da ist die Auffassung erkennbar, dass dieses nicht auf unser nordrhein-westfälisches System aufgepfropft werden kann. Wir hatten eine kommunale Neugliederung, die viele Länder in Deutschland noch vor sich haben.

(Monika Düker [GRÜNE] zeigt ein Plakat mit dem Bild von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und der Aufschrift "Wahlversprechen halten!")

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Entschuldigen Sie bitte, Herr Minister, dass ich Sie unterbreche. – Frau Kollegin Düker, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Plakat wieder zusammenfalten würden. – Danke schön. Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, Sie hatten schon die Gelegenheit, hier vorne zu sprechen. Jetzt bin ich an der Reihe.

NRW hat 30 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Nur 13 % der 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden haben eine Größenordnung von bis zu 10.000 Einwohnern. In Ländern des süddeutschen Modells, meine Damen und Herren, liegt der Anteil der Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern zwischen 77 und 98 %. Dort finden sich jeweils nur vier bis neun Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Das muss man als Fakt zur Kenntnis nehmen. Die Gebietsstruktur ist unterschiedlich.

Es ist deutlich geworden, meine Damen und Herren, dass der Bekanntheitsgrad eine Rolle spielt, die Nähe zum Wähler. Auf die Problematik mit den Wahlbezirken ist auch an verschiedenen Stellen schon hingewiesen worden. Außerdem stellt sich die Frage der möglichen Manipulation von Stimmzetteln. Zudem besteht die Gefahr – das ist ja real festzustellen –, dass die Zahl ungültiger Stimmen steigt, weil man sich dann auch einfach leichter vertun kann.

Meine Damen und Herren, letztendlich muss man abwägen, ob die Nachteile, die an dieser Stelle dräuen, tatsächlich als groß oder nicht so groß betrachtet werden im Verhältnis zu dem, was als möglicher Demokratiegewinn angesehen werden kann. Wir sagen, dass die Nachteile überwiegen, jedenfalls bei dem Hessenmodell. Und dieses steht ja bei der Volksinitiative auf der Tagesordnung.

### Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister!

**Dr. Ingo Wolf**, Innenminister: Diesem Modell wollen wir jedenfalls für Nordrhein-Westfalen nicht folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform in der Beschlussempfehlung Drucksache 14/7466. Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt dem Plenum erstens, dem Anliegen der Volksinitiative nicht zu folgen, und zweitens festzustellen, dass damit das Anliegen der Volksinitiative hier im Landtag abschließend behandelt ist. Ich lasse nun darüber abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit des Kollegen Sagel

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann müssen Sie die Abwesenheit vieler anderer jetzt auch einmal nennen!)

**angenommen** und das Anliegen dieser Volksinitiative abschließend behandelt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Plenarsitzung:

# 13 Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in NRW schaffen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5220

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Frauenpolitik Drucksache 14/7129

Gemäß § 79 Abs. 2 b unserer Geschäftsordnung wurde dieser Antrag vom Plenum an den Ausschuss für Frauenpolitik mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt. Diese Beschlussempfehlung liegt Ihnen nunmehr vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Barbara Steffens\*) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz den Sachstand in Erinnerung rufen: Seit dem 1. Januar 2002 gilt bundesweit das Prostitutionsgesetz. Ziel und Zweck dieses Gesetzes war es, dass Prostitution als Arbeit anerkannt wird, dass damit Arbeitsverträge ermöglicht werden, dass Sozialversicherungen Prostituierten endlich zugänglich sind und dass damit der Makel der Sittenwidrigkeit endlich von diesem ältesten Gewerbe genommen wird und die Frauen unter einigermaßen guten Bedingungen arbeiten können.

Natürlich ist Prostitution kein Beruf wie jeder andere, sondern einer, der den Frauen viel abverlangt und in dem nicht alle Frauen aus freien Stücken arbeiten. Aber es gibt auch Frauen, die diesen Beruf aus Überzeugung ausüben. All diese Frauen sollen unter akzeptablen Bedingungen arbeiten können.

Wir haben im Ausschuss eine Anhörung zu der Evaluation auf Bundesebene beantragt und diese gemeinsam mit den anderen Fraktionen durchgeführt. Im Anschluss daran haben wir Grüne einen Antrag gestellt. Für uns war nämlich als Konsequenz aus dieser Evaluierung klar: Erstens. Das Gesetz ist in der Zielrichtung richtig. Zweitens. Das Gesetz ist in der Praxis nicht ausreichend umgesetzt. Da gibt es Defizite.

Wir haben deswegen eine Anhörung durchgeführt. Die Experten und Expertinnen in der Anhörung sind unisono – egal, ob von uns oder von den Regierungsfraktionen benannt – zu den gleichen Ergebnissen gekommen.

Klar ist: Wir brauchen landesweit einheitliche Regeln für das Prostitutionsgewerbe. Das forderten alle Sachverständigen, auch, wie gesagt, die von Ihnen benannten Experten.

Der zweite wesentliche Punkt war: Von Kommune zu Kommune werden die Vorschriften derzeit sehr unterschiedlich ausgelegt. Das betrifft zum Beispiel die Gewerbeanmeldung. Klar war – das haben alle Experten und Expertinnen gefordert –: Wir wollen, dass es von Kommune zu Kommune keine anderen Auslegungen gibt, sondern die Vorschriften einheitlich ausgelegt werden.

Weiterhin war klar – für die Finanzämter ist es ein Gewerbe, für die Gewerbeämter keines –, dass einheitliche Regelungen, NRW-weit einheitliche Standards notwendig sind. Das war die eindeutige Forderung.

Wir können als Ausschuss nicht sagen, wie die Standards aussehen sollen. Aber sowohl die Prostituierten als auch die Ämter, die Behörden und die Betreiber vor Ort müssen an einen Tisch geholt

werden in Anlehnung an das, was zum Beispiel in Dortmund oder in Bochum als runder Tisch installiert ist. Gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen auf Landesebene muss versucht werden, einheitliche Wege zu finden.

Selbst der Experte Dr. Joachim Renzikowsi, der von den Koalitionsfraktionen benannt worden und Jurist an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist, hat ganz klar gesagt: Uneinheitliche Vorschriften, wie wir sie derzeit haben, begünstigen illegale Prostitution. Er hat gefordert, ergänzende Landesgesetzgebung zu erarbeiten.

Der Wunsch aller Sachverständigen nach diesem runden Tisch war einheitlich. Entsetzt waren die Sachverständigen darüber, dass die CDU-Pressemitteilung noch während der Anhörung herausging, in der stand: Kein runder Tisch auf NRW-Ebene, das geht nur auf kommunaler Ebene.

Wir haben die Expertinnen und Experten angeschrieben und sie gefragt: Was sagen Sie zu dieser Pressemitteilung? – Die Antwort war: Diese Pressemitteilung hat nichts mit der Anhörung zu tun.

Deswegen bin ich ziemlich entsetzt und erstaunt darüber gewesen, wie mit dieser Anhörung, mit dieser Expertenmeinung umgegangen worden ist. Der Umgang war ganz klar und deutlich: Wir machen nichts, wir tun nichts. Das sollen die Kommunen machen. Was wir machen, reicht aus und passiert auch.

Wir haben uns als Grünen-Fraktionen entschieden, dass wir gemeinsam mit den Verbänden und mit den Interessierten diesen runden Tisch installieren werden. Wir werden dazu einladen. Wenn also dieser runde Tisch nicht doch noch vom Ministerium selber gemacht wird – was meine letzte Hoffnung wäre –, werden wir ihn als Grüne einrichten.

Mir ist in der Debatte im Ausschuss klar geworden: Die CDU-Fraktion interessiert nicht, was Experten sagen. Die CDU-Fraktion interessiert nicht, was für die Menschen und gerade für die Frauen im Land, die in diesen Bereichen arbeiten, notwendig wäre. Das ist schade. Die Anhörung wäre von Ihrer Seite wahrscheinlich gar nicht notwendig gewesen. Ihre Meinung stand vorher wie hinterher fest.

Für uns ist das alles nicht egal. Deswegen werden wir Sie mit den Ergebnissen dieses runden Tisches – wenn uns diese vorliegen – konfrontieren. Dann werden wir sehen, ob Sie für die Frauen etwas tun wollen oder ob Sie anstatt zu handeln nur weiter darüber reden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Westerhorstmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Maria Westerhorstmann (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt ein weiteres Mal eindrucksvoll, dass gut gemeint nicht zwangsläufig auch gut gemacht ist.

Frau Steffens, wenn Sie gerade sagen, dass wir uns diesen ganzen Expertenanhörungen und Vorschlägen widersetzen, dann sicherlich auch, weil bei all den Maßnahmen, die bis dato auf allen Ebenen ergriffen worden sind, noch keine wirklich nennenswerten Erfolge zu sehen sind. Das muss man einfach feststellen. Wir haben auch weite Bereiche, die durch all die Maßnahmen gar nicht ergriffen werden wollen, sich gar nicht daran beteiligen wollen und letztlich ihre eigenen Wege gehen werden.

Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten, kurz das Prostitutionsgesetz, regelt die rechtliche Stellung von Prostituierten und von Prostitution als Dienstleistung. Das Ziel ist, die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern. Da sind wir uns sicherlich einig.

Es gilt seit dem 1. Januar 2002 und hatte gleichzeitig zur Folge, dass das Strafgesetzbuch in § 180 a und auch § 181 a dahin gehend geändert wurde, dass das Schaffen eines angemessenen Arbeitsumfeldes nicht mehr strafbar ist, solange nicht eine Ausbreitung von Prostituierten stattfindet. Seine wichtigsten Ziele, die Prostituierten in eine Sozialversicherung und in geregelte Arbeitsverträge zu bekommen, hat es nicht ausreichend erreicht. Beides wird von den Prostituierten bis heute nur im geringen Maße in Anspruch genommen.

Dies liegt auch daran, dass das Gesetz regional unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt wird. Das ist in der Tat sicherlich ärgerlich und auch ein Problem. Der Schlüssel zu den rechtlichen Problemen bei der Umsetzung des Prostitutionsgesetzes liegt nicht auf der Länder-, sondern auf der Bundesebene. Dies ist Ihnen auch bekannt.

Das Bundesministerium hat bereits eine Initiative gestartet, um beispielsweise im Gewerberecht weiterzukommen. Als CDU-Landtagsfraktion unterstützen wir diese Initiative, die auch seitens der Landesregierung vorangetrieben wird, ausdrücklich.

Sehen wir uns doch einmal an, wo die Umsetzung des Gesetzes vor Ort funktioniert. Das ist sicherlich das Dortmunder Modell, wo sich alle an einem runden Tisch wiederfinden. Das ist dort möglich, weil alle Ansprechpartner vor Ort vernetzt sind.

Wie sähe es denn bei einem von Ihnen geforderten runden Tisch auf Landesebene aus? Mit wem würden Sie denn aufseiten der Betreiber sprechen wollen? Ein Präsident oder eine Landesvorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Freudenhausbesitzer in Nordrhein-Westfalen ist mir nicht bekannt. Mit wem soll man also konkrete Absprachen treffen, die substanziell zu Lösungen vor Ort führen?

Die Landesregierung hat dies in der Ausschussberatung meiner Meinung nach zu Recht als das Haschen nach dem Show-Effekt bezeichnet. Was wir jedoch brauchen, sind Ergebnisse und keine Show. Ergebnisse mit Substanz werden einzig und allein vor Ort erzielt.

Für Nordrhein-Westfalen gilt es, die vorbildliche Infrastruktur der Beratungsstellen zu nutzen, um diese mittelfristig zum Ziel zu führen.

Auch bei uns laufen Projekte, die dieses als Ziel verfolgen. Aus diesem Grunde ist es meines Erachtens folgerichtig, wenn die Landesregierung die Internetseiten der beiden Ausstiegsprojekte fördert, worin der Dortmunder runde Tisch eingeschlossen ist. Ich erwähne KOBER und auch Madonna.

Ich stelle nochmals fest, dass es eine uneinheitliche Rechtsprechung gibt und wir Ergebnisse der Expertenanhörung vorliegen haben. Ich sage aber ganz deutlich: Runde Tische werden an jeder Straßenecke gefordert. Ich denke, wir müssen auch einmal darüber Rechenschaft darüber ablegen, wofür wir unsere Mittel verwenden. Ich möchte in dem Sinne greifbare Erfolge erzielen können. Deshalb lehnen wir als CDU-Fraktion diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Westerhorstmann. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD für Kollegin Meurer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ursula Meurer** (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Westerhorstmann, dass war wieder einmal ein Beispiel dessen, wie verwirrt man sein kann. Zuerst greifen Sie die runden Tische an und sagen, die Projekte, die hier im Lande gelaufen seien, seien Mist oder Käse oder sonst etwas. Dann stellen Sie sich hin und sagen, der Dortmunder runde Tisch sei doch recht erfolgreich. Aber? – Na ja.

Worum geht es in dem Antrag? Lassen Sie uns wieder auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zurückkommen. Um es vorwegzuschicken, Frau Westerhorstmann, das hatten Sie im Ausschuss gesagt: Es geht nicht um Milliardengeschäfte, die mit der Prostitution gemacht werden. Die werden woanders gemacht – in der Illegalität, mit Zwangsprostitution und Päderasten, mit Menschenhändlern, mit Drogen. Hier bei diesem Antrag geht es darum, das älteste Gewerbe der Welt auf einen langen Weg in die Legalität zu begleiten.

Schon lange zahlen Prostituierte Steuern und sollten mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eingehen können – dies immer auch vor dem Hintergrund, im Krankheitsfalle und im Alter abgesi-

chert zu sein und nicht durch das soziale Netz zu fallen.

Es geht darum, den Ausstieg zu organisieren. Es geht um einen runden Tisch auf Landesebene – und das kann gar nicht oft genug betont werden –, an dem die zuständigen Landesministerien Beratungsstellen für Prostituierte in autonomer und kirchlicher Trägerschaft, Gesundheitsämter, Prostituierte, Bordellbetreiberinnen, die LAG Recht/Prostitution, Interessenvertretungen der Prostituierten, Polizei, Ausländerbehörden, Arbeitsagentur, Finanzbehörden und kommunale Spitzenverbände zusammensitzen und beraten, wie eine einheitliche Umsetzung des ProstG auf Landesebene erfolgen kann und wie durch eine intensive Debatte ein kooperatives Handlungskonzept erstellt werden kann.

Das Gesetz auf Bundesebene, bestehend aus drei Paragraphen, soll nunmehr nach der Evaluation aus dem Jahre 2007 endlich auf Landesebene auch mit Leben erfüllt werden. Das soll die Hauptaufgabe des runden Tisches sein.

Im Antrag ist aufgelistet, dass Gewerbe-, Bau-, Ordnungswidrigkeiten-, Arbeits-, Gaststätten- und Strafrecht die notwendigen Anpassungen an das geltende Gesetz noch nicht vollzogen haben. Wir hatten zu dem Antrag eine Anhörung im Frauenausschuss. Alle Expertinnen – alle – waren der Auffassung, dass eine Anpassung an Landesrecht erforderlich ist, dass Konflikte in der konkurrierenden Gesetzgebung von Bund und Land behoben werden müssen und dass der runde Tisch eingerichtet werden solle.

Bei einem Blick in den Haushaltsentwurf 2009 kann der Eindruck entstehen, dass des MGFFI mal wieder weiter ist als die Koalition aus CDU und FDP. Auf Seite 47 im Einzelplan 15 heißt es:

Gefördert werden außerdem zwei Projekte, die die Integration von Prostituierten in den Arbeitsmarkt unterstützen. Aufgrund der gewachsenen überregionalen Bedeutung dieser Projekte sollen verstärkt landesweite Aktivitäten durchgeführt werden.

Ist das vielleicht der heimliche Einstieg in den runden Tisch – natürlich erst, nachdem Sie den zur Abstimmung anstehenden Antrag abgelehnt haben?

Die Expertinnen haben nicht davon gesprochen, dass sich die runden Tische gegen Gewalt auch mit der Thematik Prostitution befassen sollen – das war im Ausschuss von Ihnen so eingebracht worden –; sie haben aber sehr wohl davon gesprochen, dass es schon heute Modelle wie in Dortmund und Hannover gibt, die den bestehenden Handlungsspielraum nutzen. In Dortmund entstand in den vergangenen sechs Jahren seit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes ein runder Tisch aus Mitarbeiterinnen des Ordnungsamtes, Gesundheitsamtes, Kriminalpolizei und Fachberatungsstellen, die im engen Dialog mit Bordellbetreibern und Prostituierten stehen.

### (Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Die selbstständige Ausübung der Prostitution wird als Gewerbe behandelt. Prostituierte sind beim Finanzamt gemeldet, besitzen einen Ausweis. Bordelle oder Wohnungen müssen als Betriebe angemeldet werden. Die Stadt informiert in einem Faltblatt über die Bedingungen zur Ausübung der Prostitution, über die Notwendigkeit einer Krankenversicherung, über eine Reisegewerbekarte für Straßenprostituierte, über eine Freizügigkeitsbescheinigung der EU.

Eingangs sprach ich vom ältesten Gewerbe der Welt, das zu jeder Zeit seine Berechtigung hatte und dennoch kein Beruf wie jeder andere ist. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg in die Legalität beschreiten, damit die männlichen und weiblichen Prostituierten den Schutz des Staates erhalten, der ihnen gerecht wird, und stimmen Sie genauso wie die SPD dem Antrag und damit der Einrichtung eines runden Tisches auf Landesebene zu!

Frau Steffens, über den runden Tisch, den Sie einrichten, reden wir noch einmal. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Meurer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich halten wir Liberale die Erfolge, die durch die Änderung im Umgang mit der Prostitution in den letzten Jahren eingetreten sind, für sehr erfreulich. Es ist richtig und wichtig, die Prostituierten aus dem gesellschaftlichen Dunkel herauszuholen und ihnen rechtliche Sicherheit zu gewähren. Das Ziel, gegen das wir in diesem Milieu kämpfen sollten, müssen die Zuhälter sein, nicht die Prostituierten.

Der weitere Kampf des Rechtsstaats muss sich in diesem Bereich vor allem auch gegen die Zwangsprostitution richten, die es gibt und die eine besonders furchtbare Form der Menschenrechtsverletzung ist. Wir sollten daher vor einigen Wahrheiten nicht die Augen verschließen, wie man bei der Betrachtung des grünen Antrags bisweilen den Eindruck gewinnt.

Der Glaube, bei Prostituierten handele es sich in der Masse um Frauen, die diesen Job gerne oder auch mal nebenberuflich ausüben, kann man zumindest bezweifeln. Es geht in diesem gesellschaftspolitischen Bereich darum, dass es eine möglichst weit reichende Gleichstellung gibt. Aber wir sollten auch nicht vergessen, dass es sich hierbei um ein problematisches Gewerbe handelt.

Diese Problematik sollten wir uns auch bewusst machen und nicht so tun, als handele es sich um eine völlig problemlose Angelegenheit. So wurde zum Beispiel in der Anhörung gesagt – dies wurde von den Grünen offenbar unterstützt –, dass eine wichtige Maßnahme des runden Tisches in der Aufhebung von Sperrbezirken liegen solle. Ich halte dies durchaus für problematisch.

Auf der einen Seite ist die Argumentation, dass Stadtrandgebiete für Prostituierte sehr gefährlich sein können, sehr nachvollziehbar. Auf der anderen Seite dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass es auch andere Menschen gibt, die von solchen Maßnahmen, wie Sie sie zumindest teilweise unterstützen, unmittelbar betroffen sind. Ich nenne zum Beispiel viele Eltern, die nachvollziehbar nicht sehr begeistert von der Vorstellung sein dürften, dass es völlig entgrenzte Prostitution innerhalb aller Wohnviertel gibt.

Meine Damen und Herren, solche Fragestellungen als Bestandteil des von Ihnen geforderten runden Tisches sind zumindest diskussionswürdig. Ich meine, dass wir bei solchen Überlegungen dann auch andere Betroffene in unsere politische Meinungsbildung einbeziehen sollten. Sie möchten das Ganze unter Einbeziehung der Prostituiertenverbände, der Kommunalvertreter, verschiedener Behörden und der Polizei vollziehen. Ich glaube aber, dass diese Thematik auch viele andere direkt oder indirekt Betroffene angeht. Dort hilft der von Ihnen geforderte runde Tisch nicht weiter und springt zu kurz.

Meine Damen und Herren, mit den gesetzlichen Änderungen ist die Situation der Prostitution, der rechtliche und soziale Umgang, merklich verbessert worden. Wir Liberalen begrüßen dies. Wir glauben jedoch, dass der sogenannte runde Tisch in diesem Falle nicht sehr zielführend ist, da er den notwendigen Schritten vorauseilt, ohne sich auf das gegenwärtig Notwendige zu konzentrieren.

Es hat sich gezeigt, dass die neuen Möglichkeiten, die durch die Änderungen des Prostitutionsgesetzes eingeführt worden sind, von vielen Prostituierten noch nicht in der erhofften Form angenommen worden sind. Anstatt nun bereits einen weiteren Schritt zu gehen und vielfach neue Regelungen umzusetzen, sollte man sich zunächst darauf konzentrieren, die bisherigen Möglichkeiten auszuschöpfen. Hierbei gilt besonders: Wie sieht es bei den Sozialversicherungen aus? – Ich meine, wir sollten erst versuchen, diese neuen Wege stärker zu nutzen und ins Bewusstsein zu bringen.

Das gilt übrigens auch für die Bevölkerung. Eine Jahrhunderte oder Jahrtausende alte Verfemung kann man nicht mit der Brechstange beseitigen. Man kann mutig voranschreiten und muss dies auch tun. Aber dazu muss man auch die Menschen mitnehmen und kann nicht, wie die Grünen es tun, nur von einer Gruppe aus denken.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das machen wir doch gar nicht!)

Wir begrüßen die neuen Möglichkeiten und halten die Umsetzung für wünschenswert. Wir sehen auch, dass wir uns erst auf den Weg gemacht haben und vieles erst noch erreicht werden muss. Wir denken aber, dass man zunächst die bestehenden Möglichkeiten, wie eben gesagt, ausschöpfen sollte und dazu eben auch die anderen Menschen mitnehmen muss. Dies geschieht in der von Ihnen genannten Variante nicht ausreichend. Deswegen lehnt die FDP-Fraktion diesen Antrag ab.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von-Heiden. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass politische Diskussionen dann besonders schwierig sind, wenn bei einem komplexen Sachverhalt auch noch unterschiedliche Moralvorstellungen aufeinandertreffen. Das ist bei diesem Thema in unterschiedlichen Diskussionen der Fall.

Wir haben in der Europäischen Union Modelle völlig unterschiedlicher Art, wie Gesellschaften mit Prostitution umgehen: Schweden und Irland, wo Prostitution weitgehend verboten ist, und Länder wie die Niederlande, wo Prostitution staatlich kontrolliert wird. Diese unterschiedlichen Wege beruhen auf grundsätzlich verschiedenen Werthaltungen. Die einen sehen Prostitution als Verletzung der Menschenwürde an - das prägte auch das deutsche Zivilrecht, bis die Definition von sittenwidrig geändert wurde -; die anderen halten Prostitution für einen Beruf wie fast jeden anderen auch.

Auch zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Gleichstellungspolitik gibt es sehr unterschiedliche Positionen. So ist beispielsweise Alice Schwarzer eine ausgewiesene Gegnerin des Prostitutionsgesetzes, das Rot-Grün beschlossen hat. Sie hält die von den Befürwortern des Gesetzes gerne ins Feld geführte Freiwilligkeit der Prostitution für reine Augenwischerei.

(Beifall von der CDU)

Zur Beurteilung des vorliegenden Antrags hilft als Erstes ein Blick auf das Prostitutionsgesetz und die deutsche Rechtslage. Mit diesem Gesetz war die Intention verbunden, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern und für mehr Transparenz und damit eine bessere Kontrolle der Branche zu sorgen. Die Evaluation des Gesetzes durch die Bundesregierung hat Anfang 2007 deutlich gemacht, dass das Prostitutionsgesetz seine Ziele nur in Teilen erreicht hat.

Nur 1 % aller Prostituierten besitzt einen Arbeitsvertrag. 87 % sind zwar krankenversichert, davon allerdings 93 % nicht als Prostituierte. Die Ausstiegsmöglichkeiten aus der Prostitution sind durch das Prostitutionsgesetz nicht erkennbar verbessert worden. Auch die Aussage, es werde weniger Kriminalität geben, ist nicht umgesetzt worden. Auch das war eine Zielsetzung des Gesetzes.

18.09.2008

Nach einem solchen Evaluationsergebnis ist es folgerichtig, dass die Bundesregierung die Prioritäten neu justiert hat. Handlungsbedarf sieht sie künftig vor allem darin, den Schutz der Prostituierten zu verbessern, und zwar insbesondere durch einen besseren Schutz für die Opfer von Menschenhandel, die Anhebung der Schutzaltersgrenze bei sexuellem Missbrauch von 16 auf 18 Jahre und Hilfen zum Ausstieg.

Ein Ergebnis ist, dass beispielsweise das Ordnungs- und Gewerberecht in den Kommunen auf Prostituierte und Bordelle unterschiedlich angewandt wird. Das greift auch der vorliegende Antrag auf. Dafür habe ich durchaus Verständnis.

Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass sich die im Antrag geforderten "landesrechtlichen Anpassungen" - wie Sie sie nennen - dort verbieten, wo es sich um Bundesrecht handelt. Das ist bei allen wesentlichen Rechtgebieten, wenn man einmal das Gaststättengesetz ausnimmt, der Fall. Im Bericht der Bundesregierung ist bereits zu lesen, was auf Ebene der Gesetzgebung zu tun ist. Alle Empfehlungen, die in dieser Evaluierung stehen, sind Hinweise an den Bundesgesetzgeber und eben nicht an den Landesgesetzgeber.

Sie haben hier - insbesondere die Frau Kollegin Meurer - einen großen Teil Ihrer Reden der Frage gewidmet, ob wir einen runden Tisch brauchen oder nicht.

> (Gerda Kieninger [SPD]: Das steht auch im Antrag!)

Wir müssen aufpassen, dass wir irgendwann nicht mehr alle nur an runden Tischen sitzen, statt zu handeln oder zu arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf dem Plenum einmal sagen, wer alles an diesem dann effektiv arbeitenden runden Tisch sitzen soll, den Sie vorschlagen.

> (Britta Altenkamp [SPD]: Das hat Frau Meurer vorgelesen!)

Frau Steffens, da sitzen nach Ihrem Antrag: "die zuständigen Landesministerien, Beratungsstellen für Prostituierte in autonomer und kirchlicher Trägerschaft sowie der Gesundheitsämter, Prostituierte und BordellbetreiberInnen, die LAG Recht/Prostitution, Interessensvertretungen der Prostituierten (Gewerkschaften, Bund sexueller Dienstleistungen, Hurenorganisationen), VertreterInnen der Polizei, der Ausländerbehörden, der Arbeitsagentur, der Finanzbehörden und der kommunalen Spitzenverbände". Insbesondere die Nennung Letzterer hat mich besonders beeindruckt, denn die kommunalen Spitzenverbände sitzen fast nur noch an runden Tischen.

Ich finde den Ansatz, den wir gehen, nämlich vor Ort anzusetzen – wo man weiß, wo die Bordelle sind und wer die Akteure sind, welche Polizeidienststelle weiß, wo Prostitution angesiedelt sind –, zehnmal effektiver, als hier auf Landesebene für 18 Millionen Menschen zu sehen, wie man einer Prostituierten in Dortmund oder sonstwo hilft.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens? – Bitte schön, Frau Steffens.

**Barbara Steffens**\*) (GRÜNE): Herr Minister Laschet, sind Sie sich darüber im Klaren, dass sämtliche Experten und Expertinnen in der Anhörung, die Sie jetzt auch aufzählen könnten, die aus den Bereichen Polizei, Justiz und Finanzministerium stammten, alle einen solchen runden Tisch in dieser Zusammensetzung für notwendig hielten, weil die kommunalen Probleme, die von Kommune zu Kommune unterschiedlich behandelt werden, nicht in einer Kommune entschieden werden können. Prostituierte gehen mitunter nicht nur in einer Kommune ihrem Gewerbe nach, sondern manchmal in drei oder vier Kommunen. Wenn sich dann an der Stadtgrenze die Rechtslage ändert, kann nicht die eine Kommune für ihre Nachbarkommune entscheiden. Deswegen haben die Expertinnen das anders gesehen und anders empfohlen.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Die Rechtslage von einer Kommune zur anderen ist nicht unterschiedlich, denn Bundesrecht gilt in Dortmund genauso wie in Gelsenkirchen, Essen und anderswo.

(Britta Altenkamp [SPD]: In Aachen auch?)

Auch in Aachen. Obwohl: Wir sind alle katholisch;
 da gibt es so etwas nicht.

(Heiterkeit)

Im Ernst: Frau Steffens, das Bundesrecht ist für alle gleich. Aber wie man vor Ort mit dem Problem umgeht und beim Ausstieg hilft, muss vor Ort mit den Akteuren besprochen werden. Ich glaube nicht, dass Sie das landesweit mit einem so riesigen runden Tisch schaffen. Ich habe eben alleine schon mindestens fast 20 Personen aufgezählt, die sich über eine solche Frage unterhalten sollen.

Frau Kollegin Steffens, in der Anhörung ist allerdings deutlich geworden, dass wir bundesweit das einzige Programm zur Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution haben und das sehr gute Projekte

sind. Frau Westerhorstmann hat das Projekt Madonna in Bochum erwähnt. KOBER vom Sozialdienst katholischer Frauen in Dortmund gehört ebenfalls dazu.

Unser Ansatz besteht darin, den Ausstieg zu erleichtern und vor Ort zu ermöglichen, dieses Gesetz, das ein Bundesgesetz ist, anzuwenden. Das ist sinnvoller als ein runder Tisch, wie Sie ihn in den Mittelpunkt Ihrer Aktivitäten gestellt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Laschet. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Ende der Beratungen.

Der Ausschuss für Frauenpolitik empfiehlt in Drucksache 14/7129, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/5220 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf:

### 14 Entschlossen gegen K.O.-Tropfen handeln!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5019

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Frauenpolitik Drucksache 14/6905

Ich weise darauf hin, dass der Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Frauenpolitik mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Beschlussempfehlung und Bericht liegen nun vor.

Ich eröffne die Debatte und gebe Frau Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Barbara Steffens\*) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag im September letzten Jahres gestellt, weil vermehrt Hinweise von Frauennotrufen kamen, bei denen potenzielle Opfer angefragt haben, weil die Zahl der Opfer immer größer wurde und Verdachtsfälle immer häufiger, weil Kliniken vermehrt von Frauen berichtet haben, die eine Klinik aufgesucht haben, weil sie den Verdacht hatten, während der Zeit eines "Filmrisses" vergewaltigt worden zu sein.

Berichten zufolge hat auf dem Schwarzmarkt ein neuer Boom des Pornomarktes mit bewusstlosen Opfern um sich gegriffen. Es gibt immer mehr Frauen, die unter der Einwirkung von K.-o.-Tropfen vergewaltigt worden sind und auch das dubiose Gefühl hatten, gefilmt worden zu sein. Einige dieser Fälle sind mit Personen bekannt geworden.

Es gibt in diesem Bereich also eine Zunahme. Aber aufgrund einer nicht spezifischen statistischen Erfassung liegen keine Zahlen vor, um wie viele Fälle es sich handelt. Es gibt zum Teil Kliniken, die immer wieder Zahlen erheben. Es gibt Zahlen, die die Beratungsstellen nennen. Klar ist: Wir wissen nur, dass das Problem immer größer zu werden scheint. Selbst die Justizministerin spricht mittlerweile von einer hohen Dunkelziffer. Wir wissen aber nicht, wie viele Fälle es wirklich sind.

Klar ist: Diese K.-o.-Tropfen sind relativ schwierig nachweisbar, und zwar nach Verabreichung noch acht Stunden im Blut und zwölf Stunden im Urin. Mehr Zeit bleibt nicht. Wir kommen später noch dazu: Es gibt mittlerweile die Ansage, man könne K.-o.-Tropfen über die Haaranalyse nachweisen; aber diese Nachweismethode ist sehr umstritten und auch innerhalb der Mediziner sehr fraglich.

Die Polizeien in Köln und Bochum machen mittlerweile abends Runden und versuchen aufzuklären. Das Interesse daran ist extrem hoch. Sehr viele junge Frauen sind nach wie vor nicht darüber informiert, welche Risiken und welche Folgen es gibt und wie man, zum Beispiel durch Schutz des eigenen Glases, des eigenen Getränks, solche Übergriffe verhindern kann.

Wir haben dann diesen Antrag formuliert, und ich muss sagen, dass ich auch da mal wieder sehr erstaunt bin über die Debatte. Eigentlich fordern wir nämlich gar nicht viel. Wir fordern, dass man sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass es genau zu dieser Substanz – zu GBL/GHB – und auch zu den verwandten Medikamenten einen beschränkten Zugang gibt.

Das Problem, das wir heute haben, ist nämlich: Die Substanz ist geruchlos, sie ist farblos, und sie ist ganz einfach zu erhalten. Man kann sie über Internetrecherche relativ schnell und zu einem relativ geringen Preis erhalten. Sie ist nach wie vor nicht eingefärbt und auch nicht geruchlich gekennzeichnet. Man hat also keine Chance, zu merken, wann und wo diese Substanz in ein Glas gefüllt worden ist.

Wir wollten also, dass man sich auf Bundesebene dafür einsetzt. Die entsprechende Kommission beschäftigt sich mit dem Thema nach wie vor und immer wieder. Es kommt ab und zu Bewegung hinein. Dann scheint es wieder stillzustehen.

Aber klar geworden ist ziemlich schnell: Es gibt auf Landesebene keine Unterstützung dafür, die Frauen in diesem Bereich zu schützen.

Die weiteren Forderungen von uns betrafen lediglich Fort- und Weiterbildung, Aufklärung, Erhebung einer genauen Statistik – also Öffentlichkeitsarbeit, Zah-

len, Daten, Fakten, das Informieren von Menschen in diesen Bereichen.

Aber die Antworten hießen einmal wieder: Das ist alles nicht nötig, Zahlen brauchen wir nicht, alles nicht so wichtig; es sind ja nur geringe Zahlen. Wir brauchen das nicht, und alles, was notwendig ist, tun wir.

Das, was ein bisschen Freude brachte, war, als zumindest von der Justizministerin – wenn auch nicht vom Frauenminister – eine Broschüre mit dem Titel "Lass Dich nicht K.-O.-TROPFEN!" in Umlauf kam

### (Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Es ist schön, dass etwas passiert. Allerdings muss ich auch da zwar nicht das Haar in der Suppe suchen, aber doch sagen: Es gibt dort ein Problem, weshalb ich finde, dass diese Broschüre eher gefährlich als hilfreich ist. – Dort steht nämlich, K.-o.-Tropfen könnten zwar noch Monate später durch die Untersuchung einer Haarprobe des Opfers nachgewiesen werden. Trotzdem empfiehlt sie, dass man schnell zum Arzt geht. Aber es sind dort keine Zeiten und keine Fristen angegeben.

Das Problem ist, dass diese Haarprobenanalyse sehr, sehr umstritten ist, denn die Substanz wird zu einer körpereigenen Substanz abgebaut. GBH ist eine körpereigene Substanz. Selbst in der Bonner Klinik, die das zum Teil macht, gibt es Ärzte, die sagen: Es ist ganz fraglich, denn man kann es nur schwer von dem Anteil der körpereigenen Substanz unterscheiden. – Diese Haarprobe ist ungenau, und sie wird auch in Justizkreisen nach wie vor noch nicht anerkannt.

Das zweite Problem ist: Wenn man den Fall nicht zur Anzeige gebracht hat, muss man die Kosten dafür selbst übernehmen. Sie sind extrem hoch.

Deswegen würde ich mir wünschen, dass auch hier das passiert, was wir gefordert haben, nämlich dass die Expertinnen und Experten in ein solches Verfahren einbezogen werden. Dann wäre ein solcher Fauxpas nicht passiert.

#### (Beifall von den GRÜNEN)

Dann würde dort stehen: Die Frauen werden aufgefordert, innerhalb von acht, spätestens innerhalb von zwölf Stunden diese Untersuchung durchzuführen: Blutproben-, Urinprobensicherung. Wenn all das nicht möglich war, kann man auch noch eine Haarprobenanalyse machen, aber nur im äußersten Notfall, denn nach wie vor ist nicht sicher, ob sie hilft

So werden die Frauen in die Irre geführt. Hier wird ihnen suggeriert, man könne mit der Haarprobe alles nachweisen. Dann sind die Frauen zweimal Opfer, nämlich zum einen Opfer eines Übergriffs mit K.-o.-Tropfen, und zum anderen sind sie Opfer, weil sie gedacht haben: Ich trinke erst noch eine Tasse

Kaffee und gehe eine halbe Stunde später hin; das ist ja kein Problem. Mit der Haarprobe kann man es reißen. – Man kann es aber nicht. Das ist das Problem.

Ich wünsche mir, dass, wenn schon dem Antrag nicht zugestimmt wird, wenigstens vonseiten des Ministeriums dieser Fehler korrigiert wird und die Frauen hier nicht noch einmal in die Irre geführt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Steffens. – Für die CDU-Fraktion spricht nun die Kollegin Rühl.

Elke Rühl (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Problematik bezüglich der K.-o.-Tropfen ist uns allen bewusst, und sie ist sehr ernst zu nehmen. Die Beimischung von gefährlichen Substanzen in Getränke, die im Blut nur kurze Zeit nachweisbar sind, ist niederträchtig, kriminell und verabscheuungswürdig. In diesem Punkt sind wir uns alle einig.

Diese Mittel führen von Übelkeit über Bewusstseinsstörungen bis hin zur Willenlosigkeit. Die sogenannten K.-o.-Tropfen machen den, der sie zu sich nimmt, häufig zum hilflosen Opfer sexueller Gewalt. Besonders betroffen hiervon sind junge Frauen, die sich an das Geschehene gar nicht oder nur bruchstückhaft erinnern können.

Allzu häufig schweigen die Betroffenen aus Unkenntnis und Scham. Deshalb sind Aufklärung, Beratung und das Schaffen von Öffentlichkeit für dieses Thema äußerst wichtig. Infolge dessen finde ich es gut und richtig, dass wir uns heute mit diesem Thema befassen.

Die erste Zuständigkeit, was gesetzgeberische Maßnahmen anbelangt, liegt auf Bundesebene. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass die Stellung des Opfers allein durch Gesetze nicht gestärkt werden kann. Der Opferschutz muss weitaus früher ansetzen.

Kriminalitätsvorbeugung ist der beste Opferschutz. Daran besteht kein Zweifel. Schon die Aufklärung über mögliche Gefahren kann in vielen Fällen verhindern, dass ein Mensch überhaupt Opfer einer Straftat wird. Dort setzt zum Beispiel die Kampagne der Landesregierung "Lass Dich nicht K.-O.-TROPFEN!" an.

### (Zuruf von der SPD)

Der Flyer wird flächendeckend im Land verteilt, zum Beispiel in Schulen, in Jugendtreffs und in Frauenberatungsstellen, aber auch bei Ermittlungsbehörden, Ärzten und Opferschutzeinrichtungen. Das Internet wird als weiteres Medium genutzt. Ein eingängiges Plakat macht zusätzlich auf die Aktion

aufmerksam. Wir hoffen, über die Aufklärungskampagne viele, gerade auch junge Menschen zu erreichen, um sie vor den Gefahren der K.-o.-Tropfen zu schützen.

Wenn man sich mit den Diskussionen auf europäischer Ebene beschäftigt, stellt man fest, dass auch dort der Schwerpunkt auf Beratung, Information und Aufklärung gesetzt wird.

### (Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Und warum? – Weil auch dort klar ist, dass der oft sehr laute Schrei nach neuen, härteren Gesetzen gerade bei diesem Thema zu nichts führt. Die Substanzen sind nur sehr kurze Zeit und sehr schwer nachweisbar. Was nützen also Gesetze, wenn sie aus Mangel an Beweisen nie zur Anwendung kommen?

Aufklärung und Information sind und bleiben oberstes Gebot. Die Landesregierung hat hierzu zahlreiche breit gestreute Informationskampagnen und Publikationen gestartet. Zusätzlich gibt es in Nordrhein-Westfalen 48 Frauenberatungsstellen, in denen sich junge Frauen Rat holen können.

Jetzt, wie Sie es im Ausschuss gefordert haben, einen Extratopf aufzumachen und eine Extraeinrichtung zu schaffen, geht, wie bei den meisten Forderungen der Opposition, völlig am Problem vorbei.

### (Britta Altenkamp [SPD]: Aha!)

Die Verabreichung von K.-o.-Tropfen mit dem Ziel des sexuellen Missbrauchs oder der Vergewaltigung fallen genau in den Kernbereich der Aufgaben dieser Einrichtungen. Es handelt sich eben nicht – wie Sie es behaupten – um eine draufgesattelte Aufgabe, sondern um eine originäre Aufgabe im Aufgabenspektrum der Beratung.

Aus meiner Sicht wird auf Landesebene getan, was man auf dieser Ebene tun kann, sodass wir an die Grenzen der landespolitischen Möglichkeiten stoßen. Aus diesem Grund ist weiterer Handlungsbedarf für uns nicht erkennbar. Wegen all der genannten Tatsachen, die Sie, meine Damen und Herren der Opposition, verkennen, lehnt meine Fraktion Ihren Antrag ab.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Rühl. – Für die SPD spricht nun Frau Dr. Boos.

**Dr. Anna Boos** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! "Entschlossen gegen K.O.-Tropfen handeln!", so lautet der Titel des vorliegenden Antrags. Entschlossen und am besten auch gemeinsam, das ist bei diesem Thema ein erstrebenswertes Ziel, geht es doch darum, Menschen vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Das Handeln der Landesregierung gepaart mit den Reden der Fraktionen von CDU und

FDP führt bei der parlamentarischen Beratung dieses Antrags allerdings zu Kopfschütteln, und dies in doppelter Weise.

Zum einen ist es für mich nicht verständlich, warum seitens der regierungstragenden Fraktionen ein konsequentes und entschlossenes Vorgehen gegen K.-o.-Tropfen als bereits vollständig ausreichend angesehen wird, wie wir es gerade wieder gehört haben, zum anderen wird diese Meinung offenbar nicht von der Landesregierung mitgetragen, denn sie offenbart in ihrem Handeln eine völlig andere Haltung. So wird der hier zu beratende Antrag mit bestenfalls fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

Natürlich ist es richtig – darauf hat die CDU zu Recht hingewiesen –, dass die gesetzgeberischen Maßnahmen auf der Bundesebene ergriffen werden müssen. Das ist korrekt, das sehen wir auch so. Es deshalb aber für nicht nötig zu halten, die Forderungen für die Landesebene mitzutragen, ist die völlig falsche Konsequenz.

(Beifall von der SPD)

Denn K.-o.-Tropfen in ihren verschiedenen chemischen Zusammensetzungen und Formen bedeuten eine reale Gefahr – insbesondere für Frauen und Mädchen –, Opfer sexueller Gewalt zu werden. Die Erinnerung ist oft unzureichend, die Nachweisbarkeit im Körper ist problematisch. An dieser Stelle darf Politik nicht schweigend zusehen.

Wir brauchen dringend äußerst konsequente Aufklärung und Prävention, wir brauchen einen Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen, und dies liegt ganz klar im Verantwortungsbereich des Landes.

Das Gleiche gilt für den Opferschutz. Frauen und Mädchen, die unter der Einwirkung von Gamma-Hydroxy-Buttersäure oder Gamma-Butyrolacton vergewaltigt oder missbraucht wurden, verdienen nicht nur eine Aufklärung der geschehenen Straftat, sie verdienen auch Beratungs- und Begleitungskonzepte, die wirkliche Hilfe bieten.

Genau wie bei der Prävention ist auch hier entscheidend, wer die Verantwortung übernimmt. Wir in NRW können nicht einfach so tun, als wäre das alles Bundespolitik. Deshalb ist es wichtig, genauere Zahlen über die Häufigkeit von Sexualdelikten im Zusammenhang mit K.-o.-Tropfen zu bekommen. Eine entsprechende gesonderte Aufführung in den Statistiken des Landeskriminalamtes, wie im Antrag gefordert, würden wir deshalb begrüßen.

Um den regierungstragenden Fraktionen die Zustimmung zu erleichtern, haben wir als SPD extra eine Einzelabstimmung im Ausschuss beantragt. Uns ist völlig unverständlich, warum die Punkte zum Opferschutz und zur Prävention für CDU und FDP auch bei der Einzelabstimmung im Ausschuss nicht zustimmungsfähig waren.

Dies gilt insbesondere auch deshalb, da – wie wir schon gehört haben – Frau Justizministerin Müller-Piepenkötter im Rechtsausschuss am 20. August eine entsprechende Informationskampagne vorgestellt hat. Themen dieser Informationskampagne sind sowohl die K.-o.-Tropfen als auch eine Erlangung von Schadenersatz im Strafverfahren und die Verbesserung des Täter-Opfer-Ausgleichs. Das alles sind Punkte, die auch dieser Antrag fordert.

Wir müssen also fragen: Halten die Fraktionen von CDU und FDP genau das für unnötig, was von der Landesregierung initiiert wurde?

(Beifall von der SPD)

Ist dies ein weiteres Beispiel für den Abstand zwischen reden und handeln? Die Erklärung für dieses inkonsequente Verhalten könnte sein, dass die Landesregierung eine eigene Initiative gestartet hat, um nicht einem Oppositionsantrag zustimmen zu müssen. Die Beurteilung eines solchen Verhaltens überlasse ich jedem von Ihnen selbst.

Allerdings ist der Antrag auch mit der genannten Kampagne des Justizministeriums nicht obsolet; denn in der Fläche ist die Kampagne zurzeit noch nicht ausreichend angekommen, wie ich selbst in einem Gespräch an einem Infostand erklärt bekommen habe.

Prävention, öffentliche Aufklärung, statistische Klärung sowie insbesondere natürlich Beratung und Hilfestellung für Opfer sind wichtige Aufgaben der Landespolitik. Sie haben neben der bundespolitischen Klärung einer möglichen Rechtsänderung eine sehr hohe Bedeutung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Dr. Boos. – Für die FDP spricht nun Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uns alle verbindet die Abscheu vor dem Verbrechen, das mit der Verabreichung von K.-o.-Tropfen in Verbindung steht. Was die K.-o.-Tropfen zu einem so perfiden Instrument des Verbrechens macht, ist eine Folge der chemischen Substanz. Oftmals können die Opfer sich nach der Tat nicht einmal an diese erinnern. Für viele Opfer kann dies eine spätere psychische Verarbeitung des Verbrechens weiter erschweren.

Auch führen die Angst vor einer Schuldzuweisung bei vielen Mädchen und Frauen zu einer Scham, sich zu offenbaren. Jede Frau und jedes Mädchen, die das Gefühl eines solchen Verbrechens hat, soll sich dennoch unverzüglich bei einem Arzt und der Polizei melden. Auf diese Weise steigt die Wahrscheinlichkeit, dass dem Täter auch dieser Teil des Verbrechens nachgewiesen werden kann.

So wichtig die Strafverfolgung der Täter ist – unser Ziel kann und darf nicht zuallererst die Strafverfolgung, sondern muss die Verhinderung solcher Verbrechen sein. Vorbeugung ist der beste Opferschutz. Die Prävention kann in diesem Fall nur durch umfangreiche Aufklärung und umfassende Zusammenarbeit erfolgen. Wichtig hierbei ist eine konsequente Kooperation zwischen den Frauenhilfsorganisationen, den Drogen- und Suchtberatungsstellen sowie den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden.

Ebenfalls sind die vielfachen Initiativen der Frauenhilfsorganisationen an dieser Stelle ausdrücklich zu loben, da sie umfassende Aufklärungsarbeit leisten und den Betroffenen Hilfe und Rat zukommen lassen. Diese Arbeit wird das Land, wie der Haushaltsentwurf 2009 zeigt, auch weiterhin konsequent fördern.

Für die Aufklärung und Prävention sind ferner die Informationsmaterialien der Polizei und die frühzeitige Vermittlung der Gefahr an Schulen von herausragender Bedeutung.

Meine Damen und Herren, der Besitz von Liquid Ecstasy oder GHB ist verboten und strafbar. Dass damit dennoch illegal gehandelt wird, zeigt, dass allein das gesetzliche Verbot einzelner Stoffe den Schutz vor diesen nicht gewährleistet. Daher scheint auch die gesetzliche Einschränkung eines industriell genutzten Stoffes wie GBL wenig zielführend. Wir sollten uns alle bewusst sein, dass sich gerade in Zeiten des Internets neue Wege eröffnet haben, illegale Stoffe zu erhalten. Das zeigen nicht zuletzt die Razzien dieses Jahres, die den umfassenden illegalen Besitz und Handel nochmals verdeutlichen. Daher dürfen wir in Verboten kein Allheilmittel sehen, denn sie können leicht in trügerischer Sicherheit wiegen.

Wir müssen bei allen erfolgreichen Präventionsmaßnahmen und allem verbesserten Opferschutz immer auch eines im Auge behalten und vermitteln: Wichtig ist vor allem, dass wir die Kinder und Jugendlichen immer wieder darauf aufmerksam machen, dass sie alles vermeiden, um überhaupt in potenziell gefährliche Situationen zu geraten. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen zu verdeutlichen, welche Gefahren drohen, wenn sie in Diskotheken oder auf anonymen großen Partys Gläser oder Flaschen offen und unbeaufsichtigt herumstehen lassen.

Die Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen ist immer der beste Weg der Prävention. Dies ist auch der allerwichtigste Punkt, an dem wir weiter arbeiten müssen.

Aufklärung und Prävention senken die Gefahr, Opfer zu werden. In allererster Linie müssen wir vermeiden, dass weiterhin so viele Kinder und Jugendliche Opfer werden. Deswegen begrüßen wir die verbesserte Strafverfolgung und den verstärkten

Opferschutz durch die Landesregierung auch ausdrücklich.

Aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen ist der Antrag der Grünen unserer Meinung nach zum Glück gar nicht mehr notwendig. Wir lehnen ihn daher auch ab. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! K.-o.-Tropfen sind der Stoff für Albträume, Übelkeit, Schwindelgefühle, eine komplette Erinnerungslücke, aber auch körperliche Veränderungen, die deutlich machen: Da muss etwas gewesen sein. – So fühlen sich Opfer von K.-o.-Tropfen nach einem Diskobesuch oder einer privaten Party. Was bleibt, sind große Verunsicherung, das Gefühl von Ohnmacht und ganz viel Scham.

Wie häufig das passiert, weiß niemand. Fälle, die öffentlich werden, stellen das kleine Hellfeld dar. Über das Dunkelfeld kann man nur spekulieren. Man ist immer wieder entsetzt, welche Fantasie und Kreativität Menschen einsetzen, um andere gegen ihren eigenen Willen zu etwas zu zwingen.

Die Landesregierung hat viel unternommen, damit es nicht bei der Wehrlosigkeit der bedrohten jungen Frauen bleibt.

Wir setzen als Erstes auf Prävention und Aufklärung. Beispielsweise hat der Frauennotruf Aachen schon 2006 eine Aufklärungskampagne durchgeführt. Die Landeskoordinierungsstelle Suchtvorbeugung NRW hat Infokarten für die Partyszene entwickelt. Die örtlichen Sucht- und Drogenberatungsstellen informieren regional mit einem Infobus und im Internet. Damit auch Bedienungen und Personal, das hinter der Theke arbeitet, einen genauen Blick für die Gefahr durch solche heimtückischen Angriffe bekommen, hat der Frauennotruf Wuppertal mit Landesmitteln Diskothekenpersonal geschult.

Frau Dr. Boos, deshalb können Sie nicht sagen, die Landesregierung sei nur tätig geworden, um einen von Ihnen ins Plenum eingebrachten Antrag abzuwehren. Wir waren schon aktiv, bevor Anträge ins Plenum eingebracht wurden.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen sollten Sie bei einem so wichtigen Thema nicht die Wirkung Ihrer Anträge überschätzen.

In diesem Sommer hat die Justizministerin – und ich freue mich, dass die Justizministerin das macht, Frau Steffens; denn je mehr Ministerien sich einem solchen Thema widmen, umso besser ist es – eine

Aufklärungskampagne unter der Überschrift "Lass dich nicht K.-O.-TROPFEN" gestartet. Die Plakate und Flyer werden an allen Schulen des Landes mit Ausnahme der Grundschulen eingesetzt. Damit werden sie in immerhin 3.200 Schulen in der ganzen Fläche des Landes von Ost bis West verteilt.

Ihrer Bemerkung, in dieser Kampagne leite etwas in die Irre, kann man noch einmal nachgehen. Ich finde, dass sie sehr klar formuliert ist. Die Kernbotschaft lautet, aufzupassen, woher die Getränke kommen, und sie nicht unbeaufsichtigt stehen zu lassen.

Der Flyer dieser Kampagne gibt auch Auskunft dazu, was zu tun ist, wenn es dann doch passiert ist. Oft führt der erste Weg zum Arzt. Deshalb hat der Frauennotruf in Aachen mit Landesmitteln eine Kitteltascheninformation und einen Flyer für medizinisches Personal entwickelt.

Für den Fall, dass sich ein Opfer von K.-o.-Tropfen an die Polizei wendet, ist es besonders wichtig, dass es auf jeder Polizeidienststelle ernst genommen wird und man das Ganze nicht etwa übermäßigen Alkoholkonsum zuschreibt, sondern eine Sensibilität für dieses Thema entwickelt. Deswegen sind Partydrogen auch bei den Fortbildungsveranstaltungen für die Bearbeiterinnen und Bearbeiter von Sexualdelikten bei der Polizei Thema. Außerdem unterstützt schon seit 2007 ein ausführliches Merkblatt des Landeskriminalamts die praktische Arbeit der Polizei. Dieses Merkblatt, das auch im Internet zur Verfügung steht, haben wir gerade völlig neu überarbeitet. Die Polizeizeitung "Streife" wird es in Kürze ebenfalls vorstellen.

Unterstützung finden die Frauen bei den 48 Notrufen gegen sexualisierte Gewalt und bei den Frauenberatungsstellen. Inzwischen gibt es auch eine elektronische Handreichung, mit der die schon vorliegenden Erfahrungen in die Fläche getragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzte Woche hat eine Vertreterin des Frauennotrufs Düsseldorf in der WDR-Sendung "Dellings Woche" berichtet. Ihre Einschätzung war, dass die Zahl der sich wegen K.-o.-Tropfen bei den Hilfeeinrichtungen meldenden Frauen zunimmt. Das heißt nicht, dass die Zahl der Fälle zunimmt, sondern dass Menschen zunehmend zu den Notstellen gehen und sich dort offenbaren. Ich halte das für eine sehr gute Entwicklung.

Frau Steffens, lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen aus Ihrem Antrag aufgreifen, bei denen ich glaube, dass der Antrag zu kurz greift.

Sie fordern erstens einen gesetzlich beschränkten Zugang für alle Substanzen, die zur Herstellung von Partydrogen geeignet sind. Dieser Weg ist nach den Ausführungen in Ihrem eigenen Antrag ungeeignet. Schon jetzt ist Gamma-Hydroxy-Buttersäure in Deutschland nicht frei verkäuflich; trotzdem ist der Stoff über das Internet problemlos zu beziehen.

Das, was eingesetzt wird, sind meistens Stoffe, die über das Internet im Ausland besorgt worden sind.

Als Zweites regen Sie an, die fraglichen Substanzen einzufärben oder geschmacklich zu verändern. Das klingt zunächst ganz logisch. Allerdings ist der Stoff Gamma-Butyrolacton eine Massenchemikalie. Der wird tonnenweise als Ausgangsstoff in der Pharmazeutik eingesetzt. Im Hinblick auf die Vielzahl der Endprodukte können wir in diesen Stoff nicht einfach munter Farbe und Geschmacksträger hineinmischen. Selbst wenn wir es täten: Die unauffälligen Stoffe aus dem Internet sind immer noch da. Deshalb greift das zu kurz.

Wir wollen, dass darüber öffentlich diskutiert wird, dass debattiert wird, dass informiert wird, damit junge Menschen wissen, welche Risiken bestehen. Da werden wir unsere Anstrengungen verstärken, sodass nicht noch mehr Menschen Opfer dieser hinterhältigen Anschläge werden.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister Laschet. – Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Frauenpolitik empfiehlt in der Beschlussempfehlung Drucksache 14/6905, den Antrag Drucksache 14/5019 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung so **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 22. Oktober 2008, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:46 Uhr

Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

### Berichtigung des PIPr 14/94:

Auf Seite 11188, rechte Spalte, muss die vierte Klammerbemerkung richtig heißen: (Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos]).

# Anlage

# Niederschrift über die namentliche Abstimmung zu Punkt 5 der Tagesordnung

			Abstimmung		
Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	entschu	ldigt	
3	Frau Asch	Grüne	Х		
4	Herr Becker, Andreas	SPD	Х		
5	Herr Becker, Horst	Grüne	Х		
6	Frau Beer	Grüne	Х		
7	Herr Dr. Behrens	SPD	Х		
8	Herr Dr. Berger	CDU	entschuldigt		
9	Herr Biesenbach	CDU		Х	
10	Herr Billmann	CDU		Х	
11	Herr Bischoff	SPD	Х		
12	Herr Börschel	SPD	Х		
13	Frau Freifrau von Boeselager	CDU		Х	
14	Herr Bollenbach	CDU		Х	
15	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	Х		
16	Frau Dr. Boos	SPD	Х		
17	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	Х		
18	Herr Brakelmann	CDU		X	
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		Х	
20	Herr Brockes	FDP		Х	
21	Frau Brüning	CDU		Х	
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		Х	
23	Frau Brunn	SPD	X		

	Abstim		Abstimmu	ing		
Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung	
24	Herr Burkert	CDU		Х		
25	Herr Clauser	CDU		Χ		
26	Herr Deppe	CDU		Х		
27	Frau van Dinther	CDU		Х		
28	Frau Doppmeier	CDU		Х		
29	Herr Dr. Droste	CDU		Х		
30	Frau Düker	Grüne	X			
31	Herr Einmahl	CDU		Х		
32	Herr Eiskirch	SPD	X			
33	Herr Ellerbrock	FDP		X		
34	Herr Ellinghaus	CDU		Х		
35	Herr Engel	FDP		Х		
36	Herr Eumann	SPD	Х			
37	Frau Fasse	CDU		Х		
38	Herr Fehring	CDU		Х		
39	Frau Freimuth	FDP		X		
40	Herr Garbrecht	SPD	X			
41	Herr Gatter	SPD	X			
42	Frau Gebhard	SPD	X			
43	Herr Giebels	CDU		X		
44	Frau Gießelmann	SPD	Х			
45	Frau Gödecke	SPD	X			
46	Frau Gottschlich	SPD	X			
47	Herr Groschek	SPD	entschi	entschuldigt		
48	Herr Große Brömer	SPD	Х			
49	Herr Groth	Grüne	entschi	entschuldigt		
50	Herr Grunendahl	CDU		X		
51	Herr Dr. Hachen	CDU		Х		
52	Frau Hack	SPD	Х			
53	Frau Hammelrath	SPD	Х			
54	Herr Haseloh	SPD	Х			
55	Herr Hegemann	CDU		Х		

				Abstimmung		
Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung	
56	Frau Hendricks	SPD	Х			
57	Herr Henke	CDU		Χ		
58	Herr Hilser	SPD	X			
59	Herr Hollstein	CDU		X		
60	Herr Hovenjürgen	CDU		X		
61	Frau Howe	SPD	X			
62	Herr Hüsken	CDU		X		
63	Herr Jäger	SPD	X			
64	Herr Jarzombek	CDU		Х		
65	Herr Jörg	SPD	Х			
66	Herr Jostmeier	CDU		Х		
67	Herr Jung	SPD	Х			
68	Herr Kaiser, Klaus	CDU		Х		
69	Herr Kaiser, Peter	CDU		Х		
70	Herr Dr. Karthaus	SPD	Х			
71	Frau Kastner	CDU	entschuldigt			
72	Herr Kemper	CDU		X		
73	Herr Kern	CDU		Х		
74	Herr Keymis	Grüne	Х			
75	Frau Kieninger	SPD	Х			
76	Herr Killewald	SPD	entschi	entschuldigt		
77	Herr Kleff	CDU		Х		
78	Herr Klein	CDU		Х		
79	Frau Klöpper	CDU		Х		
80	Herr Knieps	CDU	entschi	entschuldigt		
81	Herr Körfges	SPD	Х			
82	Frau Kordowski	CDU		Х		
83	Frau Koschorreck	SPD	Х			
84	Frau Kraft	SPD	Х			
85	Herr Kramer	SPD	Х			
86	Frau Krauskopf	SPD	Х			
87	Herr Kress	CDU		Х		

	Name des Abgeordneten Fraktion ja		Abstimmung		
Lfd. Nr.		Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung
88	Herr Krückel	CDU		Х	
89	Herr Kruse	CDU		Х	
90	Herr Kuhmichel	CDU		Х	
91	Herr Kuschke	SPD	X		
92	Herr Kutschaty	SPD	X		
93	Herr Laumann	CDU		Х	
94	Herr Lehne	CDU		Х	
95	Herr Leuchtenberg	SPD	X		
96	Herr Lienenkämper	CDU		X	
97	Herr Lindner	FDP	entschi	uldigt	
98	Herr Link	SPD	X		
99	Herr Dr. Linssen	CDU	entschuldigt		
100	Frau Löhrmann	Grüne	X		
101	Herr Löttgen	CDU		X	
102	Herr Lohn	CDU		X	
103	Herr Lorth	CDU		X	
104	Herr Luckey	CDU		X	
105	Herr Lux	CDU		X	
106	Frau Meurer	SPD	X		
107	Frau Milz	CDU		X	
108	Herr Möbius	CDU		X	
109	Frau Monheim	CDU	entschuldigt		
110	Herr Moron	SPD	X		
111	Herr Müller	CDU		X	
112	Frau Nell-Paul	SPD	X		
113	Herr Ortgies	CDU		Х	
114	Herr Dr. Orth	FDP		Х	
115	Herr Palmen	CDU		Х	
116	Herr Dr. Papke	FDP		Х	
117	Herr Peschkes	SPD	Х		
118	Herr Dr. Petersen	CDU		Х	
119	Herr Pick	CDU		Х	

				Abstimmung		
Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung	
120	Frau Pieper-von Heiden	FDP		Х		
121	Herr Post	CDU		X		
122	Herr Preuß	CDU		X		
123	Herr Priggen	Grüne	entschu	ıldigt		
124	Herr Rasche	FDP		Х		
125	Herr Ratajczak	CDU		Х		
126	Herr Recker	CDU		X		
127	Herr Remmel	Grüne	X			
128	Herr Röken	SPD	X			
129	Herr Römer	SPD	X			
130	Herr Dr. Romberg	FDP		X		
131	Herr Dr. Rudolph	SPD	Х			
132	Frau Rühl	CDU		X		
133	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X		
134	Frau Ruff-Händelkes	SPD	X			
135	Frau Ruhkemper	SPD	X			
136	Herr Sagel	fraktionslos	entschuldigt			
137	Herr Sahnen	CDU	X			
138	Frau Schäfer	SPD	X			
139	Herr Schartau	SPD	X			
140	Herr Schemmer	CDU		Х		
141	Herr Schick	CDU		Х		
142	Herr Schittges	CDU		Х		
143	Herr Schmeltzer	SPD	Х			
144	Herr Schmitz	CDU		Х		
145	Frau Schneppe	SPD	Х			
146	Herr Schroeren	CDU		Х		
147	Herr Schulte, Bernd	CDU		Х		
148	Herr Schulte, Hubert	CDU		Х		
149	Herr Schultheis	SPD	Х			
150	Frau Schulze	SPD	Х			
151	Frau Schwarz-Schumann	SPD	entschu	ıldigt		

			Abstimmung		
Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	Stimm- ent- haltung
184	Herr Wittke	CDU		Х	
185	Herr Witzel	FDP		Х	
186	Herr Dr. Wolf	FDP		Х	
187	Herr Wüst	CDU		Х	
	Ergebnis		78	94	-